G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Eugen Kogon
Acht Thesen zur Friedensbewegung

Die Friedensbewegung und die Polenkrise
Stellungnahmen von Abendroth/Borm/Eppler/Götz/Gutheil/Kelly/Koch/Kreck/Lutz/Matthiessen/Ranke-Heinemann/Rasch/Strässer/Weber

Karl D. Bredthauer
Europa in Gefahr
Polen und die Friedensfrage

Johannes M. Becker
Mitterrands Militärpolitik

Arnim Bechmann
„Global Future" – ein Weg in die Zukunft?

Adalbert Krims
Die Bedrohung der nicaraguanischen Revolution

2'82

Februar 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1982

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1982 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

Landtagswahlen hin, Landtagswahlen her ..... *Klaus Naumann* 132

Helsinki statt Jalta? ..... *Gerhard Stuby* 135

HAUPTAUFSÄTZE

Acht Thesen zur Friedensbewegung ..... *Eugen Kogon* 140

Die Friedensbewegung und die Polenkrise 144
Stellungnahmen von Wolfgang Abendroth, William Borm, Erhard Eppler, Christian Götz, Jörn-Erik Gutheil, Petra K. Kelly, Nikolaus Koch, Walter Kreck, Werner Lutz, Gunnar Matthiessen, Ute Ranke-Heinemann, Harold Rasch, Christoph Strässer und Josef Weber

Europa in Gefahr
Polen und die Friedensfrage ..... *Karl D. Bredthauer* 165

Aufrüstung, Sozialabbau und
Entdemokratisierung ..... *Hans-Peter Kremer und Werner Maßeling* 177

Mitterrands Militärpolitik ..... *Johannes M. Becker* 192

„Global Future"
Weist das Handlungsprogramm zu „Global 2000"
einen Weg in die Zukunft? ..... *Arnim Bechmann* 207

Die Bedrohung der nicaraguanischen Revolution ..... *Adalbert Krims* 222

ALTERNATIVEN
Thema: Umweltpolitik 234

MEDIENKRITIK
Der Felix-Krull-Report, Teil I bis III ..... *Günter Giesenfeld* 241

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Diskussion um ein Beschäftigungsprogramm ..... *Jörg Goldberg* 242

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der NATO-Sondertagung vom 11. Januar 1982 zu den Ereignissen in Polen (Wortlaut) 245

Erklärung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zur Polen-Frage vom 21. Januar 1982 (Wortlaut) 247

Erklärung der Initiatoren des Krefelder Appells zur Friedensbewegung 1982 vom 25. Januar 1982 (Wortlaut) 249

Rede von Egon Bahr aus Anlaß des 90 Geburtstages von Martin Niemöller in der Frankfurter Paulskirche am 16. Januar 1982 (Wortlaut) 249

Resolution der UNO-Generalversammlung zur Situation in Bezug auf Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador vom 16. Dezember 1981 (Wortlaut) 252

Rede von Christian Götz, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen über „Gewerkschaftspolitik in der Krise" (Auszüge) 254

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Januar 1982

2. 1. – Ägypten. Staatspräsident Hosni Mubarak ernennt den bisherigen stellvertretenden Regierungschef Fuad Muhieddin zum Ministerpräsidenten und legt damit das seit Antritt der Präsidentschaft nach dem Tode Sadats gleichzeitig ausgeübte Amt nieder. Muhieddin wird mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. – Am 4. 1. wird die neue Regierung vereidigt, der 12 neue Minister angehören.

3. 1. – Ghana. Der am 31. 1. durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene Führer einer Militärjunta, Jerry Rawlings (vgl. „Blätter", 1/82, S. 6, 113 ff.), setzt die Verfassung außer Kraft, löst das Parlament auf und verbietet alle politischen Parteien. Der „Provisorische Nationale Verteidigungsrat" wird zur obersten Führungsinstanz des Landes erklärt.

4. 1. – EG. In der belgischen Hauptstadt Brüssel kommen die Außenminister der zehn EG-Staaten zusammen, um über die Krise in Polen zu beraten und eine gemeinsame Erklärung zu formulieren. In einem Kommuniqué fordern die Außenminister die rasche Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung aller Verhafteten und die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der polnischen Regierung, der Kirche und der Solidarität. Der belgische Außenminister Leo Tindemans, der seit Jahresbeginn den Vorsitz inne hat, wird beauftragt, in Polen Gespräche mit Regierung, Kirche und der Gewerkschaft Solidarität zu führen, um die EG-Haltung darzulegen. – Am 7. 1. wird in Athen

bekanntgegeben, daß die griechische Regierung die von den Außenministern der EG-Staaten zur Polenkrise angenommene Erklärung nicht akzeptiere. Die sozialistische Regierung in Athen wendet sich gegen die in der Erklärung enthaltene Verurteilung der Sowjetunion und die Androhung wirtschaftlicher Sanktionen. – Am 19. 1. wird der Kandidat der sozialistischen Fraktion im Europaparlament, der Niederländer Piet Dankert, im vierten Wahlgang mit 191 Stimmen zum neuen Präsidenten des Parlaments gewählt; der Kandidat der Europäischen Volkspartei, der deutsche Christdemokrat Egon Klepsch, erhält 175 Stimmen. Dankert tritt die Nachfolge von Simone Veil (Frankreich) an.

5. 1. – U S A/ /B R D. Anläßlich eines als privat bezeichneten Besuches von Bundeskanzler Schmidt in den USA führt der Kanzler in Washington Gespräche mit Präsident Reagan, an denen zeitweise auch die Außenminister Genscher und Haig teilnehmen. In einer gemeinsamen Erklärung werden als Gesprächsthemen die Lage in Polen und in Afghanistan sowie die Rüstungskontrolle und die Gefahren einer weltweiten wirtschaftlichen Depression genannt. Beide Gesprächspartner halten eine Sondersitzung der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz über Polen für nötig.

8. 1. – E G / T ü r k e i. Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Delegation des Europarats trifft in Ankara ein, um mit der türkischen Regierung Gespräche über die Wiederherstellung der Demokratie im Lande zu führen.

9. 1. – P o l e n. Der Primas von Polen, Erzbischof Josef Glemp, trifft mit Regierungs- und Parteichef General Jaruzelski zu einem Gespräch zusammen. Über den Inhalt der Unterredung wird nichts mitgeteilt. – Am 10. 1. trifft der polnische Außenminister Czyrek in Moskau mit seinem Amtskollegen Gromyko (UdSSR) zusammen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird der Wert und der langfristige Charakter der in Europa erreichten Entspannung betont. Czyrek habe darauf hingewiesen, daß das Kriegsrecht in Polen verfassungskonform und nötig gewesen sei, um Blutvergießen und Bürgerkrieg abzuwenden. – Am 26. 1. tritt das Parlament (Sejm) erstmals seit Verhängung des Kriegsrechts in Polen zusammen. Regierungschef Jaruzelski begründet in einer Rede vor dem Parlament die verfügten Maßnahmen damit, daß ohne den Ausnahmezustand eine Rettung des Landes nicht möglich gewesen sei. Die Abgeordneten stimmen mit Ausnahme der 5 Mitglieder der katholischen ZNAK-Fraktion einem Gesetzentwurf zu, in dem das Kriegsrecht-Dekret des Staatsrats nachträglich gebilligt wird. General Jaruzelski teilt mit, er rechne damit, daß das Kriegsrecht weitgehend bis Ende Februar aufgehoben werden könne.

– J e m e n. In Aden wird bekanntgegeben, daß sich die Demokratische Volksrepulbik Jemen (Südjemen) und die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) auf einen Verfassungsentwurf für einen vereinigten Staat geeinigt haben. Der Entwurf sieht vor, daß in der Vereinigten Jemenitischen Republik des Islam zur Staatsreligion erhoben wird. Als Hauptstadt ist Sanaa, die Hauptstadt von Nordjemen, vorgesehen. Der Entwurf sei den Regierungen und Parlamenten der beiden Länder zur Ratifizierung zugeleitet worden. Ferner sei eine Volksabstimmung über die Verfassung geplant.

11. 1. – N A T O. In der belgischen Hauptstadt Brüssel findet eine NATO-Sondertagung auf der Ebene der Außenminister statt. Einziges Thema ist die Analyse der polnischen Situation. Das 16 Paragraphen umfassende Kommuniqué, das nach Ende der Tagung veröffentlicht wird, enthält u. a. folgende Forderungen an die polnische Regierung: Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Gefangenen und Wiederaufnahme des Dialogs mit der polnischen Kirche und der Gewerkschaft Solidarität. Die griechische Delegation stimmt nicht allen Forderungen des NATO-Papiers zu. – Am 12. 1. heißt es in einem Kommentar der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, die NATO-Forderungen seien eine untragbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens und stellten eine grobe Verletzung der Helsinki-Schlußakte dar. – Am 13. 1. kündigt NATO-Oberbefehlshaber Rogers auf einer Pressekonferenz in München an, er werde auf der NATO-Verteidigungsministerkonferenz im Mai eine jährliche Steigerung der Verteidigungsausgaben der Mitgliedsstaaten um real vier Prozent in den Jahren 1983-1988 fordern. Rogers begründet diese Forderung damit, daß bei einem erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen über die Begrenzung atomarer Mittelstreckenwaffen eine konventionelle Abschreckung noch wichtiger werde.

13. 1. – N a h e r O s t e n. In Jerusalem wird offiziell die Teilnahme von Truppenkontingenten Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande an einer internationalen Friedenstruppe für den Sinai nach dem endgülti-

gen Abzug Israels bestätigt. – Am 31. 1. stimmt das israelische Kabinett der EG-Friedenstruppe zu.

14. 1. – Albanien. Als Nachfolger des im Dezember 1981 unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen Ministerpräsidenten Mehmed Shehu wird der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Adif Carcani von der Nationalversammlung zum neuen Regierungschef gewählt.

– Bundestag. In einer Regierungserklärung vor dem Parlament, der sich eine Debatte anschließt, stellt Bundeskanzler Schmidt die Haltung der Regierung zum Kriegszustand in Polen dar. Er fordert die Aufhebung des Kriegsrechts und die Rückkehr zum Reformkurs. Am Schluß der Debatte wird mit den Stimmen der SPD und der FDP eine Entschließung angenommen, die eine verstärkte Wirtschafts- und Finanzhilfe für Polen fordert, „sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind".

15. 1. – BRD/DDR. In Bonn wird bekannt, daß DDR-Außenminister Fischer in einem Schreiben, das am 12. 1. vom Ständigen Vertreter der DDR in Bonn, Ewaldt Moldt, dem Bundesaußenminister überbracht wurde, positiv auf Vorschläge von Außenminister Genscher reagiert habe, gemeinsame Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle bei den Vereinten Nationen zu entwickeln. In einem Brief, den der Außenminister während des DDR-Besuches von Bundeskanzler Schmidt durch den Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, überbringen ließ, seien die Vorschläge erneuert worden. Genscher bekräftigt die Bereitschaft, für die UNO-Sondergeneralversammlung zu Abrüstungsfragen, die in diesem Jahr stattfinden soll, Vorschläge zu entwickeln.

19. 1. – Finnland. Mit einem überraschend hohen Ergebnis für Mouno Koivisto enden die Wahlen der Elektoren für die Präsidentschaft. Bei einer Wahlbeteiligung von 86,6% erhalten die Sozialdemokraten, die Koivisto als Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen hatten, 43,3 % und 145 von insgesamt 301 Elektorenstimmen. – Am 26. 1. wird Mouno Koivisto im ersten Wahlgang mit 167 der 301 Elektorenstimmen formell zum neuen Präsidenten der Republik Finnland gewählt. Er tritt die Nachfolge von Urho Kekkonen an, der aus Gesundheitsgründen zurückgetreten war.

21. 1. – UNO. Gegen eine arabische Resolution im UN-Sicherheitsrat, nach welcher Israel für die illegale Annexion der syrischen Golanhöhen bestraft werden sollte, legen die USA ihr Veto ein; Großbritannien, Frankreich, Irland, Japan und Panama enthalten sich der Stimme. – Am 28. 1. beschließt der Sicherheitsrat die Einberufung einer Sondersitzung der Generalversammlung zur Diskussion der Annexion der Golanhöhen durch Israel. Ein entsprechender Antrag Jordaniens wird mit 13 gegen 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (USA und Großbritannien) angenommen. Die Sondersitzung beginnt am 29. 1.

24. 1. – Abrüstung. Die internationale unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit unter dem Vorsitz des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme hält nach einer dreitägigen Beratung auf Schloß Gymnich bei Bonn eine Pressekonferenz ab. Die Sitzung, so heißt es, habe hauptsächlich der Erarbeitung eines Berichtes gedient, der im kommenden Sommer der zweiten UNO-Sondergeneralversammlung für Abrüstung vorgelegt werden soll. Der Palme-Kommission gehören u. a. die früheren Außenminister Cyrus Vance (USA) und David Owen (Großbritannien) sowie das sowjetische ZK-Mitglied Arbatow und Egon Bahr (Bundesrepublik) an.

26. 1. – USA / Ud SSR. Außenminister Haig (USA) und Gromyko (UdSSR) treffen in Genf zu ausführlichen Gesprächen vor allem zu Fragen der Rüstungskontrolle zusammen. Haig wiederholt bei dieser Gelegenheit den amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung bei den Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen. Washington sei auch bereit, die Gespräche über den Abbau des nuklearstrategischen Waffenpotentials (START) aufzunehmen, doch sollten eigentliche Verhandlungen erst beginnen, wenn es „die Umstände" erlaubten. Eine Weiterführung der Kontakte auf Außenministerebene wird nicht vereinbart.

28. 1. – Irland. Die seit sieben Monaten amtierende Koalitionsregierung (Fine-Gail-Partei und Labour) unter Premierminister Garret FitzGerald (Fine-Gail) muß nach einer Abstimmungsniederlage über den Budgetvorschlag zurücktreten. FitzGerald hatte das Weiterbestehen seiner Regierung von der parlamentarischen Unterstützung der in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen abhängig gemacht. Für den 18. Februar werden Neuwahlen angesetzt.

Landtagswahlen hin, Landtagswahlen her

Da es schon nicht danach aussieht, als sei die sozialliberale Koalition in Bonn durch einen Kurswechsel der FDP aus dem Sattel zu heben, ziehen die vier Landtagswahlen in diesem Jahr einige bundespolitische Aufmerksamkeit auf sich. Dies gilt insbesondere für die möglichen Wechselwahlen in Hamburg (am 6. Juni 1982) und Hessen (am 26. September 1982), weniger für die niedersächsischen Wahlen (am 21. März 1982), von denen keiner so recht einen Trendumschwung erwartet, und schon gar nicht für die Bayernwahlen (am 10. Oktober 1982). Doch die bevorstehenden Landtagswahlen sind noch unter einem zweiten Gesichtspunkt von Interesse. Sie werden Auskunft darüber geben, inwieweit es den verschiedenen sozialen Bewegungen in diesem Land (schon) gelingt, ihrem Protest gegen den Rüstungskurs, gegen Sozialabbau und ökonomisch wie ökologisch fragwürdige Großprojekte auch parlamentarischen Ausdruck zu verleihen; mehr noch, ob es ihnen gelingt, die regional differenzierten und politisch heterogenen Anliegen sowohl programmatisch zu verallgemeinern wie politisch – etwa durch Wahlbündnisse – zu vereinheitlichen. Über die Sitzverteilung hinaus werden die Wahlergebnisse sichtbar machen, inwieweit sich das Drei-Parteiensystem tatsächlich transformiert und das Konzept der „Allerweltspartei" (Kirchheimer) sich – zumindest „von unten" – gegenüber Ansätzen bevölkerungsbezogener Interessenvertretung als anfällig erweist.

Das gegenwärtige Selbstbewußtsein der SPD lebt davon, in die Landtagswahlen den „Kanzlerbonus" einzubringen, sich als „kleineres Übel" zu empfehlen und im übrigen zu hoffen, es werde schon so schlimm nicht kommen: „Ein Dreivierteljahr vor den Wahlen ein solches Tief, so argumentierte unlängst der (hessische) SPD-Geschäftsführer Giani, sei eine excellente Ausgangsposition" („FAZ" v. 15. 1. 1982). Die außenpolitische Linie der Bundesregierung wird, gerade im Windschatten der Polenkrise und der vergleichsweise zurückhaltenden Reaktion der Koalition, bewußt als wahlpolitisches Instrument eingesetzt. „Ein Wahlerfolg der Konservativen in Hessen", verkündet eben derselbe SPD-Landesgeschäftsführer, „setzt der Friedenspolitik der sozialliberalen Bundesregierung eine Ende" (ebd.). Demgegenüber sucht die CDU sich von dem Vorwurf reinzuwaschen, sie würde nach Erringung einer (möglichen) Zweidrittelmehrheit im Bundesrat eine Obstruktionspolitik gegenüber Bundestag und Bundesregierung einleiten. Leisler Kiep wie Alfred Dregger haben wiederholt beteuert, den Bundesrat nur für landespolitische Interessen nutzen zu wollen. Hintergrund solcher staatsmännischer Attitüden ist freilich der Blick auf die FDP, die sich noch immer als Zünglein an der Waage der Regierungsbildung erweisen könnte. Aus Bayern, wo derartige Rücksichten keine Rolle spielen, hört man aber auch ganz andere Töne. – Jedenfalls weiß sich die CDU in genügend Programmpunkten der FDP verbunden, daß sie auf einen gleitenden Übergang zu CDU/FDP-Koalitionen bzw. zur Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung hoffen kann. So mag gegebenenfalls der Anpassungsdruck auf zustimmungspflichtige Gesetzesvorhaben im Bundesrat, das Zurückschrauben letzter Reformreste (wie der

Gesamtschule, die zum Kernpunkt des Hamburger CDU-Wahlkampfes erklärt worden ist), sowie das Vorantreiben einer „Austeritätspolitik", die „Investitionshemmnisse" politischer wie ökonomischer und ökologischer Art beiseite räumt, ausreichen, um freidemokratische Tendenzen zum Koalitionswechsel zu ermuntern. Koalitionsangebote für Hamburg und Hessen liegen vor.

Die FDP-Verlautbarungen zu den prekären Landtagswahlen in Hamburg und Hessen kommen solchen Überlegungen zumindest halbwegs entgegen. Wenn auch die SPD Koalitionspartner Nummer 1 bleibt, so ist doch in beiden Fällen die „verantwortungsbewußte" Option der Freidemokraten für ein CDU-Minderheitskabinett oder gar eine CDU/FDP-Koalition nicht ausgeschlossen: „Freie Demokraten wissen um ihre Verantwortung auch für denkbare andere Fälle des Wahlausgangs dazu beitragen zu müssen, daß Hamburg regiert werden kann" (FAZ v. 29. 1. 1982: verabschiedeter Leitantrag des Landesvorstandes zum FDP-Landesparteitag).

So scheint die SPD/FDP-Koalition in Bonn denn doch von den Ländern her in die Klemme geraten zu können. Dies ist aber nur die eine Seite. Die andere ist der innere Erosionsprozeß des sozialliberalen Potentials, eine dritte das Auftreten von Listen, die sich als Sprachrohre außerparlamentarischer Bewegungen bezeichnen können.

Geboren aus dem Protest gegen die „Nachrüstung", der Ablehnung des Sozialabbaus und einer Wirtschaftspolitik, die seit Jahren schon unverdrossen auf die „Belebung privater Investitionsbereitschaft" setzt, haben sich in den letzten Monaten die kritischen Äußerungen an und Abspaltungen von der SPD gehäuft. Die Bielefelder Initiative (vgl. „Blätter", 1/1981, S. 118 ff.) hat inzwischen über 30 000 Sozialdemokraten vereint. Der Ausschluß von Karl-Heinz Hansen (MdB) und der kürzliche Austritt von Manfred Coppik (MdB) haben zwar keine Austrittswelle nach sich gezogen, signalisieren aber die Hoffnung sozialistischer Kräfte, durch eine eigenständige Politik jene Lücke füllen zu können, die von den ökologisch festgelegten „Grünen" kaum geschlossen werden kann: eine arbeitnehmerorientierte fortschrittliche Alternative in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Trotz der bisweilen hochgespielten „Organisationsfrage" sind die Konsequenzen solcher Schritte freilich noch unklar. Die von Frankfurt aus initiierte „Unabhängige Sozialdemokratie", die am 13. Dezember 1981 ihre Gründungsversammlung in Rüsselsheim abhielt, scheint von der weitgehend grünen Programmatik („ökologische Kreislaufwirtschaft") und dem eher spärlichen Kreis aktiver Anhänger her kaum in der Lage zu sein, das – tatsächlich vorhandene – Protestpotential binden zu können. Möglicherweise kommt es aber zur Einzelkandidatur von USP-Vertretern auf grünen Listen.

Die „große Gelassenheit", die die SPD-Führung nach dem Coppik-Austritt hat verlauten lassen, enthält jedoch ein Gutteil von Selbstberuhigung. Die Organisationspolitische Konferenz der SPD im Oktober 1981 hat aufgedeckt, daß die SPD zwischen 1977 und 1980 einen Rückgang jugendlicher Mitglieder (bis 25 Jahre) um 25 % zu verzeichnen hatte. Ähnliches gilt für das Jungwählerverhalten, aber auch für den passiven Schwund im älteren Wählerpotential dieser Partei. Einstmals als „Partei der Großstädte" bezeichnet, hat die SPD u.a. die Oberbürgermeister in Stuttgart, München, Frankfurt, Düsseldorf und Berlin eingebüßt. Die Bundestagswahlen erweisen sich in den Großstädten inzwischen als zugkräftiger als die – sehr viel hautnäheren – Kommunalwahlen.

Die Ursachen für diese Erosionserscheinungen sind allesamt auf gleicher Ebene angesiedelt. Städte, Gemeinden und Länder bekommen die Folgen des Rü-

stungskurses zu spüren; die Gemeinschaftsprojekte des Bundes sind rigide zusammengestrichen worden; die Last der Sozialleistungen liegt zu einem guten Teil auf den Schultern der Kommunen. Die halbherzigen Reformen, die technokratische Umgliederung der Gebietskörperschaften, traditionelle Lebensräume zersprengende Flächensanierungen, Einschränkung kommunaler Leistungen (etwa im Verkehrsnetz) u. a. m. haben das Integrationsvermögen der Sozialdemokratie untergraben.

Können die außerparlamentarischen Bewegungen, können die grünen, alternativen und roten Listen die Unzufriedenheit der Bevölkerung auffangen und sie in ein positives Konzept demokratischer Alternativen einbinden? Diese Frage wird auch längerfristig ihre Bedeutung behalten.

Für die Listen ist es dabei lebens- und überlebenswichtig, sich nicht von den sozialen Bewegungen, denen sie ihre Basis verdanken, abzukoppeln. Der Problemdruck ist jedoch groß. Obwohl lokale bzw. regionale Bewegungen häufig den Ausgangspunkt solcher Organisationen und Listen bilden, lassen sich die Anforderungen parlamentarischer Vertretung nicht auf Ein-Punkt-Bewegungen eingrenzen. Konfrontiert mit dem politischen System müssen umfassendere Altenativkonzepte vorgetragen werden. Obwohl die Umfragen den „Grünen" in Hamburg, Hessen und Niedersachsen gute Ergebnisse vorhersagen, kann Selbstgerechtigkeit auf Dauer gefährliche werden. Das Verhalten der Bremer „Grünen" hat Anfälligkeit für sozialreaktionäre Lösungen gezeigt. In Niedersachsen wurden von den „Grünen" zahlreiche CDU-Landräte mitgewählt. In Marburg stützten die „Grünen" zwischenzeitlich den SPD-geführten Magistrat, um dann einer großen Koalition von CDU und SPD zu weichen. - Sollte es also bei dem bleiben, was die FAZ vom 2. Januar 1982 für die Landtagswahlen propagiert? „Wenigstens einen Veränderungsschub im ‚etablierten Parteiensystem' könnten die Grünen/Alternativen bewirken; man mag zweifeln, ob es das war, was sie sich vorgestellt haben."

Jetzt, da die Tendenz zur „Vernetzung" sozialer Bewegungen fortschreitet, ja dringend gefördert werden muß, um die Brücke zwischen der Friedensfrage – sie bildet auch 1982 den Prüfstein in allen Wahlen und politischen Bewegungen – und den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schlagen, wäre eine organisationsegoistische, auf Parlamentssitze fixierte Wahlpolitik verhängnisvoll. Nicht die Repräsentanz irgendeiner „vierten Partei" ist gegenwärtig das Problem, sondern es geht darum, die Erfahrungen und Forderungen *verschiedener* Bewegungen mit *verschiedenen* sozialen Trägergruppen in der politischen Auseinandersetzung zusammenzuführen, um Breite, Dauer und Durchschlagskraft gewinnen zu können. Es geht um eine Art „große Koalition von unten". Das setzt die Fähigkeit zum Kompromiß, die Bereitschaft zu einem Minimalprogramm und die Orientierung an der *ganzen* – vorhandenen! – Breite der Protestbewegungen voraus.

Die Hamburger Diskussion um ein – vorerst gescheitertes – Wahlbündnis von Grünen, Alternativen, Sozialisten und Kommunisten stimmt eher skeptisch. Trotz tragfähiger Programmpunkte wurde eine Chance vertan. Getrennt marschieren, getrennt schlagen (und geschlagen werden) – das sollte nicht die Perspektive für 1982 sein. Denn, Landtagswahlen hin, Landtagswahlen her, es ist die Stärke der *außerparlamentarischen* Bewegung und ihre Konzentration auf den Kernpunkt der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik, die Friedensfrage (samt ihrer innenpolitischen Folgewirkungen), die zu allererst darüber entscheiden wird, in welche politische Richtung sich dieses Land 1982 entwickeln wird.

Klaus Naumann

Helsinki statt Jalta?

„Um die Gefahr einer Koexistenz der beiden Großmächte auf der Basis einer Teilung Europas zu überwinden, ist alles gut, was es möglich macht, von Jalta wegzukommen." Seitdem der französische Staatspräsident Mitterrand diese Ansicht in seiner Neujahrsansprache äußerte, hat eine überbordende Diskussion über die Bedeutung von Jalta in den Massenmedien begonnen. Eine fast zwangsneurotische Fessel scheint gebrochen. Ein Gespenst, der Alptraum, den Adenauer allerdings mit dem Stichwort Potsdam verband, wird fortgeräumt. Der einschränkende, ein realistisches Einschätzungsmoment enthaltende Nachsatz Mitterrands „vorausgesetzt man verwischt niemals Wunsch und heutige Realität" geht im aufatmenden Enthusiamus unter.

Dem diesem Thema angemessenen Realitätssinn kommt wohl Bundeskanzler Schmidt näher, wenn er von der nichtantastbaren Aufteilung der Interessensphären zwischen den Großmächten seit Jalta spricht und von diesem Standpunkt aus die Ereignisse in Polen beurteilt. Er ist wegen dieser Äußerung gescholten worden. Schmidt verspiele ein völkerrechtliches Instrument zur Einmischung in Osteuropa, das der Westen mit den Abmachungen von Jalta der Sowjetunion abringen konnte. So der konservative Historiker A. Hillgruber (in: „Die Welt" v. 7. 1. 1982). Eine besondere, auf die Aktualität bezogene Variante dieser Ansicht stellt die Behauptung dar, in der Schlußakte von Helsinki sei diese Einmischungsmöglichkeit im Sinne von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie feierlich – und zwar auch von der Sowjetunion – bestätigt worden. Das Völkerrecht also nicht nur auf Seiten von „Radio Free Europe", „Radio Liberty" und „Deutsche Welle", sondern auch auf Seiten des Wirtschaftssanktionen verhängenden amerikanischen Präsidenten Reagan; die Bundesrepublik dafür diesmal in der Pose des sich um Menschenrechte einen Dreck kümmernden Geschäftemachers.

War nun Jalta wirklich der Anfang der Spaltung Europas in zwei Blöcke und wurde Polen dem Einflußbereich der Sowjetunion zugeordnet? Oder hat Jalta als ein bestimmter Höhepunkt einer Entwicklung, die mit dem Angriff der deutschen faschistischen Truppen auf die Sowjetunion 1941 und der hierdurch zustandegekommenen Antihitlerkoalition einsetzte, eine ganz andere, hierzulande bewußt oder unbewußt mißverstandene Bedeutung? Zunächst war die Sowjetunion der barbarischen Walze der faschistischen Strategie des Blitzkrieges ohne jegliche Unterstützung, allein auf sich selbst angewiesen ausgesetzt. Erst nachdem unter Aufbietung aller Kräfte und Reserven in den Schlachten um Moskau, Stalingrad und Kursk mit hohem Blutzoll der grundlegende Umschwung des Kriegsverlaufes erreicht war – wie gesagt aus eigener Kraft –, konnten sich die westlichen Alliierten auf der ersten Konferenz der „Großen Drei" in Teheran (28. 11. –1. 12. 1943) zum wirksamsten Hilfsmittel durchringen: zur Errichtung einer zweiten Front im Westen. Ein konkreter Termin (Mai 1944) und der Ort des Frontverlaufs, nämlich in Frankreich und nicht im Mittelmeerraum, wie es Churchill zur Wahrung britischer Kononialinteressen vorgeschlagen hatte, wurde vereinbart. Der Stimmungsumschwung in der öffentlichen Meinung angesichts nicht nur der militärischen Überlebensfähigkeit, sondern der wachsenden Effektivität der Roten Armee ließ eine Fortsetzung der Vorkriegsdiplomatie (Ablenkung der faschistischen Aggression gen Osten und später Abwarten des Abnutzungseffektes) nicht mehr zu.

Standen in Teheran noch die militärischen Fragen stark im Vordergrund – allerdings nicht losgelöst von den Problemen der Errichtung einer neuen gerech-

ten Nachkriegsordnung –, so war die Konferenz in Jalta (4.–11. 2. 1945) und später Potsdam (7. 7.-2. 8. 1945) – alle drei Konferenzen bilden eine Einheit – mehr oder weniger ausschließlich diesen Problemen gewidmet. Der Krieg war entschieden, wenn auch in Ostasien gegen Japan noch mit einer längeren Dauer gerechnet wurde. Den größten Teil der Länder, die in der Vorkriegszeit einen cordon sanitaire gegenüber der Sowjetunion gebildet hatten – von den baltischen Staaten bis Rumänien, mit Polen als Kern –, hatte die Rote Armee von der faschistischen Okkupation befreit, im Westen galt Gleiches für Italien, Frankreich und die Beneluxländer, wo die Westallierten, unterstützt von den erstarkenden Widerstandskräften, bis zur deutschen Westgrenze vorgedrungen waren.

Das künftige Schicksal Polens spielte auf der Konferenz von Jalta eine große Rolle. Man kam überein, eine Provisorische Polnische Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die bestehende provisorische Regierung sollte auf einer breiteren Grundlage unter Einschluß demokratischer Führer, die im Lande leben, und von Polen im Ausland umgebildet werden. (Der ehemalige Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Mikolajczyk z. B. wurde Mitglied der Provisorischen Regierung). Sobald als möglich sollte diese Regierung auf der Grundlage des allgemeinen und geheimen Wahlrechts freie und unbehinderte Wahlen durchführen, zu denen alle demokratischen und antinazistischen Parteien Kandidaten aufstellen durften. Man einigte sich über die Ostgrenze Polens entlang der sog. Curzon-Linie, wie über beträchtlichen Gebietszuwachs Polens im Norden und Westen auf Kosten Deutschlands. Die endgültige Grenze im Westen sollte aber erst später, nach Absprache mit der polnischen Regierung, auf einer Friedenskonferenz festgelegt werden. Der präzise Grenzverlauf wurde in Potsdam bestimmt.

Diese Vereinbarungen hinsichtlich Polens waren Teil einer „Erklärung über das befreite Europa", die wiederum einen Teil des gemeinsam unterzeichneten Berichtes über die Krimkonferenz darstellt. Dieser Bericht enthielt noch andere wichtige Abmachungen: Behandlung Deutschlands (z.B. Einteilung in Besatzungszonen, Wiedergutmachung), Gründung der Vereinten Nationen etc. Entsprechend dem Grundsatz der Atlantik-Charta – das Recht aller Völker, sich die Regierungsform, unter der sie leben werden, selbst zu wählen – soll Souveränität und Selbstverwaltung in allen Teilen des befreiten Europas wieder hergestellt werden. Damit demokratische Einrichtungen eigener Wahl geschaffen werden können, müssen die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus vertilgt werden. Die drei Regierungen wollen Hilfe leisten, damit provisorische Regierungen auf breiter Basis, unter Einbezug aller demokratischen, d. h. antifaschistischen Kräfte gebildet werden können, die zur baldestmöglichen Errichtung von dem Volkswillen entsprechenden Regierungen auf dem Weg freier Wahlen verpflichtet sind. Selbst bei intensiver Lektüre ist es schwer, aus dem Text einen Anhaltspunkt für eine Aufteilung von Interessensphären bzw. nach Blöcken zu finden. Alle Abmachungen, auch die über die Behandlung Deutschlands, sind auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ausgerichtet. „Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und ein Platz in der Völkergemeinschaft bestehen." Die „Einheitlichkeit der Zielsetzung und des Vorgehens, welche den Vereinten Nationen den Sieg ermöglicht hat, soll im kommenden Frieden aufrechterhalten und gestärkt werden." Die Erklärung bezieht sich auf das ganze befreite Europa, genauso gut wie auf Polen auch auf Frankreich, Italien, Beneluxländer etc. Also keine Spur von einem einsei-

tigen bzw. vice versa eingeräumten Einmischungsinstrument.

Wenn in der aktuellen Diskussion der Zusammenhang von Demokratie und freien Wahlen (also die Idee des repräsentativen Parlamentarismus) im Blick auf die bestehenden sozialistischen Verfassungssysteme herausgestrichen wird, der zweifellos in den behandelten Dokumenten einen wichtigen Stellenwert einnimmt, darf andererseits jedoch der gleichrangige Gesichtspunkt nicht unterdrückt werden: nämlich die Repräsentation des Volkswillens in antifaschistisch-demokratischen Parteien und Gruppierungen. Das waren sowohl bürgerlich-nationale Gruppierungen in Polen, wie Kommunisten in Frankreich und Italien, dort nahezu 40 % des Wählerpotentials. Nicht also Friedenssicherung durch Blockbildung und gegenseitig abschreckende militärische Paktsysteme, sondern vielmehr Friedenssicherung durch ein umfassendes kollektives Sicherheitssystem, wie es in der UNO-Charta zum Ausdruck kam, war der erklärte Wille der Alliierten der Antihitlerkoalition zu dieser Zeit. Dies implizierte nicht nur Gewaltverzicht (Art. 2 Abs. 4 UNO-Charta), also Kriegsverbot, sondern Verzicht auf jede einseitige Einwirkung von außen in innere gesellschaftliche Prozesse. Weder Sozialismus noch freiheitlich-demokratische Grundordnung können Export/Importartikel sein. Die Frage der Wahl des politischen und gesellschaftlichen Systems soll im inneren Auseinandersetzungsprozeß zwischen den gesellschaftlichen Gruppen frei, d. h. ohne äußere Gewalteinwirkung von welcher Seite auch immer und bei repressiver Unterbindung faschistischer Aktivität – hierzu war jeder der Alliierten in seinem Bereich nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet – entschieden werden. Wohin dann die gesetzmäßige Entwicklung läuft, war allen Beteiligten mehr oder weniger klar. Die Entstehung der breiten Volksfronten und deren programmatische Formulierungen sprechen eine beredte Sprache. Hierin lag und liegt – das gilt trotz oder gerade wegen der Entwicklung in Polen – die eigentliche Sprengkraft der Abmachungen, die die Sowjetunion weniger zu fürchten hatte, als die Westmächte.

Dieses Programm der friedlichen Koexistenz – auf der internationalen Tagesordnung seit 1917, wenn auch salonfähig als Begriff internationaler Vereinbarungen erst 1972 („Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA" vom 29. Mai 1972) – hatte im Heraufkommen des Kalten Krieges keine Chance der Verwirklichung. Eine Abkehr von der in den 3 großen Konferenzen vereinbarten Zielsetzung konnte nicht im Interesse der Sowjetunion liegen. Man mag über die Mittel streiten, wie sie auf die gesellschaftlichen Bedingungen in den Ländern des ehemaligen cordon sanitaire zur Absicherung ihrer strategischen Interessen einwirkte. Die wachsende Eindämmungs- und Roll-back-Politik der Westmächte wirkte sicherlich nicht beruhigend auf die komplizierte Lage in diesen Ländern, in denen nur die gröbsten Wurzeln nationalen Chauvinismus und Faschismus beseitigt waren. Erzwungene Weiter- und Aufrüstung anstatt erhoffter Abrüstung störte den wirtschaftlichen Wiederaufbau, und das in einem Lande, das gerade 20 Millionen Menschenleben und nicht zu ermessende materielle Werte verloren hatte. Man muß schon einen von Krokodilstränen verschleierten Blick haben, das Nichtstattfinden von freien Wahlen in einem auch nach der Befreiung von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen geschüttelten Land wie Polen, den mehr oder weniger unsanft herbeigeführten Austritt bürgerlicher Kräfte aus der tschechoslowakischen, von Kommunisten geführten Regierung als Bruch der Jalta-Vereinbarungen oder gar als Entstehungsgrund des Kalten Krieges wahrzunehmen und zu brandmarken, die Tatsache jedoch, daß schon ein Jahr zuvor unter dem Druck der USA die Kommunisten in Frankreich und Italien, von anderen Ländern ganz zu

schweigen, vor die Tür gesetzt worden waren, auf eine normale Abnutzung kommunistischer und sozialistischer Ideen im freien Diskussions- und Kommunikationsprozeß zurückzuführen.

Wie dem auch sei, Blockbildung nach außen, faktische Aufteilung der Interessensphären, an die Grenze des kriegerischen Eklats gehende Dosierungen verschiedenster Einmischungsversuche, Abschottung nach Innen durch Ausschaltung jedes nicht systemkonformen Diskussionsprozesses mögen zwangsläufige Vorgänge gewesen sein, aber nicht wegen, sondern gegen Jalta und Potsdam. Die Konzeption und Strategie von Eindämmung und Roll-back beruhte auf der Annahme militärischer und ökonomischer Überlegenheit des Westens. Spätestens der Sputnikschock erschütterte diese Überlegenheitsillusion. Die verschiedenen Stadien, in denen sich die Auflösung des Kalten Krieges als der vorherrschenden Tendenz der internationalen Beziehungen vollzog und zunehmend der Entspannung wich, können hier nicht aufgezeigt werden. Ohne die annähernde strategische Parität, d. h. das „Gleichgewicht" der gegenseitigen Verwundbarkeit zwischen den beiden Blöcken, wäre dieser Prozeß jedenfalls nicht möglich gewesen. Einen gewissen Höhepunkt und relativen Abschluß fand diese Entwicklung mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki. All die Prinzipien, die in den 3 großen Konferenzen der Antihitlerkoalition festgelegt und in der UNO-Charta und in zahlreichen späteren völkerrechtlichen Dokumenten (z. B. der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts vom 24. Oktober 1970) fortgeschrieben wurden (z. B. souveräne Gleichheit der Staaten, Souveränität der Völker auch über ihre Naturressourcen, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, Nichteinmischung etc.), in der Wirklichkeit der internationalen Beziehungen aber eher verdrängt waren, werden in der KSZE-Schlußakte in feierlicher Form wiederholt.

Der Menschenrechtskatalog enthält nicht nur die klassischen politischen Freiheitsrechte (Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit im Zusammenhang mit freiem Informations- und Kulturaustausch), er ist erweitert um nicht so übliche Selbstverständlichkeiten wie Rassen- und Geschlechtergleichberechtigung. Bemerkenswerter ist aber der verhältnismäßig detallierte Katalog wirtschaftlicher und sozialer Rechte, wobei alle Menschenrechtskategorien in einem engen dialektischen Zusammenhang gesehen werden. Desgleichen wird der unaufhebbare Zusammenhang von Menschenrechtsverwirklichung und staatlicher Souveränität, die im Selbstbestimmungsrecht des Volkes ihr Fundament hat, unterstrichen: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten." Nicht ein Anti-Jalta (so „Der Spiegel", Nr. 2/1982, S. 78) also, sondern Bestätigung und Fortführung der dort festgelegten Grundsätze. Gewährleistung von Menschenrechten unter Umgehung oder gar Ausschluß staatlicher Souveränität ist 1975 in Helsinki ebensowenig vereinbart worden, wie ein System der Duldung gegenseitiger oder gar einseitiger Einmischung in Jalta 1945.

Jalta sah ein kollektives Sicherheitssystem vor, um Block- und Paktssysteme, im Grunde als Kriegsauslöser diskriminiert, zu vermeiden. Helsinki belebt die Idee des kollektiven Sicherheitssystems, um eine perspektivische Alternative zu den Blöcken des Kalten Krieges aufzuzeigen. Die in der aktuellen Diskussion erfolgende Verzerrung der Grundsätze der Antihitlerkoalition kommt nicht von ungefähr. Die Verzerrungsgrade werfen Schlaglichter auf die Tendenzen imperia-

listischer Politik. Die schärfste Variante, in der Reagan-Administration konzentriert, besinnt sich auf Jalta und Helsinki als angebliche Legitimation für direkte Einmischungsversuche, flankiert von der Drohung eines nuklearen Erstschlagpotentials. Das modernisierte strategische Mittel des Blitzkrieges soll dazu dienen, die Weltmachtstellung mit Hegemonialcharakter zurückzugewinnen. Es ist also auch gegen die europäische Verbündeten gerichtet. Weil die dominierende wirtschaftliche Position der USA verlorengegangen ist, tritt der militärische Aspekt von Macht unangemessen in den Vordergrund, (wie Paul Noack im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" v. 10. 1. 1982 betont).

Mitterrands rückbesinnende Infragestellung von Jalta hat sicher eine andere Qualität. Sie erinnert an die de Gaullesche Vision eines Europas vom Atlantik bis zum Ural, sich notfalls atomar verteidigend wie Frankreich nach allen Himmelsrichtungen. Diese Ablehnung Jaltas ist ambivalent. Übrigens kann sie nicht mit Nichtbeteiligung Frankreichs begründet werden, das ja nachträglich den Vereinbarungen beitrat und sich in allen Institutionen beteiligt. Neben dem positiven Element, sich von amerikanischer Vorherrschaft auf gewisse Weise zu distanzieren und eigene nationale, aber auch gesamteuropäische Interessen zu verteidigen, ist der latent aggressive Charakter gegenüber den sozialistischen Ländern, und zwar weniger territorial als durch andere Einmischungsmittel, nicht zu verkennen. Gefährlicher als dies ist jedoch die mögliche Verbindung mit der Idee eines „Zwischeneuropas", sei es unter französischer Hegemonie, sei es unter bundesrepublikanischer im Sinne von Franz Josef Strauß: Ein militärisch der Sowjetunion ebenbürtiges Europa – ein eigenes strategisches Gleichgewicht in Europa, ohne Rücksicht auf die globale Parität. Sollte in Europa die große Koalition der Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses in diesem Ziele einig sein?

Ein derartiges Sicherheitsdenken, auch wenn es eine relative Selbständigkeit zu den USA sucht, wäre selbstmöderisch. Eine Abkoppelung Europas, im Sinne der neuen Pentagonstrategie des begrenzten Nuklearschlages ebenso apokalyptisch wie im Sinne eines souverän verwalteten europäischen Nuklearpotentials, hat keine Zukunft. Perspektive bietet nur ein Europa im Geist von Helsinki, ein Zusammenschluß souveräner Staaten – souverän genug, um die strategische Parität zwischen den beiden Blöcken als Chance für Abrüstung auf der Basis des Respekts der gleiches Sicherheit zu erkennen, und stark genug, weil es millionenfachen Willen demonstriert, einen Oktroi, als Agressionsmittel gen Osten oder gegen wen auch immer zu dienen, zurückzuweisen. Weg von den Blöcken ja, aber im und nicht gegen den Geist von Jalta!

Gerhard Stuby

Acht Thesen zur Friedensbewegung

Von Eugen Kogon

Am 15./16. Januar 1982 fanden in Frankfurt/M. aus Anlaß des 90. Geburtstages von Martin Niemöller ein internationales Kolloquium und eine Feierstunde in der Paulskirche statt. Redner während des Festaktes waren u. a. der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr, Marschall Francisco da Costa Gomes, Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann, Dr. Alfred Mechtersheimer, US-Vizeadmiral a.D. John M. Lee, General a.D. Michael Harbottle, General a.D. Nino Pasti, General a.D. Gerd Bastian, Prof. Dr. M. A. Milstein aus der Sowjetunion, Prof. Dr. Gerhard Kade, der Präsident des Friedensrates der DDR Prof. Dr. Günther Drefahl, der Generalsekretär der niederländischen Bewegung „Stop de neutronenbom – stop de kernwapenwettloop", Nico Schouten, und das Vorstandsmitglied der Martin-Niemöller-Stiftung Gunnar Matthiessen.

Prof. Dr. Eugen Kogon trug in der Paulskirche die nachfolgenden Thesen vor, die die Diskussion des internationalen Kolloquiums zusammenfassen. Dieses erste Forum von Repräsentanten der Friedensbewegung im Jahr 1982 hatte über Aufgaben der kommenden Monate diskutiert. Wir veröffentlichen den Text mit der freundlichen Genehmigung des Autors. D. Red.

I

Frieden schaffen ist eine politische, ökonomische, kulturelle, moralische und psychologische Aufgabe. Daß Sicherheit als wesentliches Element des Friedens in erster Linie oder gar ausschließlich auf militärischer Rüstung und Bereitschaft beruhe, ist in der Weltsituation, in der wir uns befinden, eine Wahnvorstellung, die undifferenzierte Feindbilder zur Voraussetzung hat und selbst fortwährend schafft, was sie befürchtet.

Die Friedensbewegung versucht durch Aufklärung, Dialog – unentwegt, so schwierig es sein mag – und Zusammenarbeit die Vorurteile sowie die Fehlinterpretationen geschichtlicher Erfahrungen in ihrer praktischen Bedeutung zu mindern und womöglich auszuschalten, um Verständigung herbeizuführen.

II

Zwischen dem westlichen und dem östlichen Lager besteht Gleichheit der wechselseitigen Befürchtungen. 90% der USA-Bevölkerung, so das Ergebnis einer Umfrage, sind der Meinung, man könne der Sowjetunion in nichts Wichtigem trauen. Ähnlich scheint es sich im Sowjetbereich gegenüber den USA zu verhalten. Tatsachen und Legenden wirken ineinander. Hier wie dort ist schließlich die Überzeugung vom Aggressionswillen des Systemgegners

maßgebend. Die Angst vor ihm dient dem Rüstungswettbewerb als fortwährendes Antriebsmittel. Sie wirkt wie ein dogmatischer Wahn, der Vernunft irrational in die militärische Abwehrreaktion zwingt. Friede wird da vermeintlich zum Resultat von Abschreckung und Gegenabschreckung. Man steigert einander in immer unmenschlichere Vernichtungseffizienz hinein.

III

Die in der prinzipiellen Gegnerschaftsmentalität entwickelten und verwendeten Begriffe geben in keiner Weise mehr die Realität wieder, die sie meinen: „Verteidigung", „Gleichgewicht", „Nach- oder Vorrüstung", „Abschreckung", „Sicherheit". Besonders schlimm ist es um den Gebrauch des Begriffs „Gleichgewicht" bestellt. Wie im Schach die Figuren je nach Position unterschiedliche Bedeutung haben, so auch in der militärischen Rüstung: der Skorpion, um ein einziges Beispiel anzuführen, braucht dem Löwen nicht unterlegen zu sein.

Das Mehrfach-Vernichtungspotential (die „overkilling power"), über die jede Seite bereits verfügt, würde es dem im mechanischen Vergleich Schwächeren, ohne daß er Nachteil davon zu haben brauchte, jetzt durchaus erlauben, weitere Rüstungssteigerung seinerseits zu verweigern, um mit den in der Helsinki-Vereinbarung empfohlenen „Vertrauen schaffenden Maßnahmen" deutlich spürbar zu beginnen.

IV

Die derzeitige Führung der USA strebt eingestandenermaßen die Rüstungssuperiorität über die Sowjetunion an, um sie ökonomisch und politisch in die Knie zu zwingen. Die Geschichte seit 1917/1918 beweist zwar, daß das „Konzept der Überlegenheit" durch eine „Politik der Stärke" die Wahrscheinlichkeit des Obsiegens nicht für sich hat. Warum aber macht die Sowjetunion ihrerseits das Wettrüsten in seinen bisherigen Wahnsinnsformen mit? Offenbar oder zumindest anscheinend, weil auch ihre Führung, durch die historischen Erfahrungen geängstigt, in dem Wahn vom Primat des Militärischen und der vermeintlichen Notwendigkeit eines „Gleichgewichts" in jeder Waffengattung befangen ist.

Was könnte umgekehrt in der Überwindung von Schwierigkeiten nicht alles durch Abrüstung erreicht werden, – jedermann weiß es.

V

Für die USA und die UdSSR sind Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, auch wenn sie sich nur teilstücksweise darauf einlassen, ein globales Problem. (Wobei die Kontrolle nicht selten, bei fortgesetzter Weiterrüstung, als Beweis der angeblichen Bereitschaft zum Rüstungsabbau dient.) Die Friedensbewegung hat darauf keinen unmittelbaren Einfluß. (Und es begegnet in diesem Bereich jedem Argument ein scheinberechtigtes Gegenargument.) Was sie aber bewirken sollte und wahrscheinlich bewirken kann, ist die Frie-

denssicherung in Europa durch radikale Ausschaltung aller Atomwaffen hier. Sie würden uns ja in jedem Fall, gleichgültig ob in „Angriff" oder „Verteidigung", vernichten. Sie schützen uns in gar keiner Weise und gehören daher, zumindest in Europa und hier vor allem, abgeschafft. Das kann vermutlich nur in Schritten, das heißt in allmählich auszuweitenden Regionen geschehen, ohne daß die bestehenden politischen Pakte und sonstigen Verträge dadurch aufgehoben zu sein brauchen. Man muß damit beginnen, die Impulse dazu müssen von der Friedensbewegung und vom nicht nachlassenden Widerstand der Bevölkerung ausgehen.

VI

Ein Einwand, der gegen den Abbau des – illusionären – sogenannten atomaren Schutzschildes für Europa gemacht wird, ist der, die europäischen Staaten, die ein solches Konzept realisieren, könnten dann alsbald von einer der Großmächte beliebig „erpreßt" werden. Mit Atomwaffen läßt sich jedoch gerade kleineren Mächten gegenüber nichts erpressen, denn die Großmacht, die dafür in Betracht käme, hätte im Fall eines Gesamtüberfalls absolut nichts von dem atomverseuchten Gebiet, und im Fall eines selektiven Atomschlages – auf Hamburg etwa oder Kiew – welch ein kaum ausdenkbarer Unsinn –, würde sie den Großpartner des Gegensystems mit ebenfalls selektiven Schlägen gegen sich in Aktion setzen.

VII

Der spezifische Beitrag der europäischen Staaten zur Friedenssicherung – sie sind im Fall eines kriegerischen Konfliktes die gefährdetste Region –, Staaten, die sich gegen jegliche Produktion und Stationierung und Anwendung atomarer Waffen in ihren Gebieten entschließen, könnte, da wir an einem fortschrittlichen „realen Sozialismus" in Osteuropa, nicht an seiner kriegsauslösenden Gewaltbekämpfung interessiert sein müssen, zur ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit hinzu ein Netz von Nichtangriffspakten zwischen ihnen und der UdSSR sein. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sagt dazu in seinem Artikel 24/II: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern." Gemeint sind dabei nicht etwa nur befreundete Staaten, sondern genauso, ja gerade aktuelle oder potentielle Gegner, mit denen Verständigung zustandekommen soll.

VIII

Was kann, in Anbetracht dieser Gegebenheiten, die Strategie der Friedensbewegung sein?

Man wird die unmittelbare, die mittelfristige und die langfristige Zielsetzung unterscheiden müssen. Für die Bereitstellung der Atomwaffen in Europa heißt

das in der aktuellsten Vordringlichkeit: Verhindern, daß das Potential, das bereits im Übermaß hier und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland lagert, noch vermehrt wird. Darüber hinaus muß die Bemühung der Friedensbewegung mittelfristig darauf gerichtet sein, die lagernden Bestände diesseits und jenseits der Demarkation abzubauen. Das Fernziel wird das Verbot insgesamt der Entwicklung und Weiterentwicklung von Atomwaffen sein.

Um dem Frieden als bleibendem Zustand zu dienen, genügt es natürlich nicht, nur die Atombewaffnung zu bekämpfen. Aber schon dieser Kampf hat Aussicht auf Erfolg nur, wenn er von beständiger Aufklärung begleitet ist. Dazu gehört:

– das Syndrom der „Angst vor den Russen" zu beseitigen,
– das Vorurteil vieler Christen zu widerlegen, Atheisten seien „zu allem fähig",
– Verständnis für die „Sorgen der anderen Seite" zu schaffen,
– die Vernünftigkeit der Verständigung, das heißt insbesondere die Bemühung um gemeinsame Rettung vor dem weltweiten Zusammenbruch der industriewirtschaftlichen Zivilisation als vitales Gegeninteresse zur Feindbild-Ideologie zu erweisen,
– durch konkretes analytisches Material zu zeigen, daß die Abschaffung der Atomwaffen keine Arbeitsplatz-Bedrohung darstellt und umgekehrt die Rüstung ihrerseits kaum Arbeitsplätze schafft,
– schließlich die wahren finanziellen Nutznießer der militärischen Rüstung, die bekanntlich ungeheuerliche Kosten verursacht, zu benennen.

Verlangen sollten wir außerdem die Abhaltung einer Konferenz für Abrüstung in Europa. Und erforderlich ist die durch Absprachen weiter zu effektuierende, erfolgreich bereits begonnene Internationalisierung unserer Aktionen in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich dafür aufgeschlossen zeigen, wie verschiedenartig ihre Zielsetzungen im einzelnen und ihre Motivationen auch sein mögen: geschichtlich, ökonomisch, religiös.

Sowohl im Kampf gegen die fortwährende Verschlimmerung der Situation als auch im Kampf um anschließend ihre allmähliche Verbesserung dürfen die globalen Aspekte nicht außer acht gelassen werden: Wir leben in weltweiten wechselseitigen Abhängigkeiten, die deutliche Abgrenzungen und deutliche Solidaritäten verlangen.

Die Friedensbewegung und die Polenkrise

Stellungnahmen von Wolfgang Abendroth, William Borm, Erhard Eppler, Christian Götz, Jörn-Erik Gutheil, Nikolaus Koch, Walter Kreck, Werner Lutz, Gunnar Matthiessen, Uta Ranke-Heinemann, Harold Rasch, Christoph Strässer und Josef Weber

Die ernste Entwicklung in Polen läßt niemanden unberührt, schon gar nicht die Friedensbewegung. Menschen, die gemeinsam gegen die wachsende Atomkriegsgefahr demonstriert haben, sind über Polen geteilter Meinung. Das war schon vor dem 13. Dezember 1981 so und kann in einer aus so unterschiedlichen Richtungen zusammenströmenden Bewegung wohl kaum anders sein. Gefahr für die Friedensbewegung erwüchse daraus erst, wenn jetzt das Trennende in den Vordergrund gestellt und darüber das Gemeinsame – letztlich das Überlebensinteresse aller Menschen im atomkriegsbedrohten Deutschland und Europa – aus den Augen verloren würde. Was sich bisher als die besondere Stärke der neuen Friedensbewegung erwiesen hat – ihre große Spannweite und politische Vielfalt – könnte dann, wenn es nach ihren Gegnern geht, dazu dienen, sie „unschädlich" zu machen.

Es darf u. E. nicht übersehen werden, daß – insbesondere von den USA ausgehend – heute versucht wird, das Thema Polen zur Verdrängung, Ablenkung und Aufspaltung des Widerstands gegen Atomrüstung und Kriegsvorbereitungen zu instrumentalisieren.

Die Reagan-Administration setzt ganz unverblümt auf eine weitere Verschärfung der Lage in Polen – ohne Rücksicht auf die Notsituation des Landes und die Gefahr eines Bürgerkrieges mit unabsehbaren Folgen weit über Polen hinaus – und übt massivsten Druck auf Verbündete und „Gegner" aus, um die polnische Krise zu einer Weltkrise, zu einer allgemeinen Ost-West-Konfrontation zu eskalieren. Das ist keine Hilfe für Polen, es dient nicht der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Lösung der tiefen Wirtschafts- und Versorgungskrise dieses Landes – es soll vielmehr der Durchsetzung und der nachträglichen Legitimation des Reaganschen Aufrüstungsprogramms, des größten der Geschichte, und seiner sozialen Kosten sowie der Disziplinierung und Unterordnung der Verbündeten dienen, ungeachtet der schweren Gefahren und Nachteile, denen z. B. die Bundesrepublik selbst dadurch ausgesetzt würde.

Die besorgte und um Krisenentschärfung bemühte Haltung, die Helmut Schmidt trotz seiner atlantischen Grundeinstellung und trotz seines unveränderten Festhaltens an der „Nachrüstung" nach dem 13. Dezember 1981 gegenüber der neuen Kriseneskalation aus Washington an den Tag gelegt hat, läßt den ganzen Ernst der Situation ahnen. Man stelle sich vor, die neuen amerikanischen Atomraketen ständen schon in Westeuropa . . .

Die ungeheure Gefahr, gegen die die Friedensbewegung sich erhoben hat, hat sich in diesen Wochen weiter verschärft – verschärft nicht durch Polen, sondern durch die unbesonnene und auf Konfrontation ausgehende Politik der USA. Um so dringlicher ist es, daß die Friedensbewegung die gegenwärtige Herausforderung in einer Weise erörtert, die ihre Wirksamkeit, ihre Fähigkeit, 1982/83 durch neue eindrucksvolle Mani-

festationen und Aktionen die „Nachrüstung" zu verhindern und Abrüstungsschritte möglich zu machen, stärkt. Es gibt – trotz Haig – nichts Wichtigeres als den Frieden!

Die Redaktion der „Blätter" hat, um zur Klärung beizutragen, Persönlichkeiten aus den unterschiedlichen, in der Friedensbewegung zusammenwirkenden Strömungen um Stellungnahmen zum Thema „Polenkrise und Friedensbewegung" gebeten, die wir nachstehend veröffentlichen. D. Red.

Wolfgang Abendroth
Sanktionen gegen UdSSR und Polen – Intervention in Polen?

Die polnische Krise ist bitter, nicht nur für Polen, nicht nur für den Warschauer Pakt, auch für die Friedensbewegung in den NATO-Ländern und damit für den Druck, der die Reagan-Administration von weiterem Überdrehen der atomaren Rüstungsschraube, von stärkerem Ausschlag ihrer außenpolitischen Abenteuer abhalten und den Frieden in der Welt bewahren kann.

Daß es zur polnischen Krise gekommen ist, war offensichtlich – weder die polnische Arbeiterpartei noch die UdSSR bestreiten das – die Konsequenz einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Gierek und der polnischen Partei. Sie hat eine spontane Massenaktion erzeugt, in der zuletzt jener in sich völlig widerspruchsvolle Utopismus, der jede nur spontane, von keinen rationalen Kadern gesteuerte und deshalb zur Lernfähigkeit der Massen übergeleitete Bewegung begleitet, die Oberhand gewann. Dadurch entstand für antisozialistische Gruppierungen die Chance, Boden zu gewinnen und die Gefahr des totalen ökonomischen Verfalls und dann des Bürgerkriegs herbeizuführen. Deshalb war der Griff nach dem militärischen Ausnahmezustand wohl die wirklich letzte Rettung vor einer Lage, die auch akute Kriegsgefahren in Europa hätte herbeiführen können. So negativ für jeden Demokratisierungsprozeß, so riskant für freie Diskussion und für die Bewahrung der individuellen Rechte jeder militärische Ausnahmezustand stets ist – hier blieb offensichtlich nichts mehr anderes übrig, wenn man nicht nur den polnischen Weg zum Sozialismus, sondern auch das „Gleichgewicht" in Europa und der Welt, das ansonsten von den NATO-Regierungen so sehr beschworen wird, in die Luft sprengen wollte. Daß mit allen Eingriffen solcher Art auch Inhumanitäten verbunden sind, die man wieder überwinden muß – wer will das bezweifeln? Nur – wie schwer wiegen sie gegenüber den größeren Inhumanitäten, die ohne diesen Eingriff unzweifelhaft entstanden wären?

Nach dem in dieser Frage erstaunlich klaren Aufsatz von Henri Nannen im „stern" ist es wohl unnötig geworden, noch einmal auf die hemmungs- und grenzenlose Heuchelei zu verweisen, deren sich mit dem außenpolitischen Ziel, den Rest der Verständigungspolitik zwischen den beiden Blöcken, den der NATO-Doppelbeschluß noch übrig gelassen hatte, zu zerstören, der amerikanische Präsident (und in der BRD die CDU/CSU) befleißigt und deren sich mit dem innenpolitischen Zweck, die Friedensbewegung zu zerschlagen, auch die beiden anderen Bundestagsparteien bedienen, um angeblich die „Menschenrechte" in Polen zu schützen und so zu tun, als wolle man Helsinki verteidigen. Dem, was Henri Nannen gesagt hat, ist wenig hinzuzufügen. In Polen hat es bisher wahrscheinlich 10 Tote und keine Todesurteile gegeben. Wie viele Tote gibt es täglich in El Salvador und Guatemala? Wie viele Todesurteile sind schon in der Türkei vollstreckt worden und werden immer noch monatlich verhängt? Davon wollen die parlamentarischen Vertreter der drei Bundestagsparteien aber nichts hören . . .

Aber diese Frage hat auch ihren völkerrechtlichen Aspekt und produziert also unmittelbare Bedrohungen für den Frieden, der nun einmal auch die Voraussetzung hat, daß in den Beziehungen zwischen den Staaten das Völkerrecht beachtet wird. Intervention in die innerstaatlichen Verhältnisse eines Völkerrechtssubjekts durch die Staatsorgane eines anderen Staates darf es nur geben, soweit sie (das gilt heute vor allem in den jeweiligen Beziehungen der Administrationen der jeweiligen „Blöcke" untereinander) durch besondere Vertragsverhältnisse begründet werden können oder sich auf einstimmige Beschlüsse des Sicherheitsrates der UN stützen lassen. Wenn sie sich dadurch nicht rechtfertigen können, bleiben derartige Interventionen eine Verletzung der Souveränität des von der Intervention betroffenen Staates. Das ist eindeutig dann der Fall, wenn einem konkreten Staat „Repressalien" oder gar „Sanktionen" irgendwelcher Art für den Fall angedroht werden, daß er sich innenpolitisch anders verhält, als es derjenige fordert, der diese Maßnahmen androht. Man bedenke, was diese Grundüberlegung nicht nur hinsichtlich des Verhaltens der USA, sondern auch des letzten NATO-Beschlusses aussagt . . .

Bloße Bundestagsresolutionen, die in ähnliche Richtung gehen, stehen gleichsam auf der Grenze derartigen Verhaltens. Der Regierung der BRD soll man zugute halten, daß sie gewiß nicht zu den Antreibern der interventionistischen Repressalienbedrohungen gehört. Es soll auch nicht darüber spekuliert werden, auf welche besonderen Interessen westdeutscher Konzerne, die sich weitgehend von denen des amerikanischen Kapitals (nicht aber der amerikanischen Farmer) unterscheiden, sie sich dabei stützen kann. Aber aus innenpolitischen Gründen – vor allem um der Hoffnung willen, die Friedensbewegung spalten und zurückwerfen zu können – treibt sie den antikommunistischen Wahn voran und gerät darum in ihrer Position in der NATO und ihrem Jonglieren in der Frage wirtschaftspolitischer „Straf"-Androhungen gegenüber Polen und der UdSSR stets neu in die Gefahr, der Gefangene der selbsterzeugten Hysterie zu werden und die völkerrechtlich gebotenen Grenzen ihrer Politik zu überschreiten.

Ein großes Maß an Verwirrung in den Positionen derer, die bisher die Friedensbewegung in der BRD getragen haben, hat sie (und haben die drei Bundestagsfraktionen) bisher noch nicht anstiften können. Die Friedensbewegung bleibt die einzig zuverlässige Kraft, die helfen kann, die Bundesrepublik und ihre „öffentliche Meinung" auf einen Kurs mindestens relativer Vernunft – wie es, siehe Henri Nannen, auch ethisch geboten ist – zurückzuführen.

Ökonomischer und kultureller Boykott gegenüber der UdSSR und Polen – das wäre Verlängerung der polnischen Krise und deshalb Erhöhung der Kriegsgefahr.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M., em. Professor für Wissenschaftliche Politik.

William Borm
Wer spricht eigentlich für die Europäer?

Im Falle Polen gibt es wohl zwischen allen Menschen, denen Freiheit etwas bedeutet, eine Übereinstimmung. Ich fürchte aber, daß gerade in diesem Falle Zwecküberlegungen taktischer Art das strategisch Notwendige überlagern, und außerdem befürchte ich, daß ein Irrtum in der Situation obwaltet. Diesen Irrtum sehe ich darin, daß man annimmt, es wäre möglich, ohne kriegerische Verwicklungen heraufzubeschwören, ein Land, das sich in einem der beiden Blöcke befindet, aus der jeweiligen Bin-

dung herauszubrechen. Bezeichnend scheint mir der auflebende Disput über die Bedeutung oder Nichtbedeutung der in Jalta gefaßten Beschlüsse.

Die zweite Frage ist, wie ich die Situation einschätze. Ich neige dazu, daß der General Jaruzelski vielleicht die letzte Möglichkeit für sich in Anspruch genommen hat, um die polnischen Dinge im polnischen Sinne zu lösen. Der nächste Schritt wäre der Einmarsch der Sowjetunion, und wie ich den polnischen Nationalcharakter kenne, bin ich geneigt, den Versicherungen General Jaruzelskis Glauben zu schenken, der immer wieder betont, daß er im polnischen Interesse handelt und daß er sobald wie möglich das verhängte Kriegsrecht aufheben will.

Ich glaube nicht, daß es in einer so komplizierten Situation, wie sie durch die Entwicklung in Polen heraufbeschworen ist, möglich wäre, zu einer Lösung zu kommen, ohne den Worten ein gewisses Vertrauen entgegenzubringen und ihm auch eine gewisse Zeit zuzubilligen.

Es wird gefragt, wie man einwirken kann? Ich frage, ob eine Einwirkung in der Art, wie sie jetzt gemacht wird, zweckmäßig ist. Ich sagte, daß Jaruzelski Zeit und ein gewisses Vertrauen bedarf, und die Geschäftigkeit, in der heute an die Dinge herangegangen wird, muß nicht unbedingt den Zielen dienen. Diese Ziele sind aus westlicher Sicht ein größeres Maß von Freiheit in allen Staaten des Ostens und besonders jetzt im Fall Polen. Aber ich darf darauf hinweisen, daß Jaruzelski ständig behauptet, eine Rückkehr vor August 1980, also vor Gründung der „Solidarität", sei weder beabsichtigt noch möglich. Dieses Wort steht.

Sanktionen haben nach allgemeiner Erfahrung noch niemals die beabsichtigte Wirkung erreicht. Ich erinnere nur an das als Sanktion gedachte Verbot der Ausfuhr von Getreide aus den USA nach der Sowjetunion. Das ist still und heimlich wieder aufgehoben worden. Das ist das Allgemeine. Ich halte aber die Zeit für verfrüht, um darüber überhaupt nachzudenken, welche Position der Westen den polnischen Ereignissen gegenüber einnehmen muß, verfrüht deswegen, weil die Dinge im Laufen sind und jeder Eingriff in ein laufendes Verfahren ist im Juristischen sogar verboten und im Politischen durchaus nicht unbedingt erfolgversprechend.

In der Polenkrise ergibt sich wieder einmal ein zu Tage tretender Beweis dafür, daß die Interessen von Weltmächten nicht unbedingt parallel laufen zu den Interessen von Mittelmächten, die geographisch begrenzt sind. Eine Weltmacht befindet sich ständig im Gegensatz mit einer zweiten Weltmacht. Das ist das eine. Und die Frage ist nicht geklärt, ob wir Europäer ständig Erfüllungsgehilfen für die Amerikaner sein sollen, dürfen oder müssen in deren Streben nach Weltmacht. Unsere Interessen in Europa liegen anders, und ich fürchte, daß sowohl die Beschlüsse der EG als auch die Beschlüsse der NATO etwas frühzeitig und nicht den gesonderten Interessen der Europäer entsprechend gefaßt worden sind. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Frage hier ist, wer denn nun eigentlich für Europa spricht. Die EG ist eine Versammlung europäischer Staaten und hat einen Entschluß gefällt, von dem man der Meinung sein kann, daß er zu weit geht oder nicht. Dann kommt die NATO und fällt einen weitergehenden, viel weitergehenden Entschluß über das gleiche Thema. Wer eigentlich spricht denn nun für Europa, die NATO oder die EG? Diese Frage ist noch nicht geklärt. Ich bin der Meinung, daß die Europäer sehr wohl in der Lage sind, durch den Mund der EG ihre Position zu verdeutlichen.

William Borm ist Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Die vorstehenden Äußerungen entnahmen wir einem Rundfunkinterview, das der Politiker uns für unsere Umfrage zur Verfügung stellte.

Erhard Eppler
Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik

Die deutsche Geschichte kennt zwei Polenbilder, eines der deutschen Linken, eines der Rechten. Es war die liberale Linke, die sich im letzten Jahrhundert begeisterte für die polnischen Freiheitskämpfer, die eher sterben als unter zaristischer Herrschaft leben wollten. Da wurden die leidenschaftlichen, unbeugsamen, freiheitsliebenden, tapferen Polen besungen, jene Polen, die fast so waren, wie man sich die Deutschen wünschte. Die Rechte, vor allem der preußische Adel, schließlich Otto von Bismarck, hatten andere Interessen und damit ein anderes Polenbild. Sie wußten, daß ein unabhängiges Polen beträchtliche Teile Preußens für sich reklamieren mußte, daß man daher dem Zaren zu helfen habe, wenn die faulen, hinterhältigen, zur Anarchie neigenden Polen auch noch aufsässig wurden.

Seit dem Sommer 1980 konnte man den Eindruck haben, das ursprüngliche linke Polenbild sei nun heimisch geworden in der Bundesrepublik, von den Gewerkschaften bis zur Springerpresse, von der CSU bis zur Friedensbewegung, während das einstmals rechte Polenbild ausgerechnet in der DDR wieder zu Ehren kam, und zwar beileibe nicht nur bei den Funktionären.

Nun steht den Deutschen nach allem, was sie den Polen angetan haben, das linke Polenbild besser an als das rechte. Mit einem Zusatz: Wenn es darum ging, aus eigener Kraft ein funktionierendes demokratisches Staatswesen zustande zu bringen, waren sie nicht erfolgreicher als die Deutschen, zumal sie noch weniger Gelegenheit hatten als ihre westlichen Nachbarn, sich darin zu üben. Das polnische Nationalbewußtsein entzündete sich zu allen Zeiten mehr am Willen zur Selbstbehauptung gegenüber übermächtigen und überdies ketzerischen Nachbarn als an gemeinsamen Überzeugungen vom Aufbau eines demokratischen Staates.

Alle jene haben recht, die aus den Ereignissen seit dem Sommer 1980 folgern, hier habe ein System sich selbst zugrunde gerichtet, und es habe dies auch nicht besser verdient. Im Grunde sagt dies auch der General, der dieses Land heute mit dem Kriegsrecht regiert. Hunger und Militärherrschaft als Ergebnis einer Politik, die vorgab, Polen in die vorderste Linie moderner Industriestaaten zu bringen, das ist schon eine verheerende Bilanz. Es gibt keinen Grund, dies nicht laut zu sagen.

Die Frage ist nur, was wir tun können, um dies zu ändern, genauer: was wir vernünftigerweise wollen können. Solange es einen Ost-West-Konflikt, solange es NATO und Warschauer Pakt gibt, wird die Sowjetunion, ganz gleich wer sie regiert, dreierlei nicht zulassen: einmal, daß Polen aus dem östlichen Paktsystem ausschert, zum andern, daß Polen zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückkehrt, also zum Privatbesitz der industriellen Produktionsmittel, zum dritten, daß Polen in Anarchie und wirtschaftlichem Bankrott versinkt. All dies ginge an den Lebensnerv der östlichen Supermacht, und es ist nun einmal nicht ratsam, am Lebensnerv einer Supermacht zu hantieren. Auch in Lateinamerika kann davon mancher ein Lied singen.

Wenn wir dies respektieren, dann muß sich die Sowjetunion mit allem abfinden, was diese drei Grundbedingungen unberührt läßt. Sie muß es schlucken, daß die katholische Kirche in Polen mehr Vertrauen genießt als die Vereinigte Arbeiterpartei. Sie

muß es ertragen, daß in Polen freie Gewerkschaften arbeiten. Sie muß damit leben, daß die Polen in Presse, Rundfunk und Parlament frei diskutieren. Sie muß zur Kenntnis nehmen, daß Polens Wirtschaft mehr Selbstverwaltung und wohl auch mehr Markt braucht.

Wem der Friede in Europa, wem ein erträgliches Verhältnis zwischen den beiden Teilen Europas am Herzen liegt, wer den Polen helfen will, muß auch wollen, daß die Polen ihren Weg finden, ohne auf den Lebensnerv einer Weltmacht zu stoßen, die nun einmal ihr Nachbar ist.

Da kann Protest durchaus sinnvoll sein. In Warschau und Moskau soll man wissen, daß wir uns mit einer Militärdiktatur in Polen nie abfinden. Gegen die Verletzung von Menschenrechten ist Protest in jedem Fall nötig. Da kann auch Hilfe sinnvoll sein. Vielleicht wird die Mehrheit der Polen im Rückblick noch dankbarer sein für Milchpulver und Fleischkonserven als für manchen empörten Leitartikel.

Vor allem aber müssen wir Jaruzelski beim Wort nehmen. Bis zum Beweis des Gegenteils möchte ich annehmen, daß er meint, was er sagt, daß er sich selbst wohl eher als tragische Figur denn als geborenen Diktator sieht, daß er zuerst polnischer Patriot ist, der vor allem eines verhindern will: das Eingreifen der Sowjets. Hält er nicht Wort, so laßt uns neu entscheiden.

Wer jetzt Sanktionen verhängt, macht es Jaruzelski nicht leichter, sondern schwerer, Wort zu halten. Wer solche Sanktionen von den USA aus dekretiert, muß sich von Europäern einiges sagen lassen: Erstens, mit Verlaub, liegt Polen in Europa und ist daher zuerst einmal Sache der Europäer. Wer in einer solchen Frage über die Köpfe und Einwände der betroffenen Verbündeten hinweg eingreift, hat eine Vorstellung von NATO, die wahrscheinlich die achtziger Jahre so nicht überlebt. Zweitens: Die Deutschen tragen die Hauptlast der Hilfe, die dem wirtschaftlich zugrundegerichteten NATO-Staat Türkei, genauer gesagt einer wenig zimperlichen Militärjunta, dort zugute kommt.

Handeln wir etwa unmoralisch? Das ließe sich ja ändern. Drittens: Wo kämen wir hin, wenn wir gegen alle Militärdiktaturen in Zentral- und Südamerika – und dort gilt ein Menschenleben noch etwas weniger als in Polen – Sanktionen verhängen wollten? Oder gegen die USA, weil sie solche Diktaturen seit Jahr und Tag stützen? Nicht die Bundesregierung muß sich rechtfertigen für ihr Augenmaß. Die US-Regierung muß uns erklären, was sie sich von ihrer Handlungsweise verspricht, wie sie meint erreichen zu können, was sie als ihre Absicht deklariert: das Ende der Militärherrschaft in Polen. Und sie muß uns erklären, warum die USA seinerzeit ihre Sanktionen gegen Chile aufhoben, als die freigewählte Regierung Allende von Pinochets Soldaten liquidiert war.

Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik. Es mag sein, daß die Welt von Moskau und Washington aus übersichtlicher, einfacher aussähe, wenn es zur sowjetischen Intervention in Polen gekommen wäre. Für die Europäer sähe sie dann noch wesentlich desolater aus. Wir sind daran interessiert, daß Polen freier, demokratischer, wohlhabender wird und daß die Sowjetunion dies hinnimmt. Wir wollen dies, weil es für Europa gut ist und weil es dem Frieden dient.

Dr. Erhard Eppler, Mitglied des Parteipräsidiums der SPD, stellte uns den vorstehenden Beitrag zur Verfügung, der auch in der „Frankfurter Rundschau" erschienen ist.

Christian Götz
Die Friedensbewegung darf sich nicht auseinanderdividieren lassen

Erstens: Niemand kann ernsthaft leugnen, daß die dramatischen Ereignisse in Polen auch eine große Relevanz im Hinblick auf die (unbedingt notwendige) Fortsetzung der Politik der Entspannung sowie der friedlichen Koexistenz und damit für den Frieden insgesamt haben. Deshalb müssen wir gemeinsam daran interessiert sein – und im Rahmen unserer Möglichkeiten gezielt dabei mithelfen –, daß sich die Verhältnisse in Polen sobald wie möglich wieder normalisieren. Scharfe Erklärungen, unerträgliche Heuchelei und Säbelgerassel stellen dafür allerdings die am wenigsten geeigneten Mittel dar. Im Gegenteil! Gäbe es das Konzept der Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz nicht, so müßte es spätestens jetzt entwickelt werden; es sei denn, jemand möchte die „polnischen Probleme" mit Gewalt lösen.

Das *Präsidium der SPD* hat Mitte Dezember 1981 u. a. erklärt: „Angesichts der Entwicklung in Polen ruft das Präsidium der SPD alle verantwortlichen Kräfte in der Bundesrepublik zur Besonnenheit und Mäßigung auf. Unerbetene Ratschläge und wortstarke Erklärungen helfen den Menschen in Polen nicht und auch nicht dem Frieden. Krisenverschärfung ist für uns kein Mittel der Politik. Niemand kann ein Interesse daran haben, daß Polen politisch und wirtschaftlich in die Katastrophe treibt. Wer jetzt das Ende der Entspannungspolitik herbeizureden versucht, muß wissen, daß er das auf dem Rücken des polnischen Volkes tut. Der Wille zum Ausgleich und zur Zusammenarbeit muß gerade in kritischen Zeiten erhalten bleiben."

Mit dieser Erklärung kann ich mich voll identifizieren.

Die Kriegsgefahr hat sich im letzten Jahr in der Tat erhöht. Die wesentlichen Ursachen liegen in der „Neuorientierung" der amerikanischen Politik seit dem Amtsantritt von Präsident Reagan. Seine Regierung setzt nach jeden Tag erneuten Bekundungen auf mehr Rüstung und die Wiederbelebung der sog. „Politik der Stärke". Die Reagan-Administration hat den mit Abstand größten Militärhaushalt in der amerikanischen Geschichte vorgelegt, lehnt die Ratifizierung von SALT II ab, produziert die Neutronenbombe, plant mit dem „MX-System" eine weitere atomare Superrakete und möchte unser Land mit neuen atomaren Raketen „beglücken".

Zweitens: Die atomare Bedrohung hält unverändert an. Die Friedensbewegung hat weltweit wichtige Bewußtseinsprozesse in Gang gesetzt; ihr eigentliches Ziel, ein neues Drehen an der atomaren Rüstungsschraube zu verhindern, ist aber längst noch nicht erreicht. So gesehen hat die Friedensbewegung – auch durch die Polenkrise – weder an Relevanz noch an Dringlichkeit verloren. Sie darf sich – bei Beibehaltung unterschiedlicher Einschätzungen – nicht auseinanderdividieren lassen. Die Spaltung der Friedensbewegung, und deshalb werden laufend entsprechende Versuche unternommen, würde ausschließlich den atomaren Aufrüstern dienen.

Drittens: Boykottmaßnahmen stellen kein geeignetes Mittel dar, um die Entwicklung in Polen positiv zu beeinflussen. Das hat unsere Bundesregierung unmittelbar nach der Veröffentlichung entsprechender Absichten der amerikanischen Regierung überzeugend erklärt. Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung diese „Linie der Vernunft" ungeschmälert beibehält, auch wenn sich der Druck von Ronald Reagan noch vergrößert.

Viertens: Die künftigen Aufgaben der Friedensbewegung lassen sich so zusammenfassen:

1. Die Friedensbewegung darf keine Pause machen. Sie darf sich – wie bereits betont – nicht auseinanderdividieren lassen. Darüber hinaus darf sie ihre entscheidenden politischen Ziele nicht aus den Augen verlieren. Von der Friedensbewegung und ihren Aktivitäten wird entscheidend abhängen, ob die in Genf aufgenommenen Verhandlungen letztendlich auch zu substantiellen Ergebnissen führen.

2. Die Friedensbewegung muß noch breiter werden und deshalb jede Möglichkeit zur weiteren Mobilisierung nutzen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch, die DGB-Friedensinitiative mit allen Kräften zu unterstützen. Verständliche Kritik an der Haltung des DGB zum 10. 10. bzw. an Teilen des Aufrufs sind kein ausreichendes Argument, eine „Boykotthaltung" einzunehmen. Damit würde eine wichtige Chance vertan.

3. Wir müssen gemeinsam aus der Geschichte lernen und deshalb für gesellschaftliche Verhältnisse eintreten, die Friedenspolitik überhaupt möglich machen und gedeihen lassen. Dazu gehören der Kampf gegen Rechtsentwicklung und Neonazismus, gegen den Abbau demokratischer Rechte sowie insbesondere gegen jede Form von Sozialabbau.

Christian Götz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft HBV

Jörn-Erik Gutheil
Der Friedensengel aus Hollywood

Polen in Not. Das ist kein neues Thema. Der Sommer 1980 hatte eine Erneuerungsbewegung eingeleitet, die alle gesellschaftlichen Gruppen erfaßte. Wie nicht anders zu erwarten, kam es dabei auch zu Spannungen. Vor allem mit der etablierten kommunistischen Partei und der sie stützenden Sowjetunion. Am Ende griffen – wie wir wissen – die polnischen Militärs ein und brachten einen Prozeß zum Stillstand, der mit großen Hoffnungen besetzt war. An die Stelle der Erneuerungsbewegung trat der Ausnahmezustand mit Kriegsrecht. Tausende wurden seither verhaftet und in Lager oder Gefängnisse gesperrt. Demokratische Rechte sind aufgehoben. Geblieben sind die Probleme in einem Land, das solche Ohnmachtsanfälle in seiner Geschichte oft genug kennengelernt hat.

Die Reaktionen auf diese lange befürchtete und dann doch völlig überraschend eingetretene Situation erfolgten prompt. Aus der anfänglichen Besorgnis in Washington wurde schnell massive Drohung. Halten wir es mit Karl Barth und lesen täglich Zeitung und Bibel, dann vergeht kein Tag, an dem nicht neue Hiobsbotschaften aus „White House" bei uns ankommen. Der Verteidigungsetat der USA steigt wie nie zuvor, jede beliebige Militärdiktatur, deren „Verschwundene", Gefangene, Gefolterte, Ermordete nur in Tausenden zu zählen sind, darf wieder sicher sein, mit amerikanischen Beratern und Waffen versorgt zu werden. In diesem Jahr verkaufen die USA allein für über 50 Milliarden Dollar Waffen.

Die Gelegenheit ist günstig. Gerade ist es geglückt, die beiden Großmächte in Genf an den Verhandlungstisch zu bringen, um über das entscheidende Thema dieses Jahrzehnts zu verhandeln – Abbau der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa -, da könnte die Situation in Polen der willkommene Anlaß sein, der Sowjetunion zu zeigen, wer die Nummer Eins in der Welt ist. An Andeutungen in dieser Richtung hat es bisher

von der anderen Seite des Atlantiks nie gefehlt. Ronald Reagan, selbstgekürter Friedensengel, der von der Nulloption bei den nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa redet, und schon das nächste Thema vorbereitet, – Verstärkung der Atom-U-Bootflotte, Nutzung chinesischer Flottenstützpunkte und Aufbau elektronischer Horchposten in China, Lagerung chemischer Waffen in England –, verkündet Sanktionen. Zuerst gegen Polen und kurz darauf gegen die Sowjetunion. Damit ist endlich wieder die Konfrontation geschaffen, die man sich in der Reagan-Administration wünscht. Und vor allem: Das Feindbild stimmt wieder, an allem ist die Sowjetunion schuld.

In der Einschätzung der polnischen Situation mag man auf die griechische Tragödie oder das Blattspiel, die letzte polnische Karte, setzen. In jedem Fall sind die Polen (noch) unter sich und eine direkte Intervention findet nicht statt. Die spärlichen Informationen lassen nur das Schlimmste befürchten. Das ist nicht zu leugnen und es muß auch offen ausgesprochen werden. Hier darf man Heinrich Böll und Erhard Eppler getrost folgen. Es ist „entsetzlich" was da in Polen geschieht. Es stimmt: Polen wird zum Prüfstein einer europäisch konzipierten Friedenspolitik. Deshalb weg mit dem Kriegsrecht, denn real existierende Mißstände lassen sich nicht ohne Schaden durch Kriegsrecht lösen.

Freilich, ein Blick auf die Landkarte – an deren heutigen Aussehen die Deutschen kräftig mitgewirkt haben – ist manchmal hilfreich. In Jalta haben sich 1945 die Sieger auf Einflußsphären in Europa verständigt und so ist seither Politik betrieben worden. Wer so tun will, als sei das nicht mehr so, der muß Lehrgeld bezahlen.

Was ist jetzt wichtig? Eine auf Drohung aufgebaute Politik kann keinen Frieden erzielen. Sie verhindert auch alle möglichen Erleichterungen in Polen. Die Fronten werden sich eher verhärten und es steht zu befürchten, daß kein Dialog mehr möglich ist.

Die in seelischer wie ökonomischer Not lebenden Polen brauchen Hilfe. Die Kirchen im Westen, einzelne wie Verbände, sollten sich in ihrer Solidaritätsarbeit nicht beirren lassen. Die Erfahrung christlicher Gemeinschaft, die sich caritativ wie politisch artikuliert, kann dazu beitragen, den Politikern Wege zum Dialog zu eröffnen. Ohne den notwendigen Dialog innerhalb Polens und die gerade uns Deutschen gegenüber dem polnischen Volk gebotene Zurückhaltung kann sich nichts zum Guten wandeln. Daran mitzuwirken, daß der Weg für Gespräche frei wird, ist der erste Schritt zur Aufhebung des Ausnahmezustands.

Jörn-Erik Gutheil, evangelischer Studentenpfarrer in Bonn

Petra K. Kelly
Reagan als Schirmherr der polnischen Freiheit?

Seit dem 13. Dezember 1981 hat die Armee in Polen den Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung, die Demokratisierung durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes gestoppt. Die Bürgerrechte sind außer Kraft gesetzt, Gewerkschafter und die von 10 Millionen organisierten Arbeitern frei gewählten Führer von Solidarność sind verhaftet und interniert. Seit dem letzten Jahr wogte ein ständiger Kampf zwischen Partei und Solidarność. Die Frontlinien waren schwer auszumachen; die Partei, auf Konservative und viele Reaktionäre reduziert, zeigte sich immer weniger dem eingeschlagenen

Weg des gesellschaftlichen Dialogs gewachsen. Solidarność wurden so ständig neue Aufgaben aufgebürdet – Behörden hatten sich als unfähig erwiesen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern und die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Viele Solidarność-Mitglieder traten dafür ein, auf dem Weg der demokratischen Selbstverwaltung im Betrieb und im ganzen Land gesellschaftliche Kontrolle über Wirtschaft und Verwaltung zu verwirklichen. Die Gewerkschaft Solidarność fing an, die selbst gesteckten Grenzen gesellschaftlicher Aufgaben zu überschreiten. Nun ist die polnische Arbeiterbewegung durch die Militär-Diktatur auf Bedingungen zurückgeworfen worden, die weit schlimmer sind als diejenigen, die im Sommer 1980 zu Beginn der Kämpfe bestanden. Wie überall, wenn das Militär in Marsch gesetzt wird, sagen die Generäle, daß der Ausnahmezustand aufrechterhalten wird, bis „im Land wieder das Recht herrscht", bis wieder „Bedingungen für ein normales Funktionieren" des Staatsapparats bestehen und bis eine „Stabilisierung der inneren Lage" erreicht ist. Der Ausnahmezustand in Polen dient „zur Rettung des Landes vor Chaos und Anarchie" schrieb das Zentralorgan der DKP – die UZ vom 14. Dezember 1981 –, doch das sagen auch die Generäle in Chile und in der Türkei. Manche Teile der Friedens- und Antiraketenbewegung wie die DKP oder SDAJ beschuldigen die streikenden Arbeiter, mit ihren Forderungen und Streiks und Demokratie-Ansprüchen die polnische Wirtschaft und den Staat an den Rand des Abgrunds getrieben zu haben.

Bischof Glemp erklärte der „Herald Tribune" am 18. Januar 1982, daß es radikale Kräfte (umstürzlerische Kräfte) auf beiden Seiten gegeben hätte. Diese Aussage Glemps ist auch nicht zu bestreiten, da solche Organisationen wie der amerikanische AFL-CIO und andere westliche Kräfte versucht hatten, die Solidarność-Bewegung in ihrem westlichen kapitalistischen Sinne zu beeinflussen – und das schon seit 1979. Auf der anderen Seite waren auch die sowjetischen Drohungen vis à vis der fraktionierten, verbrauchten polnischen Partei unüberhörbar geworden, und vermutlich wurde deswegen am 13. Dezember 1981 von General Jaruzelski der Ausnahmezustand verhängt, um einem bewaffneten Eingreifen der Sowjetunion angesichts einer bürgerkriegsähnlichen Entwicklung zuvorzukommen.

In den vielen Friedenswochen, die ich besucht habe, auf den vielen Friedensveranstaltungen dieses Jahr, hatte ich immer deutlich heraushören können, wieviel aufrichtige Hoffnung die Menschen in dieser unabhängigen Friedensbewegung, in die fortschrittlichen Programmziele der Solidarność nach Arbeiterselbstverwaltung und einer „selbstverwalteten Republik" investiert hatten. Die Solidarność-Bewegung *vor* dem 13. Dezember 1981 hatte uns allen zuerst die Hoffnung gegeben, daß eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen auch im Rahmen der Blöcke angestrebt werden kann. Doch *nach* dem 13. Dezember 1981 wissen wir erneut, daß im Einflußbereich der Supermächte gesellschaftliche Erneuerung kaum möglich ist. Entspannung wird von Herrn Schmidt, von Herrn Honecker, von allen etablierten Politikern im Osten und Westen nur in jener *starren* und *eingespielten* Koexistenz der Blöcke praktiziert. In keinem Land der Bündnisse darf es radikale soziale und politische Veränderungen oder emanzipatorische Bewegungen geben, die eine Auflockerung oder gar Veränderung des Status quo nach sich ziehen könnten. Beispiele hierfür hat uns Henri Nannen geliefert – sollten sich z. B. Grüne, Alternative, Pazifisten, Startbahngegner, AKW-Gegner, Kommunisten usw. zu einer organisierten anti-parlamentarischen Opposition mit mehr als 20 Millionen Mitgliedern formieren. Ein weiteres Beispiel lieferte uns Peter von Oertzen, als er einen hypothetischen Fall beschrieb: Eine sozialrevolutionäre Bewegung bedroht den innenpolitischen Status quo Mexikos, und die herrschenden Klassen des mexikanischen Staatskapitalismus rufen das Militär

zur Niederschlagung der „Konterrevolution" und Wiederherstellung der „Ordnung" – dann würde Ronald Reagan dem mexikanischen Jaruzelski zujubeln.

Die unabhängige Friedensbewegung, nicht nur in der BRD, aber in allen europäischen Ländern, stellte sich viele Fragen nach dem 13. Dezember 1981 – während die Medien zynisch fragten, zugleich unterstellten: „Wo sind die Friedensdemonstranten geblieben?"

Die Friedensbewegung steht vor einer großen und schweren Aufgabe. Sie steht vor der Aufgabe, „glaubwürdig" und „handlungsfähig" zu bleiben, in Teilen auch „zu werden"! Wir, die vielen vom 10. Oktober 1981 in Bonn, die weiterhin gewaltfrei gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in 1983 kämpfen; wir, die uns gegen die Installierung abhängiger Militärdiktaturen durch die USA in der Türkei und in Lateinamerika gewendet haben (auch hier viel zu passiv und leise); wir, die 1973 gegen den CIA-Putsch des Generals Pinochet in Chile demonstriert haben, müssen uns auch jetzt mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die demokratischen Entwicklungen mit polizeilichen oder militärischen Mitteln zu unterbinden, wenden – sei es in Polen oder sei es in der Türkei oder in Bolivien.

Für diese Friedensbewegung ist 1982 ein sehr entscheidendes Jahr – das letzte Jahr vor der Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Die Verhinderung eines atomaren Dritten Weltkrieges ist nach wie vor unser *wichtigstes* Ziel – das heißt, daß wir weiterhin durch gewaltfreie Aktionen, durch weitere Unterschriftensammlung als eine Art „Volksabstimmung" gegen die NATO „Nach(Vor)rüstung", durch weitere Mobilisierung die bedingungslose Zurücknahme des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1981 fordern müssen. Doch können wir nicht an diesem Punkt stehen bleiben, denn wir sind weit mehr als eine Ein-Punkt-Antiraketenbewegung! Die Friedensbewegung in der BRD, in Europa, muß die Entspannungspolitik innerhalb der „Blöcke" überwinden. Diejenigen, die vor einer militärischen Intervention des Warschauer Paktes in Polen warnen, vergessen dabei, daß den NATO-Mächten in der BRD nach wie vor militärische Interventionsrechte verbürgt werden.

Gerade die Perspektive der Veränderung der Bündnissysteme, atomwaffenfreie Zonen usw. können mithelfen, solchen Bewegungen Raum zu geben, die in Ost- und auch in Westeuropa soziale und politische Emanzipation anstreben.

Die beste Unterstützung für die Bestrebungen von Bürgerrechtsbewegungen der Staaten des Ostblocks ist es, wenn die europäischen Staaten des Westens selber erste konkrete Schritte für die Auflösung der Blocksysteme unternehmen. Die Friedensbewegung muß sich in 1982 auch verstärkt für diese Auflösung der Blöcke, gegen die Aufrüstungspolitik und für einen von den Supermächten unabhängigen eigenständigen Weg aller Völker Europas einsetzen. Ferner sollten wir auch vor Ort den gewaltfreien Widerstand (den zivilen Ungehorsam) intensiver entwickeln – mehr Phantasie, mehr Zivilcourage, mehr Einfallsreichtum an die Macht! Wir müssen auch auf die gewaltfreie Verteidigung des gesellschaftlichen Wandels vorbereitet sein . . . denn auch in der BRD können Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr, fremde Truppen, Notstandsgesetzgebung usw. einschreiten.

Und wir müssen weiterhin fordern, an die Adresse der UdSSR wie auch an die Adresse der Westmächte, jede Einmischung in Polen zu unterlassen . . ., so daß die Polen ihre Angelegenheiten selbst regeln können.

Zur Zeit liest man immer wieder von dem Zerreißtest für das NATO-Bündnis. Die „Nürnberger Nachrichten" berichteten über Führungsoffiziere der Hardthöhe, die der

Reagan-Polenpolitik nicht mehr folgen können und die in den NATO-Stäben immer wieder Überredungskünste anwenden müssen, um Washington beizubringen, daß Polen, was auch immer dort geschehe, kein „Bündnisfall" sei. Eine NATO, die sich in Polen einmischt, kann nicht ein Bündnis sein, das nur defensive Aufgaben hat. Seit 1969 ist die Zugehörigkeit zur NATO kündbar. Also kündigen wir unsere Mitgliedschaft auf!

Wirklichen Frieden können wir nur in einer gesamteuropäischen Friedensordnung ohne Blöcke finden – in einem Europa ohne Atomwaffen und ohne gegenseitige tödliche Bedrohung. Der erste Schritt – ihn sollten wir bereit sein zu tun . . . keine neuen Waffensysteme, keine weiteren Massenvernichtungswaffen in der BRD, in Europa.

Petra E. Kelly, Bundesvorsitzende der „Grünen"

Nikolaus Koch
Die Polenkrise als Konfrontationsmittel

1. Unsere Kalten Krieger benutzen die Polenkrise als ein Konfrontationsmittel gegen das sozialistische Lager. Und den kältesten unter ihnen käme blutiges Chaos und sowjetische Intervention in Polen sehr gelegen.

2. Die polnische Krise beweist, daß der polnische Parteikommunismus in drei Jahrzehnten die innere Zustimmung des polnischen Volkes nicht hat gewinnen können.

3. Nicht nur die schwache kommunistische Partei, sondern auch die angeblich so übermächtige katholische Kirche Polens hat das polnische Chaos nicht verhindert.

4. Wer wirklich helfen will, muß den geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gründen der polnischen Krise offen nachgehen. Ein Hauptgrund ist sicher das Neben- und Gegeneinander der polnischen Partei und der polnischen Kirche, die beide kommunikationsunfähig waren, wo nicht größere Unabhängigkeit Polens von der Sowjetunion unmittelbar auf dem Spiel stand.

5. Die polnische Krise kann zivil gemeistert werden, wenn die katholische Kirche innerhalb und außerhalb Polens ihre Illusion eines klerikalen Polen in einem klerikalen Europa zugunsten offener Freiheit christlichen Glaubens in einer Welt überwindet, in der Christen, Liberale und Marxisten die großen zivilen Ursachen des militärischen Zwanges zum allgemeinen Selbstmord gemeinsam angehen. Insoweit wird die polnische Krise zur Frage, ob Christen und Kirchen ihr antirevolutionäres Ressentiment so gründlich aufarbeiten, daß die Christen ihr christliches Ja zur unteilbaren Menschenwürde im liberalen und im marxistischen Ja zur unteilbaren Menschenwürde wiederfinden.

6. Aus antikirchlicher Tradition war der polnische und außerpolnische Marxismus außerstande, durch alle Spannungen hindurch letzte christlich-marxistische Gemeinsamkeit unteilbarer Menschenwürde wahrzunehmen. Er erschöpfte sich weithin in Befehlsmarxismus, der nicht nur das christliche, sondern auch das marxistische Ja zur unteilbaren Menschenwürde utopisch macht.

7. Wer Polen helfen will, muß die polnische Situation als Sonderfall der allgemeinen Situation verstehen und angehen. Er darf die polnischen Besonderheiten nicht ignorieren, kann aber nur Erfolg haben, wenn er die polnischen Abhängigkeiten von den großen Westost- und Nordsüdspannungen der Welt im eigenen Einsatz berücksichtigt.

8. Hier hat die Friedensbewegung ihre große Chance. Sie muß der Tatsache gerecht werden, daß der militärische Zwang zum allgemeinen Selbstmord nur durch weltrevolutionäre Meisterung der zivilen Ursachen des Rüstungszwanges gebrochen werden kann. Sie muß das einseitig militärisch orientierte Kriegsbild in ein ziviles Kriegsbild verwandeln, in dem das Militär auf längere Sicht nur noch Wachfunktionen einer Weltinnenpolizei wahrnimmt. Sie muß endlich die Konsequenzen aus der Erfahrung ziehen, daß Abrüstungskampagnen hinter dem Wettrüsten herlaufen und scheitern, solange sie die zivilen Gründe des militärischen Komplexes vernachlässigt, daß sie auch dann noch ohnmächtig bleibt, wenn der Rüstungswahn öffentlich und allgemein als selbstmörderisch empfunden wird. Sie muß aus der Abrüstungsdefensive zur zivilen Umrüstungsoffensive übergehen und den Aberglauben militärischer Stärke in die Wirklichkeit ziviler Stärke verwandeln.

9. Dann kann sie auch Polen besser helfen als jetzt. Nicht nur sich selbst, sondern auch die polnische Kirche und die polnische Partei stellt sie unausweichlich vor zivile Konsequenzen und macht beide Seiten kommunikationsfähig.

10. Die Umrüstung auf zivile Weltaufgaben hängt an der theoretischen und praktischen Entwicklung des christlich-liberal-marxistischen Grundkonsenses unteilbarer Menschenwürde und in der Realisierung unteilbarer Menschenwürde in den elementarsten Menschenrechten auf gesundes Leben, auf offene Bildung, auf Arbeit, auf Muße und auf solidarische Hilfe in der Not. In der ersten, zweiten, dritten und vierten Welt sind diese zivilen Aufgaben gewaltiger als aller militärischer Apparat. Und niemand braucht zu fürchten, er werde arbeitslos, wenn nicht passive Abrüstung, sondern aktive Umrüstung alle Wege zur zivilen Selbsthilfe und zur zivilen Zusammenarbeit in der ersten, zweiten, dritten und vierten Welt öffnet. An der Polenfrage können wir die Wirksamkeit der zivilen Umrüstung erproben.

Professor Dr. Nikolaus Koch, em. Professor an der Universität Dortmund (Forschungsschwerpunkte: Philosophische Anthropologie und Kommunikationswissenschaften)

Walter Kreck
Zwischen Hilfe und Einmischung deutlich unterscheiden

Über Ursache, Verlauf und voraussichtlichen Ausgang der Polenkrise werden auch in den vielfältigen Gruppen der Friedensbewegung unterschiedliche Meinungen und Spekulationen bestehen. Ich halte es aber – zumal angesichts der noch immer begrenzten bzw. widersprüchlichen und propagandistisch verzerrten Information über die Vorgänge in Polen – für geboten, daß sich die Friedensbewegung als ganze voreiliger Urteile enthält, sowohl was eine Schuldzuweisung betrifft wie auch die pauschale Erklärung, es handle sich hier um eine Krise der sozialistischen Staaten insgesamt. Echtes Mitgefühl und Solidarität mit dem polnischen Volk wird man m. E. am besten dadurch beweisen, daß man zwischen erwünschter humanitärer Hilfeleistung und unerwünschter „Einmischung" deutlich unterscheidet.

Die Friedensbewegung ist in ihrer Zielsetzung durch die polnischen Ereignisse keineswegs erschüttert, sondern ihr Drängen auf Rüstungsstopp und Abrüstung ist eher noch nötiger als zuvor, nachdem die polnische Krise bzw. die Reaktion der USA darauf die Spannung zwischen den Machtblöcken und damit die Kriegsgefahr erhöht hat. Allen Versuchen, die Friedensbewegung von ihren primären Zielen abzulenken, die Zu-

sammenarbeit in ihr von bestimmten Deutungen der polnischen Ereignisse abhängig zu machen und die Bewegung zu spalten, sollte man entschieden widerstehen.

Boykottmaßnahmen gegen Polen und gegen die Sowjetunion, wie sie die USA beschlossen und die NATO-Staaten androhen, würden m. E. dem polnischen Volk bei der Bewältigung der Krise nicht helfen, sondern seine derzeitige Notlage verschärfen und eine ökonomische Gesundung nur erschweren, aber auch die UdSSR durch „Bestrafung" keineswegs willfährig machen und die mühsam begonnenen Verhandlungen in Genf torpedieren. Die Friedensbewegung sollte diejenigen Kräfte im westlichen Lager stärken, die für Nichteinmischung in Polen eintreten, und denen widersprechen, die die gefährliche Absicht verfolgen, die polnische Krise als Instrument im Kalten Krieg und zur Schürung von Konflikten im Ostblock zu benutzen. Sie sollte die Kräfte in Polen ermuntern, die weder zu den Zuständen vor 1980 noch zu denen vor Dezember 1981 zurückkehren möchten (was nach Aussage Jaruzelskis in seinem Brief an Marchais – siehe „Frankfurter Rundschau" vom 20. Januar 1982 – auch die Regierenden dort nicht wollen), sondern eine echte Konsolidierung anstreben, bei der die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte eine für das ganze Volk erträgliche Lösung finden. Vor einer Gleichsetzung des Ausnahmezustands in Polen mit gewissen von den USA unterstützten Juntadiktaturen sollte man sich hüten.

Die Friedensbewegung muß auch 1982 an ihrer – von allen beteiligten Gruppen bejahten – Forderung: Keine neuen Mittelstreckenraketen nach Europa! festhalten als einem ersten Schritt auf dem Weg zu Rüstungsstopp und Abrüstung. Sie wird angesichts der von der NATO für 1983 angedrohten Entscheidungen ihren Protest verstärken und auf erfolgreiche Verhandlungen in Genf drängen müssen. Eine Rückkehr zur Politik der Entspannung im Sinne der Vereinbarung von Helsinki ist nur möglich, wenn militärischen Überlegenheitsansprüchen und Spekulationen auf einen sog. begrenzten Atomkrieg entgegengetreten wird. Dazu bedarf es nötiger denn je des Druckes „von unten", d. h. einer starken Friedensbewegung, die sich nicht selbst dadurch in den Arm fällt, daß sie Öl ins Feuer der polnischen Auseinandersetzungen gießt.

Prof. D. Walter Kreck, Bonn, em. Professor für Systematische Theologie

Werner Lutz
Für Friedensbewegung und Entspannungspolitik keine neue Situation

Die von den polnischen Regierungs- und Staatsorganen unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" und die Friedensbewegung des Westens sind Reaktionen auf unterschiedliche Sackgassen politischer Entwicklung.

In Polen ist das Modell extensiven Wirtschaftswachstums schon Ende der 60er Jahre an seine Grenzen gestoßen. Ökonomen aller sozialistischen Länder Osteuropas diskutierten damals öffentlich Möglichkeiten des Übergangs zu intensiverem Wachstum, das Dezentralisierung der Entscheidungsmacht unausweichlich erscheinen ließ, dabei aber zunehmend in Widerspruch zum Machtmonopol der Partei und ihrer Planinstanzen geriet. Bis heute ist dieser ungelöste Widerspruch der eigentliche Grund für gesellschaftliche Stagnation und ökonomische Ineffizienz in diesen sozialistischen Ländern. Die Friedensbewegung demgegenüber ist in den kapitalistischen Ländern entstanden in Reaktion auf die Ausweglosigkeit der herrschenden „Sicherheitspolitik",

die seit Jahrzehnten von Abrüstung redet, tatsächlich aber nichts zur Folge hatte als ständige Aufrüstung, insbesondere über neu entwickelte Waffentechnologien und Kriegsführungsstrategien der USA die Unsicherheit und Kriegsgefahr erhöht und daher die Bürger zu Hunderttausenden auf die Straße getrieben hat.

Ohne Zweifel, es gibt keinen militärischen Weg zu einer freiheitlichen, humanen oder/und sozialistischen Gesellschaft, in Polen ebensowenig wie in der Türkei und El Salvador. Selbstverständlich sind die demokratischen Errungenschaften der Zeit vor dem 13. Dezember 1981 wieder in Kraft zu setzen und alle Inhaftierten freizulassen. Aber wir werden nicht zulassen, daß über den Zwangsmaßnahmen in Polen die seit dem 15. Oktober 1979 in El Salvador ermordeten 30 000 Menschen vergessen werden, oder auch „nur" jene 19 älteren Bürger in Großbritannien, die zwischen Weihnachten und Neujahr schlicht erfroren sind, weil sie das Geld für Heizmaterial nicht hatten. Woher nehmen die Herrschenden der NATO-Länder eigentlich die moralische Legitimation, mit ausgestrecktem Zeigefinger indigniert auf Polen zu zeigen und nicht (auch) auf die Türkei? Wir Jungdemokraten haben unsere Position sowohl zu Vietnam bis El Salvador als auch zu Polen deutlich gemacht. Wer jedoch die Quasi-Kolonien der USA für etwas straffer geführte Formen von Demokratie hält, der möge zu Polen schweigen! Insbesondere aber mögen jene „christlichen" Heuchler wie Strauß und Albrecht schweigen, die nun auf einmal die Bürgerrechte der Polen glauben verteidigen zu müssen, und zugleich – in ihren ostpolitischen Vorstellungen – den Polen die Hälfte ihres Territoriums wegnehmen wollen.

Ungeachtet unserer Kritik an den Maßnahmen der heutigen polnischen Regierung muß festgehalten werden, daß durch sie für Friedensbewegung und Entspannungspolitik keine neue Situation entstanden ist. Uns war immer klar, daß die Machtkonstellation in Europa nach Jalta von den Großmächten unverändert aufrechterhalten wird – und auch von den Franzosen, Engländern, Niederländern, Skandinaviern, Tschechen, Ungarn usw. Wer glaubt, heute ideologische Befreiungsfeldzüge nach Osten starten zu müssen, treibt eine Politik, deren Konsequenzen im Zweifel nicht er selbst, sondern z. B. die Polen tragen müssen. Wenn sich in Osteuropa gesellschaftlich etwas ändert, dann nur aufgrund innenpolitischer Veränderungen (Was passiert, wenn relevante Teile nicht nur der polnischen oder tschechischen, sondern der sowjetischen Arbeiter sich autonom organisieren?!), niemals aber durch äußeren Druck, der immer nur zu Verhärtung zu Lasten der Bevölkerung geführt hat.

Direkte Einflußversuche sind also abzulehnen, aber es wäre naiv, zu übersehen, daß die Entspannungspolitik und der intensivierte Austausch von Menschen, Wertvorstellungen und Informationen Auswirkungen gerade in Osteuropa hatte. Auch die Friedensbewegung, die zeigt, daß die NATO-Länder kein monolithischer Block sind, hat Vorbildcharakter nicht nur in Polen, sondern auch bei der evangelischen Kirche der DDR und anderswo.

Kurz, Polen ist nicht Ursache einer neuen Situation für die Friedensbewegung, wird aber von entspannungsfeindlichen Politikern als Vorwand genutzt, um die Friedensinitiativen und die Verständigungspolitik zu kritisieren, die von ihnen noch nie getragen wurde (von den Ostverträgen bis zur KSZE-Schlußakte), und die Friedensbewegung selbst wird sich spalten, wenn es ihr nicht gelingt, solidarisch die bisher fehlende Diskussion über die sozialökonomischen Grundlagen der unfriedlichen Gesellschaften in Ost und West zu führen sowie die Frage, ob die Machtverhältnisse nach Jalta tatsächlich der Abschluß der Geschichte sind.

Aber vor allem: all diese mittel- und langfristig wichtigen Fragen dürfen die Friedens-

bewegung nicht davon ablenken, daß es hier und heute um die Verhinderung der Aufrüstung Westeuropas mit atomaren Mittelstreckenwaffen geht und sonst gar nichts. Sorgen wir dafür, daß das eine nicht zum Sprengsatz des anderen gemacht wird.

Abrüstung und friedenspolitische Alternativen zur herrschenden Unsicherheitspolitik haben weiterhin Priorität. Wer über Polen Genf aushebeln oder die Friedensbewegung spalten will, ist unser politischer Gegner!

Werner Lutz, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten.

Gunnar Matthiessen
dem Druck widerstehen

Der Durchsichtigkeit und politischen Amoralität einer Polenkampagne à la Reagan wird in der Friedensbewegung vielfach mit dem Hinweis begegnet: Polen hier, Türkei dort, Afghanistan hier, El Salvador dort. Das Spektrum der Hinweise wäre zu erweitern – vor allem gegenüber jenen, die sich in der Friedensbewegung bei allen möglichen Fragen unermüdlich gegen die Sowjetunion engagieren, aber z. B. 1981 zu den ständigen militärischen Überfällen Südafrikas auf Angola, den amerikanischen Giftaktionen, Blockade- und Kriegsdrohungen gegen Kuba, der Annektion der Golanhöhen und der Bombardierung eines irakischen Atomkraftwerks durch Israel und vielen anderen Fragen geschwiegen haben, offenbar, weil sie sich nicht gegen die Sowjetunion verwenden lassen. Eine solche Zweckmoral mag Aufschluß geben über die „Glaubwürdigkeit" und die politischen Absichten solcher Kräfte in der Friedensbewegung, aber nicht über die Sache selbst. Das Muster der Antwort fixiert sich zu sehr auf Doktrinen, die kaum politische Grundlage der Friedensbewegung sein können, vor allem auf die Totalitarismus-Doktrin. Mit ihr gelang es schon vor Jahrzehnten, den antifaschistischen Widerstand einzudämmen durch den Hinweis auf die angebliche Gleichartigkeit von Faschismus und Kommunismus, auf die „Diktatur" hüben und drüben. Aber auch diese Totalitarismus-Doktrin entstammt dem Stichwortregister des puren Antikommunismus. Sie kann nicht von konkreter Analyse und genauer Differenzierung, von der Untersuchung der realen Tatbestände befreien.

Es ist hier nicht der Raum, auf alle Probleme im einzelnen einzugehen, aber bereits am Beispiel der Supermachttheorie wird die Methode des Verschweigens konkreter Inhalte, von Entwicklungen und politischen Zielsetzungen deutlich. Mit einem inhaltsleeren Begriff wird die Sache selbst abgestempelt, Nachdenken und Unterscheidung diskreditiert. Die mit dem Begriff Supermacht ausgelöste Assoziation, daß USA und UdSSR gleichermaßen rüsten und damit gleichermaßen schlecht seien, lenkt von den Tatsachen ab. Hiroshima und Nagasaki gehen ebenso wenig auf das Konto der UdSSR wie die 2500 militärischen Stützpunkte in allen Teilen der Welt (zumeist rings um die Sowjetunion herum). Nicht die Sowjetunion, sondern die USA haben alle neuen Vernichtungswaffen als erste entwickelt und sich ihrem Verbot stets hartnäckig widersetzt. Und nicht die Sowjetunion ist es, sondern die USA sind es, die sich auf einen begrenzten Atomkrieg vorbereiten und dies außerhalb ihres Kontinents. Fast 80 % ihres atomaren Vernichtungspotentials haben die USA in andern Ländern stationiert. Nicht die Sowjetunion, sondern die Vereinigten Staaten sind es, die bei jedem nur denkbaren Anlaß die Zusammenarbeit verweigern, Entspannung blockieren, auf Konfrontation, Boykott, Embargo und militärischen Druck setzen. Und umgekehrt sind es nicht

die USA, sondern es ist die Sowjetunion, die unermüdlich immer neue Rüstungsbegrenzungsvorschläge und Abrüstungsangebote unterbreitet, die allesamt von Washington abgelehnt werden, ohne daß die amerikanische Administration auch nur einen einzigen konstruktiven Gegenvorschlag unterbreitet.

Wenn der Friedensbewegung infolge solcher Feststellungen Parteilichkeit und Einseitigkeit vorgeworfen wird, dann ist es nicht die Parteilichkeit und Einseitigkeit der Friedensbewegung, sondern der realen politischen Situation selbst. Wenn sich die Friedensbewegung ihre Fähigkeit abringen läßt, selbst die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, zu entscheiden und Urteile zu fällen, dann wird sie sehr schnell zu einem ideologischen und politischen Anhängsel der offiziellen Politik und Propaganda und damit jederzeit liquidierbar. Sie wird mithin dieser Auseinandersetzung nicht durch scheinbare Gratwanderungen durch die „Mitte" ausweichen können, sondern sie durchstehen und dem Druck widerstehen müssen.

Die Ablehnung einer Polen-Debatte innerhalb der Friedensbewegung wird häufig mißverstanden als Versuch, eine offene und freie Diskussion über diese Probleme zu verhindern. Wenn dies so wäre, wäre es verhängnisvoll, gerade auch im Hinblick auf die offenen Fragen, die sich zu vielen Problemen in der Welt und nicht nur zu Polen stellen. Gerade jene Kräfte, die der Friedensbewegung neu zuwachsen, sind es, die infolge der mangelnden Aufklärung in unserem Lande ein erhebliches Informationsdefizit ausgleichen möchten. Sie haben Anspruch auf ehrliche Antwort.

Abzulehnen ist ausschließlich jene destruktive Art der Debatte, die erkennen läßt, daß es nicht wirklich um die Selbstbestimmung des polnischen Volkes, seine Freiheit und sozial fortschrittliche, demokratische Entwicklung geht, sondern ausschließlich darum, den Antikommunismus offizieller Prägung in die Friedensbewegung einzuschleusen und sie in ihren Aktionen abzulenken oder zu lähmen, ähnlich wie seinerzeit – vor zwei Jahren –, als ein sich links gebender sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter nach Afghanistan frohlockte, daß nun das Thema Mittelstreckenraketen vom Tisch sei. Diejenigen, auch aus anderen Parteien, die den gleichen Versuch jetzt mit Polen wiederholen möchten, werden alsbald gleichermaßen desillusioniert sein. Wenn sich die Friedensbewegung gegen diese Art der „Diskussion" wehrt, dann läßt sie sich dennoch die solidarische Diskussion in ihren Reihen nicht verbieten. Sie weiß – infolge ihrer sehr unterschiedlichen Zusammensetzung – daß es immer wieder auch verschiedene Meinungen geben wird und die Vorstellung einer völligen Harmonie lebensfremd ist. Ihre Kraft schöpft die Friedensbewegung daraus, daß sie dennoch sehr eng, vielfach auch freundschaftlich, zusammenarbeitet in dem gemeinsamen Willen, um den Frieden und damit auch die Voraussetzung für das Überleben unseres Volkes und aller Völker zu kämpfen.

Gunnar Matthiessen, Köln, Mitglied der Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und des Vorstandes der Martin-Niemöller-Stiftung

Uta Ranke-Heinemann
Für eine blockfreie, neutrale Zone in Mitteleuropa

Als Lösung der polnischen Frage habe ich öffentlich mehrmals folgendes angeregt: die Möglichkeit einer Neutralisierung Polens im Zusammenhang mit der Schaffung einer neutralen Zone in Mitteleuropa in Erwägung zu ziehen. Die Sowjetunion muß erken-

nen, daß Polen im Warschauer Pakt auf die Dauer nicht zu halten ist, weil ein wesentlicher Teil der Bevölkerung ein solches Verbleiben nicht will. Anderseits ist eine Neutralisierung ausschließlich Polens für die Sowjetunion nicht akzeptabel, weil sie eine einseitige Schwächung des Warschauer Pakts bedeutet. Eine Neutralität jedoch, die nicht nur Polen, sondern auch die beiden deutschen Staaten umfaßt, muß sowohl für die Sowjetunion als auch für die USA zumutbar sein. Eine solche blockfreie, neutrale Zone in Mitteleuropa, zu der dann auch die jetzt schon neutralen Staaten Österreich und Schweiz und in Nordeuropa Schweden gehören würden, ist für beide Weltmächte zudem vorteilhaft, weil die unmittelbare Konfrontation damit aufgehoben wäre. Und nicht zuletzt müßte eine solche neutrale Zone im Interesse der beiden deutschen Staaten liegen, weil sie damit ihres Schlachtfeld- und Frontcharakters enthoben wären.

Prof. Dr. Uta Ranke-Heinemann, Professor für katholische Theologie in Duisburg

Harold Rasch
Das Neben- und Gegeneinander der großen Machtblöcke durch eine vertraglich gesicherte Friedensordnung ersetzen

1. Die polnische Regierung hat in den 70er Jahren in großem Umfang ausländische Kredite zur Entwicklung ihrer Wirtschaft in Anspruch genommen. Dabei hat sie offenbar auch Fehlentscheidungen getroffen, jedenfalls die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern vernachlässigt. Es kam zu politischen Unruhen, aktive Kreise setzten die Gründung einer partei- und regierungsunabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" und Veränderungen im politischen Führungsapparat durch, ohne daß sich bisher Anzeichen einer Besserung der Versorgungslage zeigten. Die Mißstimmung der Bevölkerung machte sich im Gegenteil in wachsender Unruhe und Streiks Luft.

Im Dezember 1981 wurde das „Kriegsrecht" verkündet, General Jaruzelski trat an die Spitze der Regierung. Eine erhebliche Einschränkung der Meinungs- und Bewegungsfreiheit der Bevölkerung und zahlreiche Verhaftungen wegen Verstoßes gegen das Kriegsrecht waren die Folge.

Während die Staaten Westeuropas gegenüber dieser Entwicklung im allgemeinen amtlich Zurückhaltung zeigten, beschloß die Regierung der USA wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Polen und, als für die Verhängung des Kriegsrechts dort „verantwortlich", auch der UdSSR.

2. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Bundesregierung sich auch weiterhin jedem Versuch der USA, sie zu politischem und wirtschaftlichem Druck gegen Polen und die Sowjetunion zu veranlassen,energisch versagt. Wir haben nach dem, was Deutschland im Zweiten Weltkrieg Polen angetan hat, allen Anlaß zu menschlichem Mitgefühl mit der polnischen Bevölkerung und möglichst umfassender humanitärer Hilfe für sie. Aber politisch müssen wir folgende unbestreitbare Tatsachen berücksichtigen:

Durch die Rote Armee ist Polen von der Herrschaft der Nazis befreit worden. Die Sowjetunion hat das Land in den ersten Nachkriegsjahren mit stillschweigender Duldung des Westens unter ihre mehr oder minder starke Kontrolle gebracht. Polen ist Mitglied des Warschauer Pakts von 1955 und stellt einen wichtigen Faktor in der so-

wjetischen Verteidigungskonzeption dar. Aus allen diesen Gründen kann die Entwicklung in Polen der Sowjetunion nicht gleichgültig sein.

Ob und inwieweit die Führung im Kreml die Verhängung des Kriegsrechts in Polen unmittelbar oder nur durch ihre Präsenz im Hintergrund beeinflußt hat, wissen wir nicht, es ist aber auch nicht wesentlich. In jedem Fall handelt es sich um eine Maßnahme im kommunistischen Herrschaftsbereich, in die wir uns politisch nicht einzumischen haben.

3. Für die deutsche Friedensbewegung ist die Entwicklung in Polen und die internationale Reaktion auf diese aus verschiedenen Gründen von besonderer Bedeutung. Das wichtigste Moment scheint mir zu sein: Die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Polen und die UdSSR nur durch die Vereinigten Staaten von Amerika zeigt erneut, daß die Interessen der europäischen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, einerseits, der USA andererseits im Hinblick auf die europäischen Verhältnisse keineswegs identisch sind. Das kann auf die Dauer nicht ohne Wirkung auf das Verteidigungsbündnis NATO bleiben. Da wir das größte Interesse daran haben, daß dieses Bündnis nicht infolge wachsender unüberbrückbarer Meinungs- und Interessenverschiedenheiten der Beteiligten allmählich zerfällt und verrottet, sollten wir uns bemühen, das gegenwärtige, auf gegenseitiger „Abschreckung" beruhende Neben- und Gegeneinander der beiden großen Machtblöcke im Einvernehmen mit allen beteiligten Staaten wenigstens für Mitteleuropa, vor allem die Bundesrepublik, durch eine vertraglich gesicherte Friedensordnung zu ersetzen.

Prof. Dr. Harold Rasch, Bad Soden, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt/M.

Christoph Strässer
Jetzt wichtiger denn je: Frieden durch Abrüstung!

Es hat den Anschein, als könne die „Polnische Krise", der seit dem 13. Dezember 1981 existierende „Ausnahmezustand" in der Volksrepublik Polen das bewirken, was seit Ende 1980 das andauernde Sperrfeuer der vereinigten Rechten in Parteien, Organisationen und Medien nicht geschafft hat: Die Einigkeit und Stoßkraft, und mithin die Wirkungsfähigkeit der Friedensbewegung zumindest in Frage zu stellen. Es beginnt die Diskussion darüber, ob nicht die Haltung zu Polen, ob nicht die Parole „Solidarität mit Solidarnosc" den wirklichen und glaubhaften Kern der Friedensbewegung ausmacht. Solche Tendenzen, die bewußt an bestimmte Teile der Friedensbewegung herangetragen werden, sind schädlich, sie schaden dem bislang gemeinsam vorgetragenen Ziel und nutzen nur denjenigen, die wir bisher gemeinsam bekämpft haben.

Gewiß, die Lage in Polen ist schlimm, sie trägt nicht dazu bei, die ohnehin schwieriger gewordene Lage der Sicherheit und Entspannung zu stabilisieren. Aber man darf dabei auch nicht vergessen, wodurch eigentlich die bisherige langjährige Periode des Friedens in Europa zumindest mitverursacht wurde: Durch das Prinzip der Machtstabilität, der Abgrenzung der Interessensphären, der Nichteinmischung und letztendlich der auch von der Bundesregierung mit begründeten Grundsätze der Entspannungspolitik. Das bedeutet, umgesetzt auf Polen: Jeder Versuch, durch das Ausbrechen Polens aus dem Warschauer Paktsystem ein „Machtvakuum" zu schaffen, zur Instabilität unter prinzipieller Beibehaltung des Blocksystems beizutragen, bedeutet eindeutig auch eine Instabilität unseres Sicherheitssystems, ja solche Gedanken sind abenteuerlich,

gehen sie doch von der Vorstellung aus, eine „Entspannungspolitik von unten" – so wünschenswert dies auch sein mag – könne die durch Systemstabilität geschaffene Form kollektiver Sicherheitssysteme ersetzen.

Das Gegenteil ist richtig: Instabilität schafft Unsicherheit, vergrößert die Gefahr, daß die betroffene Macht innerhalb eines Bündnissystems auch die äußersten Mittel anwendet, um ihren Einfluß aufrechtzuerhalten. Dies vergrößert die Gefahr der gewaltsamen Konfliktlösung, dem muß entgegengesteuert werden.

Am sinnvollsten erscheint im Augenblick in der Tat die Haltung der Bundesregierung, die klar erkannt hat, daß dem polnischen Volk und der polnischen Führung die Möglichkeit gegeben werden muß, die zweifellos vorhandene Situation der Unfreiheit und Außerkraftsetzung demokratischer Rechte schnellstmöglich zu beenden – unter Ausschaltung wie auch immer gearteter Einmischung von außen. Voraussetzung hierfür ist, daß die Prinzipien der Entspannung nicht in Frage gestellt werden. Das Vertragsgeflecht, das Respektieren des anderen Gesellschaftssystems sind selten wichtiger gewesen als heute, gerade jetzt, in dieser Phase der Krise lautet die Alternative zur Entspannungspolitik nur Kalter Krieg – und dabei wird es nicht bleiben. Die Entspannungspolitik steht jetzt vor ihrer größten Bewährungsprobe, es muß jetzt zum Beweis darüber kommen, ob sie nur in Schönwetterzeiten funktioniert oder ob sie auch in krisenhaften Situationen bestehen kann – es gibt keine Alternative!

Unter diesem Aspekt ergibt sich auch die Sinnlosigkeit von Boykottmaßnahmen. Es ist völlig eindeutig, daß solche Maßnahmen nicht das Ziel verfolgen, die Polen auf den „richtigen" Weg zurückzubringen. Viel mehr: Wer bestraft, beansprucht für sich die Rolle und Funktion des Weltpolizisten, beansprucht eine moralische Überlegenheit über das bekämpfte System. Gerade für das autoritäre System der USA ist dies zutiefst unglaubwürdig: Wer die Verurteilung des israelischen Landraubs in den Golan-Höhen verhindert, wer verantwortlich ist für die Unterdrückung und gar Ermordung lateinamerikanischer Freiheitskämpfer, wer das türkische Regime, ohne mit der Wimper zu zucken, materiell unterstützt, der hat jede Legitimation für Strafaktionen gegen das polnische Volk, gegen die Sowjetunion verspielt.

Fatal wären die Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die Entwicklung in Europa. Der Normalisierungsprozeß würde empfindlich gestört, das Ende jeglicher gesamteuropäischer Entspannungsbemühungen wäre auf lange Zeit gestört, Gespräche über Truppenreduzierungen, über Sicherheit in Europa wären irreparabel beeinträchtigt. Wie auch bei der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ergibt sich auch bei dem Problem der „Bestrafung" Polens und der UdSSR ein fundamentaler Interessengegensatz zwischen den USA und Europa. Insbesondere die Regierung der BRD muß – nicht nur aus ökonomischen Gründen – ein vehementes Interesse daran haben, den über KSZE eingeleiteten Prozeß nicht zu gefährden.

Was bleibt angesichts der Polen-Krise im Jahre 1982 für die Friedensbewegung?

So legitim und wohl auch notwendig es für alle Mitglieder der Friedensbewegung ist, sich zu Polen eine Meinung zu bilden und diese auch zu artikulieren – so schlimm wäre es, würde die Friedensbewegung, wie es immer und immer wieder versucht wird, sich von außen wie innen das Thema Polen als das zentrale aufdrängen lassen. Nicht an Polen entscheidet sich, ob ab dem nächsten Jahr neuartige, lebensbedrohende amerikanische Mittelstreckenraketen auf dem Boden der BRD stationiert werden. Es muß gelingen, trotz unterschiedlicher Positionen zu diesem Thema, die Friedensbewegung nicht spalten zu lassen, im Gegenteil, die Anstrengungen zur Verhinderung von Per-

shing II und Cruise Missiles in dem bisherigen breiten Bündnisspektrum noch zu verstärken. Genauso wenig, wie die Friedensbewegung als solche sich bislang zu Vorgängen in Lateinamerika, in der Dritten Welt geäußert hat, genauso wenig darf sie sich über die Polen-Frage auseinanderdividieren lassen.

Die Lage in Polen ist schlimm, sie würde sich aber noch um ein vielfaches verschlimmern, wenn zusätzlich zu den inneren Problemen auch noch eine verstärkte äußere Bedrohung hinzukäme. Der Weg Polens zurück zur Demokratie, zur Zulassung freier Gewerkschaften wird einfacher, wenn es uns im Westen gelingt, die Hysterie einzudämmen und klar aufzuzeigen, wie Reagan und andere kalte Krieger an der polnischen Not ihr fadenscheiniges Süppchen kochen. Solidarität mit Polen bedeutet auch die Verhinderung des Vollzugs der „Nach"rüstung, 1982 muß das Jahr der Volksabstimmung gegen die amerikanischen Raketen werden – trotz oder besser gerade wegen Polen!

Christoph Strässer, Münster, Mitglied der FDP-Bundesvorstandes

Josef Weber
Konsequente Fortsetzung der Friedensbewegung – beste Hilfe für Polen

Mit der Amtsübernahme von Reagan und seiner Mannschaft ist die Kriegsgefahr enorm gewachsen. Diese Führung hat den breiten Massen in den USA – nach den Niederlagen in Vietnam und Nicaragua sowie dem Debakel im Iran – den Eindruck vermittelt, die USA könnten durch extreme Steigerung der Nuklearrüstung zusammen mit der NATO den Kommunismus „zum Verschwinden bringen", sei es auf dem nichtkriegerischen Weg des Zu-Tode-Rüstens der Sowjetunion, sei es mittels eines „gewinnbaren" Atomkrieges.

Der wahnwitzigen Vorstellung der Reagan-Administration, auf diese Weise Weltmacht Nummer eins zu werden, darf Europa nicht folgen. Es wäre der Weg in die Katastrophe. Es kann nicht der Sinn des Bündnisses mit Amerika sein, daß die Bundesrepublik als atomare Abschußrampe in die Gefahr einer tödlichen Bedrohung gebracht wird. Dies zu verhindern, ist die Absicht der Friedensbewegung. So verschiedenartig ihre politischen, sozialen, moralischen und konfessionellen Vorstellungen in den sie tragenden Gruppen auch sein mögen: sie stimmt überein in ihrem Nein zur Nuklearrüstung. Davon darf sie sich nicht ablenken und auf andere Felder locken lassen.

Der Frieden ist gefährdet durch Reagans Konfrontationspolitik. Sie will sich die Ereignisse in Polen zunutze machen, weil sie dort schon dessen geostrategischer Lage wegen einen günstigen Hebel sieht, um den Ostblock aufzubrechen. Dem stellt die Friedensbewegung die konzentrierte und konsequente Fortsetzung ihres Widerstandes gegen die Nuklearrüstung in Europa entgegen, der zugleich Polen am besten hilft. Denn der innere und äußere Frieden dieses Landes ist abhängig von der Gesamtsituation in Europa. Mit Sicherheit wird sie aber durch die gegen Polen und die Sowjetunion beabsichtigten Sanktionen und Boykottmaßnahmen verschärft, die Lage in Polen selbst, vor allem wirtschaftlich, noch mehr verschlechtert. Wie soll der Weg für die Abrüstung in Ost und West geöffnet bleiben, wenn von „Strafmaßnahmen" die Rede ist und vom Abbruch der Genfer Gespräche? Die Bundesrepublik kann es sich nicht lei-

sten, auf die Chance des sowjetischen Vorschlags zu verzichten, im Falle der Nichtstationierung Hunderte von SS-20-Systemen abzuziehen.

Die Friedensbewegung steht in diesem Jahr vor ihrer großen Bewährung. Ihre Forderung an die Bundesregierung, die Zustimmung zum Brüsseler Raketenbeschluß zurückzuziehen, ist dringender denn je. Denn nur eine Begrenzung und Reduzierung der atomaren Potentiale in Europa vermindert das europäische Sicherheitsrisiko und bewahrt die Möglichkeit, die Entspannungspolitik fortzusetzen und einen Rüstungsstopp zu erreichen.

Mit Beharrlichkeit müssen wir darauf hinwirken, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, die zugleich die aktuelle Frage Krieg oder Frieden ist, politisch unmöglich gemacht wird. Wenn weitere Millionen den Krefelder Appell unterzeichnen, wenn Millionen Europäer die Abrüstung fordern, dann ist die Reduzierung der Nuklearpotentiale in Ost und West ein reales Ziel. Es hängt also alles von der Entschlossenheit, der Einigkeit und Kraft der Friedensbewegung ab, ob die Chancen für den Frieden genutzt werden können. Es geht nicht um Ost oder West, sondern um die Menschen in Ost und West. Abbau der Atomkriegsgefahr ist das dringende Gebot für 1982.

Josef Weber, Oberst a.D., Mitinitiator des „Krefelder Appells"

Europa in Gefahr

Polen und die Friedensfrage

Von Karl D. Bredthauer

I

Die Polenkrise wirft weitreichende Fragen auf, nicht nur für die Friedensbewegung. Ein nüchternes und der Sache angemessenes Urteil wird dadurch erschwert, daß mindestens zwei Ebenen, eigentlich zwei unterschiedliche Krisen, auseinandergehalten werden müßten, aber immer wieder durcheinander geraten. Die ursprüngliche Krise ist eine vor allem innerpolnische Angelegenheit; eine tiefe, seit Jahren schwelende und manchmal fast ausweglos erscheinende Verschränkung wirtschaftlicher und politischer Probleme, deren Lösung zunächst und zuletzt nur Sache der Polen selbst sein kann. Die Not der Polen, die zweifellos Hilfe brauchen, aber alles andere als Einmischung von außen, wohlfeile Ratschläge und weitere Verschärfung der Krise, gerät zunehmend in den Hintergrund, während die Polenkrise zu einer allgemeinen Ost-West-Krise zu eskalieren droht. Diese Eskalation wird von verschiedenen

sten, auf die Chance des sowjetischen Vorschlags zu verzichten, im Falle der Nichtstationierung Hunderte von SS-20-Systemen abzuziehen.

Die Friedensbewegung steht in diesem Jahr vor ihrer großen Bewährung. Ihre Forderung an die Bundesregierung, die Zustimmung zum Brüsseler Raketenbeschluß zurückzuziehen, ist dringender denn je. Denn nur eine Begrenzung und Reduzierung der atomaren Potentiale in Europa vermindert das europäische Sicherheitsrisiko und bewahrt die Möglichkeit, die Entspannungspolitik fortzusetzen und einen Rüstungsstopp zu erreichen.

Mit Beharrlichkeit müssen wir darauf hinwirken, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, die zugleich die aktuelle Frage Krieg oder Frieden ist, politisch unmöglich gemacht wird. Wenn weitere Millionen den Krefelder Appell unterzeichnen, wenn Millionen Europäer die Abrüstung fordern, dann ist die Reduzierung der Nuklearpotentiale in Ost und West ein reales Ziel. Es hängt also alles von der Entschlossenheit, der Einigkeit und Kraft der Friedensbewegung ab, ob die Chancen für den Frieden genutzt werden können. Es geht nicht um Ost oder West, sondern um die Menschen in Ost und West. Abbau der Atomkriegsgefahr ist das dringende Gebot für 1982.

Josef Weber, Oberst a.D., Mitinitiator des „Krefelder Appells"

Europa in Gefahr

Polen und die Friedensfrage

Von Karl D. Bredthauer

I

Die Polenkrise wirft weitreichende Fragen auf, nicht nur für die Friedensbewegung. Ein nüchternes und der Sache angemessenes Urteil wird dadurch erschwert, daß mindestens zwei Ebenen, eigentlich zwei unterschiedliche Krisen, auseinandergehalten werden müßten, aber immer wieder durcheinander geraten. Die ursprüngliche Krise ist eine vor allem innerpolnische Angelegenheit; eine tiefe, seit Jahren schwelende und manchmal fast ausweglos erscheinende Verschränkung wirtschaftlicher und politischer Probleme, deren Lösung zunächst und zuletzt nur Sache der Polen selbst sein kann. Die Not der Polen, die zweifellos Hilfe brauchen, aber alles andere als Einmischung von außen, wohlfeile Ratschläge und weitere Verschärfung der Krise, gerät zunehmend in den Hintergrund, während die Polenkrise zu einer allgemeinen Ost-West-Krise zu eskalieren droht. Diese Eskalation wird von verschiedenen

Kräften im Westen, in erster Linie von der Reagan-Administration, planmäßig vorangetrieben.

Die Kriseneskalation trifft *auch* die Polen. Sie verschlechtert die schon bisher komplizierten Bedingungen, denen sich alle gegenüber sehen, die einen friedlichen Ausweg aus der verfahrenen Situation suchen. Die bewußte Eskalation der Polenkrise trifft aber letztlich *alle*, vor allem *alle Europäer*, denn sie verschärft in einer ohnehin angespannten internationalen Lage die Ost-West-Spannungen weiter, erhöht die im vergangenen Jahr vielen schockartig bewußt gewordene Kriegsgefahr und blockiert die Wege zu ihrer Entschärfung, erschwert die gerade erst mühsam wieder zustandegebrachten Rüstungskontrollgespräche in Genf und könnte, wie sich abzeichnet, von den USA zum Vorwand genommen werden, das ungeliebte Thema Abrüstung gänzlich abzuschütteln. Somit betrifft und trifft die Eskalation der Polenkrise die *Friedensbewegung* in besonderer und mehrfacher Weise:

– Das Thema Polenkrise hat die Friedensbewegung sozusagen über Nacht aus den Medien, aus der veröffentlichten Meinung fast völlig verdrängt.

– Dabei ist die Gefahr, gegen die die Friedensbewegung in letzter Stunde „mobilzumachen" versucht, die atomare Bedrohung Europas, noch größer, noch akuter und damit diese Bewegung noch dringlicher geworden! (Man stelle sich angesichts der Polen und allen europäischen Sorgen gegenüber erneut demonstrierten amerikanischen „Risikofreudigkeit" nur vor, die geplanten amerikanischen Erstschlagsraketen wären bereits auf deutschem Boden in Stellung gebracht . . .)

– Die Gegner der Friedensbewegung schließlich, auch manche falschen Freunde, sehen in der Polenkrise die Chance, die im vergangenen Jahr zu einem alle Erwartungen übertreffend wichtigen politischen Faktor herangewachsene Bewegung 1982, wo weitreichende Entscheidungen anstehen, nachhaltig schwächen zu können; einerseits durch Ablenkung auf absehbar ergebnislose Diskussionen, die angesichts der unterschiedlichen Herkunft und der unterschiedlichen politischen Denkweisen und Zielvorstellungen der Beteiligten den in der „Nachrüstungs"-Frage erreichten Minimalkonsens aufs Äußerste strapazieren müssen; andererseits durch die offen betriebene Spaltung.

In der Beurteilung der innerpolnischen Vorgänge hält sich dieser Artikel, dem Rat kompetenter Polenkenner folgend, die ja – bis hin zum Papst – in der von Washington ausgehenden lautstarken westlichen Einmischung wenig Nutzbringendes erkennen können, bewußt zurück. Der Autor maßt sich nicht an, das Rezept für die Lösung der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise zu wissen, das in den vergangenen Jahren noch von keiner der beteiligten polnischen Seiten gefunden wurde – auch nicht von Solidarność, die die entstandene Situation wohl nicht als Ergebnis einer erfolgreichen Reformstrategie bewerten wird und die ja, davon abgesehen, keineswegs die einzige gesellschaftliche Kraft in Polen war oder ist, die über grundsätzliche Reformen

nachdenkt. Stattdessen wird es um die Bundesrepublik, Westeuropa und die Friedensbewegung unmittelbar berührende Fragen gehen.

II

1. Erhöhte Kriegsgefahr? Was wird aus den Verhandlungen?

Unbestreitbar hat sich die internationale Lage seit Ende 1981 erneut zugespitzt. Ursache dafür ist allerdings nicht die innere Entwicklung, nicht die Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen, so schwerwiegend die polnische Krise auch für sich genommen ist. Polen hat zu allem anderen jetzt das Unglück, zu einem der fast austauschbar erscheinenden Anlässe geworden zu sein, die die amerikanische Politik – die sehr gut mit dem Ausnahmezustand z. B. in Südkorea oder der Türkei, mit der Folter in Südamerika oder 30 000 Ermordeten in El Salvador und kaum aufzählbaren Scheußlichkeiten in aller Welt leben kann, wenn es nur die „freie Welt" bleibt – seit Jahren sucht und findet, um ihre Abkehr von der Entspannung, von ihren rüstungskontrollpolitischen Vertragsverpflichtungen und ihre Hinwendung zur massivsten Aufrüstung der Geschichte, zur Vorbereitung auf die Führung eines „begrenzten" Atomkrieges zu rechtfertigen. Das besonders Besorgniserregende an der gegenwärtigen Krise ist allerdings, daß die amerikanische Politik in ein Stadium zu eskalieren scheint, wo sie sich im Umgang mit der anderen Seite, dem Warschauer Pakt und insbesondere der Sowjetunion, über die letzten, selbst in den Zeiten des Kalten Krieges nicht angetasteten Hemmschwellen hinwegzusetzen beginnt und zugleich den Verbündeten gegenüber kaum noch verhüllt ein Führer-Gefolgschaftsverhältnis beansprucht, die Unterordnung der Europäer und Japaner unter Reagans USA als blindlings gehorchendes Fußvolk eines neuen Kreuzzugs gegen den Osten. Zumindest für Europa, besonders für Deutsche, ist es eine Frage der nackten Existenzerhaltung, diesen Irrsinn zu stoppen, ehe es zu spät für eine Umkehr ist. Es wäre lebensgefährlicher Leichtsinn, das, was man heute aus Washington hört, als bloßes Wortgetöse abzutun. Die politische Führungsschicht der USA, die offen erklärt, man sei Zeuge, wie das letzte Kapitel in der Geschichte des Kommunismus geschrieben werde, und die dabei nach Kräften nachhelfen möchte, ist nun einmal dabei und sieht sich heute auch technisch in der Lage – im Unterschied zu den Zeiten des ersten Kalten Krieges in den 50er Jahren – die Raketen, Sprengköpfe und Steuerungssysteme für die Führung eines entwaffnenden Erstschlags gegen die andere Seite herstellen zu lassen und ihre Stationierung vorzubereiten. Auch vom „Theater" eines „begrenzten" Atomkrieges ist in Washington in den letzten Monaten mit wahrhaft hinreichender Klarheit und Deutlichkeit gesprochen worden: *wir* sind gemeint, Europa. (Und *wir in Europa* drohen durch die „Nachrüstung" zugleich in jeder der Krisen, die Washington in allen Ecken der Welt schürt und zum Teil seiner globalen Herausforderung der Sowjetunion macht, zu Geiseln der amerikanischen Nuklearstrategie herabgewürdigt zu werden.) In der Polenkrise demonstriert Reagan nun, daß es ihm nicht darauf ankommt, das Seine zu tun, um einen innenpolitischen Konflikt in einem beliebigen europäischen Land ohne jede Rücksicht

auf die möglichen Folgen für dessen Bevölkerung und für die Nachbarländer zum offenen Brand anzufachen, bis an die Grenze des Bürgerkriegs und darüber hinaus. Denn was anderes kann die Folge davon sein, wenn man Polen der elementarsten finanziellen und ökonomischen Möglichkeiten beraubt, seine tiefe Wirtschaftskrise mit eigenen Kräften zu lösen, die Geschäftspartner und die eigenen Verbündeten Polens, vor allem die UdSSR, unter massivsten Druck setzt und zugleich den inneren Konflikt schürt, indem man die Bevölkerung zum Widerstand gegen ihre Regierung, übrigens Vertragspartner der ansonsten viel beschworenen KSZE, aufstachelt? Das Schicksal der Polen scheint die Reagan-Administration bei ihrer Eskalation wenig zu interessieren.

Und wie wenig man von den Westeuropäern, den eigenen Verbündeten, hält, ist auch lange nicht so deutlich aus Amerika zu hören gewesen. Wer in Westeuropa nach der Rede Reagans am 18. November 1981 – seinem „historischen Angebot" in Sachen Abrüstung – gehofft hatte, der amerikanische Präsident habe eine Wende vollzogen und nehme die Sorgen der Europäer jetzt endlich ernst, muß sich eines Besseren belehren lassen. Die Wiederaufnahme der SALT-Gespräche ist erneut abgesagt und die Genfer Verhandlungen über Atomwaffen, deren Abbruch die Amerikaner auch in aller Öffentlichkeit erwogen haben und weiter erwägen, hängen an einem seidenen Faden. Die größere Vorsicht Reagans in dieser Sache dürfte damit zusammenhängen, daß die USA die Stationierung ihrer neuen atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht „unnötig" gefährden und der Friedensbewegung in den Stationierungsländern, die man durch Polen verwirren und abzulenken hofft, jetzt nicht die erneute Konzentration auf ihr eigentliches gemeinsames Ziel, die Verhinderung der Stationierung, geradezu aufdrängen will.

Gleichzeitig werden aber die Vorbereitungen der Stationierung vorangetrieben und ständig neue Beiträge geliefert, um die Europäer schrittweise mit dem Gedanken eines Kriegs auf ihrem Kontinent vertraut zu machen, von der Stationierung neuer chemischer Kampfstoffe bis zu den Vorschlägen des Erfinders der Neutronenbombe, Cohen, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, insbesondere mit Strahlenwaffen, die nach Cohens eigenwilliger Völkerrechtsauslegung nicht unter den Atomwaffensperrvertrag fallen. Cohens neueste Idee: einen „Strahlenteppich" quer durch Mitteleuropa zu verlegen. (Vgl. „Die Welt" v. 12.1. 1982)

Reagan auf der „Flucht nach vorn"?

Zwar scheint in Teilen der amerikanischen Führungsschicht der Reagan-Taumel, der an das Wunder einer Quadratur des Kreises glauben machte und massivste Aufrüstung mit Steuersenkung und der Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft verbinden zu können schien, einer gewissen Ernüchterung zu weichen, und in der Bevölkerung werden die sozialen Folgen des Reagan-Kurses bereits härter spürbar. (Schon im ersten Amtsjahr des „Wundertäters" stieg die Arbeitslosenzahl um weitere 1,5 auf fast 10 Millionen!)

Nachdem Reagan nicht mehr recht zugetraut wird, seine wirtschaftspolitische Wunderkur könne Erfolg haben, glaubt man auch nicht mehr überall daran, daß sein Aufrüstungsprogramm sich in der anvisierten monströsen Dimension wirklich wird realisieren lassen. Aber die aufkommende Kritik so gegensätzlicher Strategen wie Brzezinski und Kissinger äußert sich in wenig beruhigenden Formen, vorwiegend als Kritik „von rechts", so schwer so etwas nach Reagan vorstellbar sein mag. Angesichts der miserablen innenpolitischen Bilanz Reagans nach Ablauf seines ersten Amtsjahres ist bereits die jetzige Polen-Eskalation als eine Art Flucht nach vorn, vor der inneren Misere, zu verstehen. Wer weiß, wohin eine weitere Verschärfung dieser Misere die von wenig Skrupeln geplagte Mannschaft der Weinberger, Haig und Rostow noch treiben könnte . . .

Gewiß, die Reaktion der Dritten Welt, sehr deutlich abzulesen an der Haltung der UNO, ist ermutigend. Dort scheint niemand gewillt, sich auf Reagans Polen-Kampagne einzulassen. Der neue UNO-Generalsekretär Perez erklärte „zu Plänen der USA", die Polenfrage vor die Vereinten Nationen zu bringen, ausdrücklich, „daß die Charta der UNO Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten verbietet, und erklärte, bisher gebe es keine Beweise für eine Einmischung von außen in der Polenfrage." („Süddeutsche Zeitung" v. 12. 1. 1982) Auch in Westeuropa und nicht nur, aber gerade in der Bundesrepublik haben sich Kräfte der Vernunft gezeigt, die eigene Interessen nicht mehr widerspruchslos jedem Schwenk der amerikanischen Strategie unterordnen wollen. Aber der enorme Druck, der von den USA und von vielen eingesessenen Freunden einer Rückkehr zur Politik der Konfrontation mit dem Osten ausgeht, erlaubt ebenso wie die entspannungspolitische Desorientierung in einigen westeuropäischen Ländern keine Illusionen darüber, wieviel an Klärung und wieviel an verstärkter und verbreiterter politischer Wirkung der Friedensbewegung noch abverlangt werden wird. Und mit ihr allen, die verhindern wollen, daß Europa im Schlepptau einer verantwortungslosen – und letztlich zum Scheitern verurteilten, weil absolut anachronistischen – amerikanischen Konfrontationsstrategie untergeht.

2. Die Eskalation der Polenkrise als Mehrzweckwaffe der amerikanischen „Globalstrategie"

Entschlossen, massiven Druck auf ihre Verbündeten auszuüben, um sie der Strategie Reagans allen Vorbehalten und zuwiderlaufenden europäischen Interessen zum Trotz unterzuordnen, hat Washington in der Polenkrise die NATO als Disziplinierungsinstrument eingesetzt. Und wie gering auch die Substanz an politischen Gemeinsamkeiten, die sich hinter den aggressiven Formeln der NATO-Polenerklärung verbirgt, sein mag, die europäischen Partner der USA haben es – trotz KSZE-Schlußakte und entgegen ihren eigenen, von denen der USA abweichenden Interessen – zugelassen, daß der Nordatlantikpakt sich massiv in Polen einmischt. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Einmischung gegen das Völkerrecht verstößt, gibt es auch im

NATO-Vertrag selbst keinerlei Grundlage für eine Beschäftigung des Bündnisses mit Polen. Warschau ist nicht Mitglied der NATO, es hat keinen Mitgliedstaat der NATO angegriffen oder bedroht, und die NATO selbst ist dem Wortlaut des Nordatlantikvertrages nach ein Verteidigungsbündnis, das seine Mitgliedstaaten gegen militärische Aggressionen von außen schützen, nicht aber Plattform einer gemeinsamen Außenpolitik gegenüber dritten Staaten und erst recht nicht Instrument der Intervention in deren innere Angelegenheiten sein soll. (So selbst die FAZ v. 11.1. 1982 in einem Gutachten von Dr. Dr. Rudolf Dolzer, Heidelberg: „Die NATO – *noch* kein Kriseninstrument" (Hervorh. v. Verf.))

Die NATO als Exekutivorgan der KSZE?

Man sagt uns allerdings, die KSZE-Schlußakte rechtfertige die westlichen Repressalien gegen Polen und die Sowjetunion, denn General Jaruzelski habe gegen die Prinzipien dieses (1975 in Helsinki von allen west- und osteuropäischen Staaten sowie den USA und Kanada unterzeichneten) Dokuments verstoßen und Moskau sei natürlich der eigentlich Verantwortliche. Nun mutet es zunächst einmal außerordentlich seltsam an, wenn die heute in Washington regierenden Kreise und ihre Freunde z. B. von der CDU/CSU sich sozusagen zu „Lordsiegelbewahrern" dieser Entspannungsurkunde aufwerfen. Seinerzeit nämlich hatten sie bis zuletzt gegen das Zustandekommen der von den Warschauer-Pakt-Staaten angeregten KSZE und dann gegen die Schlußakte gekämpft. (Die CDU/CSU hat sogar als einzige große Partei in Europa gegen deren Unterzeichnung mobilisiert!) Heute gibt ein Ronald Reagan bekannt, Polen habe die KSZE-Schlußakte gebrochen. Und als sei er autorisiert, nicht nur als Urteils-, sondern auch gleich als Vollstreckungsbehörde der KSZE aufzutreten, beschließt er „Strafmaßnahmen" gegen Polen und gleichzeitig auch gegen die Sowjetunion wegen Nichteinhaltung der Schlußakte . . . Was geht da vor?

Verletzt Jaruzelski die Schlußakte, weil er in Polen den Ausnahmezustand ausruft?

Es kann unter Demokraten keinen Streit darüber geben, daß der Notstand oder Ausnahmezustand ein schlimmer Zustand ist, weil er in der Tat Grundrechte außer Kraft setzt, Rechte, die in allen demokratischen Verfassungen, in der UNO-Charta und auch in der KSZE-Schlußakte kodifiziert sind. Gewerkschafter, kritische Köpfe, Oppositionelle in allen Teilen der Welt können ein Lied davon singen, was Ausnahmezustand bedeutet. Demokraten können nicht hinnehmen, daß der Ausnahme- zum Regelzustand wird, wie auf Taiwan, den Philippinen, in Südkorea und an vielen anderen Stellen der „freien Welt".

Über dem Eintreten für die Grundrechte kann aber nicht vergessen werden, daß es keinen Staat auf der Welt gibt, der, auch wenn er in seiner Verfassung die Grundrechte garantiert, nicht zugleich Bestimmungen über den „Notstand" in Reserve hält. Das gilt seit 1968 bekanntlich auch für unser Grundge-

setz, jene „freieste Verfassung", die es in Deutschland je gab. Und was die KSZE-Schlußakte angeht, so hat keiner der Unterzeichnerstaaten, die Bundesrepublik ebensowenig wie Polen oder die USA, mit seiner Unterschrift den Notstandsbestimmungen der eigenen Verfassung abgeschworen.

Von Heuchelei ist im Zusammenhang mit der amerikanischen Reaktion auf die Ausrufung des Ausnahmezustands in Polen schon reichlich die Rede gewesen. Den Beispielen von Kwangju bis San Salvador, von Istanbul bis Soweto wären unzählige hinzuzufügen, aber selbst die kräftigsten Ausdrücke reichen nicht aus, das Maß an Heuchelei und Doppelmoral, das da wieder einmal demonstriert wird, wirklich angemessen zu charakterisieren. Und das gilt auch für den Versuch des amerikanischen Präsidenten, überall in NATO-Landen und besonders gern von den in Ankara regierenden NATO-Generalen nachgeahmt, den Ausnahmezustand in Polen als Bruch der KSZE-Schlußakte zu brandmarken. Der Text der Helsinki-Akte sagt über den Ausnahmezustand nichts aus. Über ein Recht der einen Unterzeichnerstaaten gegen andere, deren innere Entwicklung ihnen nicht paßt, Sanktionen zu ergreifen, ist da schon gar nichts zu lesen. Sehr deutlich aber das Gegenteil, und zwar bereits im ersten der zehn Grundprinzipien, dessen Überschrift lautet *„I. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte"*. Dort heißt es: „Die Teilnehmerstaaten . . . werden das Recht jedes anderen Teilnehmerstaates achten, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen."

Näheres ist als Prinzip *„VI. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten"* in einem eigenständigen Abschnitt ausgeführt. Seine im aktuellen Zusammenhang maßgeblichen Sätze lauten: „Die Teilnehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen. Sie werden sich . . . unter allen Umständen jeder militärischen wie auch politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Zwangsmaßnahme enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen . . ." (Vgl. den Wortlaut der KSZE-Schlußakte, in: „Blätter" 8/1975, S. 899–942, hier S. 900 und 902.) Da das Recht, den Ausnahmezustand nach Maßgabe der eigenen Verfassungsbestimmungen auszurufen, unzweifelhaft der Souveränität Polens „innewohnt", liegt auf der Hand, daß Reagan und seine NATO-Gefolgschaft mit ihren wirtschaftlichen „Zwangsmaßnahmen" die KSZE-Schlußakte brechen. Aber nach bewährter Methode schreien sie „Haltet den Dieb!" und zeigen auf Moskau.

Worum es Washington wirklich geht

Man sollte allerdings im Auge behalten, daß die Einmischung der NATO vor allem auf amerikanischen, nicht westeuropäischen Druck hin erfolgte. Diese

Intervention dient nicht einer friedlichen Lösung der polnischen Krise, sondern ganz anders gearteten, globalen Zielen der amerikanischen Außen- (und auch Innen-)politik. Die Eskalation der Polenkrise dient in der Strategie der Reagan-Administration vor allem:

1. der weiteren Verschärfung der Ost-West-Konfrontation, vor allem der Konfrontation mit der Sowjetunion, die Reagan und seine Umgebung bei jeder Gelegenheit zur Ursache aller Übel auf der Welt abzustempeln und zu Reaktionen zu provozieren versuchen, die weitere Eskalationsschritte der US-Politik gerechtfertigt erscheinen lassen könnten.

2. der Schürung innerer Schwierigkeiten, wirtschaftlicher Probleme und politischer Spannungen im „gegnerischen Lager", dessen Zerfall oder Auseinanderbrechen, einhergehend mit der Isolierung, womöglich dem Kollaps der Führungsmacht Sowjetunion, die im Sinne Reagans ideale Lösung des Ost-West-Konflikts wäre.

3. der Rechtfertigung der von den USA vorbereiteten und mit Nachdruck betriebenen, aber auf unerwarteten Widerstand stoßenden gigantischen Aufrüstungs- (und Sozialabbau-)programme.

4. der Disziplinierung und Unterordnung der Verbündeten.

5. der Schwächung der zu wirtschaftlichen Rivalen herangewachsenen Verbündeten, die eine Zerstörung der Entspannung und der mit ihr möglich gewordenen wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit ökonomisch (und sozialpolitisch!) unvergleichlich stärker schädigt als die USA; also dem Versuch, auch wirtschaftlich die frühere Überlegenheit der USA gegenüber Westeuropa, Japan usw. wiederherzustellen.

6. der nachhaltigen Schädigung, vielleicht definitiven Zerstörung der von den USA mittlerweile abgelehnten, von den Europäern in Ost und West aber ebenso wie von der Sowjetunion für weiter (und zunehmend) ihren Interessen förderlich gehaltenen Entspannung und intersystemaren Zusammenarbeit.

7. auch der Durchsetzung ganz speziell der „Nachrüstung" gegenüber dem gewachsenen Widerstand in Westeuropa sowie der zunächst „prophylaktischen" Rechtfertigung dafür, die Genfer Verhandlungen scheitern (und die Begrenzung der strategischen Rüstung weiter links liegen) zu lassen.

8. Last not least: der Friedensbewegung den Boden unter den Füßen wegzuziehen, durch frontale Angriffe und Beschuldigungen ebenso wie durch Aufspaltung in verschiedene Solidaritätsfronten und generell durch den in den vorher aufgezählten Punkten sichtbar werdenden Versuch einer Großoffensive zur umfassenden Militarisierung der westlichen Politik.

3. Die Rückwirkungen der Krise auf das Verhältnis Westeuropa–USA und die NATO

Wenn die Westeuropäer sich nicht zu Vasallen und Hilfsvölkern (und speziell

für die Deutschen heißt das: zu Kanonenfutter) der USA zurückstufen lassen wollen, also zurück in die 50er Jahre, in denen aber die Westeuropäer wesentlich schwächer und die USA wesentlich stärker waren als heute, dann müssen sie auf Reagans Herausforderung offensiv antworten und den Konflikt durchstehen, statt ihn – wie bisher in der EG-Resolution und schärfer in der NATO-Resolution zu Polen – durch faule Kompromisse übertünchen zu wollen, durch scheinbar zunächst nur verbale Konzessionen an die Strategie der USA, die aber die Politik Bonns und der anderen westeuropäischen Hauptstädte zunehmend auf die schiefe Ebene bringen.

Die Entspannungspolitik der 70er Jahre hat den Westeuropäern wesentlich verbesserte Ausgangspositionen verschafft. Die Zeit ist reif, sie für einen von den USA unabhängigeren Kurs zu nutzen.

Wie können die Westeuropäer sich vor Washington schützen?

Wenn die Eskalation der Krise für die Strategie Washingtons Waffe unter anderem gegen die eigenen Verbündeten in Westeuropa ist, so gilt umgekehrt für die Bundesrepublik und die anderen westeuropäischen Länder:

1. daß sie sich durch das Getöse aus Washington und einer Reihe amerikahöriger Medien, Parteikreise usw. in Westeuropa nicht davon abbringen lassen dürfen, den Charakter der Krise und ihre Ursachen realistisch einzuschätzen. Die Erkenntnis, daß es der Lösung der innerpolnischen Probleme nicht dient, aber auch die eigenen Interessen der meisten westeuropäischen Regierungen massiv schädigt, wenn die NATO sich in der von Reagan betriebenen Weise in Polen einmischt und die Krise schürt, scheint ja trotz der gefährlichen Zugeständnisse an die Washingtoner Linie noch nicht verschüttet zu sein.

2. Eine realistische Einschätzung der eigenen Interessen zeigt natürlich auch, daß für einige westeuropäische Staaten, vor allem für die Bundesrepublik selbst, wirtschaftlich viel auf dem Spiel steht, wenn man Polen sozusagen „abschreibt", es dem Konfrontationskalkül Washingtons opfert, statt sein Teil dazu beizutragen, daß die eingegangenen wirtschaftlichen Verpflichtungen halbwegs zufriedenstellend abgewickelt werden können und perspektivisch die Zusammenarbeit stabilisiert und ausgebaut wird. Allein für die Bundesrepublik hängen am Ost-West-Handel bekanntlich über 500 000 Arbeitsplätze. Und wenn die beteiligten deutschen (und anderen westeuropäischen) Banken ins Schleudern kommen, wenn sie nämlich etwa durch die Schuld der Politiker ihre Milliarden-Kredite an Polen in den Wind schreiben können, dürfte das auch nicht ohne Spuren an der ohnehin schlechten Lage der Wirtschaft und der Beschäftigung vorübergehen. Man erinnere sich an den Zusammenbruch der Danat-Bank, der den Auftakt der Weltwirtschaftskrise von 1929 mit all ihren wirtschaftlichen und politischen Folgen in Deutschland bildete.

Die Westeuropäer müssen also gegenwärtig zunächst einmal versuchen, sich so gut wie möglich vor der von Washington ausgehenden Krisen-Eskalation und ihren akuten Folgen zu schützen. Sie haben ein vitales Interesse daran,

die Verwirklichung der amerikanischen Sanktionspläne zu verhindern, zumindest für ihren Teil, und ihre Hilfe für Polen in einer Weise zu organisieren, die das Land wirklich brauchen kann. Die Bonner Politik ist, nach ursprünglich richtigen Ansätzen, gegenwärtig eher dabei, sich von dieser Orientierung zu entfernen. Die Angst, sich innerhalb der NATO und sogar innerhalb Westeuropas zu isolieren, wenn beispielsweise Frankreich bei der Formulierung einer eigenständigen westeuropäischen Politik gegenüber den USA in der Polenkrise nicht mitzieht, dürfte bei der Bonner Anpassung an Washington eine Rolle gespielt haben. Allerdings scheint in Paris und auch in anderen westeuropäischen Hauptstädten ein Umdenken eingesetzt zu haben.

3. Neben sofort zu ergreifenden Schutzmaßnahmen gegen die akuten Auswirkungen der amerikanischen Risikopolitik dürften den westeuropäischen Regierungen – und vor allem Völkern – allerdings auch tiefergehende Überlegungen darüber, ob der Charakter ihrer Beziehungen zu den USA, die weitgehende Einbindung in eine von Washington aus bestimmte Globalstrategie noch zeitgemäß und den eigenen Lebensinteressen angemessen ist, nicht erspart bleiben.

Es geht, wohlverstanden, nicht um einen Wechsel der Bundesrepublik oder ganz Westeuropas von der amerikanischen auf die sowjetische Seite, sondern darum, daß, wie die Polenkrise nur noch deutlicher gemacht hat, die bisherige Geschäftsgrundlage der amerikanisch-westeuropäischen Beziehungen zerrüttet ist und so oder so neu bestimmt werden muß. Ein Westeuropa, das sich weniger als cisatlantischer Wurmfortsatz der USA, dafür mehr in europäischer, auch gesamteuropäischer Perspektive definiert, bietet beiden Weltmächten, auch den USA, ebenso wie sich selbst die Chance, aus der verfahrenen und immer explosionsgefährlicheren Situation einer sterilen Blockkonfrontation zwischen Ost und West herauszufinden.

Die USA haben die „Geschäftsgrundlage" der NATO verlassen

Die NATO ist „nach Polen" nicht mehr dieselbe wie zuvor. Günter Gaus hat diese Erkenntnis kürzlich sehr deutlich formuliert. (In: „Der Westen, Polen und der Kreml. Ein Plädoyer für die Entspannungspolitik", „Die Zeit" v. 22.1. 1982) Noch nie hat das Bündnis, dessen einzige offizielle Legitimation der Schutz Westeuropas vor einer militärischen Aggression seitens der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes ist, die ihm gesetzten Grenzen derart massiv und unverblümt überschritten wie in der gegenwärtigen Krise. Und dies eindeutig als Ergebnis des amerikanischen Übergewichts in der bisherigen Bündnisstruktur. Die NATO hat sich damit deutlicher denn je als Instrument einseitig amerikanischer Interessendurchsetzung enthüllt.

Schon in den vergangenen Jahren hat es immer wieder Vorstöße aus den USA und von ihnen verbundenen politischen Kräften, etwa in der CDU/CSU, zu einer Ausweitung der NATO-Aktivitäten weit über ihren Vertragsbereich hinaus gegeben. Alexander Haig verkündete sogar ganz freimütig: „Die ganze Welt ist Sache der NATO." . . .

So wie jetzt in Sachen Polen – also als offene Einmischung im Inneren des *anderen* Lagers – haben die USA bisher schon verschiedentlich versucht, die NATO oder, wo dies nicht möglich erscheint, geeignete NATO-Staaten wie die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien oder perspektivisch auch die Bundesrepublik für ihre Politik der Intervention oder Interventionsvorbereitung und der Kriseneskalation in der *Dritten* Welt zu vereinnahmen. Man denke an den Aufmarsch im Nahen und vor allem im Mittleren Osten, an gemeinsame Seemanöver im Indischen Ozean unter Beteiligung der Bundesmarine, an die immer wieder erneuten Anläufe für eine irgendwie geartete Südatlantikpakt-Konstruktion, in der die Westeuropäer sich in der Umgebung solcher Bollwerke der Freiheit und der Demokratie wie Südafrika, Brasilien oder Argentinien wiederfinden . . .

Die EG als zweites Amerika?

Westeuropa kann, wenn es dieses Spiel mitspielt, mit oder ohne offizielle NATO-Beteiligung, nur verlieren. Für die westeuropäischen Staaten gibt es, auch gemeinsam, keine Zukunft als imperialistische Hegemonialmächte, die sich etwa ihre Rohstoffzufuhr aus einer in koloniale Abhängigkeit zurückgeworfenen Dritten Welt mit militärischen Mitteln sichern. Dagegen steht die geographische und die strategische Situation auf dem Kontinent, die unmittelbare Nachbarschaft mit dem sozialistischen Staatssystem, mit dem Westeuropa koexistieren oder gemeinsam untergehen muß – aber auch die geschichtliche Erfahrung mit militärischer Großmachtpolitik, die die Europäer in zwei Weltkriege und – von Algerien bis Vietnam – in blutige Kolonialabenteuer und damit fast in den Untergang geführt hat. Wenn Europa eine Zukunft hat, dann liegt sie in der Herstellung bzw. Ausweitung gleichberechtigter Beziehungen, gegenseitig nutzbringender Zusammenarbeit sowohl in West-Ost- wie in Nord-Süd-Richtung.

Der anachronistische und infantile „amerikanische Traum" von der globalen Vorherrschaft durch militärische Stärke und vom Isolieren und Niederrüsten der Sowjetunion hat für Europäer mit halbwegs klarem Kopf keinen Reiz und Sinn.

Soll die Bundesrepublik aus der NATO austreten?

Was folgt daraus? Soll die Bundesrepublik aus der NATO austreten? – Selbst in dieser Form, in der sie heute ganz sicherlich nur von einer Minderheit der Bundesbürger gesehen wird, könnte die Frage bald Mehrheiten bewegen, wenn die amerikanische Politik sich so weiter entwickelt wie bisher. Allerdings ist unwahrscheinlich, daß die Alternative zur NATO in ihrer bisherigen Form ein einseitiges Ausscheiden der Bundesrepublik wäre oder sein wird. Die Konfliktlinie verläuft zwischen mehr oder weniger allen europäischen Staaten einerseits und den USA auf der anderen Seite. Von links bis rechts wird gegenwärtig in Westeuropa, aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Zielvorstellungen, aber in bemerkenswerter Gleichzeitigkeit und Parallelität, über eine stärkere Eigenständigkeit Westeuropas, über eine

Erhöhung seines politischen Gewichts und über eine mögliche „sicherheitspolitische Identität" (Borm), deutlich abgehoben von der „Atlantischen Schicksalsgemeinschaft", nachgedacht und diskutiert.

Manche glauben, daß die Sicherheitsinteressen Westeuropas in einer reformierten NATO durchgesetzt werden könnten. Westeuropa als gleichberechtigter, gleichgewichtiger Partner der USA in einer NATO, die wie eine Elipse zwei Brennpunkte hat – davon hat ursprünglich auch einmal de Gaulle geträumt, der diesen Traum aber dann als Illusion aufgab und aus der militärischen Integration der NATO ausschied. Soweit derartige Vorstellungen auf die Verwandlung Westeuropas in eine Art zweiter USA, die dann arbeitsteilig mit ihrem Doppelgänger die Weltherrschaft anstreben, hinauslaufen, haben sie, wie gesagt, keine Perspektive. Ob allerdings eine NATO-*Reform* in andere Richtung möglich wäre, sozusagen als Übergangsphase auf dem Wege zu einem blockfreien Europa, in dem die west- und die osteuropäischen Staaten ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit an die Stelle von NATO und Warschauer Pakt setzen, erscheint nach allen bisherigen Erfahrungen, etwa mit der Rolle der NATO in der Entspannungspolitik der westlichen Seite, als sehr fraglich.

Die eigentliche Aufgabe – und Chance – der Friedensbewegung

Welche Wege oder Umwege Westeuropa in dieser Hinsicht finden wird, wird wesentlich auch von der Entwicklung der Friedensbewegungen in den verschiedenen Ländern abhängen. In der Bundesrepublik ist es durch die beharrliche Auseinandersetzung mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß seit 1979 erstmals (nach der unter anderen Bedingungen entstandenen Antiatombewegung der späten 50er Jahre) gelungen, eine breite sicherheitspolitische Grundsatzdebatte auszulösen. Ob die Friedensbewegung die Kraft entwikkeln wird, sich in dieser entscheidenden Auseinandersetzung durchzusetzen, ist eine Frage der Ernsthaftigkeit und Konsequenz, mit der sie sich ihrer ureigensten Aufgabe stellt: das ganze Ausmaß der Atomkriegsdrohung immer breiteren Teilen der Bevölkerung – und sich selbst! – täglich neu und schärfer bewußt zu machen, alle Abwehrkräfte zu wecken und aus der Mobilisierung des elementaren Überlebenswillens heraus zugleich das Kräftepotential zu sammeln, das die Alternativen zum Rüstungswahn erst realisierbar machen wird.

Reagans Polenkampagne ist – nach dem Scheitern seines Täuschungsmanövers vom vergangenen November (dem „Null-Angebot") – nicht zuletzt als frontale Herausforderung der europäischen Friedensbewegung kalkuliert. Nur wenn sie dieser Herausforderung solidarisch und offensiv entgegenwirkt, nur wenn sie die eigentliche Bedrohung des Friedens 1982 wie 1981 und noch massiver zu *dem* Thema macht, an dem sich kein Politiker und kein Medium mehr vorbeidrücken kann, wird die Friedensbewegung 1982/83 der schweren Verantwortung gerecht werden, von der kein Militärexperte, kein Minister und kein Moralist sie entlasten können.

Aufrüstung, Sozialabbau und Entdemokratisierung

Von Hans-Peter Kremer und Werner Maßeling

Im Land der „unbegrenzten Möglichkeiten" werden wieder einmal Zeichen gesetzt. Es wird vorexerziert, wie gleichzeitig eine globale Konfrontations- und Interventionspolitik, militärische Aufrüstung, soziale Demontage, eine Politik massiver Gewinnförderung und ökonomischer Außenexpansion sowie der Auf- und Ausbau eines inneren Ordnungsstaates betrieben werden kann[1]).

Das größte Rüstungsprogramm in der Geschichte der Menschheit (mindestens 1,5 Billionen US-Dollar) wird vor dem propagandistischen Hintergrund, die „freie Welt" verteidigen zu müssen, legitimiert und von der Unterstützung autoritärer Regimes, der Androhung militärischer Intervention bei Gefährdung der „westlichen" Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären und der Durchsetzung eines gigantischen Aufrüstungsprogramms bei den „Bündnispartnern" begleitet. Finanziert wird dieser Kurs durch eine beispiellose sozialpolitische Roßkur: Ausgabensenkungen in 83 Sozialprogrammen (25 Mrd. Dollar), Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, über 300 000 Entlassungen im öffentlichen Dienst, Senkung der Anspruchsgrenzen bei Lebensmittelkarten (so daß 400 000 Familien aus der Förderung herausfallen), Streichung von 600 000 Studentenstipendien, Senkung der Subventionierung von Schulspeisungen (wovon 300 000 Kinder betroffen sind), Zurücknahme von 45 Erziehungsprogrammen für Sozialbehinderte, Analphabeten und Behinderte sowie eine rigorose Kürzung im Gesundheitswesen in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar. Dies alles ereignet sich – offiziellen Zahlen zufolge – vor dem Hintergrund von neun Millionen Arbeitslosen, sechs Millionen Kurzarbeitern und 29 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben[2]).

Gleichzeitig finden Steuerentlastungen bei hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen statt, um neben der militärischen die wirtschaftliche „Aufrüstung" zu betreiben. Denn die internationale ökonomische Machtposition soll zurückgewonnen werden. Wie die ökonomische Außenexpansion sich auf eine militärische Absicherung stützen kann, wird die Sozialdemontage innenpolitisch durch Disziplinierung flankiert.

Bevor Reagans „amerikanischer Traum" vollständig in die Tat umgesetzt ist, zeigen sich auf „Maggie's Farm" schon die ersten Erosionserscheinungen ei-

1) Siehe hierzu R. Hickel, Reagans „amerikanischer Traum" – ein Alptraum für Europa, in: „Blätter", 3/1981, S. 286 ff.
2) Siehe z.B. die Zahlen ebd., S. 289

nes derartigen Konzepts[3]), dessen radikalste Realisierung bisher unter der Militärjunta in Chile versucht worden ist[4]).

Kernstück ist die sozialpolitische „Entstaatlichung", wobei sich Großbritannien außenpolitisch eng an die USA anlehnte und daneben ein gewaltiges nukleares Aufrüstungsprogramm in Angriff nahm. Die „Erfolgsbilanz" der „eisernen Lady" besteht u. a. aus drei Millionen Arbeitslosen, einem enormen Rückgang der industriellen Produktion und des wirtschaftlichen Wachstums, einer Inflationsrate von gegenwärtig 12 % sowie einer steigenden Staatsverschuldung. Die Tatsache, daß allein in London 15 000 Obdachlose leben und zahlreiche Familien keinen Stromanschluß mehr haben, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die soziale Lage in Großbritannien und erklärt die neuerlichen Unruhen in den Städten. Die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe und „Rückführung" der Immigranten komplettieren nur ein Bild, das unweigerlich Assoziationen an den „wilden Westen" wachruft. Sicherlich, die Politik der Bundesregierung entspricht nicht dem radikalen Vorgehen Thatchers („Es gibt keine Alternative!") oder Reagans („Wenn nicht wir – wer dann? Wenn nicht jetzt – wann dann?"). Doch auch für die BRD gilt: „Arbeitslosigkeit, der Ruf nach Lohnsenkungen und mehr Rüstung vereinen sich mit sozialer Demontage und der Gefährdung demokratischer Rechte".[5])

Die folgenden Anmerkungen zu den Konturen einer reaktionären Politikvariante sollen die aktuellen Erscheinungen forcierter Aufrüstung, sozialer Demontage und des Abbaus demokratischer Rechte in der BRD skizzieren (I.) sowie ihren Hintergrund, ihren inneren Zusammenhang und ihre Folgen aufzeigen (II.). In einem weiteren Beitrag soll versucht werden, ihre Ursachen zu erklären, die Grenzen dieser Strategie zu benennen und schließlich Anknüpfungspunkte für die demokratische Bewegung in diesem Lande zur Diskussion zu stellen.

I. Indizien für eine reaktionäre Wende in der Militär-, Sozial- und Gesellschaftspolitik

1. Forcierte Aufrüstung

Am 31. Mai 1978 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der NATO einen aus zehn militärischen Verstärkungsprogrammen bestehenden langfristigen Rüstungsplan und verpflichteten alle Teilnehmerstaaten bis 1993, jährlich real ihre Rüstungsausgaben um 3 % zu erhöhen. Dabei sollen die bundesdeutschen Gelder für zusätzliche militärische Anlagen der USA in der BRD, z. B. die Infrastruktur der neuen nuklearen Mittelstreckenraketen, die

3) Siehe hierzu W. Glinga, Die politische Lage in Großbritannien zur Halbzeit der Regierung Thatcher, in: „Blätter", 11/1981, S. 1337 ff.
4) So Hickel, a. a.O., S. 295.
5) Memorandum '81: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen, Köln 1981, S. 20.

Schaffung einer logistischen Basis für die „Schnelle Eingreiftruppe" und für eine gigantische eigene Aufrüstung, damit die Bundeswehr in die Lage versetzt wird, die für die NATO aufgrund weltweiter „Operationen" der USA entstehenden Lücken in Europa schließen zu können, verwendet werden. So erhalten alle Teilstreitkräfte der Bundeswehr neue Waffensysteme der zweiten Generation.

Die meisten dieser mehr als zwanzig bestellten Projekte (u.a. MRCA „Tornado", „Leopard" II) müssen noch in der ersten Hälfte der 80er Jahre bezahlt werden. Die Kosten für die gesamte Beschaffung belaufen sich derzeit auf mindestens 75 Mrd. DM[6]). Kalkuliert man die bereits jetzt absehbaren weiteren Preissteigerungen und die Kosten für die NATO-Infrastruktur hinzu, ergeben sich für die nächsten Jahre militärische Investitionen im Wert von 100 Mrd. DM (zum Vergleich 1980: 12,2 Mrd. DM)[7]).

Dieser Blick auf den investiven Bereich unterstreicht, daß die Militärausgaben in den 80er Jahren noch schneller steigen sollen als im letzten Jahrzehnt, in denen ein durchschnittlicher Realzuwachs von jährlich 2,7 % zu verzeichnen war. So verdoppelte sich der Wehretat (Einzelplan 14) von 19,4 Mrd. 1970 auf 38,9 Mrd. DM 1980[8]).

Dabei wird ein großer Teil der Rüstungsausgaben erst gar nicht im Einzelplan 14 aufgeführt. Der Anteil der nicht im Wehretat aufgeführten Militärkosten hat sich im Laufe der 70er Jahre sogar fast verdoppelt. Die Bundesregierung selbst veröffentlicht jährlich eine Auflistung der „Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien" und berechnet für 1980 61,5 Mrd. DM. Wenn die nach diesen NATO-Kriterien mitgerechnete (vorwiegend nichtmilitärische) Westberlin-Hilfe abgezogen wird und wenn alle verdeckten Rüstungsausgaben addiert werden, kommt ein Betrag zustande, der 1981 bereits doppelt so hoch wie der ausgewiesene Wehretat war[9]).

Wegen des Ausmaßes und der steigenden Tendenz der verdeckten Rüstungsausgaben ist die gesamte Höhe der Militärkosten für 1982 noch gar nicht zu übersehen. Sollte Ende 1981 der Wehretat mit 4,2 % nicht stärker steigen als der gesamte Bundeshaushalt, um den Eindruck zu erwecken, auch im Rüstungssektor würde „gespart", fiel bei der Verabschiedung des Haushalts am 22. Januar 1982 die taktische Rücksichtsnahme auf die „Spardiskussion" und die Friedensbewegung weg. Während der Bundeshaushalt um 3,2 % steigt, wurde der Einzelplan 14 um 5,2 % erhöht[10]). Schon die ursprünglich geplante Steigerung um 4,2% hätte die höchste absolute Steigerung aller Einzeletats dargestellt. Außerdem sei daran erinnert, daß dem Verteidigungsministerium 1980 und 1981 nachträglich insgesamt 2,5 Mrd. DM zugewiesen wurden

6) Vgl. u. a. Arbeitsgruppe Abrüstung: Rüstungs- oder Sozialstaat. Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik. Ein Handbuch, Hrsg. v. J. Huffschmid, Köln 1981 (im folgenden „Rüstungsstaat"), S. 20 ff.
7) Ebd.
8) Vgl. u. a. F. Schmid, Abrüsten oder totrüsten. Zur Rüstungspolitik der BRD, Ffm. 1981, S. 78.
9) S. hierzu E. Dähne, Bundeshaushalt '81: 80 Milliarden für „Verteidigung", in: „Blätter", 3/1981, S. 264 ff.
10) Zahlen gemäß ARD-Tagesschau v. 22. 1. 1982.

(Nachtragshaushalt 1980: 950 Mio. DM, „Tornado-Lücken" Dezember 1980: 700 Mio. DM, Mai 1981: 850 Mio. DM).

Die BRD wird die reale „Drei-Prozent-Marke" der NATO 1982 überschreiten. Denn während die Beschaffungswelle weiter rollt, findet im Militärapparat ganz „normaler" Sozialabbau statt[11]).

2. Soziale Demontage

Die „Operation '82", mit der die Bonner Krisenmediziner im zweiten Halbjahr 1981 kontinuierlich beschäftigt waren, stellt eine „gesellschafts- und wirtschaftspolitische Tendenzwende" dar, wie der Bundeswirtschaftsminister befriedigt feststellen konnte[12]). Diese „Wende" deutete sich mit dem „Haushaltsstrukturgesetz" von 1975 an und gewann 1980 schon vor den Bundestagswahlen deutlich an Konturen.

In diesem Zusammenhang sei auf die verstärkt einsetzende „Sparpolitik" von Bund, Ländern und Gemeinden sowie auf den Nachtragshaushalt 1980, dessen Kern eine deutliche Umverteilung des Bundeshaushalts zugunsten der Rüstung, zulasten von Bildungs-, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialausgaben bildete, verwiesen[13]).

Die im Wahlkampf von der CDU/CSU und von den katholischen Bischöfen initiierte Hysterie um die zunehmende Staatsverschuldung und die daraufhin einsetzende Diskussion über den vermeintlichen Mißbrauch sozialer Leistungen bereiteten den ideologischen Boden für eine Politik umfassender sozialer Demontage[14]). Daß es nicht um den Mißbrauch, sondern um die Substanz des „sozialen Netzes" geht, erklärte die FDP-Führung bereits Ende Mai 1981 auf ihrem Parteitag in aller Offenheit.

So konnte die „Operation '82" beginnen, und zwar am 30. Juli mit dem Regierungsentwurf zum „Sparhaushalt", der u. a. folgende Einschnitte vorsah: Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit, beim Wohn- und Kindergeld sowie bei der Arbeitsförderung, eine dreimonatige „Lohnpause" im öffentlichen Dienst; Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, der Tarife bei Bahn und Post sowie der indirekten Steuern auf verschiedene Genußmittel; „Sanierung" des Gesundheitswesens durch Verminderung der Leistungen und Erhöhung der Rezeptgebühren[15]). Besonders gravierend ist das im Zusammenhang mit diesem „Sparhaushalt" beschlossene Vorhaben der Bundesregierung, die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 1 % zu kürzen.

11) Vgl. J. Huffschmid, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in: „Druck u. Paier", 23/1981, S. 22.
12) Vgl. J. Huffschmid, Operation gelungen – Patient in Lebensgefahr. Zu den Bonner Sparbeschlüssen, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 10. 9.1981.
13) S. hierzu „Rüstungsstaat", S. 29 ff.
14) Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftsphaftspolitik: Sondermemorandum ‚81: Beschäftigungspolitik statt Sozialabbau – Alternativen zur Sparpolitik, in: „Blätter", 10/1981, S. 1254 ff.
15) Vgl. zu den Regierungsbeschlüssen v. 30. 7. 1981: Hickel, „Haushaltsoperation ‚82". Politisch-ökonomische Hintergründe, in: „Blätter", 9/1981, S. 1062 ff.

Bevor der Bundestag am 10. Dezember 1981 den Haushalt '82 endgültig verabschiedete, einigten sich die Bonner Parteien am 8. Dezember im Vermittlungsausschuß auf eine weitere Verschärfung des Sozialabbaus: Die Sozialhilfe wurde um weitere 500 Mio. gekürzt, und für die Beamtenanwärter wurden Einkommenseinbußen bis zu 25 % beschlossen [16]).

Mit der „Operation '82" hat die Rotstiftpolitik zwar ihren vorläufigen Höhepunkt, jedoch keineswegs ihr Ende erreicht: Stellenstreichungen, Angebotskürzungen und Tariferhöhungen werden in zunehmendem Maße die Politik auch auf Landes- und Gemeindeebene bestimmen.

Pläne wie die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Senkung der Höhe der Lohnfortzahlung, der Arbeitslosenunterstützung und des BaföG sowie die Streichung des Schüler-BaföG dürften auch bei den Beratungen für den Bundeshaushalt 1983 wieder „auf dem Tisch" liegen.

Die „Sparpolitik" impliziert, daß – trotz der höchsten Arbeitslosenzahlen seit Kriegsende – ein Beschäftigungsprogramm, das seinen Namen verdient, nicht in Sicht ist. So nutzen die Unternehmerverbände und andere einschlägig bekannte Gruppen den Umstand, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen sich der Zwei-Millionen-Grenze beschleunigt nähert, zu weiterem Druck auf die Gewerkschaften. Daß neben den Angriffen auf den Reallohn jetzt auch der Nominallohn der abhängig Beschäftigten im öffentlichen wie im privaten Sektor ins Visier genommen wird, rundet die Lambsdorffsche „Tendenzwende" ab und ist ein deutliches Zeichen für das erreichte und geplante Ausmaß der sozialen Demontage.

3. Abbau demokratischer Rechte

Die seit Mitte der 70er Jahre in der BRD zu verzeichnende Rechtsentwicklung mündete mit Beginn der 80er Jahre in einen neuerlichen Entdemokratisierungsschub: der Abbau demokratischer Rechte beschleunigte sich rapide und umfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dabei fallen einige aktuelle Erscheinungen besonders ins Auge.

Die Aufrüstungspolitik wird begleitet durch eine Militarisierung des öffentlichen Lebens (z. B. Rekrutenvereidigungen in der Öffentlichkeit und in Betrieben, Forderung nach Frauenkriegsdienst, Einführung von Bundeswehrorden), durch eine Formierung innerhalb des Militärapparats (z. B. Diskriminierung General Bastians, harte Strafen für uniformierte Soldaten bei Friedensdemonstrationen) und durch repressive Maßnahmen gegen die Friedensbewegung (z. B. Registrierung von Friedensaktivitäten in den Kultusbürokratien, Berufsverbote wegen Unterzeichnung des Krefelder Appells) [17]).

16) Vgl. u. a. „Frankfurter Rundschau" v. 9. u. 10. 12. 1981.
17) Einen Überblick über administrative Maßnahmen gegen Angehörige der Friedensbewegung gibt R. Frischling, NATO- und Raketenpolitikern käme ein Klima der Angst und des Duckmäusertums entgegen, in: „Unsere Zeit" (UZ) v. 5. 12. 1981.

Ein zentrales Instrument des Demokratieabbaus sind nach wie vor die Berufsverbote, die nicht liberalisiert[18]), sondern mit ihrer Ausdehnung auf bereits verbeamtete Beschäftigte weiter verschärft worden sind. Das BVerwG-Urteil gegen den Fernmeldehauptsekretär Peter[19]) ist somit nicht nur Bestandteil der zunehmenden Angriffe reaktionärer Politiker und Richter auf das legale Wirken der kommunistischen Partei, sondern dient darüber hinaus der Einschüchterung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Daß nicht nur DKP-Mitglieder betroffen sind, macht nicht zuletzt die zeitweilige Suspendierung des Sprechers der „Aktion Volksbegehren" gegen die Startbahn West, Alexander Schubart, deutlich.

Die brutalen Polizeieinsätze im Zusammenhang mit der geplanten dritten Startbahn des Frankfurter Flughafens und mit den Hausbesetzungen (v. a. in Westberlin), die Ausstattung der Polizei mit CS-Gas in einigen Bundesländern sowie die Angriffe auf das Demonstrationsrecht deuten auf eine innenpolitische Verhärtung hin, die einen Rückfall in den Obrigkeitsstaat befürchten läßt. Die gleiche Tendenz wird auch bei den Ereignissen im Zusammenhang mit der Massenverhaftung von Nürnberg und bei den Gefängnisstrafen (ohne Bewährung) für gewählte studentische Streikführer deutlich.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die oppositionellen Kräfte in der BRD bildet der wieder verstärkt erhobene Vorwurf des „Landesverrats", der in den letzten Jahrzehnten nichts von seiner denunziatorischen Wirkung eingebüßt hat. Der Hamburger IG Metall-Bildungssekretär Gaßmann ist nicht der erste, der – ohne ihm vorzuwerfen, militärische oder politische Geheimnisse verraten zu haben – als sog. Einflußagent inhaftiert wurde. Ende der 70er Jahre sind etliche aktive Entspannungsbefürworter mit dem fadenscheinigen Vorwurf einer „geheimdienstlichen Agententätigkeit"aus dem politischen Leben verdrängt worden[20]). Die Beschuldigung des „Landesverrats" wurde auch dann aus der Klamottenkiste des Kalten Krieges gekramt, als der „stern" eine Übersichtskarte über Atomwaffen in der BRD veröffentlichte[21]). In welchem Maße dabei der „stern" durch seine hohe Auflage und etablierte Position geschützt wurde, beweisen die staatlichen Repressalien gegen „Geheimnisverräter", die einige gesetzwidrige Praktiken des Verfassungsschutzes ans Tageslicht gebracht haben[22]). Die Technisierung und personelle Aufblähung der Geheimdienste und politischen Polizeien sind Ausdruck und Bestandteil des beschleunigten Rechtsrucks und bieten die Möglichkeit für ein bisher nicht gekanntes Ausmaß staatlicher Überwachung. Diese Tendenz zum „Atomstaat" wird u. a. vorangetrieben durch vermeintliche Sicherheitsanforderungen an das Bonner Kernenergieprogramm[23]). Erinnert sei hier an den „Fall Traube".

18) Siehe hierzu auch I. Kurz, E. Roßmann, Berufsverbote und Liberalisierungslegende. Eine Zwischenbilanz, in: „Blätter", 7/1980, S. 821 ff.
19) Siehe hierzu N. Paech, Legitimität und Unterwerfung, in: „Blätter", 11/1981, S. 1284 ff.
20) Siehe hierzu H.L. Gremliza, Wir Agenten, in: „konkret", 8/1981, S. 6.
21) „stern" v. 26. 2. 1981.
22) Hierfür ein Beispiel von vielen in: „Rote Blätter", 1/1982, S. 2.
23) Siehe hierzu H. Strohm, Der Atomstaat erfaßt seine Bürger, in: „konkret", 7/1981, S. 23 ff.

Diese durch Überwachung, Entdemokratisierung, Repression und Militarisierung gekennzeichnete innenpolitische Atmosphäre bildet einen idealen Nährboden für einen in Teilen der Bevölkerung um sich greifenden Rassismus sowie für ein Aufblühen rechtsextremistischer Organisationen bis hin zu neofaschistischen Terrorgruppen.

Die dargestellten, vielfältigen Erscheinungen der Rechtsentwicklung, der wirtschafts- und sozialpolitischen Tendenzwende und der rapiden Aufrüstung weisen einen inneren Zusammenhang auf.

II. Verschärfung ökonomischer Krisentendenzen und gesellschaftliche Destabilisierung durch Aufrüstung

1. Wachsende ökonomische Instabilität infolge der Hochrüstung

Rüstung ist nicht nur teuer, wie das Langzeitrüstungsprogramm, die spektakulären Preissteigerungen bei einigen Waffensystemen[24]) und der wachsende Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt zeigen, sondern Rüstung schlägt auch erhöhend auf das gesamtwirtschaftliche *Preisniveau* durch[25]).

In den Jahren 1970 bis 1977, also schon vor dem Langzeitrüstungsprogramm, lag die offiziell angegebene jahresdurchschnittliche Preissteigerung für Rüstungsgüter mit 6,4 % sowohl über der Entwicklung des Preisindex für die verarbeitende Industrie (5,1 %) als auch für das Bruttosozialprodukt (5,7 %)[26]). Diese Preissteigerungen stehen dabei in einem unangemessenen Verhältnis zur „Produktverbesserung"[27]). Die Ursachen dieser Preissteigerungen liegen in den Möglichkeiten zu monopolistischer Preis- und Profitpolitik bei den großen Rüstungsproduzenten. Neben der hohen produktionstechnischen Spezialisierung ist hierfür mitentscheidend, daß rd. 80 % der Rüstungsaufträge „freihändig", d. h. ohne öffentliche Ausschreibung vergeben werden[28]), daß das spezifische Preisberechnungsverfahren ein „Aufstocken" der Kosten geradezu provoziert[29]) sowie, daß die Komplexität der Waffensysteme und die Geheimhaltungsvorschriften eine effektive staatliche Kostenkontrolle verhindern.

Die aus den langfristigen militärischen Beschaffungsverpflichtungen für den Staat folgenden Finanzprobleme führen über Haushaltsumschichtungen hin-

---

24) Vgl. im einzelnen „Rüstungsstaat", S. 125 f; F. Schmid, S. 54 ff. H. Schmidt, „Tornado" – Militär- und Rüstungspolitik in der BRD. Die Transnationale Rüstungsproduktion der Luftfahrtindustrie, Frankfurt/M. 1979, Tabelle auf S. 94.

25) Vgl. „Rüstungsstaat", bes. S. 129 ff.

26) Vgl. die ebd. auf S. 127 wiedergegebene Tabelle.

27) Vgl. die Zahlen in SIPRI (Hrsg.): Rüstungsjahrbuch '81/82. Jahrzehnt der Aufrüstung / Waffen im Weltraum / *Atomwaffen und Kriegsgefahr / Chancen der Abrüstung? /Strategische Waffen* (gekürzte Fassung), Reinbek 1981, S. 26.

28) Vgl. „Rüstungsstaat", S. 89.

29) Vgl. die in Arbeitsgruppe Abrüstung: Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik, hrsgg. v. J. Huffschmid, Köln, 1981, auf S. 151 wiedergegebene Preisdefinition des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung.

aus zur Erhöhung der öffentlichen Kreditaufnahme oder/und Anhebung von Steuern und Gebühren, so daß indirekt durch eine wachsende Geldmenge bzw. direkt durch steigende Preise staatlicher Leistungen die Inflation einen zweiten, durch die Rüstung vermittelten Impuls erhält[30]). Deshalb gilt auch hinsichtlich der Rüstung: „Monopolistische Preispolitik und staatliche Geldmengenexpansion führen zur Erhöhung des Preisniveaus. . . "[31])

Neben dem Preisniveau wird auch das *Beschäftigungsvolumen* durch Rüstung negativ tangiert. Bei einem Anteil der Rüstung an der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes von ca. 2 % (12 Mrd. DM) stagniert die Anzahl der in der Rüstungsproduktion Beschäftigten seit Mitte der 70er Jahre bei etwa 230 000 [32]). Das sind 3,2 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Eine amerikanische Untersuchung zeigt, daß durch 1 Mrd. Dollar Endnachfrage in der Rüstung die mit Abstand geringste Beschäftigungswirkung erzielt wird (75 710 Arbeitsplätze). Der größte Beschäftigungseffekt wird der Untersuchung zufolge mit 187 299 Arbeitsplätzen im Erziehungswesen erreicht[33]). Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Ergebnis, daß durch 10 Mrd. DM staatlicher Sachkäufe in der Rüstung 180 000 Arbeitsplätze gegenüber 232 800 bspw. bei sozialen Maßnahmen geschaffen werden[34]), wobei der Durchschnitt bei 201 000 Arbeitsplätzen liegt[35]). Ein konkreter Konversionsvorschlag für die BRD kommt an den Beispielen des Fregattenprogramms, des „Leopard" und des „Tornado" zu dem Schluß, daß eine Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion bei Aufrechterhaltung und sogar Erhöhung der Beschäftigung möglich wäre[36]), Was im Umkehrschluß die Ergebnisse der vorstehenden Untersuchung bestätigt.

Die Ursachen für die geringe Beschäftigungswirkung von Rüstungsproduktion sind im hohen Monopolisierungsgrad und in der geringen Arbeitsintensität zu suchen.

Vor diesem Hintergrund ist es unhaltbar, von einer beschäftigungssichernden oder gar -erhöhenden Wirkung der Rüstung zu sprechen[37]). Abgesehen davon ist dem renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstitut zuzustimmen, wenn es ausführt: „Träfe es tatsächlich zu, daß Vollbeschäftigung in den westlichen Industrieländern von der Steigerung der Rüstungsausgaben abhinge, so wäre dies ein vernichtendes Urteil über die Grundlagen der Wirtschaftsordnung der westlichen Welt"[38]).

---

30) So argumentiert auch A. Gottschalk, Rüstung und Inflation sind eineiige Zwillinge. Preistreiberei der Rüstungskonzerne stellt den Staat vor erhebliche Finanzierungsprobleme, in: UZ v. 30. 12. 1981.
31) „Rüstungsstaat", S. 133.
32) Vgl. die Zahlen ebd., S. 35 ff. pass. u. S. 210.
33) Zit. n. F. Schmid, a. a. O., Tabelle auf S. 136.
34) Zit. ebd., Tabelle auf S. 137.
35) Zit. n. der Übersicht in: „Rüstungsstaat", S. 99.
36) Arbeitsgruppe Abrüstung: Für den Frieden produzieren, besonders die sektoralen Arbeitskoeffizienten in der Tabelle auf S. 20 und die Tabellen bzw. Übersichten auf den S. 46, 62, 76 f, 90, 119 und 142 f.
37) Eine erste ausführliche Auseinandersetzung mit dieser Behauptung liegt bei U. Albrecht / P. Loeck H. Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen, Reinbek 1978, vor.
38) SIPRI-Rüstungsjahrbuch '81/82, S. 35.

Auch die *Rüstungsexporte* der BRD, die im Zeitraum von 1968 bis 1977 jahresdurchschnittlich um 16,8 % gestiegen sind (Frankreich: 15,5 %, Großbritannien: 11,7 %, UdSSR: 6,7 %, USA: 4,1 %; Welt: 6,8 %) [39]) und im Jahre 1980 bereits 3 % am Weltrüstungsexport ausmachten[40]), aber mit über 2 Mrd. DM noch unter 1 % der westdeutschen Gesamtausfuhr betragen[41]), sind ein untaugliches Mittel der Beschäftigungssicherung. „Die Kosten der Einfuhrstaaten von Rüstungssystemen verringern die verfügbaren Summen für zivilen Warenimport. Letzterer aber schafft ungleich mehr Arbeitsplätze als Rüstung."[42]) Überdies gelten hier alle bereits vorgetragenen prinzipiellen Argumente zu den Beschäftigungswirkungen von Rüstung analog.

Was viel schwerer wiegt, ist jedoch die Tatsache, daß immer mehr Staaten außerhalb der NATO, deren Herrschaftsform regelmäßig autoritären Charakter trägt und die zudem oft in politischer Spannung mit ihren Nachbarländern leben, zu den Empfängern bundesdeutscher Rüstungsexporte gehören[43]). In diesem Zusammenhang werfen die seit Januar 1981 öffentlich diskutierten Erwägungen, Panzer an Saudi-Arabien und U-Boote an Chile zu liefern[44]), ein bezeichnendes Licht auf die Ernsthaftigkeit der politischen Absichtserklärung der Bundesregierung, keine Waffen in „Spannungsgebiete" zu liefern[45]).

Der durch Waffenexport – und der damit verbundenen Mitschuld an der Verschärfung internationaler Konflikte – induzierte Kostenauftrieb bei den Waffenimporteuren führt zum Verlust ihrer ökonomischen Entwicklungsfähigkeit, zumal wenn es sich um unterentwickelte Länder handelt. Der mit dem Waffenexport konkurrierende Zivilexport des eigenen Landes geht dann zwangsläufig zurück, so daß der Handel mit Waffen dem Ausgleich bzw. der Aktivierung der Zahlungsbilanz entgegenwirkt, also die Chancen auf dem Weltmarkt vermindert[46]).

Der Anteil der Rüstung am Bruttosozialprodukt liegt in der BRD – die Militärausgaben für 1980 nach NATO-Kriterien in Höhe von rd. 50 Mrd. DM zugrundegelegt – bei 3,3 %[47]). Gleichwohl, neben der Verschärfung der Preis-, Beschäftigungs- und Zahlungsbilanzprobleme beschränkt die Rüstung das wirtschaftliche Wachstum, hemmt den technischen Fortschritt und zerstört perspektivisch die Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung überhaupt[48]).

---

39) M. Brzoska, / H. Wulf, Offensive im Rüstungsexport, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten? Informationen zur Lage – Friedensforscher reagieren auf die internationale Krise, Reinbek 1980, Diagramm auf S. 261.
40) Vgl. das Schaubild im SIPRI-Rüstungsjahrbuch '81/82, a. a. O. S. 11.
41) Vgl. die Zahlen in „Rüstungsstaat", a. a. O., S. 155.
42) L. Knorr: Kleines Lexikon – Rüstung, Abrüstung, Frieden, Köln 1981, S. 167.
43) Vgl. die Übersicht bei Brzoska/Wulf, a. a. O., S. 262 ff.
44) Studiengruppe Militärpolitik: Für eine Neufassung der Rüstungsexportkontrolle in der Bundesrepublik, in: „Blätter", 3/1981, bes. S. 331 f.
45) Vgl. die Zusammenstellung von „Gesetzesbestimmungen und politische(n) Richtlinien zum Rüstungsexport" bei Albrecht/Lock/Wulf, a. a. O., S. 211 f.
46) Dieses Fazit wird auch in „Rüstungsstaat", a. a. O., S. 157 ff. gezogen.
47) Vgl. ebd., S. 13 ff u. 210.
48) Vgl. ebd., bes. S. 121 ff, 105 ff u. 164 ff.

Die *Hemmung des wirtschaftlichen Wachstums* resultiert aus dem Charakter von Rüstungsausgaben als ökonomischer Verschwendung und Zerstörung[49]). In Gestalt von Soldaten und Rüstungsarbeitern werden Arbeitskräfte verschwendet. Im bzw. für den Militärapparat sind 900 000 Personen (3,6 % aller Erwerbstätigen in der BRD) beschäftigt. Mit den 230 000 Rüstungsarbeitern absorbiert das westdeutsche Militär über eine Million Arbeitskräfte[50]). Ohnehin knapper werdende Rohstoffe werden vergeudet. Sämtliche Umweltmedien (z. B. der Boden) werden militärisch genutzt und belastet, gefährdet bzw. zerstört[51]). Neben den Umwelt- und Ressourcenproblemen untergräbt die Absorbierung knapper Produktionskapazitäten die Entwicklungsgrundlagen ökonomischer Dynamik. Militärische Forschung und Entwicklung behindert wegen der Geheimhaltungsvorschriften, der hohen technologischen Redundanz militärischen Geräts und der Beanspruchung beträchtlicher Finanzen den zivilen technologischen Fortschritt. Bereits 1977 betrug der Anteil der direkten Militärforschung an den gesamten öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben 12,5 %; werden andere militärisch relevante Forschungsbereiche hinzugerechnet, so ergibt sich ein Anteil von 28,4 % [52]). Dabei sind militärische F&E-Ausgaben noch nicht einmal effizient. Denn während militärische F&E-Ausgaben in der BRD 1975/76 32 % des Produktionswertes militärischer Güter ausmachten, war der entsprechende Anteil am Produktionswert des gesamten produzierenden Gewerbes lediglich 1,9 % [53]).

Die längerfristigen negativen Folgen hoher Rüstungsausgaben auf das Wirtschaftswachstum und den technologischen Fortschritt werden wohl momentan am schlagendsten durch das Beispiel der USA gegenüber dem Gegenbeispiel Japan belegt. Die Abnahme der weltweiten Zugriffsmöglichkeiten des Kapitals auf seine Reproduktionsgrundlagen relativiert die ökonomische Funktion (bspw. die Krisenersatzfunktion) der Rüstungsausgaben, die auch von anderen staatlichen Ausgaben übernommen werden kann, bis zur Bedeutungslosigkeit[54]).

2. *Austeritätspolitik als Krisenlösungsstrategie?*

Der Hochrüstungskurs der Bundesregierung verschärft nicht nur auf direktem Wege die ökonomischen Krisentendenzen des Kapitalismus, sondern auch noch auf einem zweiten Weg indirekt dadurch, daß die „Kostenexplosion" im Militärbereich zur Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik führt. „Nahezu der gesamte Einnahmenzuwachs und die Neuverschuldung werden ohne grundlegende Veränderung der Regierungspolitik für Rüstung und Militär benötigt." [55]) Diese eingeeng-

49) Diese Auffassung findet sich u. a. auch bei J. K. Galbraith: Ökonomie des Wettrüstens, in: „Blätter", 10/1981, S. 1240 ff; K. W. Rothschild: Über den wirtschaftlichen Widersinn des Rüstungswettlaufs, Sonderdruck aus: ÖTV-Magazin, 5/1979; Schmid, a.a. O., S. 75 ff; SIPRJ-Rüstungsjahrbuch '81/82, a. a. O., S. 33 ff.
50) Vgl. die Angaben in „Rüstungsstaat", a. a. O., S. 210.
51) Vgl. hierzu ebd., S. 135 ff., bes. das Schaubild auf S. 152.
52) Vgl. die Tabelle ebd., S. 111.
53) Vgl. die Tabelle auf S. 24 im SIPRI-Rüstungsjahrbuch ,81/82 a.a. O.
54) Vgl. zur Diskussion um die Krisenersatzfunktion von Rüstung „Rüstungsstaat", S. 118 ff u. 167 ff.
55) Dähne, S. 265.

ten Handlungsmöglichkeiten folgen allerdings primär aus ökonomischen Entwicklungsschwierigkeiten[56]). Insbesondere die im langfristigen Durchschnitt sinkenden Wachstumsraten und die hohe überzyklische Massenarbeitslosigkeit führen zu einer stärkeren finanziellen Beanspruchung des Sozialstaates. Es überrascht daher kaum, daß bei dem Versuch, zunächst „Kanonen *und* Butter" zu produzieren, die Staatsverschuldung stärker ansteigt und konservative Kreise versuchen, nur die „Butter" hierfür verantwortlich zu machen, unter der Flagge einer Kritik der wachsenden Staatsverschuldung[57]) einen Angriff auf die sozialstaatlichen Errungenschaften zu starten.

Aus heutiger Sicht stellt das „Haushaltsstrukturgesetz" von 1975 den „Sündenfall" in der Geschichte westdeutscher keynesianischer Globalsteuerung dar, die 1967 erfolgreich eingesetzt werden konnte und 1977 in Gestalt des Zukunftsinvestitionsprogramms die Chronologie des Sozialabbaus noch einmal für kurze Zeit unterbrochen hatte. (Nebenbei sei bemerkt, daß das in letzter Zeit so oft zitierte Beispiel Japan noch bzw. gerade heute – bei einem hohen Niveau der Staatsverschuldung – auf expansive Staatsausgabenpolitik setzt.) Die von der Bundesregierung mit dem Begriff „Sparpolitik" belegte finanzpolitische Konzeption hat in der BRD nur noch eine historische Parallele, nämlich das Erhardsche „Haushaltssicherungsgesetz" von 1965, welches das Ende des „Wirtschaftswunders" und damit des Ordoliberalismus markierte. Und eben dieser Liberalismus scheint – allerdings vor dem Hintergrund zunehmender ökonomischer Instabilität sowie unter anderen Namen und Akzentuierungen – eine Renaissance zu erleben.

Praktischer Ausgangspunkt war dabei die sukzessive Abkehr von der staatlichen Vollbeschäftigungspolitik mit gleichzeitiger Hinwendung zu einer geld- und währungspolitischen „Stabilisierungspolitik" monetaristischer Prägung. Ideologischer Hintergrund dieses „schleichenden Monetarismus"[58]) ist ein konservativer Marktradikalismus[59]). Bereits 1973 – im Jahr des Einbruchs der Wirtschaftskrise, die 1975 ihren Tiefpunkt erreicht hatte – übernahm die Bundesbank monetaristisches Gedankengut. Ihr folgte seit 1975 der „Sachverständigenrat". Ab 1981 finden sich solche Positionen auch im Jahreswirtschaftsbericht. Regierungsoffiziell war die Wende spätestens dann vollzogen, als Bundesfinanzminister Matthöfer in seiner Einbringungsrede zum „Haushaltsgesetz 1981" ausführte, „daß wir wohl Abschied nehmen müssen von der Vorstellung, als ob es immer unverminderte, auf materiellen Verbrauch zielendes Wachstum geben könnte, als ob es auf einem hohen Wohlstandssockel ganz selbstverständlich wäre, Vollbeschäftigung wieder zu erreichen und zu sichern"[60]).

---

56) Vgl. hierzu die knappe Übersicht bei J. Huffschmid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik – Geschichte, Probleme und Perspektiven, in: F. Deppe u. a., Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 40 ff.

57) Vgl. hierzu A. Troost, Der Streit um die Staatsverschuldung, in: „Blätter", 4/1981, S. 467 ff.

58) So Hickel in: Reagans „amerikanischer Traum", S. 298.

59) Vgl. die „Botschaft" bei M. Friedman, Kapitalismus und Freiheit, München 1976.

60) Zit. n. Memorandum '81, S. 56.

Dieses seit Mitte der 70er Jahre praktizierte schrittweise Abrücken von der Vollbeschäftigungspolitik verfestigte sich an der Schwelle der 80er Jahre zu einer umfassenden konservativen Formierung. Hierin wurde die „soziale Marktwirtschaft" als generelle Alternative zur staatlichen Lenkung propagiert. „Politisch steht hinter dieser konservativen Wirtschaftspolitik die Vorstellung, nicht das politische System, sondern der Markt sei ein zutiefst demokratischer, den freien Willen aller Beteiligten zum Ausdruck bringender Steuerungsmechanismus"[61]). Dabei handelte es sich von vornherein um eine „Konzeption konservativer Entstaatlichung bei gleichzeitigem Ausbau staatlicher Ordnungspolitik"[62]). Diese entpuppt sich bei näherem Hinsehen „als ein groß angelegter Versuch der Entmündigung, Einschüchterung und damit im Kern als Angriff auf die sozialstaatliche und demokratische Substanz der Bundesrepublik"[63]). Im Laufe des Jahres 1980 gewann das Konzept der konservativen Formierung praktische Konturen. Vor allem vor dem Hintergrund einer unter demagogischen Vorzeichen geführten Staatsverschuldungsdiskussion begann der Einstieg in den Abbau von Sozial- und Infrastrukturleistungen[64]). Als Mitte 1980 eine bis heute noch andauernde neue zyklische Krise einsetzte, wurde das Konzept konservativer Formierung in die Tat umgesetzt[65]). Diese nunmehr mit dem Begriff der Austeritätspolitik (engl.: austerity = Einschränkung, Strenge) belegte Konzeption zielt auf eine Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Wachstumspotenzen durch binnenwirtschaftliche Umverteilung, Rationalisierung und Konzentration sowie außenwirtschaftliche Expansion bei innen- und außenpolitischer Flankierung durch den Staat als Ordnungsfaktor[66]). Sie bedient sich dabei der Umverteilung der finanziellen Mittel innerhalb der öffentlichen Haushalte von den Sozial-, Bildungs- und Kulturausgaben zu den Ausgaben zur Förderung privatwirtschaftlicher Kapitalrentabilität und staatlicher Militärausgaben mit dem Ziel der Senkung der konsumtiven Staatsnachfrage bei gleichzeitiger Stärkung des privatwirtschaftlichen Sektors. Ferner geht es um die Drosselung des Geldmengenwachstums zur Inflationsbekämpfung, Förderung des Warenexports und Einengung der binnenwirtschaftlichen Verteilungsspielräume sowie um das Hochhalten des Zinsniveaus zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits über erhöhten Nettokapitalimport und zur Förderung der Unternehmenskonzentration. Schließlich erfolgt ein massiver Druck auf die Löhne und Gehälter mit dem Ziel der kapitalorientierten Umverteilung des Sozialprodukts über die Senkung der privaten konsumtiven Nachfrage sowie Angriffe auf gewerkschaftliche und allgemein demokratische Gegenmachtpositionen bei gleichzeitiger Reprivatisierung sozialer Risiken.

Dabei glauben die Protagonisten des Austeritätskurses noch nicht einmal

61) Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik": Memorandum: Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 35.
62) Ebd., S. 32.
63) Ebd., S. 36.
64) Sondermemorandum: „Beschäftigungspolitik statt Sparprgramme". Gefahren der Austeritätspolitik und Alternativen zur Bekämpfung von Rezession und steigender Arbeitslosigkeit, in: „Blätter", 12/1980, S. 1514 ff.
65) Vgl. Memorandum '81, S. 49 ff.
66) Vgl. hierzu insbes. Hickel: „Haushaltsoperation '82".

selbst an ein Funktionieren ihres Konzepts. So wird bspw. über David Stockman, „die treibende Kraft hinter Präsident Reagans Wirtschaftsprogramm", berichtet, „daß er... eigentlich selber kein Vertrauen... in den Erfolg des Wirtschaftsprogramms habe". Im Kommentar dazu wird freimütig konstatiert, daß das Programm auch gar nicht funktionieren könne, „weil gleichzeitige Steuergeschenke, Ausgabenkürzungen und hohe Verteidigungsausgaben nur ein immer größeres Defizit verursachen und damit zu einer ernsten Bedrohung für die Staatsfinanzen werden"[67]). Hierzu wird in dem beschäftigungspolitischen Programm des DGB vom Frühjahr 1981 ausgeführt: „Trotz des drastischen Sparkurses sind die öffentlichen Hände weiter denn je von dem Ziel entfernt, die Haushaltsdefizite abbauen zu können. Vielmehr werden die Gebietskörperschaften gezwungen sein,... zur Finanzierung von Steuerausfällen und Arbeitslosigkeit eine noch höhere Neuverschuldung... in Kauf zu nehmen"[68]). Und was entscheidend ist: „Der mit den Ausgabenkürzungen verbundene Ausfall an Nachfrage wird bei den Unternehmen zu weiterer Einschränkung ihrer Investitionen und ihrer Produktion führen. Das damit verbundene Ansteigen der Arbeitslosigkeit wird zu weiteren Belastungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Sozialhilfe führen..."[69]) Daß in der aktuellen öffentlichen Debatte die fortgesetzte Subventionierung der Unternehmensgewinne und weitere Erhöhung der (ohnehin unsozialen) indirekten Steuern mit dem Etikett „Beschäftigungsprogramm" versehen werden sollen, macht deutlich, daß auf den objektiven Problemdruck – wenn auch in ausschließlich propagandistischer Absicht – reagiert werden muß.

3. *Militarisierung und Entdemokratisierung der Gesellschaft*

Der Hochrüstungskurs verschärft nicht nur die bestehenden ökonomischen Krisentendenzen, sondern bedeutet darüber hinaus eine weitere gesamtgesellschaftliche Destabilisierung.

Die im Gefolge der Wirtschaftskrise von 1973 bis 1976 ohnehin zu verzeichnende politisch-ideologische Rechtsentwicklung weist an der Schwelle der 80er Jahre deutlich neue Akzente auf. Neu ist neben der zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens und den verschiedensten Formen autoritärer Disziplinierung innerhalb des Militärapparats vor allem die verschärfte und ausgeweitete Überwachungs- und Berufsverbotspraxis sowie eine zunehmende faktische Einschränkung des Demonstrationsrechts. Diese Erscheinungen richten sich zunehmend direkt gegen die Friedensbewegung und damit perspektivisch auch gegen den Widerstand gegen den die Hochrüstung und Profitstabilisierung finanzierenden Sozialabbau[69a]). „Die in den letzten Jahren gewachsene Unterordnung der Politik unter vorrangig wirt-

67) „Auf das Weiße Haus fallen Schatten. Die „Fälle" Allen und Stockman belasten Washington", in: „Die Welt" v. 23. 11. 1981.
68) „DGB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise" v. 30. 3. 1981
69) Huffschmid, Operation gelungen...
69a) Siehe auch E. Roßmann, Funktion und Folgen der Berufsverbote, 10 Jahre „Radikalenerlaß" und die Perspektiven des Widerstands, in: „Blätter", 1/1982, bes. S. 91 f.

schaftliche Interessen hat erheblich zur Verringerung ihrer Integrationsfähigkeit gegenüber weiten Teilen der Bevölkerung beigetragen und Widerstand hervorgerufen, den zu brechen wiederum die Durchsetzung dieser wirtschaftlichen Interessen verlangt. Eine Fortsetzung der eingeschlagenen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die krisenhafte Entwicklung vertieft und die soziale Infrastruktur durchlöchert, wird somit unvermeidlich innenpolitische Spannungen verschärfen." [70])

So wird unter der Rubrik „Sparpolitik" neben der massiven Umverteilung auch direkt Demokratieabbau betrieben. Bezeichnendes Indiz hierfür war die 20%ige Kürzung der finanziellen Mittel zur Förderung des Bürgerdialogs über Atomenergie und technischen Fortschritt durch den Nachtragshaushalt '80 [71]).

Ein anderes Indiz für die abnehmende demokratische Substanz infolge militärischer Aufrüstung ist der überproportionale Anteil der Verpflichtungsermächtigungen des „Verteidigungshaushalts" an den gesamten Verpflichtungsermächtigungen des Bundeshaushalts. Dieser Anteil wird bis 1985 sogar auf über die Hälfte ansteigen, obwohl der Einzelplan 14 noch nicht einmal ein Fünftel des Bundeshaushalts beträgt [72]).

Hinzu tritt eine beschleunigte Zentralisierung der öffentlichen Finanzen. Diese führt einerseits zu einer Verarmung der Gemeinden, welche die Ausgaben für Bürgerpartizipation auf kommunaler Ebene immer mehr einschränkt. Andererseits ermöglicht die abnehmende kommunale finanzielle Manövriermasse den kommunalpolitischen Funktionsträgern eine bequeme Distanzierung von den Folgen militärischer Aufrüstung und sozialer Demontage in der Öffentlichkeit.

Schließlich intendiert die beschäftigungs- und sozialpolitische „Entstaatlichung" und die mit ihr einhergehende „Reprivatisierung" sozialer Risiken eine gesellschaftliche Entsolidarisierung, von deren Boden aus der zentrale Angriff auf die gewerkschaftlichen Gegenmachtpositionen erfolgen kann. Die beabsichtigte faktische Außerkraftsetzung der Tarifautonomie durch die geplante Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst ist hierfür wiederum ein bezeichnendes Indiz.

Eine historische Parallele, die sich im vorliegenden Zusammenhang aufdrängt, ist die „Deflationspolitik" der ausgehenden Weimarer Republik. Ende 1930 und im Verlauf des Jahres 1931 wurden vom damaligen Reichskanzler Brüning auf dem Höhepunkt der Krise im Deutschen Reich und bei fünf Millionen Arbeitslosen auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung insgesamt vier „Notverordnungen" erlassen, die einen Verzicht auf öffentliche Aufträge, eine Einschränkung der Leistungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherungen sowie massive Einkommensenkungen bei den

70) Sondermemorandum '81, S. 1262.
71) Vgl. die Aufstellung in „Rüstungsstaat", S. 31.
72) Vgl. ebd., S. 134.

Arbeitern, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes dekretierten[73]).

Beim Bezug auf die Deflations- und Notverordnungspolitik gegen Ende der Weimarer Republik darf nicht übersehen werden, daß dieser letzte bürgerlich-demokratische Lösungsversuch nicht das geschlossene und langfristig angelegte Konzept zur Überwindung der Krise darstellte. Demgegenüber zeichnet sich gegenwärtig eine relativ geschlossene Strategie ab, die von vornherein langfristig angelegt zu sein scheint.

In der gegenwärtigen Politik fällt auf, daß den Gegnern dieses „Sanierungskonzepts" zunehmend repressiv begegnet wird. Dabei treten die integrativen Politikelemente („Dialog mit der Jugend", Einbindung oppositioneller Kräfte in die etablierten Parteien, Förderung sozialpartnerschaftlicher und sozialstaatlicher Bewußtseinselemente) nicht ohne weiteres in den Hintergrund. Im Gegenteil, sie erhöhen sogar noch aufgrund ihres Entsolidarisierungs- und Ausgrenzungseffekts („friedliche" Demonstranten versus „Chaoten", „Demokraten" vs. „Verfassungsfeinde", Beschäftigte vs. Arbeitslose, Deutsche vs. Ausländer usw. usf.) die Wirksamkeit der gezielten Repression und Gewaltanwendung.

Diese Verhärtung des gesellschaftlichen Klimas vor dem Hintergrund zunehmender ökonomischer Instabilität und forcierter Aufrüstung wirft die Frage auf, welche Interessen dieser Politikvariante zugrunde liegen.

(Ein weiterer Aufsatz, der sich mit der Rüstungswirtschaft beschäftigt, wird folgen.)

73) Vgl. hierzu Hickel: „Haushaltsoperation '82"; zum historischen Bezug vgl. insbes. W. Roßmann, Brünings Notverordnungen 1930/31, die Bonner „Sparpolitik" 1981/82 und die Haltung der Gewerkschaften. Wiederholt sich die Geschichte?, in: „Blätter", 1/1982, S. 56 ff.

Mitterrands Militärpolitik

Von Johannes M. Becker

1. Vorbemerkung

Die Militärpolitik eines sozialistisch regierten Frankreich verdient besondere Beachtung, und sie gewinnt derzeit besonders an Brisanz durch die Diskrepanz zwischen den Erwartungen der demokratischen und linksorientierten Kräfte in der Friedensbewegung der außerfranzösischen europäischen Länder an eine sozialistisch-kommunistische Sicherheitspolitik und der bisher realisierten oder projektierten Politik; die Beobachtung der Stärke oder besser: der Schwäche der französischen Friedensbewegung gehört unmittelbar in diesen Zusammenhang. Die sozialistisch dominierte französische Militärpolitik – das jedenfalls zeichnet sich bis zum heutigen Zeitpunkt ab – wird ein schulmäßiges Beispiel einer lupenreinen sozialreformistischen Militärpolitik abgeben. Sie ist somit nicht zuletzt für den bundesdeutschen Betrachter von enormer Wichtigkeit.

Im folgenden Artikel werden zunächst kurz die Grundpositionen der beiden Parteien der ehemaligen Majorité aus „Rassemblement pour la République" (RPR) und „Union pour la Démocratie Française" (UDF) aufgezeigt, um die Politik während des Septennats von Präsident Giscard d'Estaing noch einmal in den Blick zu nehmen und die neue Qualität der heutigen Politik besser erfassen zu können. Im Anschluß daran werden die Prämissen der Politik der Linken für die Militär- und Abrüstungspolitik dargestellt, eingeschlossen die Auffassungen der beiden großen linken Parteien. Die bisher real vollzogene wie die für die weitere Regierungsarbeit konzipierte Politik der neuen Administration wird im darauf folgenden Kapitel untersucht. Die Darstellung der Situation der französischen Friedensbewegung wird die Überleitung bieten zu einer zusammenfassenden Kritik der französischen Militär- und Friedenspolitik.

2. Die Standpunkte der konservativen Parteien[1])

2.1 Die Partei der Gaullisten: der „Rassemblement pour la République" (RPR)

Im Sommer 1980 veröffentlichte die gaullistische Partei unter der Führung des ehemaligen Premierministers und heutigen Bürgermeisters von Paris, Jacques Chirac, die „Reflexions pour la Défense"[2]), in denen sie, vor allem für

1) Besonders bezüglich der beiden konservativen Parteien verweise ich auf: F. Sirjacques-Manfrass, Bruch oder Kontinuität in der Sicherheitspolitik: Die Zielsetzungen der französischen Parteien, in: „Dokument", 3/1981, S. 223 ff.

2) „Reflexions pour la Défense". Hrsg. v. RPR („Rassemblement pour la République"), Paris 1980.

den Präsidentschaftswahlkampf gedacht, ihre Vorstellungen zur französischen Militärpolitik fixierte. Diese Vorstellungen sind nahezu deckungsgleich mit denen des Generals de Gaulle, die vor allem ab Ende der 50er Jahre wirksam geworden waren. In einem Schlagwort zusammengefaßt, vertritt die gaullistische Partei auch zu Beginn der 80er Jahre eine Politik der „massiven nuklearen Vergeltung".

Die Ursprünge dieser Politik sind zu suchen in dem Streben de Gaulles, Frankreich eine militärische Souveränität zu sichern. Diese wurde von ihm verstanden als Grundvoraussetzung politischer Eigenständigkeit, vor allem angesichts des wachsenden US-amerikanischen Einflusses auf Westeuropa und der Ungewißheit transatlantischer Schutzgarantien. Vorläufer dieser Strategie de Gaulles war 1944 in seiner ersten Regierungsphase der Beistandspakt Frankreichs mit der Sowjetunion gewesen; in den 50er Jahren wurde die politische Konzeption des Generals neben dem verstärkten ökonomischen und politischen Zugriff der USA auf Westeuropa – und beispielsweise der damit in Verbindung stehenden Wiederbewaffnung der BRD – vor allem durch den fortschreitenden Verfall französischer Weltgeltung aufgrund des Verlustes seines riesigen Kolonialreiches stimuliert. Diese Politik mündete seit 1959 in den Rückzug der französischen Streitkräfte aus der NATO, den de Gaulle mit dem Willen noch größerer Unabhängigkeit vor allem beim Einsatz von eigenen Atomwaffen begründete.

Die auch heute noch vom RPR vertretene Konzeption der massiven Vergeltung sieht die *nukleare* Erwiderung auf jeden, auch konventionellen Angriff auf französisches Territorium vor. Die Partei propagiert daher besonders den Ausbau und die Modernisierung der französischen Atom-Unterseeboote als einer wirksamen „second-strike"-Kapazität. Die Weiterentwicklung und Produktion der Neutronenbombe als einer „Waffe des Schlachtfeldes", auf dem Frankreich materiell immer den Großmächten unterlegen sei, lehnt die Partei zugunsten einer Option auf herkömmliche taktisch-nukleare Waffen ab. Die derzeit von der US-Administration und einigen westeuropäischen Regierungen propagierte Nachrüstung lehnt die gaullistische Partei ab; dies tut sie allerdings nicht aus grundsätzlichen, sondern aus geostrategischen Erwägungen: Der RPR sieht Europa im Wirkungsfeld von SS-20 auf der einen, Cruise Missiles und Pershing II auf der anderen Seite als ausschließliches potentielles atomares Schlachtfeld der beiden Großmächte.

In der Frage der Abrüstung verweist die Partei auf die Notwendigkeit, daß die Großmächte zunächst bis zu einem gewissen Stand abrüsten müßten, ehe Frankreichs Waffenpotential überhaupt in die Diskussion komme.

2.2 Die „Union pour la Démocratie Francaise" (UDF) – die Partei Giscard d'Estaings

Auch der Parteienverbund des ehemaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing trat im Vorwahljahr 1980 mit seinem Militär-Konzept an die Öffentlich-

keit, das als „Une Doctrine de Défense pour la France" betitelt war[3]). Diese Doktrin gibt im wesentlichen die militärpolitischen Prämissen wieder, von denen Giscard d'Estaing sich in der letzten Phase seiner Politik leiten ließ; er hatte während seines Septennats die zögernden Annäherungsbewegungen seines Vorgängers Pompidou an die NATO verstärkt weiterbetrieben, was sich u. a. an einer Intensivierung der gegenseitigen Kontakte und an veränderten Aufwendungen für die einzelnen Teilstreitkräfte zeigte: die konventionellen Streitkräfte erfuhren im UDF-Konzept der „flexiblen Erwiderung" eine budgetmäßige (wie auch strategisch definierte) Aufwertung zulasten der Nuklearbewaffnung[4]).

Die stark an die US-Theorie angelehnte Doktrin von der „flexiblen Erwiderung" sieht Frankreich stärker eingebettet in europäische wie auch Weltkonflikte, betont die „atlantische Dimension" der französischen Militärpolitik, die französischen Streitkräfte werden als „besonders wertvolle Reserve der NATO" bezeichnet, freilich ohne die Verantwortung über den Einsatz französischer Nuklearstreitkräfte aus der Hand zu geben.

Trotz des überaus deutlichen „Atlantismus" Giscards tauchten auch zu seiner Amtszeit häufig Forderungen und Problemformulierungen in Hinsicht auf die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Dimension in der Sicherheitspolitik auf. Die UDF begrüßt die Nachrüstung; Präsident Giscard d'Estaing vergab überdies Aufträge zur Entwicklung der Neutronenbombe – wenn auch noch nicht zu ihrer Produktion.

In der Frage von Abrüstungsverhandlungen deutet auch die UDF auf die Gefahr eines „bilateralen Tauschgeschäftes" zwischen USA und UdSSR hin und schließt so (für den Fall von SALT-III-Verhandlungen) die Anrechnung der französischen Nuklearstreitkräfte völlig aus.

3. Die Militärpolitik der französischen Linken

3.1. Die „atlantische" und die linkssozialistische Strömung innerhalb der Sozialistischen Partei

Im wesentlichen lassen sich innerhalb des PS zwei militärpolitische Strömungen festmachen, die sich über die Linie des Präsidenten hinaus artikulieren:

– Eine Gruppe um Robert Pontillon, Senator und enger Mitarbeiter von Ministerpräsident Pierre Mauroy, repräsentiert, unter starker Betonung einer sowjetischen Bedrohung, den „atlantischen" Flügel des PS und favorisiert gleichzeitig westeuropäische Denkmuster für die Sicherheitspolitik.

– Der linke Flügel der Sozialistischen Partei gruppiert sich im wesentlichen um das „Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialistes" (CERES)

3) „Une Doctrine de Défense pour la France." Hsrg. v. UDF („Union pour la Démocratie Francaise"), Paris 1980. Übersetzung des Bundessprachenamtes: Eine Verteidigungsdoktrin für Frankreich.
4) Ich verzichte hier darauf, die Auseinandersetzungen innerhalb der ehemaligen konservativen Majorite beispielsweise zu Zeiten des Ministerpräsidenten Chirac (RPR) unter dem Staatspräsidenten Giscard d'Estaing (UDF) aufzuführen.

und vertritt – durchaus deckungsgleich mit Teilen gaullistischer und, wie noch zu zeigen ist, auch kommunistischer Argumentation – die Notwendigkeit einer selbständigen Verteidigungsstrategie, d.h. im Sinne des ehemaligen Generalstabschefs de Gaulles, General Ailleret, die Notwendigkeit einer „Rundumstrategie".

3.2. *Die Haltung Staatspräsident Mitterrands und die Politik der Regierung*

Die starke Stellung des Staatspräsidenten in der französischen V. Republik – aktuell noch gefestigter durch die Dominanz seiner Partei, des PS, innerhalb der Nationalversammlung und im Regierungsbündnis – erklärt die weitgehende Deckungsgleichheit der Auffassungen François Mitterrands mit der real vollzogenen Militärpolitik der französischen Regierung.

Grundsätzlich ist die Haltung Mitterrands und der überwiegenden Mehrheit der Sozialistischen Partei geprägt von der These, daß das militärische Gleichgewicht zwischen den beiden Großmächten seit 1973 durch die Sowjetunion gestört sei und daß deren Politik aggressiven Charakter habe. Dabei schlägt der französische Staatspräsident noch weitaus schrillere Töne an als mancher seiner westeuropäischen Kollegen. So äußerte er in einem „stern"-Interview im Sommer 1981: „Wenn ich den Neutralismus verurteile, dann deshalb, weil ich glaube, daß der Frieden vom Gleichgewicht der Kräfte in der Welt abhängt. Die Stationierung der sowjetischen SS-20 und des Backfire stört dieses Gleichgewicht in der Welt. Das kann ich nicht akzeptieren, und ich muß zugeben, daß gerüstet werden muß, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Von da ab muß verhandelt werden."[5]) Diese Position bedeutet in aller Klarheit: Zunächst aufrüsten, danach – aus einer Position der Stärke – verhandeln!

Ein weiterer Grundsatz der französischen Militärpolitik unter dem sozialistischen Staatspräsidenten ist die ungebrochene Westorientierung und die Konservierung des bestehenden Verhältnisses zum Nordatlantikpakt. So hieß es in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Mauroy am 8. Juli 1981 unter dem abschließenden Punkt „Ein stolzes Frankreich", „die Bedeutung zu unterstreichen, die wir dem Netz von Freundschaften und Allianzen beimessen, das uns mit anderen Nationen der Welt verbindet. In erster Reihe unserer Alliierten stehen natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika und unsere anderen Partner der atlantischen Allianz"[6]).

Dem Verhältnis zu den USA kommt in der Tat entscheidende Bedeutung zu, auch bei der Beurteilung der großen Linien in der französischen Sicherheitspolitik. Der politische Beobachter sollte sich von dem unbeherrschten Theaterdonner nicht täuschen lassen, mit dem die Reagan-Administration im Juni 1981 auf die Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei in Frankreich reagierte; und er sollte sich auch nicht von dem antiamerikani-

5) Aus dem Interview der Illustrierten „stern" mit François Mitterrand am 9. Juli 1981.
6) In: „Le Monde" v. 10. 7. 1981; zit. n. Kowalsky, Mitterrands Regierungsprogramm, in: „Blätter", 8/1981, S. 946ff., hier S. 951.

schen Verbalradikalismus täuschen lassen, den François Mitterrand vor allem gegenüber der US-Einflußnahme auf die Länder Mittelamerikas an den Tag legt.

Die Versicherung des französischen Außenministers Claude Cheysson bei seiner raschen USA-Reise im Juni 1981, Frankreich bleibe ein „enger Verbündeter der Vereinigten Staaten", bleibe ein „schwieriger, aber verläßlicher Partner", wird durch die oben zitierte Regierungserklärung gefestigt, vor allem jedoch durch die konkrete Politik Frankreichs in den Fragen der „Nachrüstung" oder der Abrüstungsverhandlungen bekräftigt. Und was beispielsweise die Entwicklungsländer-Politik anbelangt, so muß die französische Außenpolitik und die sie vor allem tragende Sozialistische Partei zuerst noch den Nachweis bringen, daß sie für die betroffenen Länder mehr erreichen will als das Einschlagen eines „Dritten Weges", der das Konzept der „Sozialistischen Internationale" beschreibt und der langfristig nur in die Integration in das kapitalistische System mündet und nichts als eine weichere Variante der US-amerikanischen „Containment"-Politik darstellt . . .[7])

Als konkrete Militärdoktrin vertritt auch Staatspräsident Mitterrand die Strategie der „nationalen Abschreckung" und der „massiven nuklearen Erwiderung". Die Entwicklung der Neutronenbombe wird unter dem sozialistischen Präsidenten fortgeführt; sie wird dabei häufig als Faustpfand für Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion ausgegeben. Seine Haltung zu den aktuellsten Problemen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und zu Abrüstungsfragen wurde bereits offengelegt.

Zur konkreten Militärpolitik des ersten Dreivierteljahres der sozialistisch-kommunistischen Regierung: Die wichtigste Nachricht aus dem Hause des Verteidigungsministers Charles Hernu („Hernucléaire") war die Ankündigung, der französische Verteidigungsetat für 1982 werde um fast 18% ansteigen. Mitte November wurden bei den Verhandlungen in der Abgeordnetenkammer die Schwerpunkte des Etats deutlich[8]), der mit stark 120 Mrd. Franc für 1982 rund 8 Mrd. Franc mehr vorsieht als die Planung des damaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing für die Zeit von 1976 bis 1982.

„Priorité au nucléaire" überschrieb der „Figaro" seine Berichterstattung und nannte dabei in erster Linie die Installierung der neuen strategischen S-3-Raketen auf dem Hochplateau von Albion, den Weiterbau am sechsten Atom-Unterseeboot der französischen Marine (Präsident Mitterrand hatte schon zu Beginn seiner Amtszeit auch den Bau eines siebten Atom-Unterseebootes angekündigt[9])) und seine Ausrüstung mit M-4-Raketen, die – bei einer Reichweite von 5000 Kilometern – über nukleare Mehrfachsprengköpfe verfügen. Verteidigungsminister Hernu unterstrich in seiner Haushaltsrede, sein Budget werde vor allem der strategischen Luftwaffe und dem Atom-Untersee-

7) Eine umfassende Analyse der französischen Außenpolitik vom selben Autor wird im Frühjahr 1982 erscheinen in: „Lendemains" 25 (1982).
8) In: „Figaro" v. 14. 11. 1981.
9) Nach H. Ménudier, Die Außenpolitik von Präsident Mitterrand, in: „Integration", 4/1981, S. 161.

boot-Programm überdurchschnittliche Steigerungsraten bringen. Die Kontinuität der französischen Atomwaffenpolitik unterstrich auch die Wiederaufnahme (nach einer mehrmonatigen Unterbrechung) der Atomtests auf dem Versuchsgelände auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik am 11. November 1981.

Die Waffenexport-Politik Frankreichs hält ebenfalls unvermindert an: „Mirage-F-V"-Kampfflugzeuge werden an Ägypten geliefert, Saudi-Arabien kauft Mirage 4000 im Werte von rund vier Mrd. Franc (nachdem noch im Herbst 1980 ein 14,4-Mrd.-Franc-Geschäft abgeschlossen worden war); im Juli gibt die Regierung die Waffenlieferungen an Libyen wieder frei, ein Rüstungsgüter-Auftrag aus Irak beläuft sich auf über 10 Mrd. Franc, jüngste Verhandlungen werden mit Indien (Wert: ca. 3,6 Mrd. Franc) geführt. Die Liste könnte weiter fortgesetzt werden.

Frankreich ist nach den USA und der UdSSR der drittgrößte Waffenexporteur der Erde mit (noch) deutlichem Abstand vor der Bundesrepublik. Unter den zehn größten Waffenexport-Konzernen der westlichen Welt befinden sich drei französische Unternehmen (neben zweien aus der BRD)[10]).

Henri Ménudier[11]) erinnert in diesem Zusammenhang an „das Schicksal der 300 000 Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie" und schreibt weiter: „Die Minister für Auswärtige Beziehungen und für Verteidigung sehen im Waffenexport ein wichtiges Element französischer Unabhängigkeit und Sicherheit, denn ohne die Serienproduktion von Rüstungsgütern und ohne Absatz solcher Güter im Ausland kann es keinen technologischen Fortschritt geben – und auch keine Außenhandelserfolge. Claude Cheysson erwähnte nur eine Beschränkung: er möchte keine Waffen an ‚ein Land unter einem unerträglichen Regime' liefern. Diese Stellungnahme zugunsten des Waffenhandels werden natürlich alle jene Mitglieder der Sozialistischen Partei schockieren, die sich der Abrüstung verschrieben haben. Die Regierung möchte zunächst Zeit gewinnen, wird aber konkretere Richtlinien ausarbeiten müssen, vor allem in Hinblick auf ‚gute' und ‚böse' Rüstungskunden." Die Qualität dieser „Richtlinien", sollte sich die Regierung dazu überhaupt definitiv durchringen können, wird entscheidende Schlüsse auf ihre Außenpolitik, vor allem aber auf die grundsätzlichen Triebkräfte ihrer Politik zulassen.

Der militärpolitische Fachmann der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" kommentierte die sich abzeichnenden großen Linien der französischen Militärpolitik jedenfalls mit einer gewissen Bewunderung: „Militärpolitisch heißt das Stichwort in Frankreich Kontinuität; in der Bundesrepublik dagegen: Chaos."[12])

Die Darstellung der derzeitigen französischen Militärpolitik wäre unvollständig ohne einen Blick nach Afrika. Auch nach der französischen Lateinamerika-Initiative[13]) liegt der Schwerpunkt der französischen Entwicklungs-

10) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 8. 1981.
11) Ménudier, S. 161.
12) FAZ v. 24. 8. 1981.
13) Siehe u. a. „Le Monde" v. 2. 7. 1981.

länder-Politik auf dem afrikanischen Kontinent, er nimmt hier auch greifbar militärpolitische Dimensionen an[14]). Die militärische Präsenz Frankreichs in Afrika konzentriert sich weiterhin auf sechs Stützpunkte in Schwarz-Afrika und im Indischen Ozean, auf denen 7000 bis 9000 Soldaten einschließlich Militärberater stationiert sind; eine in Frankreich stationierte militärische Eingreiftruppe (als Verstärkung für diese Stützpunkte) umfaßt – die Fremdenlegion eingeschlossen – knapp 30 000 Soldaten.

Ein aktuelles Beispiel französischer Afrika-Politik bietet die Republik Tschad, die, ehemaliges französisches „Schutzgebiet", 1960 formal unabhängig geworden war. Nach längerem Bürgerkrieg hatte im Dezember 1980 der heutige Staatspräsident Gukuni Weddei mit militärischer Hilfe von seiten Libyens die Oberhand gegen den (von Giscard d'Estaing unterstützten) Rebellenführer Hissen Habre behalten. Staatspräsident François Mitterrand nun setzte sich mit Hilfe von Waffenlieferungsangeboten an Tschad sowie mit der Aufforderung an die Organisation Afrikanischer Staaten zur Schaffung einer inter-afrikanischen Truppe für den Tschad (und Angeboten zur Ausrüstung dieser Truppe), nicht zuletzt jedoch durch die Alarmierung der in der Republik Zentralafrika stationierten französischen Truppen erfolgreich für einen Sinneswandel Weddeis gegenüber Frankreich wie Libyen ein, dessen Ergebnis die Aufforderung Weddeis an Libyen war, seine Truppen unverzüglich zurückzuziehen.

Es deutet sich also zumindest keine radikale Abkehr von der interventionistischen Afrika-Politik der Regierung Giscard d'Estaing an. Die besondere Rolle, die der Diktator von Zaire, Mobutu, auf der 8. französisch-afrikanischen Konferenz im November 1981 in Paris spielen konnte, läßt ebenfalls Rückschlüsse darauf zu, wer die vornehmlichen Ansprech- und Bündnispartner der Mitterrandschen Afrika-Politik sind.

Neben den aufgezeigten Kontinuitäten in der französischen Sicherheitspolitik betreffend die Atombewaffnung, die Waffenexportpolitik sowie die Afrika-Politik brachten die letzten Wochen des Jahres 1981 auch einen neuen Aspekt in die gesamte militärpolitische Diskussion: Den Versuch der Reaktivierung und Revitalisierung der Westeuropäischen Union (WEU). Erste unerwartete Akzente hatte Premierminister Mauroy bereits am 14. September 1981 in seiner Rede vor dem „Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale" gesetzt, als er die europäischen Länder aufforderte, „über die Perspektive einer umfassenden Politik nachzudenken, die eine autonome Verteidigung einbezieht". Mauroy fuhr fort mit einem entscheidenden Argument der europäischen Friedensbewegung: „Europa kann sehr wohl für die Vereinigten Staaten nur eine Sprosse auf der Eskalationsleiter der Gewalt sein und nicht der Hauptzweck ihrer Verteidigung." Diese Möglichkeit aber sei „für die Franzosen unannehmbar"[15]).

14) Kurze, faktenreiche Einführungen in die französische Afrika-Politik bieten: La France contre l'Afrique. „Tricontinental" (Numéro Spécial), Paris, 1/1981; „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 10 und 11/12, 1981.

15) Zit. n. Tatu, in: „Dokumente", 4/1981, S. 306.

Der Staatssekretär im französischen Verteidigungsministerium, Georges Lemoine, forderte in einer Rede am 1. Dezember 1981 vor der parlamentarischen Versammlung der WEU eine verstärkte Rückbesinnung auf die spezifischen militärischen Notwendigkeiten Westeuropas und auf die Ausnutzung bestehender Verträge und Organisationen[16]). In diesem Zusammenhang sagte er zur Funktion der NATO: „Die Allianz kann (allerdings) nicht das spezifische Forum sein, um die Sicherheitsfragen unter europäischem Gesichtspunkt anzuschneiden." Er fuhr fort, nicht ohne die besondere Rolle Frankreichs hervorzuheben: „Nun gibt es aber trotz der unterschiedlichen nationalen Situationen sehr wohl eine europäische Dimension der Sicherheit. Zwar hat Frankreich durch die Verfügungsgewalt über eine strategische Atomstreitmacht in völliger Unabhängigkeit ein letztes Mittel zur Verteidigung seines Territoriums. Aber die kontinentalen Partner Frankreichs sind letzten Endes direkt von der amerikanischen Verpflichtung, Europa zu verteidigen, abhängig." Frankreichs Interesse an der WEU, an einer Verstärkung des europäischen Verteidigungsgedankens, belegte Lemoine mit einem Zitat des Verteidigungsministers Hernu, der im November 1981 erklärt hatte, „daß eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit dieser (westeuropäischen – d. Verf.) Staaten ernsthaft die Sicherheit Frankreichs beeinträchtigen würde".

Im einzelnen forderte der französische Staatssekretär, eine reaktivierte WEU solle sich beispielsweise wissenschaftlich mit den Friedensbewegungen der einzelnen westeuropäischen Länder auseinandersetzen („Wer sind diese Bewegungen? Wer treibt sie an? Wie treten sie in den verschiedenen europäischen Ländern auf? Wie kann man die Ursachen dieser verschiedenen Aktionsformen erklären usw.?"); die WEU müßte eine „Untersuchung über das globale nukleare Gleichgewicht zwischen Sowjets und Amerikanern unter europäischem Gesichtspunkt durchführen" oder „das Gleichgewicht der Landstreitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural" untersuchen. Als Mittel zur Umsetzung der Forschungsergebnisse und Vorschläge der WEU in praktische Politik schlug der Staatssekretär neben der Stärkung des ständigen Rüstungsausschusses der WEU auch eine stärkere Zusammenarbeit dieser Verteidigungsorganisation der sieben (auch in der EG und in der NATO organisierten) europäischen Staaten mit dem Europäischen Parlament als dem politischen Forum der zehn EG-Länder vor.

Die „Frankfurter Rundschau"[17]) greift bei der Interpretation des französischen WEU-Vorstoßes sicherlich zu kurz. Das Blatt spricht vom Versuch der Schaffung einer Ersatzlösung zum Nordatlantik-Pakt, da zum einen „wegen de Gaulles Doktrin der nationalen Souveränität eine Rückführung Frankreichs in die militärische Integration der NATO unmöglich" sei; ein weiteres Argu-

16) Die Westeuropäische Union (WEU) wurde 1948 mit dem Brüsseler Pakt zwischen Frankreich, Belgien, England, Niederlande und Luxemburg unter deutlichen Akzenten des Schutzes vor einer erneuten militärischen Bedrohung von deutscher Seite gegründet. Die WEU ging 1949 praktisch in die NATO auf. Der offene Ausbruch des Kalten Krieges, die Remilitarisierung der BRD und ihr (sowie Italiens) Eintritt in die WEU und die NATO 1954/55 kehrten auch offiziell die Bedeutung der Westeuropäischen Union in antisowjetischer Richtung um.

17) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 2. 12. und 4. 12. 1981.

18) Entfällt.

ment biete „die Friedensbewegung in der Bundesrepublik", die „zwar augenscheinlich gegen die USA und die Sowjetunion gerichtet" sei, aber „auch die ‚Vorwärtsverteidigung Frankreichs' auf deutschem Boden verhindern" könnte.

Die französische WEU-Initiative muß eher als ein Versuch gewertet werden, aus einer französischen Position relativer Stärke (die das Land als Waffenproduzent und -exporteur, vor allem jedoch als Atomwaffenmacht ohne Zweifel besitzt) einen supranationalen, europäisch orientierten Vorstoß zu unternehmen gegen die erkannte Gefahr, im Rahmen der neuen US-amerikanischen Globalstrategie zusammen mit den übrigen Ländern Westeuropas lediglich als atomares Schlachtfeld in der Auseinandersetzung der Großmächte zu dienen. Im Hintergrund, und auch das berührt die Frage nach den Triebkräften der französischen Außen- und Militärpolitik, steht offensichtlich die Überlegung, daß in einer Westeuropa-Armee auch die hochqualifizierte und hochkonzentrierte Waffentechnologie und -industrie über das bisher schon erreichte Maß hinaus (auch in Kooperationsprojekten) weiter florieren könnte.

Die am Rande der Verhandlungen zuweilen angedeutete Möglichkeit, der Bundesrepublik könne die Aufhebung der noch bestehenden Rüstungsbeschränkungen, die der WEU-Vertrag ihr auferlegt, zugestanden werden, soll den deutschen Nachbarn offenbar für das Projekt verstärkt interessieren . . .

3.2 *Die militärpolitische Konzeption der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihre Arbeit in der Regierung*[19])

Nach einer Strategie-Änderung ab 1976/77, vor allem im Gefolge des XXII. Parteitages, gelangte die Kommunistische Partei von einer Position der strikten Gegnerschaft zur de Gaulleschen Nuklearaufrüstung zu einer Position der militärischen nuklearen Souveränität als Voraussetzung politischer Souveränität. George Marchais, Generalsekretär der Partei, führte dazu in seinem Buch „L'Espoir au Présent" (Die Hoffnung auf die Gegenwart) weiter aus: „Nach unserer Meinung muß die Militärpolitik Frankreichs sowohl jegliche Integration in irgendeinen Militärblock ausschließen wie auch jegliche aggressive Strategie gegen irgendein anderes Land. Ihr einziges Ziel darf es sein, jegliche unzulässige Druckausübung oder bewaffnete Aggression gegen unser Land im voraus zu entmutigen. Aus diesem Grunde ist eine nukleare Abschreckungsmacht auf einem angemessenen Entwicklungsstand für Frankreich unerläßlich. Die einzige Rechtfertigung für diese Entscheidung, dies unterstreiche ich, ist die Verhinderung des Krieges. Das ist der Sinn des Wortes Abschreckung."[20])

Die Militärdoktrin des PCF ist also kurz zu fassen als Sicherheitspolitik der

19) Neben der parteieigenen Zeitschrift „Correspondance Armée-Nation" empfehle ich als aktuelle Veröffentlichungen zur PCF-Sicherheitspolitik: H. Berry, Un Armement National, in „Econimie et Politique" 53, 1981, S. 17/18; L. Baillot/J. Marrane: Défense Nationale, des Réponses à la Mesure de Notre Temps, in: „Cahiers du Communisme" 57, 1981, 11, S. 32 ff. (mit weiteren Literaturhinweisen).
20) G. Marchais, L'Espoir au Présent, Paris 1980, S. 164.

nuklearbewaffneten Neutralität, die in ihrer Bündnisfreiheit auch als „Rundumstrategie" (Ailleret) bezeichnet werden kann, somit den nächsten parteipolitischen Bündnispartner im CERES, im linken Flügel des Parti Socialiste, findet. Die Partei spricht sich für den Verzicht auf jeden Erstschlag aus und verurteilt als einzige der großen französischen Parteien jede Entwicklung und Anwendung der Neutronenwaffe.

Die Kommunistische Partei legt in allen Verlautbarungen großen Wert auf die Notwendigkeit von Abrüstungsverhandlungen und betont in diesem Zusammenhang die Forderung ihres XXIII. Parteitages, nach der Frankreich Initiativen zur „Überwindung und Auflösung beider Militärblöcke, zur Herausbildung eines kollektiven Sicherheitssystems und zur weltweiten Abrüstung" unternehmen solle[21]).

Was die Frage der französischen Rüstungsexporte anbelangt, so weist Henri Berry, Mitglied der Kommission für die nationale Verteidigung des Zentralkomitees der KPF, grundsätzlich die Argumentation der Sicherung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen durch die Rüstungsexport-Industrie zurück; die Rüstungsexporte, die zu über 75% von der privaten Industrie getätigt würden, kosteten den französischen Staat und somit den Steuerzahler im Gegenteil viel Geld[22]). Berry fordert neben der Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie die staatliche und parlamentarische Kontrolle über den Rüstungsexport-Sektor; er fordert überdies sein Land auf, sich als „Avantgarde" der Abrüstung in Szene zu setzen.

Die Kommunistische Partei in der Regierungskoalition

Was nun die konkrete Zusammenarbeit in der Regierung mit der Sozialistischen Partei anbelangt, so geht aus den bisher angeführten grundsätzlichen Vorstellungen der beiden großen linken Parteien wie auch aus der bisher vollzogenen Militärpolitik Mitterrands bzw. der Regierung Mauroy hervor, daß die Militär- und Abrüstungspolitik neben der Außenpolitik der vorrangige potentielle Stolperstein des linken Bündnisses ist.

Diese beiden Gebiete, Außen- und Militärpolitik, sind dabei nicht voneinander trennbar, wie die Problemfelder Afghanistan und Polen als erstrangige Argumentationspunkte Mitterrands und der überwiegenden Mehrheit der Sozialistischen Partei für ihre Konfrontationsstrategie mit der Sowjetunion und ihre weitgehende Anlehnung an die entspannungsfeindliche US-Politik zeigen. Dabei hatte die Sicherheitspolitik im langen französischen Wahlkampf des Winters und Frühjahrs 1980/81 gar keine entscheidende Rolle gespielt; 1,7 Mio. Arbeitslose und 13 bis 14% Inflation hatten die Auseinandersetzung dominiert, der zumindest wirtschaftspolitische Bankrott Giscard d'Estaings war auch vom gaullistischen Partner RPR quittiert worden.

Warum nun hat François Mitterrand die Kommunistische Partei in die Regie-

21) „Correspondance Armée-Nation" 23, 1980, S. 6.
22) Berry, Un Armement National.

rungsverantwortung genommen? Warum verbleibt die Kommunistische Partei trotz der Anheizung des Kalten Krieges weit über das Giscardsche Maß hinaus im Regierungsbündnis mit ihrem sozialistischen Koalitionspartner?

Das „Regierungsabkommen zwischen der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei Frankreichs vom 23. Juni 1981"[23]) hatte eher vom Verhandlungsgeschick der KPF-Delegation gezeugt denn davon, daß sie gegenüber dem übermächtigen Koalitionspartner (der ja alleine über weit mehr als die absolute Mehrheit der Deputiertensitze verfügt) die Segel gestrichen hätte: „Die beiden Parteien werden das internationale Wirken Frankreichs – bei Respektierung seiner Allianzen – für den Frieden und die schrittweise Abrüstung mit dem Ziel der gleichzeitigen Auflösung der militärischen Blöcke unterstützen, bei Sicherung des Kräftegleichgewichts in Europa und in der Welt und der Sicherheit jedes einzelnen Landes. In diesem Geiste sprechen sie sich dafür aus, daß schnell internationale Verhandlungen aufgenommen werden über die Begrenzung und Reduzierung der Waffen in Europa. Diese Verhandlungen müssen vor allem die Präsenz sowjetischer ‚SS-20'-Raketen und den Beschluß zur Stationierung der amerikanischen ‚Pershing-II'-Raketen betreffen."

Unter den Prämissen der „Selbstbestimmung der Völker" und der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" hatten sich PS und PCF Afghanistan betreffend neben dem „Rückzug der sowjetischen Truppen" auch für „die Beendigung jeglicher ausländischer Einmischung" ausgesprochen und hatten bezüglich Polens die Hoffnung ausgedrückt, „daß dieses Land und sein Volk selbst den Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Erneuerung zu einem guten Ende führen".

Für die Beurteilung des gemeinsamen Abkommens sowie der gemeinsamen Regierungspolitik von Wichtigkeit sind sicherlich noch die Verpflichtung beider Parteien zu „uneingeschränkter Solidarität in der Regierung" und „die Bekräftigung ihrer eigenen Identität und ihrer jeweiligen Grundpositionen".

Die Realität der momentanen Regierungsarbeit sieht nun so aus, daß die Sozialistische Partei und ihre führenden Vertreter *ihre* Vorstellungen als die Regierungspolitik der vereinigten Linken ausgeben und sich durchaus vom gemeinsamen Abkommen nach rechts bewegen: Die Haltung Mitterrands in der Sicherheitspolitik, zuerst (nach-)rüsten, dann verhandeln, bezeugt dies ebenso wie das anfängliche verbale Einschwenken auf die neuerliche US-Wirtschaftssanktions-Politik gegen die Sowjetunion durch das Verlangen, die sowjetischen Erdgaslieferungsmengen und -bedingungen erneut zu überprüfen. (Dieser spezielle Fall widersprach durchaus nicht dem ökonomischen Interesse Frankreichs, hatte sich doch in Verhandlungen mit Algerien die Möglichkeit einer Verdoppelung seiner Gaslieferungen an Frankreich abgezeichnet . . .[24])) Die letztendliche Unterzeichnung des französisch-sowjeti-

23) Das Abkommen ist abgedruckt in: „Blätter", 7/1981, S. 894–896.
24) FAZ v. 4. 1. 1982.

schen Vertrages Ende Januar 1982[24a]), der eine Laufzeit von 25 Jahren bei einer jährlichen Lieferung von 8,5 Mrd. qbm Erdgas vorsieht, dokumentiert zum einen den Willen der Sozialisten zu einer souveränen Politik gegenüber den USA, dokumentiert zum anderen das unbedingte Anliegen der Sicherung der ökonomischen Interessen Frankreichs. (Die ideologische Komponente der sozialistischen Polenpolitik bleibt davon weitgehend unberührt.)

Die französische Polenpolitik wird noch um eine Nuance reicher, schenkt man der FAZ-Meldung vom 26. Januar 1982 Glauben, die die Möglichkeit andeutet, daß die vom US-Konzern General Electric boykottierten Gasturbinen, die für das AEG-Geschäft mit der Sowjetunion unerläßlich sind, von französischer Seite geliefert werden.

Was nun das Verhalten der Kommunistischen Partei zu dieser Art der Regierungspolitik anbelangt, so ist der Eindruck von Widersprüchlichkeit nicht von der Hand zu weisen: So unterschreiben die vier PCF-Mitglieder beispielsweise die Polen-Erklärung von Ministerpräsident Mauroy, in der die politischen Ereignisse von Mitte Dezember verurteilt werden, oder loben die Sicherheits-Experten der Partei, Baillot und Marrane, die Verteidigungspolitik Mitterrands und Mauroys[25]).

Wie diese Widersprüchlichkeit – man könnte positiv auch von einer Doppelstrategie sprechen – im einen Falle aus dem Verschweigen wichtiger Qualitäten dieser Militärpolitik besteht, so zum Beispiel der weiterhin praktizierten nahezu ungehemmten Rüstungsexportpolitik oder des zunehmend antisowjetischen Charakters dieser Sicherheitspolitik insgesamt, so besteht sie im erstgenannten Fall aus der Praktizierung einer offenen Zweigleisigkeit: Die Partei selbst gab in ihrer Polen-Erklärung lediglich der Hoffnung Ausdruck, „daß dieses Land und sein Volk den Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen unddemokratischen Erneuerung, in dem sie begriffen sind, selbst zu einem guten Ende führen"[26]).

Die Liste ähnlicher Fälle ließe sich weiter fortführen über die Afrika-Politik und die offene Propagierung einer Konzeption des „Dritten Weges" vor allem in der Lateinamerika-Politik bis hin zur Reaktion auf den US-Vorstoß zur Produktion der Neutronenbombe.

Die KPF versucht unter allen Umständen, das Gebot der „uneingeschränkten Solidarität in der Regierung" nicht zu verletzen, sie will ihre Regierungsfähigkeit auf mittel- und langfristige Weise unter Beweis stellen, will nicht über die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ihren Einfluß auf andere wichtige Bereiche wie zum Beispiel die Sozialpolitik aufs Spiel setzen. (Schließlich hat die KPF auch während des gesamten Wahlkampfes keinen Zweifel an ihrem Willen zur Linksunion gelassen.)

Das Interesse der Sozialistischen Partei an der Regierungsbeteiligung der

24a) FAZ v. 25. 1. 1982
25) Baillot/Marrane, Défense National, S. 34.
26) Zit. n. FAZ v. 17. 12. 1981.

Kommunisten liegt auf der Hand: Neben der Rücksichtnahme auf Linksunion-Sympathien an der sozialistischen Basis und dem Wissen François Mitterrands, auf absehbare Zeit auf die – wie sich gezeigt hat, überaus konsequenten – kommunistischen Wähler (z. B. schon bei den kommenden Kommunalwahlen) angewiesen zu sein, gibt es zwei noch gravierendere PS-Argumente für das Bündnis mit dem PCF:

– Die Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei macht sie – zumindest in den Augen der Wählermassen – mitverantwortlich für die *gesamte* Politik der Linksunion, nimmt ihr darüber hinaus ein Großteil ihrer außerparlamentarischen Wirkung, die vor allem von der mächtigsten Gewerkschaft Frankreichs, der CGT, ausgeht.

– Das wichtigste Argument jedoch ist ein langfristiges, vom vorgenannten freilich nicht trennbares: Der Versuch der weiteren Marginalisierung der KPF. Die „Frankfurter Rundschau" analysierte die Situation so: „Nicht der unerbittliche Antikommunismus der französischen Rechten seit Kriegsende hat die KPF dezimiert – sie kam bei allen Wahlen auf 20 bis 25 Stimmprozente. Erst Mitterrands demokratische Einkreisung drückte die KPF auf das 1981er Tief von 15 Prozent."[27])

Bemühen wir die jüngere Geschichte und die Gründe für das Scheitern der Aktualisierungs-Verhandlungen zum 1972er „Gemeinsamen Regierungsprogramm der Kommunisten, Sozialisten und Radikalen der Linken" im Herbst 1977[28]), so ging es auch damals – die „Schuldfrage" einmal außer acht gelassen – nicht nur um die Qualität und Quantität der Nationalisierungen. Auch 1977 ging es – ungeachtet der Hinwendung der KPF zur „Force de Frappe" – um das grundsätzliche Feindbild, um die allgemeine Richtung der französischen Militärpolitik. Es ging konkret um die Alternative entweder einer (von der PS befürworteten) langsamen Annäherung an das Atlantische Bündnis und damit einer Westorientierung und antisowjetischen Ausrichtung oder einer Strategie „tous azimuts", in alle Himmelsrichtungen, als Rundumstrategie also.

Eine weitere Parallele drängt sich auf: Auch 1977 äußerte die KPF akute Bedenken gegen jede Beeinträchtigung der Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik Deutschland, die in den aktuellen Verhandlungen um die Revitalisierung der WEU offensichtlich wieder eine Rolle spielen (s. o.)!

4. Die französische Friedensbewegung

Die Stärke, besser: die Schwäche der französischen Friedensbewegung kann in erster Linie aus der militärpolitischen Konzeption und der konkreten Politik der beiden großen Linksparteien erklärt werden. Unser Nachbarland hat nach

27) FR v. 23. 12. 1981.

28) Hierzu vgl. E. Gärtner, Die Aktualisierung des „Gemeinsamen Programms" und die Entwicklung der Linksunion in Frankreich, in: „Blätter", 8/1977, S. 981 ff.; Ders., Die Krise der französischen Linksunion, in: „Blätter", 11/1977, S. 1387 ff.

dem letzten Krieg große und mächtige Friedensbewegungen erlebt. Erinnert sei an die millionenhaften Proteste gegen die Atombombe, gegen den Korea-Krieg, gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung und gegen den Vietnamkrieg, an Bewegungen, die vor allem durch ihre ungeheure Breite in allen Schichten der Bevölkerung an Macht gewannen.

Aber während 1981 in den umliegenden westeuropäischen Ländern die Friedensbewegung die Parlamente beschäftigte, Regierungen an den Rand des Sturzes brachte, jedenfalls millionenhafte Proteste gegen die Entwicklung Europas zum atomaren Schießplatz zusammenbrachte, wurde in Frankreich ein Präsidentschaftswahlkampf von historischer Tragweite abgespult – jedoch ohne nennenswerte, geschweige denn: dominante Konturen dieser Friedensbewegung erkennen zu lassen.

Während die zentralen Friedensdemonstrationen in den westeuropäischen Hauptstädten wie Bonn, Rom, London, Amsterdam und anderen Metropolen jeweils mehrere hunderttausend Demonstranten auf die Straßen gebracht hatten, hatte das „Mouvement de la Paix" als Hauptinitiator der Pariser Demonstration am 25. Oktober 1981 Mühe, einhunderttausend Teilnehmer an der zentralen Kundgebung zu zählen, von denen ein Viertel sich vorher am „marche de la jeunesse" durch die Stadt beteiligt hatte.

Die bürgerlichen Medien, und das gilt auch für die sozialistisch orientierten, hatten weitgehend auf eine Information der Bevölkerung verzichtet, geschweige denn eine Mobilisierung betrieben. (Unverhohlene Freude über die mangelnde Resonanz des Aktionstages herrschte auch bei der FAZ vor[29]).) Auf dem parallel in Valence stattfindenden Kongreß der Sozialistischen Partei distanzierte sich Ministerpräsident Mauroy von der französischen Friedensbewegung mit dem (für französische Verhältnisse) geschickten Aufzeigen des Gespenstes des Neutralismus: „Das Vorankommen eines gewissen Neutralismus in Westeuropa, der sich hinter pazifistischen Reden versteckt, muß uns alarmieren."[30])

Die oben aufgestellte These von der Verantwortlichkeit vor allem der beiden großen linken Parteien erfährt hierdurch eine erste Bestätigung. Jeder der Nachfolger des mit dem Flair der Résistance versehenen Generals de Gaulle gab sich, ging es um die Verteidigung der Souveränität der „Grande Nation", gaullistischer als der Begründer der „Force de Frappe" selbst. Im Bewußtsein der großen Mehrheit der französischen Bevölkerung ist die Atombewaffnung ihres Landes heute der hehrste Garant der nationalen Unabhängigkeit.

Von der Sozialistischen Partei und ihren führenden Persönlichkeiten war also keine Unterstützung der Friedensbewegung zu erwarten; im Gegenteil sparte sie nicht mit den üblichen Verunglimpfungen und Verdächtigungen der völligen kommunistischen Unterwanderung, der Fernsteuerung und undurch-

29) Die FAZ v. 27. 10. 1981 überschreibt ihren Bericht mit: „Schon um 16 Uhr beginnt der Wettlauf zur Metro-Station."
30) Zit. n. FAZ v. 26. 10. 1981.

sichtigen Finanzierung vornehmlich des „Mouvement de la Paix". Behilflich war der Sozialistischen Partei – und das gibt auch den Blick frei auf einige Gründe der kommunistischen Sicherheitspolitik – das auch heute noch in weiten Kreisen der französischen Bevölkerung vorherrschende Argumentationsmuster, zum einen sei das französische Territorium kein „Frontstaat", also an einem unmittelbaren Schlagabtausch nicht beteiligt (nicht umsonst haben also in den 50er Jahren die französischen Befürworter einer westdeutschen Wiederbewaffnung vom Territorium der Bundesrepublik als „Puffer", als „Schlachtfeld" gesprochen!), zum anderen sei Frankreich eben (und dies – hier noch einmal – ist die Frucht der Demagogie aller Nachfolger de Gaulles!) durch seine eigene atomare Abschreckungswaffe geschützt. Beide Argumentationsstränge sind seit langem überholt. Die Entwicklung der Waffentechnik, die ausgefeilte Perfidie der Massenvernichtungstechnologie und die neue amerikanische Globalstrategie schufen veränderte Qualitäten.

Warum aber hat die Kommunistische Partei Frankreichs, die heute in der Tat im Verbund mit der CGT versucht, einer französischen Friedensbewegung zu Massenwirksamkeit zu verhelfen, diese Politik erst im Laufe des Jahres 1981 eingeschlagen? Warum beispielsweise hat sie nicht den langen Präsidentschaftswahlkampf zur Nagelprobe für alle Kandidaten und Parteien in der Frage: Abrüstung oder Gefahr der atomaren Vernichtung gemacht?

Diese Fragen sind nicht der Hauptgegenstand des vorliegenden Artikels, daher seien die folgenden Versuche der Beantwortung als Diskussionsgrundlage verstanden: Zum einen kann es sicherlich nicht verwundern, daß eine Partei, die – zumindest im Bewußtsein der neuen Qualität atomarer Bewaffnung –, auf die Konzeption eben dieser Verteidigung eingeschwenkt ist, erhebliche Probleme sieht, ihren Anhang von der Notwendigkeit einer vornehmlich antinuklearen Friedensbewegung zu überzeugen. Zum anderen ist der KPF eine opportunistische Haltung in dieser Frage nicht abzusprechen, ein kurzatmiges Planen von Wahl zu Wahl. Denn die Unpopularität der Infragestellung der Nuklearbewaffnung – und damit in den Augen der Bevölkerung: der nationalen Souveränität – dürfte nach Auffassung der Parteiführung die Wahlaussichten auch 1981 kurzfristig verschlechtert haben.

Die Sicherheitspolitik der beiden großen linken Parteien ist verantwortlich für die heutige Schwäche der Friedensbewegung in Frankreich. Die weiteren, oft vorgebrachten Argumente z. B. von der schwachen Stellung der KPF in dieser Frage aufgrund des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und aufgrund der Eskalation der Lage in Polen oder von der bisher schwachen Partizipation anderer gesellschaftlicher Kräfte, wie z. B. der Ökologisten oder der Kirchen, können dagegen als zweitrangig betrachtet werden.

Heute stellt sich in Frankreich die Frage, wie weit die potentiellen Kräfte des Friedens eine offensichtlich dem Frieden nicht in ausreichendem Maße dienende Regierungspolitik mittragen oder unterstützen oder aber sie in ihrem Sinne entscheidend mitprägen können.

„Global Future" – Weist das Handlungsprogramm zu „Global 2000" einen Weg in die Zukunft?

Von Arnim Bechmann

1. „Global Future" – Das Handlungsprogramm zu Global 2000

„Global 2000", die amerikanische Weltstudie der Carter-Administration, hat in der Bundesrepublik viel Aufsehen erregt. Auch die „Blätter" haben im vergangenen Jahr über sie berichtet[1]). Am unrühmlichen Ende seiner Amtszeit hatte Carter eine Folgestudie zu „Global 2000" anfertigen lassen. „Global Future – Time to Act" war als Handlungsprogramm der amerikanischen Regierung konzipiert. Sofort zu Beginn seiner Präsidentschaft ließ Reagan die Auslieferung von „Global 2000" durch die US-Behörden stoppen und verhinderte die von den zuständigen Institutionen geplante Publikation von „Global Future". „Global Future – Time to Act" ist inzwischen in der Bundesrepublik in deutscher Übersetzung als Buch erschienen[2]). Die Studie ist politisch hart umstritten. Was sind die Argumente der Kontrahenten? In welchem Umfang sind sie reflektiert? Welche politische Funktion kann „Global Future" in der BRD zukommen? Dies alles läßt sich nicht mit wenigen Worten klären. Da ich selbst zu den Initiatoren der Veröffentlichung von „Global Future" in der Bundesrepublik gehöre, bin ich offensichtlich Partei in diesem Streit – und das je länger um so bewußter.

2. Politische und methodische Kurzcharakteristik von „Global 2000"

Edgar Gärtner hat bereits in den „Blättern" Vorzüge und Mängel von „Global 2000" diskutiert. Ich will daher hier nur stichwortartig an seine Ausführungen anknüpfen und sie dort ergänzen, wo es mir notwendig erscheint. Halten wir fest: Beim geistigen und politischen Umgang mit „Global 2000" darf die historische und politische Entstehungsgeschichte der Studie nicht aus dem Auge verloren werden.

Die politischen Rahmenbedingungen:
– „Global 2000" entstand in den krisengezeichneten endsiebziger Jahren im Auftrag des amerikanischen Präsidenten.
– Die Studie ist als Bestandsaufnahme der bestehenden Weltsituation und der sich aus ihr ergebenden längerfristig wirksamen Trends hinsichtlich Bevölkerungsentwicklung, Nahrungsproduktion, Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung konzipiert.
– „Global 2000" sollte möglichst umfassendes Material für einen politischen

1) W. Rügemer, Die alarmierenden Prognosen von Global 2000, in: „Blätter", 8/1981, S. 927 ff. E. Gärtner, „Global 2000" – Vorzüge und Mängel der amerikanischen Weltstudie; in: „Blätter", 10/1981, S. 1221 ff.
2) A. Bechmann/G. Michelsen (Hrsg.), Global Future – Es ist Zeit zu handeln, Freiburg 1981.

Willensbildungsprozeß innerhalb der amerikanischen Regierung, im Kongreß und im Senat bereitstellen, ohne diesem Prozeß vorzugreifen.

– Der Bericht sollte insoweit konsensfähig sein, daß die eingeflossenen Fakten und die abgeleiteten Folgerungen harten politischen Kontroversen standhalten konnten. (D. h. auch konservativen politischen Gegnern sollte es schwer gemacht werden, die Ergebnisse des Berichtes leichtfertig abzutun.) Die politischen Rahmenbedingungen haben für die inhaltliche und methodische Konzeption der Studie Folgen gehabt.

– Da die „bestehende Welt" Ausgangspunkt für „Global 2000" ist, wird in der gesamten Studie unterstellt, daß a) es keinen grundsätzlichen Wandel der amerikanischen Politik geben wird und b) die gegenwärtige Technologie beibehalten und weiterentwickelt wird sowie, daß diese Technologie auch weiterhin von der Gesellschaft akzeptiert wird; sowie c) keine „schwerwiegenden Störungen" des internationalen Handels durch Kriege, Funktionsunfähigkeit des internationalen Währungssystems oder Veränderungen der weltpolitischen Verhältnisse" auftreten.

– Die Ursachenanalyse für die in „Global 2000" aufgezeigten katastrophalen Entwicklungstrends wird stets da abgebrochen, wo die Aufdeckung sozialer und politischer Determinanten ansteht[3]). Obwohl die Autoren des Berichts hierzu – so kann man an diesen Bruchstellen und zwischen den Zeilen lesen – mehr wissen und gern mehr geschrieben hätten.

– „Global 2000" gibt keine konkrete Handlungsempfehlung, mündet aber im dringenden Appell, schleunigst zu Handlungsprogrammen überzugehen. „Die Schlußfolgerungen, zu denen wir gelangt sind, sind beunruhigend. Sie deuten für die Zeit bis zum Jahr 2000 auf ein Potential globaler Probleme von alarmierendem Ausmaß . . . Die Belastungen sind schon heute so stark, daß ihretwegen vielen Millionen Menschen die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nach Nahrungsmitteln, Wohnraum, Gesundheit und Arbeit jede Hoffnung auf eine Besserung versagt sind . . . Eine weltweite Veränderung der Politik ist erforderlich . . . bleiben die jetzt auf der ganzen Welt in Gang gekommenen Anstrengungen allerdings weit hinter dem zurück, was erforderlich ist. Es muß eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist." (Global 2000, S. 19–21)

„Global 2000" beruht nicht auf einem geschlossenen „Weltmodell", sondern kombiniert „Weltmodelle" für unterschiedliche Sektoren, was die inhaltliche Breite der Studie sehr erhöht, aber auch zu Inkonsistenzen führt. (Die Autoren weisen auf solche Inkonsistenzen hin und zeigen, wie sie in der Ergebnisinterpretation berücksichtigt werden können.)

3) „Der Auftrag von Global 2000 lautete, sich auf Trends und Veränderungen und nicht auf Ziele zu konzentrieren. Die Studie sollte einen Blick in die Zukunft werfen, zunächst bis zum Jahr 2000, jedoch nicht viel darüber hinaus. Sie bezog sich auf biologisch-physikalische Fragen und nicht auf soziale, politische und ökonomische Vorgänge." Global 2000, S. 112.

– An „Global 2000" haben sehr viele unterschiedliche Behörden, Forschungsinstitute und Umweltschutzorganisationen mitgearbeitet. Das Spektrum der zusammengetragenen Informationen ist entsprechend inhomogen, widersprüchlich und lebendig. In seiner Kombination ist es – auf globaler Ebene – einmalig.

– Die Veröffentlichung von „Global 2000" war als Station eines politischen Prozesses gedacht, der von der (regierungsverträglichen) Bestandsanalyse, über die politische Diskussion, das politische Handlungsprogramm zur Tat führen sollte. Kurz: „Global 2000" sollte fehlende entscheidungsrelevante Informationen liefern sowie politisches und öffentliches Bewußtsein bilden und schärfen.

Die von Rügemer und Gärtner genannten Stärken und Schwächen der Studie sind vor diesem Hintergrund zu sehen, zu bewerten und an den folgenden „Verdiensten" des – und das darf nie übersehen werden – regierungsamtlichen Berichtes zu messen.

„Global 2000"
– weist erneut und eindringlich auf die Katastrophe hin, auf die die heutige Weltpolitik zusteuert und dies sowohl detaillierter als auch differenzierter als jedes andere Weltmodell;
– verschweigt keineswegs, daß diese Katastrophe nicht nur eine Zukunftsvision ist, sondern bereits heute auf dieser Erde stattfindet;
– dokumentiert in seinem Umweltteil, der knapp die Hälfte des Hauptberichtes umfaßt, viel detailliertes Material, das zum Teil auf die in den restlichen Kapiteln dargelegten Trends rückbezogen wird (z. B. Umweltzerstörung und Ressourcenerschöpfung durch die chemisch-industrielle Agrarproduktion);
– enthält neben der Hauptstudie und einer ausführlichen Analyse der verfügbaren „Weltmodelle zur Prognose und Darstellung zukünftig möglicher Entwicklungen", sehr bemerkenswerte Anhänge.

Im Anhang A „Lehren aus der Vergangenheit" wird gezeigt, daß sich die amerikanische Politik bisher konsequent davor gedrückt hat, die notwendigen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, die Interessen der Menschheit berücksichtigende, globale Umwelt- und Ressourcenpolitik zu schaffen. Anhang B „Kritik der Berater an der Studie" enthält die offenste „Selbstkritik", die bisher von staatlichen Institutionen an vergleichbaren eigenen Studien veröffentlicht wurde.

3. Politische Wirkungen von „Global 2000"

3.1 In den USA

„Global 2000" wurde Ende Juli 1980 in Amerika publiziert und erregte bald öffentliches Aufsehen. Die wichtigsten Fernsehanstalten, Zeitungen und Zeitschriften der USA berichteten über die Ergebnisse der Studie. Der gemeinsame Wirtschaftsausschuß des US-Kongresses hielt Hearings zu „Global 2000" ab und nahm im Oktober 1980 selbst Stellung. Beauftragte von privaten

Umwelt-, Bevölkerungs- und Bürgerorganisationen der USA griffen den Bericht auf, führten gemeinsame Gespräche und gründeten schließlich die „Global Tomorrow Coalition". Ihr gehören inzwischen ca. 50 amerikanische private Organisationen mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern an. Die „Global Tomorrow Coalition" hat es sich zum Ziel gesetzt, ihre Mitgliederorganisationen zu ermutigen, an „Global 2000" orientierte Aktionen durchzuführen, sei es im Bereich der Aufklärung bzw. Öffentlichkeitsarbeit, der direkten Hilfe Betroffener, der Forschung oder der politischen Einflußnahme, sowie diese Aktionen durch die breite Solidarität und Kooperation ihrer Mitgliedsverbände zu stärken.

Im Juli 1980, unmittelbar nach Übergabe von „Global 2000" beauftragte Präsident Carter den Council on Environmental Quality und das Außenministerium – aufbauend auf „Global 2000" – ein Handlungsprogramm für die amerikanische Regierung zu entwerfen. Diese Studie wurde unter großem Zeitdruck bis Januar 1981 fertiggestellt und trägt – wie bereits erwähnt – den Titel „Global Future – Time to Act".

Seit Beginn der Präsidentschaft von Ronald Reagan sind alle „Global-2000"-Aktivitäten der amerikanischen Regierung gestoppt. Der Council on Environmental Quality wurde im Frühjahr 1981 faktisch zerschlagen[4]).

3.2 *In der Bundesrepublik*

„Global 2000" ist in der Bundesrepublik zum Bestseller geworden. Bereits bis Ende 1981 wurde die Studie 250 000mal verkauft. Auch einige öffentliche Medien und vor allem Zeitschriften aus dem „Umweltsektor" berichteten über „Global 2000". Die politischen Parteien, die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat zogen es vor, den Bericht zu ignorieren oder zumindest zu ihm zu schweigen. Lediglich einzelne Politiker ergriffen die Initiative, um die Diskussion über „Global 2000" im etablierten politischen Sektor in Gang zu setzen.

– Die FDP führte im Mai 1981 – ausgerichtet durch die Friedrich-Naumann-Stiftung – ein Hearing durch.

– Die SPD- und die FDP-Fraktionen des Deutschen Bundestages haben im Dezember 1981 beschlossen, gemeinsam einen Entschließungsantrag in das Parlament einzubringen, in dem die Bundesregierung gebeten wird, die Ergebnisse von „Global 2000" in ihre Politik einzubeziehen und Stellung zur Relevanz von „Global 2000" für deutsche Verhältnisse zu beziehen.

– Die FDP verabschiedete auf ihrem 32. ordentlichen Bundesparteitag in Köln 1981 einen zur Handlung auffordernden Tendenzbeschluß zu „Global 2000".

– Abgeordnete der Sozialistischen Fraktion brachten einen Initiativantrag zu

4) Vgl. A. Bechmann, Reagan fürchtet und feuert umweltpolitischen Sachverstand, in: „ÖKO-Mitteilungen", 3-4/1981.

„Global 2000" und „Global Future" ins Europaparlament ein.

– Die Bundesregierung hat im Herbst 1981 eine Stellungnahme angekündigt, in der sie sich u. a. auch zu den in „Global 2000" angesprochenen Problemfeldern äußern will.

Das wenige ist alles, was bisher im Bereich der Bundesregierung und großen Parteien geschah.

4. Argumente zur politischen Bedeutung von „Global 2000"

„Global 2000" tritt nicht als exakte Prognose, als Hochrechnung auf das Jahr 2000 auf. Dies geht bereits aus den ihm zugrundeliegenden Prämissen (vgl. Abschnitt 2) und den grundsätzlichen methodischen Schwierigkeiten, die solch eine Globalprognose scheitern lassen müssen, hervor. Wer – wie eine Gruppe von Wissenschaftlern der Kernforschungsanstalt Jülich – nach der Analyse der Studie „tiefgründig" feststellt, „der ursprüngliche Auftrag, wahrscheinliche globale Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt aufzuzeigen, muß als weitgehend nicht erfüllt angesehen werden. . . . Die Unzahl der Inkonsistenzen, Diskrepanzen und Auslassungen, die nicht ausgeräumt werden konnten, lassen die Ergebnisse zahlenmäßig als wenig belastbar erscheinen . . ."[5]), offenbart nur seine eigene Naivität, denn diese methodischen „Inkonsistenzen" wirken fast alle in eine Richtung, sie beschönigen das von „Global 2000" gezeichnete Bild.

Hinzu kommt, daß die „Global 2000" unterlegten politischen Prämissen nicht so mißverstanden werden dürfen, als glaubten die Autoren an eine politisch statische Welt. Aus ihnen läßt sich jedoch folgern – geschieht nichts, so sind katastrophale Entwicklungen unabwendbar, auch dort, wo sie heute noch nicht anzutreffen sind.

„Global 2000" kann politisch auf zwei Ebenen gedeutet werden:

– Gemeinsam mit den Ergebnissen ähnlich gelagerter Studien wie dem Bericht der Nord-Süd-Kommission[6]), dem Entwicklungsbericht der Weltbank[7]), der Zukunftsstudie der OECD[8]), der „Weltstrategie zur Erhaltung der Natur"[9]) oder dem RIO-Bericht[10]) macht er den Regierungen, den herrschenden politischen Parteien der Industriestaaten und uns allen deutlich, daß sich die sozialen und ökonomischen Klüfte der Welt vergrößern, daß das Elend der Unterdrückten und der Unterprivilegierten wächst, daß Umweltzerstörung rapide voranschreitet und daß auch die Industriestaaten selbst einer krisenhaften Zukunft entgegengehen.

5) H. P. Schwefel/F. Drepper/R. Heckler (Programmgruppe STE), Stellungnahme zur Studie „Global 2000" – Der Bericht an den Präsidenten, Manuskript, KfA Jülich 1981.
6) Nord-Süd-Kommission (Hrsg.), Das Überleben sichern – Bericht der Nord-Süd-Kommission, Frankfurt/Berlin 1981.
7) Weltbank (Hrsg.): World Development Report, New York 1980.
8) OECD (Hrsg.): Die Zukunftschancen der Industrienationen, Frankfurt/New York 1981.
9) IUCN, UNEP, WWF (Hrsg.): Weltstrategie für die Erhaltung der Natur, 1980.
10) J. Tinbergen, Der RIO-Bericht an den Club of Rome. Wir haben nur eine Zukunft, Opladen 1977.

– Ergänzt durch Studien wie: „Mythos des Hungers"[11]), „Saat-Multis"[12]), „Circle of Poison"[13]) läßt es die großen Hindernisse, die einer menschenwürdigen Welt entgegenstehen sowie die ökonomischen und politischen Kräfte sichtbar werden, die diese Hindernisse auftürmen.

„Global 2000" ist zunächst eine Studie, die politische Entscheidungsträger unmißverständlich aufruft, ihre Ziele, Absichten und Handlungen radikal zu überdenken. Um so schlimmer, daß viele dieser Adressaten sich bereits davor drücken, die Studie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. So klagt Helga Schuchardt (MdB): „Global 2000 ist den wenigsten meiner Kollegen und Kolleginnen bekannt. Das Problembewußtsein kann aus diesem Informationsmangel heraus bei den meisten Parlamentariern also gar nicht vorhanden sein, . . . Sollte der eine oder die andere aber um die Probleme wissen, kann man wohl nur unterstellen, daß er sich durch Verschweigen dem Problemdruck entzieht. . . : Das Schweigen der Regierung zwingt dem Beobachter von außen die Vermutung auf, daß sie entweder nicht in der Lage ist, diesen Problemdruck zu erkennen, oder daß sie sich ihm durch Nichtzurkenntnisnahme entzieht."[14])

Die Umweltbewegungen der Industriestaaten können „Global 2000" auf zweierlei Weise verwenden. Als Informationsquelle für sich und als Argumentationsgrundlage für politischen Druck auf die Regierenden. „Denn als Werk von ‚linken Spinnern', Grünen und realitätsfremden Weltverbesserern kann diese Arbeit amerikanischer Behörden keinesfalls abgetan werden."[15])

5. *Global Future – Entstehungsgeschichte und Zielsetzung der Studie*

„Global Future" setzt da an, wo „Global 2000" endet: bei der Frage, was soll und kann die amerikanische (und damit grundsätzlich jede Regierung eines kapitalistischen Industriestaates) tun, um den aufgezeigten Entwicklungstrends entgegenzuwirken. Die Studie beruht „auf Berichten und Empfehlungen von innerbehördlichen Arbeitsgruppen, die aus 19 (amerikanischen; d. Verf.) Bundesbehörden zusammengestellt wurden, und auf Empfehlungen und Kommentaren von mehreren hundert Bürgern und regierungsexternen Organisationen."[16])

Die Endfassung von „Global Future" wurde formuliert, als Carter bereits die Wahl verloren hatte. Die Autoren des Berichts milderten viele Forderungen ab und verzichteten auf offizielle, endgültige Vorschläge zugunsten von Emp-

11) J. Collins/F. M. Lappé, Vom Mythos des Hungers, Frankfurt 1980.
12) P. R. Mooney, Saat-Multis und Welthunger – Wie Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern, Reinbek 1981.
13) D. Weir/M. Shapiro, Circle of Poison, New York 1980.
14) H. Schuchardt, Was bedeutet Global 2000 für die Bundesrepublik Deutschland? in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Hearing Global 2000, Mai 1981.
15) M. Kern, „Global 2000" – Ein erschreckender Blick in die Zukunft; in: „analysen und prognosen", Heft 73, 1981.
16) Th. Stoel, Der Bericht Global 2000 und seine Wirkungen in den USA; in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Hearing zu „Global 2000", Bonn 1981. Thomas Stoel ist Leiter der „Global Tomorrow Coalition".

fehlungen für eine weitere öffentliche Diskussion. Sie hofften, den Widerstand, den sie von Reagan erwarteten, zu unterlaufen, indem sie den Präsidenten nicht von vornherein mit harten Forderungen konfrontierten. Diese Strategie blieb ebenso erfolglos wie der Versuch, alle Handlungsempfehlungen in „Global Future" durch unstrittige amerikanische Interessen zu begründen. Reagan hat bis heute keine offizielle Notiz von „Global Future" genommen.

Das in „Global Future – Es ist Zeit zu handeln" empfohlene Handlungsprogramm wird aus der in „Global 2000" gegebenen Situationsbeschreibung abgeleitet. Zu allen empfohlenen Maßnahmen werden die amerikanischen Interessen genannt, die durch die jeweilige Maßnahme befriedigt werden sollen. Das Aktionsprogramm „Global Future – Es ist Zeit zu handeln" wird im Hinblick auf folgende amerikanische Interessen entwickelt:

- Verminderung des weltweiten Konfliktpotentials,
- Sicherung des Wohlstandes und des Welthandels,
- Sicherung der Führungsposition der USA unter den westlichen Industrienationen,
- Schutz natürlicher Ressourcen, die Grundlage ökonomischer Produktion sind,
- Sicherung des ökonomischen Fortschritts,
- Vorsorge gegen den rapiden Anstieg von Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf die meisten in „Global 2000" analysierten Problembereiche (insbesondere auf: Bevölkerungsentwicklung, Ernährung und Landwirtschaft, Energie, tropische Wälder, globale Umweltzerstörung, Radioaktivität, Wasser, Institutionen des Umweltschutzes usw.). Die vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich zusammenfassend wie folgt typisieren:

- Forschungsförderung in fast allen angesprochenen Bereichen,
- die Finanzierung von Handlungsprogrammen in mehr als der Hälfte der betrachteten Konfliktbereiche,
- der Gründung nationaler und internationaler Beraterkommissionen,
- die Einberufung nationaler und internationaler Konferenzen,
- die Stützung und Steuerung privatwirtschaftlicher Initiativen, die den oben definierten amerikanischen Interessen entsprechen,
- die Verabschiedung internationaler Resolutionen, Zielprogramme und Richtlinien.

„Global Future" geht sehr pragmatisch davon aus, daß es im langfristigen amerikanischen Interesse liegt, den Problemen des Nahrungsmangels, des Rohstoffverbrauchs und der Umweltverschmutzung entgegenzutreten. Dabei werden, traditionellen Argumentationsmustern folgend, ökonomische Interessen in den Vordergrund gestellt. Bedenkt man diesen, im Grunde sehr reduzierten Anspruch des Berichts, so ist es um so unverständlicher, daß die Reagan-Regierung nicht bereit ist, ihn zur Kenntnis zu nehmen.

6. Die Grenzen von „Global Future"

„Global Future – Es ist Zeit zu handeln" weist in die richtige Richtung, dennoch hat diese Studie Grenzen, indem sie viele Themen nicht anspricht, die unlösbar mit der Frage nach einer neuen weltweiten Umweltpolitik verknüpft sind. Einige von ihnen seien hier exemplarisch aufgeführt:

– „Global Future" nimmt die derzeitige (politische) Weltsituation als gegeben hin und fordert keine grundsätzlich neue Ordnung der Beziehungen zwischen armen und reichen Ländern als Vorableistung. Alle empfohlenen Maßnahmen sind in den derzeit bestehenden sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen und Machtverhältnissen grundsätzlich durchführbar.

– Es wird keine Kritik an der Großmachtpolitik der USA sichtbar, die einen Teil der in „Global 2000" aufgezeigten bedrohlichen Entwicklungen verursacht hat.

– Der gesamte Rüstungsbereich und seine Verflechtung mit dem Umweltproblem wird ausgeblendet.

– Der schleichenden, kontinuierlichen Umweltzerstörung, sei diese nun ausgelöst durch die immer schneller um sich greifende Verbreitung chemischer Stoffe, durch die Freisetzung radioaktiver Strahlung, durch Ausbreitung von Schwermetallen, durch die Folgen der industriellen Landwirtschaft, wird zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Es werden kaum Maßnahmen empfohlen, die gegen diese langfristig gefährliche Form der Umweltvernichtung wirksam greifen.

Gerd Michelsen und ich haben im Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Global Future" die Schwachstellen der Studie ausführlicher aufgelistet[17]).

7. Das Politikkonzept von „Global Future"

„Global Future" enttäuscht sensationssüchtige Leser, denn es wird kein revolutionärer Einzelvorschlag unterbreitet. Stattdessen werden sehr viele Maßnahmen vorgeschlagen. Sie beziehen sich auf konkrete Vorhaben und sind so formuliert, daß sie unter gegebenen Rahmenbedingungen grundsätzlich – wenn auch nur bei veränderten politischen Schwerpunktsetzungen – durchgeführt werden können. Jede einzelne dieser Maßnahmen bewegt sich im Rahmen traditioneller Umweltpolitik. Ihre Gesamtheit ist jedoch so umfassend und vielfältig, daß sie ihn sprengt.

Faßt man die Inhalte der empfohlenen Vorhaben zusammen, so zielen sie auf mehr Forschung, sehr viel mehr Gelder für Projekte, die von der UNO und anderen internationalen Organisationen getragen werden, auf mehr Umweltschutz und Ressourcenschonung in den USA selbst, auf die Gründung von nationalen und internationalen Beraterkommissionen, auf die Einberufung von

17) Vgl. A. Bechmann/G. Michelsen, Global Future – ein Meilenstein der internationalen Umweltpolitik? in: Bechmann/Michelsen (Hrsg.), Global Future, S. 9 ff.

Konferenzen sowie auf die Verabschiedung internationaler Programme und Richtlinien.

„Global Future" ist ein Handlungsprogramm für die Regierungen mächtiger Industriestaaten. Es ist nicht auf das Aktionsinstrumentarium von Entwicklungsländern oder von Umweltschutzbewegungen in Ländern der Ersten Welt zugeschnitten. „Global Future" verspricht nicht die sofortige Lösung des Umweltdesasters. Der Anspruch der Studie ist bescheidener und damit ehrlicher: „Im allgemeinen sind die Empfehlungen des Berichts erste Schritte auf dem Weg dessen, was getan werden muß." („Global Future", S. 35)

8. Die Kontroverse um „Global Future" in der Bundesrepublik

Man kann – zweifelsohne zu recht – darüber streiten, ob solch ein Programm wie „Global Future" grundsätzlich tauglich ist, die in „Global 2000" aufgezeigten Probleme nachhaltig anzugehen. Die Kritik in der Bundesrepublik an „Global Future" läßt sich jedoch auf einen einfachen Nenner bringen: „Global Future" vertritt amerikanische Konzern- und Großmachtinteressen, da

- für das Programm auch mit ökonomischen Argumenten geworben wird;
- die USA immer wieder aufgefordert werden, die Führungs- und Initiativrolle zu übernehmen;
- „Global Future" die USA aufruft zu handeln, um weltweiten sozialen Unruhen und politischen Instabilitäten vorzubeugen;
- die Beteiligung amerikanischer Firmen an der Ausplünderung und Zerstörung der Welt weder massiv angeprangert wird noch durch gezielte, wirksame staatliche Aktionen unterbunden werden soll;
- „Global Future" die Steigerung der Nahrungsmittelhilfe empfiehlt, obwohl die USA Nahrungsmittel auch als politisches Druckmittel einsetzen und Regime stützen, die aufgrund ungerechter Boden- und Einkommensverteilungen in ihren Ländern Armut, Hunger und Umweltzerstörung auslösen (Brasilien, El Salvador, Guatemala stehen hier stellvertretend für viele andere Länder).

Peter Haas ging in der „tageszeitung" (TAZ) gar so weit, von einem Anti-Öko-Buch zu sprechen[18]). Die Belege für die ersten drei Argumente können sehr unterschiedlich interpretiert und gewertet werden, da die Argumente z. T. auf irrigen Spekulationen über die Motive der Autoren und Auftraggeber beruhen. Die Kritik bezüglich der letzten beiden Argumente ist berechtigt. Sie muß jedoch – realistisch gedacht – an den Erwartungen, die man in regierungsamtliche Studien (oder Studien, die als solche geschrieben wurden) setzen darf, relativiert werden. An dieser Elle gemessen, schneidet „Global Future" mindestens ebenso gut oder schlecht ab, wie das „Handlungsprogramm der Nord-Süd-Kommission" oder die „Weltstrategie zur Erhaltung der Natur"; ein Fakt, der insbesondere von Umweltschützern und Umweltschutzorganisationen gesehen wurde. Diese haben „Global Future" positiv aufgegrif-

18) P. Haas, Global Future – Ein Anti-ÖKO-Buch, in: „die tageszeitung" v. 15. 9. 1981.

fen, und zwar mit dem Ziel, deutsche Politiker zu drängen, langfristige globale Umweltprobleme bei ihren Entscheidungen zu bedenken und aktiv für die Verhinderung der in „Global 2000" aufgezeigten Trends einzutreten[19]). Das Öko-Institut hat – parallel zur Veröffentlichung von „Global Future" – den „Aktionskatalog '81" vorgelegt, der eine Zusammenstellung von Maßnahmen enthält, die von der Bundesregierung und dem Bundestag als erster Schritt sofort zu ergreifen sind[20]).

9. „Global Future" – im Detail

9.1 Die Aufsplittung von Ursachen in verursachende Faktoren

Hunger, Ressourcenraubbau und Umweltzerstörung sind auf ein ganzes Bündel von sozialen, ökonomischen, biologischen, physischen Faktoren zurückzuführen, die man als Ausgangsbedingungen für erfolgreiches politisches Handeln alle im Auge behalten muß. Sie lassen sich (der marxistischen Terminologie folgend) in die Begriffe Produktionsverhältnisse und Stand der Produktivkraftentwicklung aggregieren. Alle historische Erfahrung und sozialwissenschaftliche Analyse legt es nahe, in den Produktionsverhältnissen den dominanten Pol des dialektischen Gefüges von Produktionsverhältnissen und Produktivkraftentwicklung zu sehen. Umgekehrt wirkt allerdings auch jede nachhaltige Veränderung der Produktivkraftentwicklung auf Form und Inhalt der Produktionsverhältnisse zurück. „Global Future" nimmt die bestehenden Produktionsverhältnisse zunächst als gegeben hin und formuliert Vorschläge, die auf eine Veränderung der Produktivkraftentwicklung und/oder auf Reformen innerhalb bestehender Produktionsverhältnisse einzelner Staaten sowie der internationalen Beziehungen zielen. „Der Schlüsselgedanke ist hier eine Wirtschaftsentwicklung, die auf Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gerichtet ist." („Global Future", S. 32)

9.2 Zur Auswahl der Beispiele

„Global Future" enthält – wie bereits erwähnt – eine Fülle von praktikablen Vorschlägen zu Einzelmaßnahmen. Für die einzelnen Kapitel der Studie (= Problembereiche) waren unterschiedliche Arbeitsgruppen (mit einer z. T. personell und fachlich sehr weit gestreuten Besetzung) zuständig. Die zentrale Koordinationsgruppe hat die Vorschläge dieser Untergruppen aufeinander gesammelt und in der Endfassung des Berichtes aufgelistet. Jedes Kapitel des Buches enthält eine Aufzählung von Handlungsmöglichkeiten, die jede für sich den Prämissen der Studie genügt – unmittelbar durchführbar zu sein. In der Zusammenfassung von „Global Future" sind diese Empfehlungen bereits so stark aggregiert, daß man in vielen von ihnen den tieferen Sinn der empfohlenen Maßnahme nicht mehr wiedererkennt. Noch schwerer durch-

19) Vgl. H. Weinzierl, Zeit zum Handeln – (auch bei uns), in: „Natur und Umwelt. Zeitschrift für Geologie und Umweltpolitik", 4/1981, S. 3.
20) ÖKO-Institut Freiburg (Hrsg.), Aktionskatalog '81, Freiburg 1981. – Vgl. Alternativen, Thema: Umweltpolitik, in diesem Heft.

schaubar und damit belangloser erscheinen die empfohlenen Aktionen, wenn man sie so abstrakt zusammenfaßt, wie ich dies in Abschnitt 5 dieses Aufsatzes getan habe. Das politische Gefüge der Argumentation von „Global Future" wird erst sichtbar, wenn man sich die konkreten Einzelvorschläge ansieht und sie auf die in „Global 2000" erarbeiteten Ergebnisse bezieht. Dies soll im folgenden exemplarisch geschehen. Ich habe hier bewußt Beispiele ausgewählt, die nicht zum engeren Umweltteil gehören, da diese Kapitel in „Global 2000" und „Global Future" von Kritikern der Studien am heftigsten attackiert werden.

9.3 Bevölkerung

Zunächst die Prämissen:

„Wie noch an anderer Stelle in diesem Bericht ausgeführt wird, gibt es ein großes Potential für die Verbesserung der Erde, die auf ihr lebenden Menschen zu ernähren, einerseits, indem wir die Ressourcen der Erde sinnvoller verwenden, und andererseits dadurch, daß wir die Erträge der Produktion gleichmäßiger verteilen. Wir können in jedem Fall sagen, daß explosives Bevölkerungswachstum, die Schaffung annehmbarer Lebensbedingungen für alle Menschen schwieriger macht." („Global Future", S. 53)

„Es besteht allgemeiner Konsens unter Bevölkerungsexperten, daß das Bevölkerungswachstum auf zwei Arten beeinflußt werden kann: zum einen dadurch, daß Familienplanungsdienste eingerichtet und die Menschen dazu motiviert werden, sie zu benutzen, und zum anderen durch die Entwicklung insbesondere von besseren Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten . . . Zum ersten Mal überschreitet die Nachfrage der Regierungen von Entwicklungsländern nach Unterstützung bei der Bevölkerungsplanung wesentlich das Angebot aus den gebenden Ländern." („Global Future", S. 54) „Obwohl die Nachfrage nach Familienplanung wächst und der Bevölkerungsdruck auf die Ressourcen deutlicher wird, ist die gesamte Unterstützung für eine internationale Bevölkerungsplanung paradoxerweise in letzter Zeit real zurückgegangen." („Global Future", S. 55)

Die Autoren von „Global Future" gehen pragmatisch davon aus, daß einerseits langfristig Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu erhöhen sind (vgl. auch 9.4), daß es aber andererseits durchaus möglich ist, in der bestehenden Situation aktiv zu werden durch:
- eine internationale Bevölkerungs-Gesundheits-Initiative;
- finanzielle Förderung bestehender international anerkannter Programme (z. B. United Nation Fund for Population Activities);
- Erforschung von Langfristverhütungsmethoden; (Dies klammert die kommerzielle Forschung aus, um die Verkaufserlöse der Verhütungsmittelhersteller nicht zu schmälern.)

Die Autoren von „Global Future" empfehlen fürs erste eine Steigerung der Ausgaben für diese Maßnahmen um ca. 250–500 Mio. Dollar.

9.4 Ernährung und Landwirtschaft

Auch hier wieder zunächst die Prämissen:

„Um die Bevölkerung der Welt zu ernähren, ist es notwendig, das ganze Netz von komplexen, voneinander abhängenden Problemen koordiniert anzugehen: die rapide wachsende Weltbevölkerung; Störungen des Wasserhaushaltes und Verlust von gutem Boden durch Entwaldung; Bodenerosion und -qualitätsminderung aus vielerlei Gründen, einschließlich der Wüstenbildung;

steigende Kosten von energieintensiven Produktionsmitteln wie Dünger und Pestiziden; zunehmende regionale Wasserknappheit; Aussterben von lokalen Getreidearten und deren wildwachsenden Abarten, die zur Züchtung erwünschter Pflanzenqualitäten notwendig sind – all dies ist Teil des Lebensmittelproblems ... Soziale und ökonomische Fragen sind ebenso wichtig ... Viele Untersuchungen ... haben die Bedeutung des Landbesitzes für die Lebensmittelproduktion besonders betont ... Zu den Faktoren, die für die Lebensmittelproduktion eine Rolle spielen, gehören auch die landwirtschaftliche Preispolitik, das Vorhandensein technischer Beratung sowie Kreditmöglichkeiten für kleine Betriebe ... Hinzu kommt, daß die Lösung des ‚Lebensmittel-Problems' und die Lösung des ‚Hunger-Problems' nicht das gleiche sind. Der Grund für die weite Verbreitung des Hungers liegt in der gravierenden wirtschaftlichen Ungleichheit. ... Der Bericht der Kommission des Präsidenten zum Welthunger vom März 1980 enthielt eine eindrucksvolle Bilanz der sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen des Hungerproblems sowie ein breites Spektrum von Empfehlungen, um diese zu überwinden. In dem hier vorliegenden Bericht ... haben wir uns auf die Fragen beschränkt, die bei der Zusammenstellung und Informationssuche für Global 2000 von besonderer Bedeutung waren, aber wir taten dies mit dem Wissen um die Bedeutung der sozialen und ökonomischen Aspekte, die dem Hungertod zugrunde liegen. ... Tatsächlich würde sich die Notlage der Armen sogar noch verschlechtern, wenn der technologische Wandel unabhängig von einem allgemeinen Programm sozialer und wirtschaftlicher Reformen stattfindet." („Global Future", S. 62/63)

Die hier angesprochenen – physischen und biologischen – Hemmnisse der Nahrungsproduktion sind in „Global 2000" ebenso dargestellt wie die Rückwirkung der heutigen Bedingungen und Techniken der Agrarproduktion auf die Grundlagen (d. h. Ressourcen) dieser Produktion. „Global 2000" ist das einzige „Weltmodell", das die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch eine naturwidrige Produktionstechnik (Monokulturen, umfangreicher Pestizideinsatz, Anbautechniken, die Bodenerosion hervorrufen usw.) und naturzerstörerische soziale Produktionsbedingungen ausführlich anprangert[21]).

Abbildung 1 stellt diese Einflußfaktoren dar – ohne auf die komplexen Beziehungen zwischen ihnen einzugehen. (Um dieses Beziehungsnetz zu verstehen, muß man den Rahmen der Analyse von „Global 2000" verlassen und Untersuchungen wie „Mythos des Hungers", „Saat-Multis" und „Circle of Poison" hinzuziehen[22]).)

Aufgrund der in Abbildung 1 dargestellten und anderer Ursachen prognostizieren die „Global"-Autoren:
– „eine geringfügige Erhöhung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Lebensmitteln in den Entwicklungsländern des Mittleren Ostens und Südasiens und einen Rückgang in Afrika;
– eine ungefähre Verdoppelung der realen Lebensmittelpreise;
– zunehmende jährliche Schwankungen der Lebensmittelproduktion." („Global Future", S. 61)

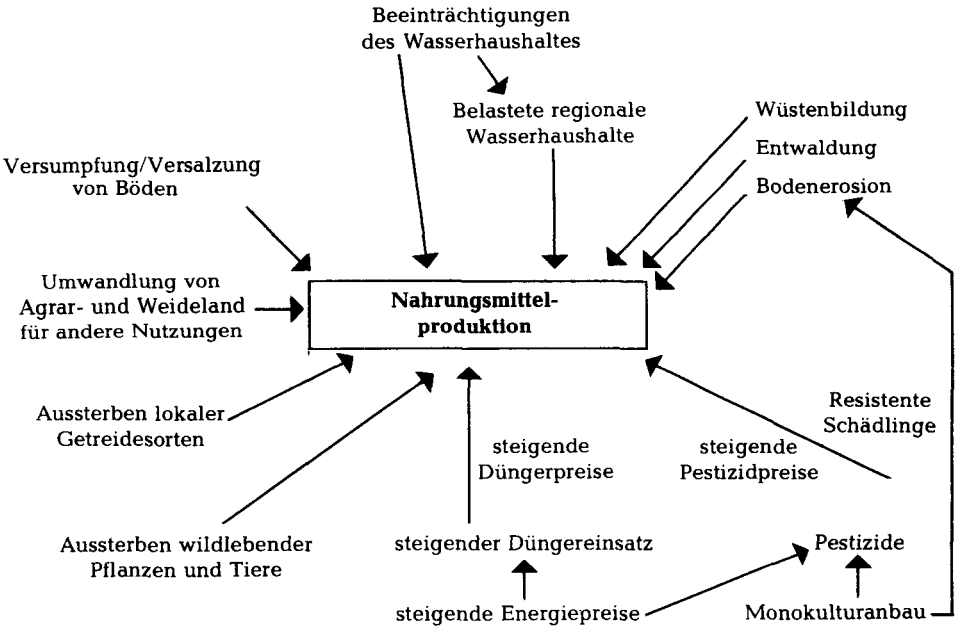
Sie schlagen daher ein umfangreiches Maßnahmenbündel vor, das hier nur grob skizziert werden kann. Es umfaßt u. a.

---

21) Selbst das aus sozialpolitischen Gesichtspunkten vorbildliche Bariloche-Modell (Herrera/Scolnik u. a., Die Grenzen des Elends, Frankfurt/M. 1977) hat im Umweltbereich ein völliges „black out". Die Autoren plädieren sowohl uneingeschränkt für steigende Dünger- und Pestizideinsätze als auch für den weltweiten Ausbau der Kernenergie.

22) Vgl. hierzu „Global 2000", insbesondere S. 579 ff., sowie Collins/Moore-Lappé, Mooney und Weir/Shapiro.

Abbildung 1
Hemmende Faktoren für das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion



– Eine bedeutende Erhöhung der Entwicklungshilfe im Lebensmittelsektor, die in erster Linie der Entwicklung kleinerer Betriebe, der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, der Forschung und Ausbildung usw. zugute kommen soll. („Global Future", S. 64)

– Diese Auslandshilfe soll vorwiegend über internationale Institutionen und nicht durch die USA direkt transferiert werden. („Global Future", S. 65)

– Die US-Regierung soll gezielte Schritte zur Eindämmung von Bodenerosion und Landschaftsverbrauch in den USA selbst unternehmen. Dazu wird eine Palette von Vorschlägen unterbreitet. („Global Future", S. 70/71)

– Der Aufbau einer weltweiten Keimplasmabank und die weitere Erforschung und weltweite Verbreitung des integrierten Pflanzenschutzes soll intensiv vorangetrieben werden. Auch hierzu werden Einzelvorschläge unterbreitet. (Vgl. „Global Future", S. 73–79)

– Die USA sollen sich forciert an der Bildung internationaler sowie in den Entwicklungsländern nationaler und regionaler Nahrungsmittelreserven beteiligen. („Global Future", S. 79/80)

Dies alles wird flankiert von der Einsicht: „Wie der Weltentwicklungsbericht (der Weltbank von 1980; d. Verf.) betont, muß besonders der Entwicklung der

menschlichen Ressourcen-Verbesserung des Ausbildungsstandards, der Gesundheitsvorsorge, der Ernährung – bei der Entwicklungsplanung und Investition mehr Nachdruck verliehen werden." („Global Future", S. 153) Wie dies im einzelnen geschehen soll, wird im Kapitel „Dauerhafte Entwicklung" dargelegt, auf das ich hier nicht weiter eingehen will.

Von diesem dargelegten Teilprogramm erwarten die Autoren u. a. immerhin, daß
– „25–30 Millionen mehr Menschen jedes Jahr ausreichend Nahrungsmittel erhalten"; („Global Future", S. 64)
– sich die eingesparten Düngemittelkosten jährlich allein auf 500 Millionen Dollar belaufen; („Global Future", S. 78)
– die Wasserverschmutzung durch Düngemittel reduziert wird; („Global Future", S. 78)
– „die Abhängigkeit der USA vom kommerziellen Stickstoff um wenigstens 15%" sinkt; („Global Future", S. 78)
– die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2000 halbiert und die Familienplanung anstatt von einem Drittel von zwei Dritteln der Weltbevölkerung aktiv in Anspruch genommen wird. („Global Future", S. 156)

9.5 *Institutionelle Veränderungen*

Anders als die ihm vorangegangenen spekulativen (Club of Rome) oder normativen (Bariloche) Weltmodelle hat „Global 2000" eindringlich zeigt,

„daß die Regierung der USA zur Zeit nicht in der Lage ist, diese weltweiten Erscheinungen (gemeint sind: Bevölkerungs-, Umwelt- und Ressourcenprobleme; d. Verf.) im voraus zu erkennen und ihnen wirklich entgegenzutreten. . . . Um es deutlich zu sagen, es sind Veränderungen in unseren Institutionen notwendig, um eine ständige Beobachtung der langfristigen globalen Bevölkerungs-, Ressourcen- und Umweltprobleme von seiten der Regierung, der Bürger und anderer Institutionen zu gewährleisten." („Global Future", S. 159) . . . „Das Ergebnis dieses bedrückenden Defizits an Koordination bei der Datensammlung und bei der Erstellung von Modellen durch die Regierung ist, daß insgesamt die ausführenden Regierungsbehörden nicht in der Lage sind, dem Präsidenten aufeinander abgestimmte Prognosen über Entwicklungstrends in der Welt vorzulegen." („Global Future", S. 161)

Auch hierzu wird eine größere Anzahl von Vorschlägen unterbreitet, von denen ich nur zwei erwähnen will:

– Die Einsetzung einer zentralen Regierungsstelle (angelagert beim Executive Office des Präsidenten), die Analysen der Langfristentwicklungen anfertigt, Handlungsempfehlungen erarbeitet, entsprechende politische Aktivitäten verschiedener Ministerien koordiniert und mit internationalen Organisationen zusammenarbeitet.

– Die Gründung eines halböffentlichen und halb privaten Instituts zur Analyse weltweiter Bevölkerungs-, Ressourcen- und Umweltprobleme, denn „Universitäten, Denkfabriken", Bürgerinitiativen und Industrieunternehmen sind oft besser geeignet als die Regierung, um innovative Maßnahmen vorzuschlagen, Analysen durchzuführen und Teilprogramme zu ergänzen." („Global Future", S. 172)

Auch wenn dies bei dem einen oder anderen den Verdacht der Bürokratisierung erregt, zeigt die bisherige Erfahrung (so z. B. die mit dem „Council on Environmental Quality"), daß soziale und umweltverbessernde Programme bestenfalls dann entstehen und realisiert werden, wenn die Entscheidungsträger durch eine informierte Bürokratie und eine informierte politisierte Öffentlichkeit eindringlich dazu angehalten werden. (Dies gilt nicht unbedingt für jeden einzelnen Politiker, wohl aber für Parlamentsmehrheiten.)

10. Global Future – und wie weiter?

„Global Future" bietet weder ein Allheilmittel für Bevölkerungs-, Ressourcen- und Umweltprobleme noch in sich fertige Programme. „Dieser Bericht ist nur der Anfang eines Weges, den die USA und andere Länder der Welt in den nächsten Jahren gehen müssen. . . . Ziel des Berichtes ist es, die Diskussion dieser wichtigen Probleme in der Öffentlichkeit fortzusetzen und diese Überlegungen führenden Regierungsmitgliedern vorzutragen, die für die amerikanische Politik in den kommenden Jahren verantwortlich sein werden." (Gus Speth/Edmund Muskie im Vorwort von „Global Future", S. 24/25)

„Global Future" ist erst recht keine „Machtstrategie im ökologischen Mäntelchen" wie Peter Haas in seiner oberflächlichen Rezension behauptet[23]) (die aufgrund sachlicher Fehler die Vermutung nahelegt, er habe das Buch gar nicht gelesen).

Das politische Konzept von „Global Future" ist amerikanisch – es präsentiert aber jenes andere Gesicht Amerikas, das wir aus früheren Phasen der Kennedy-Politik, aus der Bürgerrechtsbewegung, der Umweltbewegung, der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg usw. kennen. Wir sollten die humanen und progressiven Tendenzen Amerikas nicht über der, sich in Wirtschaftskrise sowie zunehmender internationaler Isolation verstrickenden, im Inland soziale Konflikte provozierender und auf Rüstungswahnsinn angelegten Politik eines (vom Großkapital gestützten) amerikanischen Präsidenten verdunkeln lassen. „Global Future" zeigt eine realistische pragmatische Alternative zu dieser Politik. Diese Alternative gilt es in der Bevölkerung und unter den Politikern aktiv zu stärken.

Die Implementierung von „Global Future" ist grundsätzlich möglich und hätte begrüßenswerte Folgen, wie

– die zusätzliche Ausgabe von jährlich 20–40 Mrd. Dollar für die Beseitigung von Hunger, Elend und Umweltzerstörung und eine davon ausgelöste Umverteilung des amerikanischen Budgets;
– eine entscheidende Kehrtwendung der derzeitigen inneramerikanischen Umweltpolitik;
– eine Verwandlung des „Weltpolizisten USA" in ein kooperatives Mitglied internationaler Organisationen; (Zur Zeit blockieren die USA Weltkonferenzen über die in „Global 2000" aufgeworfenen Probleme.)

23) Haas, a.a.O.

– eine längerfristig wirksame Veränderung der derzeitigen Ziele amerikanischer Politik und der im Moment herrschenden „öffentlichen" Meinung;
– den Ansporn an die Bundesrepublik, in gleicher Richtung mitzuarbeiten.

Wer aus „geistigem Rigorismus" oder Unachtsamkeit die durchaus pragmatischen und politisch vorsichtigen Komponenten von „Global Future" als einseitige Indienstnahme ökologischen Wollens durch aggressive, imperialistische Interessen umdeutet, muß sich fragen lassen:

– Wenn es so ist, warum wird „Global Future" von der Reagan-Regierung totgeschwiegen?
– Welcher grundsätzlich bessere und bei gegebener Ausgangssituation gangbarer Weg bietet sich den Regierungen der Industrienationen, um der drohenden Zukunftsprobleme Herr zu werden?
– Was können die Umweltbewegungen der Industriestaaten grundsätzlich anderes tun, als sie tun, um diesen Prozeß zu beschleunigen?
– Wie sieht die eigene konkrete politische Praxis des betreffenden Kritikers aus?

Das ÖKO-Institut, aus dem „Global Future" in der BRD veröffentlicht wurde, ist nicht bereit, allein darauf zu hoffen, daß „die Politiker die Kraft finden, unsere Umwelt zu retten". Es versucht durch seinen „Aktionskatalog 81" die Diskussion um Konsequenzen aus „Global Future" und um Schritte zur Neuorientierung der Umweltpolitik in der Bundesrepublik einzuleiten. Ernsthafte Umweltpolitik hat grundlegende Gesellschaftsveränderungen im Auge, ohne sie zur Vorbedingung ihres Handelns zu machen.

Die Bedrohung der nicaraguanischen Revolution

Von Adalbert Krims

Der nachfolgende Beitrag von Adalbert Krims berichtet über die Entwicklung in Nicaragua bis zum September 1981. Die nachfolgenden Ereignisse bekräftigen die Darstellung des Autors, daß das Land akuter Bedrohung – vor allem von außen – ausgesetzt sei. Seit US-Außenminister Alexander Haig erklärte, eine „Intervention (sei) nicht auszuschließen", haben die Pressionen auf Nicaragua (und El Salvador) noch zugenommen. Die USA haben Guatemala und El Salvador zu einem Militärpakt veranlaßt, dem auch Honduras beitreten soll. Seit Oktober 1981 fanden vor der Küste Nicaraguas drei US-Flottenmanöver statt, bei denen Landungsmanöver erprobt wurden.

Im Inneren Nicaraguas wurde die „Destabilisierungspolitik" fortgesetzt: Kredite wurden nicht gewährt, Lebensmittellieferungen auf Druck der USA verweigert. Die Regierung war daraufhin gezwungen, wie im folgenden berichtet wird, am 3. September 1981 den Notstand auszurufen. Gegen diese Maßnahme opponierten – neben Somoza-Anhängern – auch ultralinke Gruppierungen, die zu Streiks aufriefen. Funktionäre dieser Gruppen wurden daraufhin verhaftet.

Am 12. Januar 1982 konnte der nicaraguanische Innenminister Tomas Borge bekannt geben, daß eine weitverzweigte Verschwörung aufgedeckt werden konnte, deren Spuren nach Brasilien, Chile, Honduras und den USA führen. Auch Oppositionspolitiker seien an der Verschwörung beteiligt gewesen.

Der vorliegende Beitrag gewährt einen Überblick über die nicaraguanische Entwicklung im vergangenen Jahr und formuliert Aufgaben für die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. D. Red.

Als die US-amerikanische „Heritage Foundation" Ende 1980 eine Studie mit dem Titel „Die Politik der USA und die marxistische Gefahr in Mittelamerika" herausbrachte, nahm wohl kaum jemand in der Welt davon Notiz. Die Studie wäre auch heute nicht erwähnenswert, hätte sich nicht inzwischen herausgestellt, daß die „Heritage Foundation" nicht bloß eine unter Tausenden wissenschaftlichen Stiftungen in den USA ist, die sich die „Bekämpfung des Kommunismus" zum Ziel gesetzt haben. Das Besondere an der „Heritage-Foundation" besteht darin, daß sie Studien und Konzepte für die Reagan-Administration erarbeitet, die nicht selten zur Richtschnur des außenpolitischen Handelns der neuen US-Führung werden.

In der oben zitierten Studie nimmt Nicaragua einen breiten Raum ein, das „eine ständige Quelle der Unterstützung für marxistische Revolutionen in anderen Teilen Mittelamerikas" geworden sei[1]). Daher wird „die Beschleunigung der Beseitigung der Regierung von Managua" gefordert. Zu diesem Zwecke müsse zunächst einmal jede ökonomische Hilfe für den Wiederaufbau Nicaraguas eingestellt werden. Je größer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes, desto mehr wachse die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung und desto größer sei auch die Chance, daß die Bevölkerung sich gegen die sandinistische Regierung erheben werde. Allerdings müsse bald gehandelt werden, denn: „Je länger diese Regierung an der Macht bleibt, umso stärker wird der Sicherheitsapparat sein, umso schwieriger wird es sein, sie zu verdrängen." Noch sei die Regierung schwach und könne mit einem „gut aufgebauten Programm" und einer „koordinierten und konzentrierten Anstrengung beseitigt werden".

Die Studie der „Heritage-Foundation" kommt jedoch zu dem Schluß, daß ein Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua nicht ausreichen werde: „Es wird nicht möglich sein, und zwar ganz unabhängig vom Grad der Unzufriedenheit im

1) Vgl. „Die Neue", v. 20. 5. 1981.

Volk, die gegenwärtige kommunistische Regierung anders zu verdrängen als durch eine militärische Aktion." Und ergänzend dazu: „Zweifellos könnten die unzufriedenen Nicaraguaner im bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten von den ehemaligen Angehörigen der Nationalgarde unterstützt werden, die jetzt im Exil leben".

Die bisherige Politik der Regierung Reagan zeigt deutlich, daß solche Studien nicht bloßes Papier sind, sondern daß sie mit einer beängstigenden Konsequenz in die Praxis umgesetzt werden. Bereits einen Monat nach der Regierungsübernahme stoppte Reagan die von seinem Vorgänger Carter – ohnehin nur zögernd und mit politischen Auflagen – gewährte Wirtschaftshilfe für Nicaragua. Dieser Wirtschaftsboykott betraf nicht nur Kredite, sondern z. B. auch bereits fix zugesagte Weizenlieferungen. (Aufgrund eines internationalen Hilfsappells der Regierung in Managua sprangen die Sowjetunion, die DDR und die Europäische Gemeinschaft mit Weizenlieferungen ein, wodurch eine drohende Hungersnot vermieden werden konnte.)

Doch die USA lassen es – gemäß dem „Heritage-Plan" – nicht beim Wirtschaftsboykott bewenden. In Texas und Florida existieren (zumindest mit Duldung, wenn nicht mit direkter Unterstützung der US-Regierung) Ausbildungscamps für ehemalige Somoza-Nationalgardisten. Von den Ausbildungslagern in Honduras, wahrscheinlich ebenfalls von den USA unterstützt, werden schon seit längerer Zeit kontinuierlich „begrenzte" Aktionen ehemaliger Nationalgardisten gegen das Territorium Nicaraguas unternommen. Der Sekretär des von der Sozialistischen Internationale gegründeten „Komitees zur Verteidigung der Revolution in Nicaragua" und außenpolitische Experte der schwedischen Sozialdemokraten, Pierre Schori, der sich Ende Juni 1981 in Nicaragua aufhielt, schrieb dazu in einem Bericht für die Sozialistische Internationale: „Am Tag unserer Ankunft in Managua griff der Feind an. Von einem der fünfzehn Lager der Militäreinheiten des gestürzten Diktators Somoza im benachbarten Honduras aus wurde ein Grenzdorf überfallen. Unter den sieben Toten eine Frau und ihr sieben Monate altes Kind. Zwei der Angreifer wurden als ehemalige Mitglieder der Nationalgarde von Anastasio Somoza identifiziert . . . Die Terroraktionen und Grenzverletzungen ereignen sich nahezu täglich. Auch noch zwei Jahre nach dem Sturz der Diktatur Somozas fallen Hunderte von Bürgern Nicaraguas ihr zum Opfer. In Honduras und Guatemala warten schätzungsweise mindestens fünftausend ehemalige Mitglieder der Nationalgarde auf ihre Stunde. Direkt oder indirekt von den Regierungen dieser Länder unterstützt, stellen sie ein Element in der Destabilisierungs- und Angriffsstrategie der Reagan-Administration gegen die Revolution in Nicaragua dar."[2]) Pierre Schori hob in dem Bericht weiter hervor, daß die USA ihre Militärhilfe an Honduras beträchtlich erhöht haben. Seiner Meinung nach spekuliere die fanatisch antikommunistische Junta in Tegucigalpa, die heute schon über die weitaus stärkste Luftwaffe Mittelamerikas verfügt, auf einen Krieg gegen Nicaragua.

2) „Inter Press Service" (IPS) v. 20. 7. 1981.

Der dritte Schwerpunkt in der US-Strategie gegen Nicaragua – neben dem ökonomischen und dem militärischen Bereich – liegt eindeutig im Sektor des internationalen Nachrichtenflusses. Die von den USA kontrollierten transnationalen Medienmonopole haben einen wahren „Informationskrieg" gegen Nicaragua entfesselt. In einem Interview mit der österreichischen Zeitschrift „Kritisches Christentum" sagte der Minister des Nationalen Wiederaufbaufonds, Haraldo Montealegre: „Ein weiterer Versuch der USA, Nicaragua zu destabilisieren, erfolgt durch die internationalen Nachrichtenagenturen. Sie verbreiten ständig ein völlig falsches Bild von den Vorgängen in Nicaragua.

Die Berichte werden auf Halbwahrheiten aufgebaut und entspringen einer bösen Absicht."[3]) Über das Ziel dieser Medienkampagne schrieb der nicaraguanische Kulturminister, P. Ernesto Cardenal, kürzlich in einem Brief an „Kritisches Christentum": „Mit der Absicht, uns später militärisch anzugreifen, erfinden sie heute falsche Informationen über unsere Revolution, um uns Freunde in anderen Teilen der Welt zu nehmen und die weltweite Solidarität mit Nicaragua – die so groß war – zu schwächen."[4])

Angesichts der bereits jetzt sichtbaren massiven US-Strategie zur Destabilisierung Nicaraguas muß man sich ernsthaft fragen, was denn die nächsten Schritte sein werden, wenn Außenminister Haig öffentlich erklärte: „Ich habe meine letzte Karte in Nicaragua noch nicht ausgespielt."[5])

Neben den Maßnahmen, Nicaragua von außen her zu destabilisieren (durch Wirtschaftsboykott, militärische Aufrüstung der ehemaligen Nationalgarde sowie der honduranischen Armee sowie durch die internationale Medienkampagne), geht es den USA jedoch auch um die Stärkung der antisandinistischen Kräfte innerhalb Nicaraguas, also um den Aufbau einer „inneren Front". Im Rahmen dieser Strategie wurden vor allem drei Institutionen ausgewählt, die als Bollwerk gegen einen „kubanischen Weg" der sandinistischen Revolution und zur „Sicherung des Pluralismus" dienen sollen: der private Wirtschaftssektor, die Kirche und die (antisandinistische) Presse[6]).

Der private Wirtschaftssektor

Nach dem Sieg der Revolution wurde lediglich der Privatbesitz des Somoza-Clans verstaatlicht, später auch das Banken- und Versicherungswesen sowie der Außenhandel. Die ökonomische Position der nationalen Bourgeoisie blieb jedoch praktisch unangetastet, was darauf zurückzuführen ist, daß diese sich zum Sturz der Somoza-Diktatur mit den Sandinisten verbündet hatte. Nach Angaben der Sozialistischen Internationale sind heute 80% des Agrarsektors, 70% der Fabriken und nahezu der gesamte Binnenhandel in Privatbesitz. Insgesamt beherrscht der Privatsektor zu 70% die Wirtschaft des Landes[7]).

3) „Kritisches Christentum" (KC), Nr. 50 v. Juli 1981.
4) KC Nr. 51 v. Oktober 1981.
5) Zit. n.: IPS v. 20. 7. 1981.
6) Vgl. „International Herald Tribune" (IHT) v. 20. 7. 1981.
7) IPS v. 20. 7. 1981.

Obwohl die Sandinisten von Anfang an versuchten, den privaten Wirtschaftssektor in den Prozeß des nationalen Wiederaufbaus einzubeziehen, und ihn daher auch entsprechend förderten (so gingen etwa 60% aller Kredite an die Privatwirtschaft), stellte sich doch bald heraus, daß ein Großteil der Privatwirtschaft – vor allem der „Oberste Rat der Privatunternehmer" (COSEP) – den gesellschaftspolitischen Zielen der neuen Regierung mißtraute. Mit dem Rücktritt des früheren COSEP-Präsidenten und größten Privatunternehmers des Landes, Alfonso Robelo, aus der 5köpfigen Regierungsjunta im April 1980 verschärfte sich der Konflikt zwischen den Sandinisten und einem bedeutenden Teil der Bourgeoisie ganz erheblich. Ein halbes Jahr später wurde dann der Bruch auch formell dadurch vollzogen, daß die bürgerlichen Parteien – angeführt von Robelos „Demokratischer Bewegung" (MDN) – den Staatsrat verließen.

Zwar gibt es auch heute noch Privatunternehmer, die loyal mit der sandinistischen Regierung zusammenarbeiten, aber bei dem großen Anteil des Privatsektors an der nicaraguanischen Wirtschaft wirkt sich natürlich die Obstruktion eines erheblichen Teils der Bourgeoisie ökonomisch verheerend aus. Der Vorsitzende der Nationalbank, Alfredo Cesar, sagte dazu: „Ein großer Teil der Unternehmer will unter den derzeitigen Bedingungen weder investieren noch produzieren. So ist es zu einer bedeutenden Kapitalflucht gekommen."[8]) Und Minister Montealegre meinte: „Wir sind an Investitionen im privaten Sektor interessiert und haben sie auch gefördert. Aber die USA wirken auf die Privatunternehmer ein, damit sie ihre Gewinne nicht in Nicaragua reinvestieren, sondern sie ins Ausland, nach Miami, transferieren. Diese von den USA geförderte Kapitalflucht schafft für uns ernste Probleme."[9])

Alfonso Robelo gab in einem Interview mit „Le Monde" im Juni 1981 offen zu, daß die Unternehmer die Kapitalflucht als politisches Druckmittel gebrauchen: „Wir werden am Wiederaufbau des Landes nicht teilnehmen, wenn das gegenwärtige politische Schema nicht radikal verändert wird."[10]) Und weiter: „Der wirtschaftliche Druck ist die beste Waffe, über die wir verfügen, um ein politisches Übereinkommen zu erhalten." Robelo verschwieg auch nicht, zu welchem Ziel ein solches „politisches Übereinkommen" führen sollte: „Natürlich, ich will die Macht, die sich heute im Besitz der Sandinisten befindet."

Obwohl sich die Regierung zur gemischten Wirtschaft bekennt, kann sie dieser Obstruktionspolitik des Privatsektors nicht tatenlos zusehen, zumal sie auch unter einen zunehmenden Druck der Basis und der sandinistischen Gewerkschaften gerät. „Gegenwärtig stachelt das Verhalten des Privatsektors den Klassenkampf an", betonte der Koordinator der Regierungsjunta, Daniel Ortega, gegenüber „Le Monde"[11]). Und er fuhr fort: „Der Druck der Basis ist stark. Wir müssen das begreifen und ihm ein Ziel geben, wenn wir nicht ris-

8) Ebd.
9) KC Nr. 50 v. Juli 1981.
10) „Le Monde" v. 18. 6. 1981.
11) „Le Monde" v. 19. 6. 1981.

kieren wollen, uns ohne das Volk und mit der Bourgeoisie gegen uns selbst wiederzufinden." Die Regierung hat daher Gesetze beschlossen, die es ermöglichen, Unternehmen zu verstaatlichen, die ihr Kapital ins Ausland schaffen oder die Produktion boykottieren. Die sandinistischen Gewerkschaften und der Nationale Landarbeiterverband haben inzwischen eine Verschärfung dieser Gesetze sowie eine konsequentere Anwendung gefordert.

Angesichts drohender Verstaatlichungen plant nun die Reagan-Administration, von ihrem strikten Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua abzugehen und statt dessen einen Sonderfonds zur Förderung des Privatsektors zu errichten[12]). Die Mittel (rund 20 Mio. Dollar) sollen über den COSEP verteilt werden, der eng mit der politischen Opposition und dem konservativen Teil der Kirche Nicaraguas verbunden ist.

Diese jüngste Entwicklung könnte also bedeuten, daß der Privatsektor in gewisser Weise von der „Dekapitalisierungsstrategie" abgeht, da man deren Ambivalenz erkennt: auf der einen Seite schadet sie zwar dem nationalen Wiederaufbau (und damit der Regierung), auf der anderen Seite kann sie jedoch den Rückgang des Anteils des Privatsektors an der Volkswirtschaft zur Folge haben. Das würde aber auch bedeuten, daß sich die politische Opposition zusehends ihrer eigenen ökonomischen Basis beraubt. Wie auch immer die künftige Strategie des Privatsektors (bzw. genauer: eines wesentlichen Teils dieses Sektors) aussehen wird, sie ist auf jeden Fall auf einen Machtkampf gegen die Sandinisten ausgerichtet, oder, wie es die US-Presse formuliert: „Noch lehnen es die Anwälte der Demokratie und freien Marktwirtschaft in Nicaragua ab, den Kampf aufzugeben."[13])

Die antisandinistischen Massenmedien

Für die USA ist der „Informationskrieg" gegen die Sandinisten innerhalb Nicaraguas fast ebenso wichtig wie jener auf internationaler Ebene. Das wichtigste Medium dabei ist die Tageszeitung „La Prensa", die gewissermaßen zum Symbol hochstilisiert wird. „Nichts würde deutlicher eine Entscheidung der sandinistischen Führung, Nicaragua auf den kubanischen Weg zu zwingen, signalisieren als die Knebelung von La Prensa."[14]) Dabei zehrt man auch von dem guten Namen der Zeitung, der von der früher wichtigsten antisomozistischen Zeitung des Anfang 1978 ermordeten Pedro Joaquin Chamorro übernommen wurde. Noch dazu ist ein Sohn des legendären Chamorro heute Herausgeber der antisandinistischen „La Prensa". Übersehen wird jedoch zumeist, daß ein anderer Sohn Chefredakteur von „Barricada", dem Zentralorgan der FSLN, ist und daß nur sehr wenige Journalisten der alten „La Prensa" heute beim Oppositionsblatt arbeiten. Mitte 1980 haben nämlich 90% der Journalisten von „La Prensa" eine neue, unabhängige, pro-sandinistische Zeitung „Nuevo Diario" gegründet, so daß die heutige „La Prensa" eigentlich

12) Vgl. IPS v. 27. 8. 1981.
13) IHT v. 3. 8. 1981.
14) IHT v. 20. 7. 1981.

eine neue Zeitung ist, die mit ihrer namensgleichen Vorgängerin wenig zu tun hat[15]).

„La Prensa" ist nicht nur das wichtigste Sprachrohr aller oppositionellen Kräfte, deren Stellungnahmen – von Robelo über den COSEP, den Erzbischof von Managua bis hin zu den verschiedenen antisandinistischen Parteien und Gewerkschaften – stets ausführlich wiedergegeben werden, sondern sie bedient sich darüber hinaus zweifelhafter journalistischer Methoden durch Verbreitung von Gerüchten, Halbwahrheiten und eindeutigen Lügen. Durch „La Prensa" wird auch die nicaraguanische Bevölkerung täglich mit denselben Stereotypen und Verleumdungen der sandinistischen Revolution „beglückt", die durch die transnationalen Medienkonzerne im Ausland verbreitet werden: daß die Revolution von der Sowjetunion via Kuba gesteuert wird, daß die Sandinisten verkappte Marxisten-Leninisten sind und die Religion bekämpfen, daß sie ein Klima des Hasses schaffen, daß sie die Wirtschaft ruinieren, daß sie den Großteil der Auslandshilfe in Waffenkäufe stecken usw. usf. Zwar wurde „La Prensa" schon einige Male wegen grober Gesetzesverletzungen mit mehrtägigen Erscheinungsverboten belegt, aber dennoch scheinen sich ihre Eigentümer ihrer Sache sehr sicher zu sein und setzen ihre Verleumdungskampagne fort. Offenbar rechnen sie damit, daß die Regierung aufgrund internationaler Rücksichtnahmen keine härteren Maßnahmen ergreifen kann. Solche Maßnahmen würden ja einen Verstoß gegen die „Pressefreiheit" bedeuten und hätten wahrscheinlich schwerwiegende Auswirkungen in bezug auf die Wirtschaftshilfe aus Westeuropa sowie auf die politische Unterstützung durch westlich orientierte Staaten oder auch durch die Sozialistische Internationale. Es klingt paradox, aber es ist eine Tatsache: Das Überleben der Revolution behindert die Bekämpfung der Konterrevolution. Oder anders ausgedrückt: aufgrund der geopolitischen Lage Nicaraguas müssen die Sandinisten internationale Rücksichten nehmen, um die Revolution nach außen zumindest einigermaßen abzusichern (und dabei kommt der sogenannten Pressefreiheit – d.h. der Freiheit der Eigentümer von Informations-Produktionsmitteln, die auch die Freiheit der konterrevolutionären Agitation und Propaganda einschließt – ein besonders hoher, beinahe mythischer Stellenwert zu). Das bedeutet aber gleichzeitig, daß ihnen dadurch bei der inneren Absicherung der Revolution in vielen Fällen die Hände gebunden sind. Mit diesem Widerspruch muß die sandinistische Revolution leben, um überleben zu können.

Wenngleich „La Prensa" der wichtigste Faktor im „inneren Informationskrieg" gegen die Sandinisten ist, so ist sie jedoch nicht das einzige Medium, das auf einen Sturz der revolutionären Regierung abzielt. Es gibt darüber hinaus z.B. auch private Rundfunkstationen – wie „Radio Corporacion" –, die versuchen, eine antisandinistische Stimmung in der Bevölkerung anzuheizen. Und schließlich gibt es „La Voz de Honduras" sowie verschiedene in Honduras stationierte „Geheimsender", über die ehemalige Somoza-Natio-

15) Hermann Kohn, El Salvador. Nicaragua. Aufstand im US-Hinterhof, S. 46. Dortmund 1981.

nalgardisten (die natürlich nicht als solche auftreten) zur „Verteidigung des Christentums gegen den Kommunismus" und sogar offen zum bewaffneten Kampf gegen die nicaraguanische Regierung aufrufen. Da die nicaraguanische Bevölkerung zum überwiegenden Teil aus Christen besteht, versuchen diese Sender vor allem, ihre politischen Ziele religiös zu verbrämen. Dabei stellen sie immer wieder den Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, als Vorbild heraus, ohne daß sich dieser bisher von solchen Vereinnahmungen durch die extreme Rechte distanziert hätte.

Dies führt uns – nach der Privatwirtschaft und den antisandinistischen Medien – zum dritten Faktor, den die USA im Rahmen der „inneren Front" gegen die sandinistische Regierung benützen will: die katholische Kirche.

Die Kirche

„Nicaragua ist ein überwiegend christliches Land. Schon von daher ist klar, daß die Revolution ohne die aktive Beteiligung der Christen gar nicht hätte siegen können. Und in der Tat sind auch heute die meisten Christen im revolutionären Prozeß engagiert."[16]) Diese Einschätzung des Ministers für den Nationalen Wiederaufbaufonds, der selbst Christ ist, wird heute von vielen Besuchern des neuen Nicaragua geteilt. Anfang Juni 1981 bereiste eine Delegation des Weltkirchenrates das Land. In einem Bericht des Exekutivsekretärs der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (CCIA) wird u. a. hervorgehoben: „Die Einheit, die zwischen Christen und ihren nichtchristlichen Partnern in Nicaragua existiert, kann nicht stark genug betont werden."[17]) Und Ernesto Cardenal, Kulturminister und selbst Ordenspriester, schreibt: „Die Wahrheit ist, daß dies eine Revolution ist, an der die Christen massiv teilgenommen haben und weiterhin teilnehmen, und die von allen guten Priestern, Nonnen und Mönchen unterstützt wird. Es ist auch eine Revolution, die viele der wichtigsten Funktionen für die gesamte Revolution Priestern und katholischen Würdenträgern anvertraut hat."[18])

Wenn dies alles wahr ist (und es ist wahr!), wie kann dann überhaupt die Kirche ein Baustein im Rahmen einer konterrevolutionären Strategie sein? Erich Weingärtner gibt darauf die einfache, aber richtige Antwort: „Ebenso wie überall sonst in der Welt sind religiöse Gemeinschaften bei weitem nicht homogen. So hatte beispielsweise die Hierarchie der Römisch-katholischen Kirche eine lange Geschichte des Bündnisses mit dem Kapitalismus."[19]) Zwar habe die Hierarchie in der letzten Phase des Kampfes gegen Somoza Stellung bezogen, doch sei dies nicht ohne Hintergedanken erfolgt. Als die Sandinisten dann jedoch nicht den traditionellen westlichen Demokratiemodellen gefolgt sind, sei die Kirche zur „Opposition gegenüber der Regierungspolitik" übergegangen, wodurch sie eine „psychologische, wenn nicht strategische Allianz" mit der privaten Geschäftswelt geschaffen habe. Dies habe, so

16) Haraldo Montealegre in: KC, Nr. 50 v. Juli 1981.
17) Erich Weingärtner, Travel Report Central America and Carribean, CCIA, Geneva, July 1981, S. 30.
18) KC Nr. 51 v. Oktober 1981.
19) Erich Weingärtner, S. 29.

Weingärtner, jedoch „innerhalb der christlichen Gemeinschaft . . . zu einer Art ideologischem Kampf . . . geführt".

Einer der Brennpunkte des innerkirchlichen ideologischen Kampfes ist die Frage der „Priester-Minister", die von den Bischöfen und vom Vatikan wiederholt aufgefordert wurden, ihre politischen Funktionen niederzulegen. Für Ernesto Cardenal ist jedoch diese Form des „Dienstes an der Revolution . . . eine christliche und priesterliche Aufgabe", die die Priester-Minister „aus Treue zu Gott und aus Treue zu unserem Volk" erfüllen[20]). Und ein anderer Betroffener, Pater Edgard Parrales, Minister für soziale Wohlfahrt, fügt einen politischen Aspekt hinzu: eine Niederlegung der „weltlichen Ämter" würde zu einer verschärften Kampagne führen, in der man den Sandinisten „Atheismus" vorwerfen würde, um sie von der katholischen Bevölkerung zu isolieren. Diese Befürchtung begründet P. Parrales mit der Fähigkeit politischer Interessensgruppen, die Religiosität, die in Nicaragua „immer noch voll von Aberglauben und Traumvorstellungen" sei, zu manipulieren[21]).

Die Ursachen, warum sich die Hierarchie (und vor allem der Erzbischof von Managua, Monsignore Obando y Bravo) heute in antisandinistische Kampagnen einspannen läßt bzw. sie selbst durchführt, sieht Erich Weingärtner vor allem in folgenden Faktoren: Die nicaraguanischen Bischöfe seien „zunehmend unter den Einfluß des ultra-konservativen CELAM-Präsidenten, Bischof Alfonso Lopez Trujillo" gekommen, der die „Unterstützung des mächtigen Vatikan-Kardinals Baggio" besitze. Außerdem: „Die Bischöfe stehen auch unter einem starken Einfluß der privaten Geschäftswelt, die in jüngster Zeit ein überraschendes Ausmaß an Religiosität zeigt (unter Somoza war sie der am stärksten säkularisierte Sektor der Bevölkerung)."[22])

Seit Oktober 1980, als die Bischofskonferenz zum erstenmal in einem gemeinsamen Hirtenbrief die Entwicklung der Revolution kritisierte, haben die Angriffe – vor allem von Erzbischof Obando – auf die Sandinisten und die mit ihnen verbündeten progressiven Priester an Häufigkeit und Schärfe zugenommen. Wenn auch im Ton „gemäßigter", so unterscheidet sich die kirchliche Kritik im Inhalt heute kaum von jener der politischen Opposition oder der Zeitung „La Prensa": es geht gegen die Kubaner, gegen die „Militarisierung der Gesellschaft", gegen die „Atheisierung", gegen die Alphabetisierungskampagne usw. usf.

Die Sandinisten haben bisher auf die Angriffe seitens der Kirche nur selten und auch dann zumeist sehr zurückhaltend reagiert, da sie einerseits an keiner Konfrontation mit den Bischöfen interessiert sind und sie andererseits vermeiden wollen, die religiösen Gefühle gläubiger Nicaraguaner zu verletzen. Einer der einflußreichsten und populärsten Führer der FSLN, Innenminister Tomas Borge, sagte am 20. Juni 1981 in einer Rede: „Ihr wißt, daß die sandinistische Revolution ein sehr gutes Verhältnis zu den Christen hat . . . Die

20) KC Nr. 51 v. Oktober 1981.
21) „Züricher Tagesanzeiger" v. 20. 6. 1981.
22) Erich Weingärtner, S. 31.

Revolution verfolgt die Kirche nicht. Bisweilen glauben wir, daß führende Vertreter der Kirche die Revolution und die Christen verfolgen. Zu den Zeiten Somozas wurden progressive Priester und solche, die sich mit dem Volk identifizierten, von der somozistischen Tyrannei verfolgt. Jetzt gibt es einen Sektor innerhalb der Kirche, der dieselben Priester und progressiven Nonnen verfolgt . . . Wir müssen kämpfen, um sie vor der Verfolgung zu bewahren."[23])

Entscheidende Phase des revolutionären Prozesses

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sowie der äußeren und inneren Bedrohung der Revolution verstärkte die FSLN ihre Bemühungen, zu einem Kompromiß mit der politischen Opposition zu kommen. So wurde im Juni 1981 in Managua das „Forum zur Erörterung der nationalen Probleme" abgehalten, an dem sich der Block der Regierungsparteien (Sandinistische Befreiungsfront, Sozial-Christliche Volkspartei, Volksaktionsbewegung, Unabhängige Liberale Partei und Kommunistische Partei) und die Oppositionskräfte (Demokratische Bewegung, Sozial-Christliche Partei, Nicaraguanische Arbeiterzentrale, Liberale Partei und Sozialdemokratische Partei) beteiligten. Über dieses Forum, bei dem Spitzenpersönlichkeiten aller politischen Parteien und Bewegungen auftraten, wurde ausführlich in allen Massenmedien (einschließlich des staatlichen Rundfunks) berichtet, wobei die pro-sandinistischen Medien der Kritik der Opposition ungefähr gleich viel Platz einräumten wie den Argumenten des Blocks der Regierungsparteien. Dies zeigte den ernsthaften Willen der Sandinisten, durch die Abhaltung dieses Forums der Opposition eine faire Chance zu geben und die nationale Einheit aller Nicaraguaner zu stärken.

Am 27. Juni 1981 unterzeichneten die Vertreter *aller* beteiligten politischen Parteien und Bewegungen ein Dokument, in dem 19 Punkte der Übereinstimmung festgehalten wurden[24]). Darin bekennen sich alle Teilnehmer am Nationalen Forum zur nicaraguanischen Revolution, die sie als „demokratisch, volksverbunden, pluralistisch und antiimperialistisch" charakterisieren. Die Demokratie solle entsprechend den „sozialökonomischen, politischen und historischen Gegebenheiten" entwickelt werden. Weiter solle das „System der Mischwirtschaft mit privaten, gemischten und staatlichen Bereichen sowie anderen Eigentumsformen . . . im Rahmen geeigneter Planungen" gefördert werden.

Das Dokument bezeichnet das Erbe der somozistischen Diktatur und „die Einmischung des US-Imperialismus" als „die wesentlichen Ursachen der Wirtschaftsprobleme des Landes und der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Volkes." Regierung und Opposition sprechen sich gemeinsam für die Bestrafung der „verschiedenen Formen von Kapitalentblößung" (von Unternehmen) aus. Schließlich bekennen sie sich zur Förderung und Institutionali-

23) Zit. n.: „Christentum und Revolution in Nicaragua", in: KC", Nr. 51 v. Oktober 1981, S. 21.
24) „Radio Sandino" v. 27. 6. 1981 (zit. n.: „Monitor-Dienst – Lateinamerika" (MD/L), 29. 6. 1981; hrsg. von der „Deutschen Welle", Köln).

sierung der Agrarreform als Mittel zur Verbesserung der Lage der Bauern und aller Werktätigen, wobei vorzugsweise große unproduktive Ländereien und in staatlicher Hand befindlicher Boden verteilt werden soll.

Keine Einigung gab es u. a. in bezug auf den Zeitpunkt der Wahlen auf nationaler Ebene, über die Volksbewaffnung und andere Fragen der Landesverteidigung sowie über die Interpretation von Begriffen wie Pressefreiheit etc. Dennoch würde die auf dem Nationalen Forum erzielte Übereinkunft eine Basis für eine innenpolitische Stabilisierung und eine konstruktive, wenn auch kritische Mitarbeit der Opposition bei der Lösung der wichtigsten nationalen Probleme (statt der bisherigen Obstruktionspolitik) bilden. Allerdings haben Oppositionsführer wie Robelo oder Medien wie „La Prensa" ihr praktisches Verhalten seit dem 27. Juni 1981 nicht geändert, so daß bezweifelt werden muß, daß sich die Opposition tatsächlich an die Übereinkunft des Nationalen Forums halten wird.

Zwar sind die Sandinisten bereit, den Dialog mit den Kräften der Opposition fortzusetzen, doch kann dies nicht entschiedene Maßnahmen zur Verteidigung der Revolution ersetzen. Angesichts des Wirtschaftskrieges, der von außen und von innen gegen die Sandinisten geführt wird, sah sich die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus gezwungen, am 9. September 1981 die Ausrufung des nationalen Notstandes zu beschließen. Nach dem Notstandsgesetz werden folgende Verhaltensweisen als Verbrechen betrachtet[25]):

– die koordinierte Stillegung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Transportbetriebes;
– die Zerstörung von Rohstoffen, Landwirtschafts- und Industrieprodukten und von Infrastruktureinrichtungen;
– die Verbreitung von Falschmeldungen, die zu einer Veränderung von Preisen, Löhnen, Lebensmittelversorgung oder Währung führen könnte;
– die Sabotage an Produktionszentren, Märkten oder Läden sowie andere Aktionen, die darauf abzielen, die Produktionsaktivitäten zu behindern;
– das Hamstern aller Arten von Waren und die Spekulation mit Preisen;
– Arbeitsniederlegungen, Besetzungen von Arbeitszentren oder Streiks sowie das Eindringen auf und die Beschlagnahme von Land, wenn es nicht in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes zur Landreform geschieht;
– ausländische Regierungen oder Kreditinstitute anzustiften, Nicaragua keine Unterstützung zu geben oder diese auszusetzen oder die Wirtschaft des Landes zu schädigen.

Im Notstandsdekret werden auch Gesetze zur strengeren Bestrafung von Steuerhinterziehung sowie von Zollvergehen angekündigt. Ferner wird die Erhöhung der Verbrauchssteuern für Importwaren, die nicht lebensnotwendig für die Bevölkerung sind, um 30 bis 100% mitgeteilt. Auch der Devisenhandel wird einer Beschränkung und strengeren Kontrolle unterworfen.

25) „Radio Managua", 10. 9. 1981 (zit. n.: MD/L, 11. 9. 1981).

Das Notstandsgesetz, dessen Maßnahmen auf ein Jahr befristet sind, soll die Regierung in die Lage versetzen, entschiedener als bisher gegen alle Störungen des wirtschaftlichen Aufbaus vorgehen zu können und damit die Revolution wirtschaftlich zu stabilisieren. Andererseits ist die Durchführung der Notstandsmaßnahmen vom politischen Bewußtsein und der revolutionären Disziplin der Massen abhängig. Sicher ist, daß sich die Regierung auf die politische Arbeit und die Mobilisierungskraft der sandinistischen Massenorganisationen (vor allem die sandinistischen Gewerkschaften und Verteidigungskomitees) sowie die Parteien und Bewegungen des Regierungsblocks (wie die Sozial-Christliche Volkspartei, die Kommunistische Partei und andere) stützen kann. Allerdings muß auch damit gerechnet werden, daß etwa die oppositionellen Gewerkschaftsverbände Maßnahmen wie die Suspendierung des Streikrechts demagogisch als Waffe gegen die Regierung benützen werden. Es ist nicht auszuschließen, daß gerade in einer wirtschaftlich sehr kritischen Lage Teile der Arbeiterschaft (und vor allem Arbeitslose) sich durchaus von sozialdemagogischen Parolen ansprechen lassen.

Aufgaben der Solidaritätsbewegung

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort zur internationalen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua gesagt werden. Vor allem in Westeuropa ist es modern geworden, von der „kritischen" Solidarität mit Nicaragua zu sprechen. Man behauptet etwa, „daß ein großer Teil der Probleme in Nicaragua durch bürokratische Entscheidungen gelöst wird, daß basisdemokratische Strukturen eher verhindert als aufgebaut werden, daß die Bevölkerung zu wenig echte Mitbestimmung erhalten hat"[26]). Neben der Kritik an der angeblich fehlenden „Basisdemokratie" in Nicaragua stößt man sich häufig auch an der außenpolitischen Orientierung der Sandinisten: so zeigen sich manche Nicaragua-Solidaritätskomitees „verwundert, wenn die nicaraguanische Führung . . . immer wieder und offiziell die Freundschaft zum ‚Brudervolk' (der Sowjetunion) herausstellt"[27]). Ja manche Vertreter der Solidaritätsbewegung sehen die wichtigste Aufgabe der Solidarität darin, Nicaragua vor der „Abhängigkeit vom Ostblock zu bewahren" (während man gleichzeitig kritisiert, daß die Hilfe der sozialistischen Länder für Nicaragua viel zu gering sei). Auch das vor zwei Jahren erfolgte Verbot der ultralinken Tageszeitung „El Pueblo" durch die nicaraguanische Regierungsjunta bietet heute immer noch Kritikstoff für gewisse Teile der „kritischen" Solidaritätsbewegung, wobei (rein zufällig?) die Kritik der FSLN an der objektiv konterrevolutionären Rolle der Leute um „El Pueblo" vollkommen verschwiegen wird.

Auch die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua wird sich künftig an dem Wort des Sekretärs des Staatsrates, Comandante Hugo Torres, messen lassen müssen: „Niemand kann behaupten, auf der Seite der Armen zu stehen, und dann die Maßnahmen ablehnen, die zum Wohle der Armen getroffen werden. Nie-

26) Rose Gauger, Harte Zeiten für Nicaragua, in: „Wiener Tagebuch" Nr. 4 v. April 1981, S. 12.
27) So z. B. das Nicaragua-Solidaritätskomitee Tübingen, in: „Nicaragua Aktuell" Nr. 11 v. 20. 4. 1981, S. 11.

mand kann behaupten, daß er zwar die Revolution unterstützt, aber nicht das Recht des Volkes, sich auf seine eigene Verteidigung vorzubereiten."[28]) Vor allem in der gegenwärtigen Lage braucht Nicaragua mehr denn je die internationale Solidarität. Doch diese Solidarität muß sich auf den realen revolutionären Prozeß und die ihn tragenden gesellschaftlichen Kräfte beziehen. Eine „kritische Solidarität", die in Wirklichkeit der nicaraguanischen Revolution von außen her Vorschriften machen will bzw. eine Solidarität mit den nur in den eigenen Köpfen existierenden Vorstellungen von einer „idealen Revolution" ist, wird angesichts der bevorstehenden Kämpfe um das Überleben der sandinistischen Revolution keine Basis für eine wirkliche und wirksame Unterstützung des nicaraguanischen Volkes abgeben.

Alternativen

Thema: Umweltpolitik

10 Jahre Umweltpolitik in der Bundesrepublik haben die Belastungen der Umwelt und die Gefährdung der Bevölkerung durch Umweltschäden nicht verringert. Während die sozialliberale Koalition zwischen 1969 und 1972 noch verkündete, daß „Umweltpolitik den gleichen Rang" habe „wie andere größere öffentliche Ausgaben, zum Beispiel soziale Sicherheit, Bildungspolitik oder innere und äußere Sicherheit" (Umweltprogramm der Bundesregierung, 1971) trat wenige Jahre später – mit zunehmenden Krisenerscheinungen – die Scheinalternative Umweltschutz oder Arbeitsplätze in den Vordergrund der Argumentation. In den Thesen von Richard Löwenthal zur Identität der SPD („Neue Gesellschaft", 12/1981, S. 1085 ff.) wurde dies jüngst wieder bekräftigt. Zugleich erfolgte seit Mitte der 70er Jahre ein Wandel der von der Bundesregierung verfolgten umweltpolitischen Strategie. An die Stelle öffentlicher, geplanter und präventiver Maßnahmen des Umweltschutzes trat nun zunehmend eine Bevorzugung privatwirtschaftlicher Entsorgungsvorhaben.

In dieser Situation verdient der vom ÖKO-Institut, Freiburg, vorgelegte „Aktionskatalog '81" Aufmerksamkeit, der im September 1981 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Er entstand im Zusammenhang mit der Herausgabe der deutschen Übersetzung der an „Global 2000" anschließenden Studie „Global Future", die der Mitherausgeber Arnim Bechmann in diesem Heft vorstellt. D. Red.

28) „Radio Managua", 25. 6. 1981 (zit. n.: MD/L, 30. 6. 1981).

„Aktionskatalog '81" des Öko-Instituts / Freiburg

Präambel

1. Umweltpolitik in der Bundesrepublik zu Beginn der 80er Jahre
1.1. Politik in der Bundesregierung

In der Bundesregierung existiert Umweltpolitik erst seit gut 10 Jahren als eigenständiger Politikbereich.

Es hat zwar schon vor dieser Zeit umweltpolitische Aktivitäten gegeben, sie sind jedoch weder im Zusammenhang gesehen worden, noch haben sie unter dem umfassenden Leitthema Umwelt (Schutz, Erhaltung, Entwicklung von Umwelt) gestanden.

Im vergangenen Jahrzehnt wurden in der Bundesrepublik Deutschland eine Anzahl wichtiger Umweltschutzgesetze (Altölbeseitigungsgesetz, Abfallbeseitigungsgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, Abwasserabgabengesetz, Bundesnaturschutzgesetz, Chemikaliengesetz usw.) geschaffen und politische Initiativen (Umweltprogramm der Bundesregierung, Gründung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Gründung des Umweltbundesamtes usw.) gestartet. Dennoch schreitet die Belastung und Schädigung unserer Umwelt weiter fort. Die Ursachen hierfür sind vielfältig:

– Eingebrachte Gesetzesvorlagen scheiterten im politischen Abstimmungsprozeß (Umweltverträglichkeitsprüfung, Verbandsklage) oder wurden auf ein umweltpolitisches Minimum reduziert (Abwasserabgabengesetz, Bundesnaturschutzgesetz, Chemikaliengesetz).
– Die Einhaltung von Umweltschutzauflagen wird nur sehr oberflächlich kontrolliert.
– Die Umweltpolitik hat das Schwergewicht bisher zu sehr auf einzelne Medien (Wasser, Luft . . .) oder die Anwendungsbereiche einzelner Stoffe (einzelner Chemikalien, radioaktives Material usw.) gelegt, wobei Querverbindungen und wechselseitige Abhängigkeiten weitgehend vernachlässigt wurden.
– Die Regierungen und Parlamente von Bund, Ländern und Kommunen haben viele Entscheidungen für die Umwelt und für die menschlichen Lebensbedingungen zu bedenken (Straßenbau, Städtebau, Technologieentwicklung, Kernenergieeinsatz usw.).
– Die wissenschaftliche Beratung in Umweltfragen erfolgt in der Regel durch Institutionen oder wird durch Institutionen organisiert, die von den Führungseliten aus Wirtschaft und Politik abhängig sind.
– Die Industrie hat sich gegen fast alle Umweltschutzauflagen und -gesetze entschieden und erfolgreich gewehrt.

1.2. Umweltbewegung

Die aktuelle Umweltkrise und die Gefahren, die von ihrer Ausweitung in die Zukunft drohen, sind in den vergangenen Jahren massiv in das öffentliche Bewußtsein gedrungen und haben in der Bundesrepublik eine breite Umweltschutzbewegung entstehen lassen. Dieser Ökologiebewegung fühlen sich Menschen aus allen Sozial- und Altersschichten zugehörig. Sie wird repräsentiert durch kritische Wissenschaftler, Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Umweltschutzverbände und unabhängige ökologische Forschungsinstitute. Die Ökologiebewegung hat in den vergangenen Jahren durch politische und umweltverbessernde Aktionen, Gerichtsprozesse, technische Neuentwicklung und wissenschaftliche Studien Einfluß auf die umweltpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik genommen. Sie kritisiert die bisherige staatliche Umweltpolitik als zu halbherzig und mit zu wenig Durchsetzungsfähigkeit ausgestattet, um die notwendige „ökologische Wende" herbeizuführen.

2. Umweltpolitische Erfordernisse

Trotz der 10 Jahre Umweltpolitik, die einzelne Erfolge bescherte, wurden in der Bundesrepublik Umweltbelastungen und Umweltzerstörung weder kurz- noch langfristig beseitigt.

– Die Luftverhältnisse haben sich nur unwesentlich verbessert, teilweise sogar verschlechtert.

– Viele Oberflächengewässer sind nach wie vor stark belastet.
– Die Grundwasserreservoire befinden sich in einem so schlechten Zustand wie nie zuvor.
– Die Lärmbelastung ist immer noch unvertretbar hoch.
– Die Schadstoffbelastung von Menschen und Tieren ist weiterhin bedenklich. Die Landwirtschaft vertraut nach wie vor auf den Großeinsatz von Herbiziden, Pestiziden, Kunstdünger usw., anstatt sich ökologischen Anbauweisen und dem integrierten Pflanzenschutz zuzuwenden. Die hohen Belastungen und Gefährdungen durch Chemie und Kernenergie bestehen unvermindert weiter.
– Mit Chemie wird nach wie vor verschwenderisch umgegangen.
– Viele wichtige Rohstoffe werden vordringlich für Waffen anstatt für Gebrauchsgüter verwendet.
– Es sterben weiterhin Pflanzen- und Tierarten aus.
– Die Zerstörung erhaltenswerter Biotope schreitet voran.
– Den Nadelwäldern droht langfristig der Zusammenbruch.

Dieser Mängelkatalog läßt sich fast beliebig erweitern. Die Umweltgefahren der Zukunft sind

– die schleichende, nicht wiedergutzumachende Umweltzerstörung,
– das Unfall- und Gefährdungspotential der heute vorhandenen Technologien (auch im Bereich der Nahrungsmittelproduktion),
– die Gefährdung des Weltklimas durch CO_2 und die Zerstörung der Ozonschicht,
– die Folgen der Bevölkerungsexplosion,
– der Verbrauch von unwiederbringlichen Energiequellen, Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen.

Diesen Umweltgefahren kann nur durch eine grundlegende Neuorientierung von Umweltpolitik begegnet werden. Solch eine Umweltpolitik muß die gesamte Gesellschaft einbeziehen und sowohl kurzfristig durchsetzbare Aktionen als auch längerfristig realisierbare Handlungsprogramme umfassen.

Neben den Regierungen in Bund, Ländern und Gemeinden sind alle gesellschaftlich relevanten Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen oder Umweltschutzorganisationen aufgerufen, sich intensiv für die erforderliche Neuorientierung der Umweltpolitik einzusetzen.

3. Ziele des Aktionskatalogs

Durch den hier – zum Anlaß der deutschen Veröffentlichung von „Global Future" – vorgelegten Aktionskatalog '81

– will das Öko-Institut einen Beitrag zur Umsetzung des heute vorhandenen Wissens um Zukunftsgefahren in politische Handlungen leisten;
– ruft das Öko-Institut die politisch Verantwortlichen auf:
  – im Umweltbereich eine konsequente Vorsorgepolitik statt ein reines Krisenmanagement zu betreiben,
  – Entscheidungen unter Einbeziehung des gesamten heute vorliegenden Wissens über Umwelt- und Zukunftsgefahren zu treffen,
  – der Umweltpolitik eine wesentlich höhere Priorität einzuräumen als bisher,
  – das Umweltschutzinstrumentarium zu verbessern und zu erweitern,
  – mehr Mittel für die Lösung von Umwelt- und Zukunftsfragen einzusetzen,
  – in der internationalen Politik engagierter an Umwelt- und Zukunftsproblemen mitzuwirken
– tritt das Öko-Institut für eine Verbesserung von politischen Entscheidungsstrukturen und eine konsequentere Haltung gegenüber den Verursachern von Umweltbelastungen und denjenigen, die Umweltschutz behindern, ein;
– fordert das Öko-Institut die demokratische, faire und umfassende Beteiligung der Bürger an allen umweltrelevanten Entscheidungen.

Der „Aktionskatalog '81"

– nennt Konsequenzen, die unmittelbar aus den Ergebnissen der Berichte *„Global 2000"* und

„Global Future" zu ziehen sind. (Er darf nicht als allgemeines Umweltprogramm des Öko-Instituts mißverstanden werden.)
– Orientiert sich pragmatisch an dem politisch Möglichen und konzentriert sich auf kurzfristig erfüllbare Forderungen.
– Versteht sich als ein Schritt zu einem ökologischen Neubeginn.

Forderungen

1. Bundestag

1.1. Die zuständigen Ausschüsse und das Plenum des Deutschen Bundestages sollten noch im Laufe dieses Jahres die Berichte „Global 2000" und „Global Future" intensiv diskutieren und die notwendigen Konsequenzen aus ihnen ziehen, insbesondere im Hinblick auf

– die Beteiligung der Bundesrepublik an der weltweiten Belastung und Vernichtung der Umwelt;
– die Verantwortung der Bundesrepublik für die weltweite Sicherung von Frieden und von angemessenen Lebensbedingungen.

1.2. Der Bundestag sollte eine *Expertenanhörung* zu den Berichten „Global 2000" und „Global Future" durchführen, in der Expertenmeinungen zu Fragen wie:

– sind die Aussagen von „Global 2000" und die Empfehlungen von „Global Future" auch für die Bundesrepublik Deutschland zutreffend?
– welche Vollzugsdefizite weist die Umweltpolitik in der Bundesregierung auf?
– welche Macht- und Interessengruppierungen behindern den Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern?
– inwieweit trägt die Bundesrepublik zur weltweiten Umweltzerstörung und Raubbau an natürlichen Ressourcen bei?
– welche natürlichen Ressourcen und welche gesellschaftlichen Fähigkeiten bzw. Kräfte werden weltweit für Rüstung verausgabt?

eingeholt werden.

1.3. Der Deutsche Bundestag soll eine *Enquête-Kommission* für „Umwelt- und Zukunftsfragen" einsetzen, die eine Stellungnahme zu „Global 2000" und „Global Future" im Hinblick auf die erforderlichen Änderungen der bundesdeutschen Politik vorlegt.
In dieser Enquête-Kommission sind die Vertreter der Umweltverbände angemessen zu berücksichtigen.

1.4. Der Deutsche Bundestag sollte einen *ständigen Ausschuß für Zukunfts- und Umweltfragen* mit Einspruchsrecht bei umweltrelevanten Entscheidungen des Bundestages gründen.

1.5. Der Bundestag sollte die rechtlichen Grundlagen für die Einführung der *Verbandsklage* als Möglichkeit der Stärkung der Vertretung von Umweltinteressen schaffen.

2. Bundesregierung

2.1. Information und Aktionsvorbereitung

2.1.1. Die Bundesregierung sollte sich mit den Berichten „Global 2000" und „Global Future" auseinandersetzen und ein Handlungsprogramm entwickeln, mit dem den von „Global 2000" aufgezeigten tragischen Entwicklungen entgegengesteuert werden kann.

2.1.2. Die Bundesregierung sollte den Sachverständigenrat für Umweltfragen beauftragen, ein Sondergutachten zur politischen Relevanz der Berichte „Global 2000" und „Global Future" anzufertigen und Vorschläge für notwendige Konsequenzen zu erarbeiten.

2.1.3. Die Bundesregierung sollte der Öffentlichkeit in Form von ausführlichen Berichten darüber Auskunft geben,

– inwieweit das bestehende Wirtschaftssystem und die derzeitigen internationalen Handelsver-

bindungen und Handelsgebaren dazu beitragen, die in „Global 2000" und „Global Future" aufgezeigten Probleme zu verursachen oder zu verschärfen,
– welche ökologischen Belastungen derzeit von den in Europa stationierten Armeen verursacht werden,
– welche weltweiten ökologischen Wirkungen ein begrenzter Krieg hätte, in dem A-, B- oder C-Waffen eingesetzt werden.

2.1.4. Die Bundesregierung sollte der Öffentlichkeit innerhalb von 12 Monaten einen „Umweltbericht" vorlegen, der Auskunft darüber gibt,

– welche Maßnahmen die Bundesregierung bereits eingeleitet hat, um den in „Global 2000" und „Global Future" aufgezeigten Entwicklungen entgegenzutreten, was diese Maßnahmen zu bewirken versprechen,
– inwieweit Entwicklungshilfe nach den Kriterien von Umweltschutz, Rohstoff- und Ressourcenschonung vergeben wird,
– welche Inlands- und Auslandsaktivitäten deutscher Verwaltungen, Organisationen und Unternehmen dazu beitragen, die in „Global 2000" und „Global Future" aufgezeigten Probleme zu verursachen oder gar zu verschärfen, und wie die Bundesregierung gedenkt, gegen diese Verursacher der Zerstörung von Lebensbedingungen einzuschreiten.

2.1.5. Die Bundesregierung sollte die Umweltverbände sowie die in der AGÖF (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute) zusammengeschlossenen freien Forschungsinstitute beauftragen, folgende Berichte zu erstellen:

– Bilanz der bisherigen Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland,
– Handlungsempfehlungen für eine langfristig wirksame Umweltpolitik,
– soziale und ökologische Folgen des Industriesystems.

Die Berichte sollten von den Umweltverbänden und unabhängigen Umweltinstituten erarbeitet werden, da diese bisher die Gruppen der Gesellschaft waren, die am eindringlichsten auf die nun auch von den amtlichen Berichten „Global 2000" und „Global Future" aufgezeigten Fehlentwicklungen hingewiesen haben.

2.1.6. Die etablierte Wissenschaft und Technik haben sich bisher bei der Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien als wenig innovativ erwiesen.

Es besteht die dringende Notwendigkeit,

– alternative Technologien,
– alternative Forschungsinstitute
und
– Wissenschaftsansätze, die außerhalb der heute in Hochschulen und Großforschungszentren üblichen Normen liegen,

stärker als bisher zu fördern.

Die Bundesregierung sollte die Umweltverbände und die AGÖF beauftragen, einen Bericht zum Thema „Möglichkeiten alternativer Wissenschaft und Technologie" zu erstellen.

2.1.7. Die Bundesregierung sollte dazu beitragen, daß durch bessere Information und Aufklärung der Bürger der sich zugunsten des Umweltschutzes vollziehende Wertwandel beschleunigt wird.

2.2. *Organisatorische und politische Konsequenzen*

2.2.1. Die Bundesregierung sollte aus den geringen Erfolgen der bisherigen Umweltpolitik die Konsequenzen ziehen und u. a.

– das Vorsorge- und das Verursacherprinzip auch in der Praxis wesentlich stärker zur Grundlage von Umweltpolitik machen,
– Umweltpolitik als einen gleichberechtigten Bereich neben Sozial- und Wirtschaftspolitik stellen,
– die Zersplitterung der Umweltkompetenzen beenden und ein Ministerium für „Zukunfts- und

Umweltfragen" mit Einspruchsrecht bei allen umweltrelevanten Entscheidungen der Bundesregierung schaffen,
– die bestehenden Umweltgesetze und ihre Durchsetzung entsprechend den Forderungen der Umweltverbände verschärfen,
– eine umfassende Regelung zur Einführung wirksamer Umweltverträglichkeitsprüfungen als Gesetzesvorlage in den Bundestag einbringen,
– auf Kernenergie und den Bau von besonders umweltbelastenden Großkraftwerken verzichten,
– die langfristigen Folgen für Umwelt-, Gesundheits- und Lebensbedingungen bei allen wichtigen Entscheidungen berücksichtigen.

2.2.2. Die Bundesregierung sollte darauf dringen, daß der Staat in seinem eigenen Handlungsbereich mehr für die Erhaltung der Umwelt tut und den Umweltschutz ernster nimmt als bisher.

2.2.3. Die Bundesregierung sollte sich mit aller Energie dafür einsetzen, das Verhältnis von Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe zugunsten der Entwicklungshilfe drastisch zu verschieben.

2.2.4. Die Bundesregierung sollte darauf dringen, daß die EG-Kommission und das Europa-Parlament die Berichte „Global 2000" und „Global Future" in ihre Arbeit einbeziehen und dafür sorgen, daß
– die erforderlichen gesetzgeberischen Vollzugsmaßnahmen unverzüglich in Angriff genommen werden,
– die bereits vorliegenden Richtlinien und Richtlinienentwürfe im Hinblick auf die in „Global 2000" aufgezeigten Zukunftsgefahren und die in „Global Future" vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten überprüft werden.

2.2.5. Die Bundesregierung sollte sich aktiv für eine bessere weltweite Nahrungsmittel- und Rohstoffvorratshaltung einsetzen. Sie sollte auf internationaler Ebene darauf dringen, daß Nahrungsmittel- und Rohstoffboykotts als Mittel der internationalen Politik geächtet werden.

3. Übernahme von Aktionen aus „Global Future"

Die Bundesregierung sollte innerhalb kurzer Zeit prüfen, welche der in „Global Future" dem amerikanischen Präsidenten vorgeschlagenen Maßnahmen unmittelbar auch von der Deutschen Bundesregierung übernommen werden können. Zu den in „Global Future" vorgeschlagenen Maßnahmen gehören u. a.

Bevölkerungsentwicklung:
– Unterstützung von Familienplanungsprogrammen in Ländern mit hoher Geburtenrate.

Ernährung, Landwirtschaft:
– Erhöhung der Entwicklungshilfe im Nahrungsmittelbereich (Hilfe zur Selbsthilfe),
– Ächtung von Nahrungsmittelboykotts und des Einsatzes von Nahrungsmitteln als Machtinstrument,
– Förderung von Forschung und Einsatz im Bereich der ökologisch orientierten Landbewirtschaftungsmethoden und des integrierten Pflanzenschutzes.

Energie:
– Unterstützung eines internationalen Brennholzprogramms,
– intensive Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien,
– Strategie der intensiven Energieeinsparung und des umfangreichen Einsatzes erneuerbarer Energie im Inland.

Tropische Wälder:
– Unterstützung des Kampfes gegen die Abholzung tropischer Wälder,
– internationale Abkommen zur Beendigung der Abholzung tropischer Wälder,
– Ausbildung von Fachleuten zur Bewirtschaftung tropischer Wälder,
– Unterstützung der Wiederaufforstung tropischer Wälder.

Biologische Vielfalt:
– Aufstockung der Finanzmittel für ökologische Schutzgebiete,

– Unterstützung bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Funktionsfähigkeit von Ökosystemen in Entwicklungsländern,
– Einfuhrbegrenzungen bzw. -verbote für exotische Tiere und Pflanzen.

Küsten- und Meeresressourcen:
– Wirkungsanalysen für Schadstoffe, die in Gewässer gelangen,
– Schutz der Antarktis,
– Moratorium für Walfang,
– Einrichtung von Meeresschutzgebieten.

Wasserressourcen:
– Erfassung und Bewertung von Wasservorräten,
– Sicherung der langfristigen Trinkwasserversorgung.

Globale Umweltverschmutzung:
– Intensive Kontrolle gefährlicher Substanzen und Abfallstoffe,
– Verfahren zur verschärften Kontrolle und Begrenzung gefährlicher Substanzen und Abfallstoffe,
– stärkerer Schutz der Menschheit vor radioaktivem Material,
– größerer Einsatz von alternativen Energien, um die CO_2-Produktion einzudämmen,
– Unterbindung des Baues von Wiederaufbereitungsanlagen,
– Forschung über sauren Regen und die Zerstörung der Ozonschicht
und
– internationale Aktionen gegen beide Erscheinungen.

Soeben erschienen

Jürgen Kuczynski
Geschichte des Alltags des deutschen Volkes
Fünf Bände
Band 1: 1600–1650
Bereits in dritter Auflage
Band 2: 1650–1810
Band 3: 1810–1870
Band 4: 1870–1918
Großformat, Leinen mit Schutzumschlag, Personenverzeichnis, 450 Seiten, DM 29,80
Band 5: 1918–1945 (Frühjahr 1982)

Pahl-Rugenstein

Medienkritik

DER FELIX KRULL REPORT, TEIL I BIS III.

„Ich schicke voraus, daß, wer sich etwa dabei eines lockeren Tones und schlüpfriger Scherze von mir versehen sollte, enttäuscht werden wird", so warnt bei Thomas Mann der Memoirenschreiber Felix Krull zu Beginn des 8. Kapitels, und fügt hinzu: „Denn ich habe niemals das so allgemeine Vergnügen an der Zote verstanden, sondern die Ausschweifung des Mundes stets für die abstoßendste erachtet, weil sie die leichtfertigste ist und die Leidenschaft nicht zu ihrer Entschuldigung anführen kann". Ein solches Bekenntnis wird dem Leser an dem Punkt der Lebensbeschreibung mitgegeben, wo die Liebesabenteuer des jungen Helden endlich zur Sprache kommen müssen.

Mit der Ankunft des Kindermädchens Genoveva, das die erste Partnerin in diesem Reifungsprozeß sein wird, beginnt der fünfteilige Film, den Bernhard Sinkel und Alf Brustellin für das ZDF aus Thomas Manns Roman gemacht haben. Im dunklen hochgeschlossenen Kleid und mit großen Augen findet sich die Zofe in einem moralisch verlotterten Hause wieder und bald aber zurecht. Der Auftakt ist bezeichnend für die Auswahl, die die Autoren getroffen haben. Readers-Digest-Kompilatoren gleich haben sie das vielschichtige Romanfragment auf seine erotischen Highlights abgesucht und diese – mit einer gewissen Phantasie und Delikatesse, sei eingeräumt – im gehobenen und fürs Fernsehen gemäßigten Pornostil inszeniert.

Aus dem Helden eines Anti-Entwicklungsromans ist dabei eine Art *männlicher Mutzenbacher* geworden. Vom Hochstapler, jener ironischen Umkehrung der Künstlerfigur, deren scheinbar unendliche Anpassungsbereitschaft zur subtilen Kritik an der Anpassung wird, vom Schelmenroman, jener Parodie auf die Durchsetzbarkeit edler und schöner Lebenspläne, ist bei dieser Adaption nicht mehr übrig geblieben als eine komödiantisch verdorbene *Tadzio*-Figur, ein Softie der Jahrhundertwende.

Tote Schriftsteller brauchen, so ihre Werke noch leben, ob solcher Ausbeutung nicht im Grabe zu rotieren. Sie ist, seit es den Film gibt, gang und gäbe, und einen Anspruch, den ein Autor und Regisseur sich gar nicht erst stellt, kann man von ihm auch nicht, auf den Text klopfend, einfordern. Zu beklagen wäre allenfalls, wie wenig die Gattung Film (ob für die Leinwand oder für den Bildschirm ist nur eine Finanzfrage) es inzwischen gelernt hat, bei der Literatur fremdzugehen. Für plüschige Bett-Arrangements braucht man wahrhaftig keinen Thomas Mann.

Bernhard Sinkel ist an dieser Stelle, bei Gelegenheit des Scheiterns seines letzten, kritisch-realistischen Films, gegen den marktfressenden Trend der Flucht in die Nostalgie in Schutz genommen worden („Blätter", 6/1981). Er ist ihm nun doch auf seicht-appetitliche Weise gefolgt, hoffentlich ausnahmsweise. Aber überhaupt scheint das lüstern-frivole Voyeur-Kino der Alkoven-Bohème zur inoffiziellen Meisterprüfung für emporstrebende deutsche Regisseure geworden zu sein. Scheint die Verniedlichung und Verherrlichung von Kaiser- und Weimardeutschland immer noch das obligatorische Einmaleins der Neulinge zu sein, wie schon damals, als das Kino ihnen zeit-genössisch war. Hierhin sich zurückzuziehen, und die Literatur dabei als überdimensionalen Persilschein zum Beweis unpolitischer Kunst-Beflissenheit zu benutzen, das war schon einmal das Überlebensrezept mancher Filmregisseure für die Zeit des Faschismus. Damals wie heute keine Zeit zum „Witzeln und Jökeln", meint schon Felix Krull.

Günter Giesenfeld

Die Diskussion um ein Beschäftigungsprogramm

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

„Zusätzliche kreditfinanzierte Staatsausgaben sind jetzt nicht der geeignete Weg zur Belebung der Wirtschaft." Mit diesen Worten leitete Bundesfinanzminister Matthöfer die wirtschaftspolitische Diskussion des Jahres 1982 ein („Frankfurter Rundschau" v. 2. 1. 1982). Er wollte damit jeder Forderung nach einem staatlichen „Beschäftigungsprogramm" eine Absage erteilen – mehr aus politischen als aus sachlichen Gründen. Der Bundesregierung und den Unternehmern ging und geht es darum, daß die Arbeitslosigkeit auch in der gegenwärtigen Höhe von fast zwei Millionen als Ergebnis des „marktwirtschaftlichen Prozesses" akzeptiert wird, daß eine gezielte Beschäftigungspolitik nicht mehr als Sache des Staates betrachtet wird. Daher hatte man in der Vergangenheit schon die bloße Bezeichnung „Beschäftigungsprogramm" aus der Diskussion halten wollen.

Dies ist nun nicht gelungen. Im Gespräch von Bundeskanzler Schmidt mit den Gewerkschaftsvorsitzenden sah sich die Bundesregierung durch den wachsenden Druck vor allem aus den Gewerkschaften dazu genötigt, zumindest vage Zusagen hinsichtlich der „Prüfung" eines staatlichen „Beschäftigungsprogramms" zu machen. Allerdings sind die in der bisherigen Diskussion von Regierungsseite gemachten Vorschläge eher deprimierend, so daß Alois Pfeiffer vom DGB-Bundesvorstand das Gespräch mit dem Bundeskanzler als „etwas enttäuschend" bezeichnen mußte.

In der Diskussion ist „mittelfristig" ein öffentliches Ausgabenprogramm im Umfang von etwa 7 Mrd. DM – angesichts der rapide steigenden Arbeitslosigkeit eine geradezu lächerlich niedrige Summe. Zudem soll das Programm zur Hälfte der Förderung privater Investitionen dienen – durch zusätzliche Subventionen und Steuervergünstigungen für die privaten Unternehmen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hatte dazu unlängst ausgeführt: „Indirekt wirkende Maßnahmen wie die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen lassen in erheblichem Maße Mitnahmeeffekte erwarten und lösen für sich gesehen kaum stimulierende Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung aus" („DIW-Wochenbericht", 47/1981, S. 550). Angesichts eines Kapazitätsauslastungsgrads von unter 80% dürfte auch eine hohe Investitionszulage keinen Unternehmer zu Erweiterungsinvestitionen veranlassen – und nur dadurch käme es dauerhaft zu positiven Arbeitsplatzeffekten. Es wäre lediglich zu erwarten, daß Rationalisierungsprojekte beschleunigt durchgezogen würden mit dem Ergebnis, daß zusätzliche Arbeitsplätze verlorengehen. Nur die andere Hälfte des Programms – also 3–4 Mrd. DM – soll direkt öffentlichen Investitionen im Bereich des Nahverkehrs, der Bundesbahn und des Umweltschutzes zugute kommen. Dies wäre sicher zu begrüßen, auch wenn von einer echten Erweiterung der öffentlichen Investitionen nicht gesprochen werden kann. Denn als Folge der „Sparmaßnahmen" in den öffentlichen Haushalten werden 1982 allein die kommunalen Investitionen voraussichtlich um 5 Mrd. DM niedriger ausfallen als 1981. Wichtig für die Wirkung eines solchen „Beschäftigungsprogramms" ist auch seine Finanzierung. Alarmierend ist der – vorerst wieder zurückgezogene – Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Denn dadurch würde die private Nachfrage zusätzlich eingeschränkt und der Beschäftigungseffekt wäre negativ. Da die Bundesregierung eine höhere Besteuerung der Gewinne und der Spitzeneinkommen als Finanzierungsquelle abgelehnt hat, scheint nun die Finanzierung über zusätzliche öffentliche Kredite trotz der eingangs zitierten Haltung des Bundesfinanzministers wahrscheinlicher zu werden. Wichtig wäre in einem solchen Fall, daß die Verwendung der Mittel tatsächlich zu neuen Arbeitsplätzen führt – eine Finanzierung höherer Unternehmergewinne durch staatliche Kreditaufnahmen kann jedenfalls nicht der Sinn eines „Beschäftigungsprogramms" sein.

Sieht man sich die bisher von Regierungsseite diskutierten Vorschläge für ein „Beschäftigungsprogramm" an, so scheint eher, daß hier unter falschem Etikett die alte Politik der Förderung der Unternehmergewinne weitergetrieben wird. Von einer Berücksichtigung der verschiedenen Vorschläge der Gewerkschaften und von Teilen der Wirtschaftswissenschaft kann jedenfalls keine Rede sein.

Entsprechende Vorschläge aus der jüngeren Vergangenheit liegen vor
- vom Deutschen Gewerkschaftsbund
- von der Wissenschaftlergruppe „Alternative Wirtschaftspolitik"
- von 38 „etablierten" Universitätsprofessoren (darunter Krupp, Präsident des DIW)
- vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Da das Programm des DIW wohl quantitativ am umfassendsten ist und auch für andere Programmvorschläge als Grundlage dient, sei es hier kurz vorgestellt. Kernstück ist die Forderung nach zusätzlichen öffentlichen Ausgaben in Höhe von etwa 200 Mrd. DM im Zeitraum von 1980 bis 1985.

DIW-Beschäftigungsprogramm

	Zusatzausgaben 1980–1985 in Mrd. DM
Staatliche Investitionen	*90*
Staatliche Personalausgaben	*46*
Staatliche Sachausgaben	*65*
Programm insgesamt	*201*
Gesamtwirkung auf das Sozialprodukt	*572*

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 13/1979.

Zusätzliche öffentliche Ausgaben in Höhe von gut 200 Mrd. DM sollen Wachstumseffekte in Höhe von 570 Mrd. DM nach sich ziehen. Dies ist das Ergebnis einer Modellrechnung: das DIW hat dieses Programm in das ökonometrische „Bonner Modell" der Bundesrepublik eingegeben, mit dem die Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Computer simuliert werden können. Verglichen werden die Ergebnisse mit einer „Status-quo"-Situation – es wird dabei davon ausgegangen, daß die Bundesregierung ihren restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs bis 1985 beibehält.

Wirkungen des Beschäftigungsprogramms

	Situation im Jahre 1985		
	Status quo	*Mit Beschäftigungsprogramm*	*Ausgangslage 1979*
Arbeitslose (Millionen)	*3,4 Mio.*	*1,5 Mio.*	*1,5 Mio.*
Nettolohnquote[1])	*39,0%*	*38,2%*	*40,7%*
Nettogewinnquote[1])	*21,8%*	*22,5%*	*23,7%*
Haushaltsdefizit (Mrd. DM)	*27 Mrd. DM*	*20 Mrd. DM*	*44,5 Mrd. DM*
Staatsquote[2])	*46,4%*	*46,4%*	*45,5%*
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate 1979–1985	*2,5%*	*3,4%*	–
Jahresdurchschnittliche Inflationsrate 1979–85	*3,5%*	*3,7%*	–

1) Anteil der Nettolöhne bzw. Nettogewinne am Volkseinkommen.
2) Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt.
Quelle: Ebd.

Sieht man sich die Ergebnisse der Modellrechnung an, so muß der Widerstand der Unternehmer und der Bundesregierung gegen ein solches staatliches Investitionsprogramm unverständlich bleiben: nicht nur die Arbeitslosigkeit wird deutlich verringert, auch das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich, die Gewinnquote wird sogar leicht positiv beeinflußt, während das Haushaltsdefizit nur wenig größer ist als ohne Programm und auch die Inflation nur ganz leicht erhöht wird. Zwar müssen gegenüber der Situation von 1979 sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter und Angestellten Einbußen an ihrer relativen Einkommensposition hinnehmen, während der Anteil der öffentlichen Haushalte leicht zunimmt – nach den Berechnungen des DIW würde diese Entwicklung aber auch ohne ein Beschäftigungsprogramm eintreten. Absolut würden wegen der angenommenen Wachstumswirkung jedoch sowohl Arbeiter und Angestellte als auch Unternehmer von den Ergebnissen einer solchen Politik profitieren.

Dies zeigt aber auch, wo die Schwachstellen eines solchen Vorschlags hauptsächlich liegen: die kapitalistische Wirtschaft ist eben kein ökonometrisches Modell, das auf bestimmte Anreize programmgemäß reagiert. Sie verfügt auch nicht über die gesellschaftliche „Intelligenz" eines solchen Modells, vielmehr verbieten sich gesellschaftlich „vernünftige" Verhaltensweisen vom einzelkapitalistischen Interessenstandpunkt aus. Mit Sicherheit werden die Unternehmen daher auf die vom DIW vorgeschlagene wirtschaftspolitische Wende nicht „programmgemäß" reagieren. Vor allem werden sie auf eine verstärkte öffentliche Nachfrage in erster Linie mit Preiserhöhungen reagieren, die weit über die Annahmen des DIW hinausgehen. Dies ermöglicht die in den letzten Jahren erheblich intensiver gewordene monopolistische Beherrschung des Reproduktionsprozesses. Auch werden die Unternehmen eine anfängliche Einschränkung ihrer Verwertungsmöglichkeiten nicht passiv hinnehmen – selbst wenn ihnen mathematisch genau nachgewiesen wird, daß sie 1985 im Endeffekt besser dastehen werden als ohne Beschäftigungsprogramm. Internationale Ausweichreaktionen, Kapitalflucht, Spekulation stehen für kapitalistische Gegenstrategien zur Verfügung.

Mit einem solchen Ausgabenprogramm muß also eine Strategie zur Einschränkung unternehmerischer Reaktionsmöglichkeiten einhergehen, die das Unterlaufen der staatlichen Maßnahmen zum Ziel haben. Das im März 1981 vom DGB vorgelegte Beschäftigungsprogramm, das mit einem Umfang von 50 Mrd. bis 1985 geringer dimensioniert ist als das des DIW, dafür aber einige zusätzliche arbeitsmarktpolitische Akzente setzt, weist immerhin am Rande auf die Notwendigkeit von Auflagen und Geboten in beschäftigungspolitischer Hinsicht hin. Stärker noch als der DGB beschäftigt sich die Wissenschaftlergruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik" in ihren an den DIW-Forderungen anknüpfenden Vorstellungen mit dem Punkt „Demokratische Strukturreformen": „Prinzipiell ist auf vielen Gebieten eine stärkere ‚Vergesellschaftung' im Sinne von mehr demokratischer Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen an der Steuerung und Regulierung wirtschaftlicher Angelegenheiten überfällig und möglich" (Memorandum '81, S. 16).

Zum Schluß muß darauf verwiesen werden, daß selbst ein effektiv wirksames Programm öffentlicher Investitionen mit positiven Wachstumswirkungen heute nicht mehr ausreicht, um dem Vollbeschäftigungsziel im laufenden Jahrzehnt auch nur nahe zu kommen. Selbst bei einer Wachstumsrate von jährlich 3,4%, wie sie das DIW-Programm bis 1985 in Aussicht stellt, würde die Arbeitslosigkeit bis 1988 weiter ansteigen. Das Programm des DIW stammt aus den Jahren 1978/79, inzwischen haben sich die Probleme weiter zugespitzt. Keine wie auch geartete Wirtschaftspolitik der bloßen Wachstumsförderung würde heute ausreichen, um die Arbeitslosigkeit entscheidend zu vermindern. Notwendig ist eine Ergänzung solcher sicher zu begrüßenden Programme durch gezielte arbeitsmarktpolitische Interventionen. Insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein dringliches Gebot der Stunde.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der NATO-Sondertagung vom 11. Januar 1982 zu den Ereignissen in Polen

(Wortlaut)

Auf einer Sondertagung des Nordatlantikrats auf der Ebene der Außenminister wurde am 11. Januar 1982 in Brüssel die nachstehende Erklärung geschlossen. Gegenüber 6 der 16 Ziffern legte Griechenland Widerspruch ein. D. Red.

1. Die Regierungen der Bündnispartner verurteilen die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und mißbilligen die massive Verletzung der Menschenrechte und die Unterdrückung der bürgerlichen Grundfreiheiten, die einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Menschenrechtserklärung und die Schlußakte von Helsinki darstellen.

2. Der Prozeß der Erneuerung und Reform, der im August 1980 in Polen begann, wurde von allen, die für Freiheit und Selbstbestimmung eintreten, mit Sympathie und Hoffnung verfolgt. Er war das Ergebnis eines echten Bemühens der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volkes, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki eine offenere Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

3. Die Verhängung des Kriegsrechts, die Anwendung von Gewalt gegen polnische Arbeiter mit den darauffolgenden Tausenden von Internierungen, harten Haftstrafen und Todesopfern haben das polnische Volk seiner Rechte und Freiheiten beraubt, insbesondere im gewerkschaftlichen Bereich. Dieses Vorgehen droht die Grundlage für Versöhnung und Kompromiß zu zerstören, die für Fortschritt und Stabilität in Polen unerläßlich sind. Es stellt eine eindeutige Verletzung der von Polen in der Schlußakte von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen dar, insbesondere des Prinzips der Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Die Entwicklung in Polen demonstriert erneut die Starrheit der Warschauer-Pakt-Regime hinsichtlich der zur Erfüllung der legitimen Erwartungen ihrer Völker notwendigen Veränderungen.

(Die griechische Delegation hat gegenüber diesem Satz einen Vorbehalt eingelegt.)

Dies gefährdet das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Zusammenarbeit zwischen Ost und West und beeinträchtigt die internationalen Beziehungen in ernster Weise.

4. Die Verbündeten beklagen die nachhaltige Kampagne der Sowjetunion gegen die Bemühungen des polnischen Volkes um nationale Erneuerung und Reform und ihre aktive sowjetische Unterstützung für die darauf folgende systematische Unterdrückung dieser Bemühungen in Polen. Dieses Vorgehen läßt sich nicht mit den internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion vereinbaren, insbesondere nicht mit den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, speziell denen über Souveränität, Nichteinmischung, Gewaltandrohung und Selbstbestimmung. Die Sowjetunion hat kein Recht, die politische und soziale Entwicklung Polens zu bestimmen.

5. Die Bündnispartner rufen die polnische Führung auf, ihre erklärte Absicht zu verwirklichen, die bürgerlichen Freiheiten wiederherzustellen und den Reformprozeß wieder in Gang zu setzen. Sie fordern die polnischen Behörden auf, das Kriegsrecht zu beenden, die Inhaftierten freizulassen und den Dialog mit der Kirche und mit Solidarität unverzüglich wiederaufzunehmen. Nur auf dem Wege der Versöhnung und echter Verhandlungen können die Grundrechte des polnischen Volkes und der polnischen Arbeiter geschützt und der wirtschaftliche und soziale Fortschritt des Landes gewährleistet werden. Polen könnte dann damit rechnen, die Vorteile der Stabilität in Europa und konstruktiver politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Westen in vollem Umfang zu genießen.

6. Die Bündnispartner appellieren an die Sowjetunion, Polens grundlegendes Recht, seine eigenen Probleme frei von äußerer Einmischung zu lösen, und das eindeutige Streben der überwältigenden Mehrheit des polnischen Volkes nach nationaler Erneuerung und Reform zu respektieren. Sowjetischer Druck – sei er mittelbar oder unmittelbar – in Richtung auf die Vereitelung dieses Bestrebens muß beendet werden. Die Bündnispartner sprechen darüber hinaus die Warnung aus, daß ein militärisches Eingreifen von außen überaus tiefgreifende Folgen für die internationalen Beziehungen haben werde.

7. In ihrem Kommuniqué vom 11. Dezember 1981 bekräftigten die Minister des Bündnisses ihr Bekenntnis, ein Klima des Vertrauens und beiderseitiger Mäßigung in den Ost-West-Beziehungen anzustreben. Was seither in Polen geschehen ist, ist für die Entwicklung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von großer Bedeutung. Die anhaltende Repression in Polen untergräbt die politische Basis für Fortschritte im Gesamtbereich der Fragen, die Ost und West trennen.

8. Die Bündnispartner bekennen sich auch weiterhin zu ihrer Politik, der wirksamen Abschreckung und der Weiterverfolgung der Rüstungskontrolle umfaßt; sie begrüßen insbesondere die in Präsident Reagans Rede vom 18. November 1981 enthaltenen Initiativen. Die Sowjetunion wird die volle Verantwortung tragen, wenn der Rüstungskontrollprozeß durch ihr Vorgehen in bezug auf Polen und durch ihre Nichterfüllung bestehender internationaler Verpflichtungen beeinträchtigt wird. Eine Rückkehr zum Prozeß echter Reformen und eines echten Dialogs in Polen würde zur Schaffung dieser Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und beiderseitiger Mäßigung beitragen, die für Fortschritte bei Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen erforderlich ist, einschließlich der Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme, die am 12. Januar 1982 wiederaufgenommen werden sollen.

9. Angesichts der ernsten Entwicklungen in Polen, die eine schwerwiegende Verletzung der Schlußakte von Helsinki darstellen, waren sich die Verbündeten darin einig, daß sich die Madrider Konferenz sobald wie möglich auf der Ebene der Außenminister mit der Situation befassen sollte.

10. Die Verbündeten werden auch ihre Anstrengungen intensivieren, um der Weltöffentlichkeit wie auch internationalen Organisationen einschließlich der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, wie der Internationalen Arbeitsorganisation, die Verletzungen der Menschenrechte und die Gewaltakte in Polen zur Kenntnis zu bringen.

11. Jeder Bündnispartner wird seiner Lage und seinen Rechtsvorschriften entsprechend seine nationalen Möglichkeiten für Maßnahmen auf folgenden Gebieten identifizieren:
(a) Weitere Beschränkungen der Bewegungsfreiheit sowjetischer und polnischer Diplomaten und andere Einschränkungen für sowjetische und polnische diplomatische Vertretungen und Organisationen.
(b) Verringerung wissenschaftlicher und technischer Aktivitäten oder die Nichtverlängerung von Austauschabkommen.

Die Bündnispartner betonen im übrigen:

– ihre Entschlossenheit, das in ihrer Macht Stehende zu tun, um zu gewährleisten, daß die Wahrheit über die Ereignisse in Polen auch weiterhin das polnische Volk erreicht, und zwar trotz der Hindernisse, die von den Behörden in Warschau und Moskau unter direktem Bruch ihrer in der Schlußakte von Helsinki verankerten Verpflichtungen errichtet worden sind
– ihre Entschlossenheit, daß die Qualität ihrer Beziehungen mit dem Militärregime in Polen die derzeitige anomale Situation und die Tatsache widerspiegeln muß, daß sie sich weigern, diese Lage als dauerhaft zu akzeptieren
– ihre Bereitschaft, gemeinsam mit anderen Regierungen zu der Lösung des Problems der polnischen Staatsangehörigen beizutragen, die sich zur Zeit im Ausland befinden und nicht in ihre Heimat zurückkehren können oder wollen.

(Die griechische Delegation hat gegenüber dieser Ziffer einen Vorbehalt eingelegt.)

12. Die Bündnispartner erkennen die Wichtigkeit wirtschaftlicher Maßnahmen an, die dem Zweck dienen, die polnischen Behörden und die Sowjetunion von dem Ernst der westlichen Be-

sorgnisse angesichts der Entwicklungen in Polen zu überzeugen, und betonen die Bedeutung der von Präsident Reagan bereits angekündigten Maßnahmen.

(Die griechische Delegation hat gegenüber dieser Ziffer einen Vorbehalt eingelegt.)

13. Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen
– stellten die Bündnispartner fest, daß die Entscheidung über künftige kommerzielle Kredite für andere Güter als Lebensmittel offengehalten wird
– stellten sie fest, daß die Frage der Durchführung von Verhandlungen über die im Laufe des Jahres 1982 auf Grund der polnischen Staatsverschuldung fällig werdenden Zahlungen in der Schwebe gehalten wird
– bekräftigten sie ihre Bereitschaft, die humanitäre Hilfe für das polnische Volk fortzusetzen und zu verstärken, und zwar so, daß dies zur Verteilung und Überwachung durch nicht-staatliche Organisationen geschieht, damit gewährleistet ist, daß diese Hilfe diejenigen Personen erreicht, für die sie bestimmt ist.
– stellten sie fest, daß diejenigen Bündnispartner, die Lebensmittel an Polen verkaufen, auf möglichst eindeutigen polnischen Zusagen hinsichtlich der Verwendung dieser Lebensmittel bestehen werden.

(Die griechische Delegation hat gegenüber dieser Ziffer einen Vorbehalt eingelegt.)

14. In der derzeitigen Situation in Polen werden die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen und der Sowjetunion zwangsläufig beeinträchtigt. Das sowjetische Vorgehen gegenüber Polen macht es für die Bündnispartner erforderlich, die Entwicklung künftiger Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion zu prüfen. In der Erkenntnis, daß jeder Bündnispartner entsprechend seiner eigenen Lage und seinen Rechtsvorschriften handeln wird, werden sie Maßnahmen prüfen, die Vorkehrungen hinsichtlich Einfuhren aus der Sowjetunion, Schiffahrts- und Luftverkehrsabkommen sowie die Größe sowjetischer Handelsvertretungen und die Bedingungen für Ausfuhrkredite umfassen.

(Die griechische Delegation hat gegenüber dieser Ziffer einen Vorbehalt eingelegt.)

15. Die Bündnispartner werden enge Konsultationen über die Durchführung ihres Beschlusses pflegen, die Wirkung der von den Bündnispartnern getroffenen Maßnahmen nicht zu unterlaufen.

16. Zusätzlich zu der Vereinbarung, sich über die in naher Zukunft zu unternehmenden Schritte zu konsultieren, werden die Bündnispartner auch die längerfristigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West überdenken, insbesondere im Energiebereich, bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und anderen Gütern sowie beim Technologie-Export, und zwar im Lichte der veränderten Situation und der Notwendigkeit, ihre Wettbewerbsposition auf dem Gebiet der militärischen und technologischen Fähigkeiten zu schützen.

(Die griechische Delegation hat gegenüber dieser Ziffer einen Vorbehalt eingelegt.)

(nichtoffizielle Arbeitsübersetzung)

Erklärung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zur Polen-Frage vom 21. Januar 1982

(Wortlaut)

Das RGW-Exekutivkomitee verabschiedete auf seiner am 21. Januar 1982 in Moskau beendeten 102. Sitzung folgende Erklärung:

Das Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe unterstützt, ausgehend von

dem einmütigen Standpunkt der Mitgliedsländer des RGW, auch weiterhin voll und ganz die Anstrengungen, die von der Volksrepublik Polen auf der Grundlage der souveränen Rechte in Übereinstimmung mit der Verfassung des Landes zur Festigung der sozialistischen Ordnung und Gesetzlichkeit und zur Verteidigung der Lebensinteressen des polnischen Volkes unternommen werden.

Die Mitgliedsländer des RGW weisen entschieden alle Maßnahmen der USA-Administration und anderer NATO-Länder zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen zurück. Sie betrachten diese Maßnahmen als grobe Verletzung der allgemein anerkannten Normen des internationalen Lebens, der Prinzipien der UN-Charta und der Schlußakte von Helsinki.

Ausgehend von ihrer konsequenten und prinzipiellen Politik, verurteilen die Mitgliedsländer des RGW entschieden alle Schritte, die darauf gerichtet sind, Wirtschaftsbeziehungen sowie diskriminierende Maßnahmen im ökonomischen Bereich und auf anderen Gebieten als Mittel der Einmischung in innere Angelegenheiten und des politischen Drucks einzusetzen und die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der VRP und der UdSSR einzuschränken. Derartige Aktionen widersprechen den Interessen aller Mitgliedsländer des RGW, den Interessen aller Länder der Welt. Ihr offensichtliches Ziel ist es, die internationale Spannung zu verschärfen und die Entwicklung einer friedlichen und für alle Völker vorteilhaften Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt zu behindern. Mit Nachdruck fordern die Vertreter der Länder im Exekutivkomitee des RGW die Einstellung dieser verwerflichen Politik und Praxis. Die RGW-Länder werden ihre Geschlossenheit und Zusammenarbeit stärken, die Beziehungen zu anderen, an der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit interessierten Staaten entwickeln und damit jeglichen Anschlägen entgegentreten und ihre weitere stabile Entwicklung sichern.

An normalen zwischenstaatlichen Beziehungen, darunter auch ökonomischen, sind alle Länder der Welt interessiert. Der einseitige Abbau bestehender Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischer Beziehungen schadet letztendlich auch den Interessen der Initiatoren derartiger Handlungen und jener, die sich daran beteiligen.

Die Mitgliedsländer des RGW erweisen dem polnischen Brudervolk auch weiterhin allseitige Hilfe bei der Überwindung der entstandenen ökonomischen Schwierigkeiten, bei der Wiederherstellung des normalen Produktionsprozesses in der Volkswirtschaft, bei der Gewährleistung der Bedingungen für die weitere sozialistische Entwicklung des Landes. Diese Hilfe wird erwiesen durch vorfristige Erfüllung von Lieferverpflichtungen bei den für die VRP erforderlichen Waren, durch zusätzliche Lieferungen, durch die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen und durch Nutzung anderer Formen der ökonomischen Zusammenarbeit.

Die gemeinsamen Anstrengungen zur Entwicklung der Zusammenarbeit werden dazu beitragen, die Rolle der VRP in der sozialistischen Gemeinschaft der Mitgliedsländer des RGW zu stärken.

Die Festigung der sozialistischen Ordnung in der Volksrepublik Polen und ihre uneingeschränkte Beteiligung an der internationalen Arbeitsleistung sind wichtige Faktoren der Sicherheit in Europa und der Verbesserung der internationalen Lage.

Die Vertreter der Länder im Exekutivkomitee des RGW treten dafür ein, daß Angelegenheiten, die die souveränen Rechte der VRP betreffen, nicht mehr als Vorwand mißbraucht werden, um die internationale Spannung anzuheizen und die Aufmerksamkeit der Völker von den Hauptproblemen des Friedens und der Sicherheit abzulenken.

Sie bekräftigen den unveränderten Kurs ihrer Länder auf die Fortsetzung der Entspannungspolitik, die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, auf die Festigung des Vertrauens und die Entwicklung normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen allen Staaten sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen ihnen auf der Grundlage der allgemeinen anerkannten Prinzipien des Völkerrechts.

Erklärung der Initiatoren des Krefelder Appells zur Friedensbewegung 1982 vom 25. Januar 1982

(Wortlaut)

In diesem Jahr werden die Weichen für oder gegen eine Aufstellung neuer nuklearer Mittelstrekkenraketen der USA in Europa, hauptsächlich in unserem Land, endgültig gestellt.

In diesem Jahr muß deshalb der Krefelder Appell, den weit mehr als zwei Millionen Menschen unterzeichnet haben, zu einer Volksabstimmung gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern auf deutschem Boden werden.

Darum dürfen wir nicht erlauben, daß die Tragödie des polnischen Volkes, für das wir eine aus schwerer Schuld entstandene geschichtliche Verantwortung tragen, dazu mißbraucht wird, die eigentliche Schicksalsfrage der europäischen Völker zu verdecken. Nämlich die Frage, ob wir zulassen oder verhindern, daß mit immer mehr Nuklearwaffen in Europa der Untergang unseres Kontinents in einem nuklearen Krieg wahrscheinlicher wird.

Unsere Verantwortung für die Zukunft des eigenen Volkes und seiner Nachbarn, unsere Verbundenheit mit den osteuropäischen Völkern und die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens aller in einem freien und unabhängigen Europa im Geiste der Schlußakte von Helsinki erfordern unsere Entscheidung gegen jede Mitwirkung an der Fortsetzung des nuklearen Wettrüstens. Denn mehr Rüstung muß die Spaltung Europas in zwei gegeneinanderstehende Militärblöcke vertiefen. Nur durch Rüstungsverzicht und Abrüstung kann diese Blockbildung letztlich überwunden werden. Polen bedauern und gleichzeitig mehr Rüstung fordern, ist darum blanke Heuchelei. Polen helfen, heißt Bedingungen schaffen, die die Nato und den Warschauer Pakt ebenso unnötig machen wie fremde Truppen in den Ländern Ost- und Westeuropas.

Die Verweigerung neuer Nuklearwaffen auf unserem Boden ist nur ein erster, aber gerade darum unerläßlicher Schritt auf dem langen Weg zu diesem Ziel.

Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Tragen Sie durch die unüberhörbare Bekundung dieses Willens dazu bei, daß dieser Schritt von unserer Regierung in diesem Jahr getan und nicht in blindem Vertrauen auf einen Erfolg der Genfer Verhandlungen noch länger aufgeschoben wird!

Machen Sie den Krefelder Appell mit Ihrer Unterschrift zur Volksabstimmung gegen eine für unsere Sicherheit nicht erforderliche, jedoch mit untragbaren Risiken für die europäischen Völker verknüpfte „Nachrüstung"!

Beteiligen Sie sich an den Ostermärschen 1982, mit denen im ganzen Land gegen Nuklearwaffen auf deutschem Boden protestiert wird! Beweisen Sie bei allen Veranstaltungen der Friedensbewegung Ihre Entschlossenheit, eine nukleare Aufrüstung unseres Landes nicht zuzulassen!

Gert Bastian, Petra K. Kelly, D. Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll, Josef Weber

Rede von Egon Bahr aus Anlaß des 90. Geburtstags von Martin Niemöller in der Frankfurter Paulskirche am 16. Januar 1982

(Wortlaut)

Die nachstehende Festrede (vgl. auch S. 140 ff. dieses Heftes) der sozialdemokratischen Abrüstungsexperten enthält eine Reihe von Erkenntnissen und Postulaten – wie das von der nur noch

gemeinsam, nicht mehr gegeneinander zu organisierenden Sicherheit – deren konsquente Anwendung in der sozialdemokratischen Regierungspraxis zweifellos die Zukunftsaussichten der Bundesrepublik, und auch der SPD, verbessern würde. D. Red.

Verehrte Anwesende, sehr verehrter Pastor Niemöller!

Als ich gefragt wurde, ob ich aus dem Grund, der uns heute hier zusammengeführt hat, sprechen wollte, war meine erste Überlegung negativ. Über Martin Niemöller, so dachte ich, ist nichts mehr Neues zu sagen. Alles ist bekannt über diesen unbequemen und anstößigen Mann, anstößig in dem doppelten Sinn: er stößt Denken und Menschen an. Aber gerade deshalb habe ich zugesagt, als Zeichen meines Respekts für einen, der es auch sich selbst nicht bequem gemacht hat, der zu den nicht so Zahlreichen gehört, die mit dem Mut, die eigene Überzeugung auch gegen den Strom zu halten, noch den Mut verbinden, auch irren zu können. Außerdem hat man mir, als ich den Theodor-Heuss-Preis erhielt, Zivilcourage bescheinigt. Das ist zwar ein Fremdwort, aber dennoch geeignet, Gefühle verwandtschaftlicher Haltung zu wecken.

Im „stern" habe ich einen Ausspruch Martin Niemöllers gelesen, als Zitat gekennzeichnet, aber selbst dann falsch, wenn es richtig sein sollte. „Für Politiker", heißt es dort, „ist die Wahrheit ein Instrument, das man nur gebraucht, solange es nützt." Wenn das so wäre, dann würden alle Politiker zu Verkündern von Opportunitäten, und das ist ungerecht. Denn ich glaube, daß jener recht hatte, der in der Politik das Spiegelbild eines Volkes sah, auch in den Gewählten, die eben nicht eine Elite sind, sondern Schwächen und Stärken, Talente und Mängel in sich vereinen, also Menschen sind. Und vor solchen, die den Anspruch stellen, Übermensch zu sein, ist Vorsicht auch weiterhin geboten. Außerdem ist die menschliche Erkenntnisfähigkeit für Wahrheit begrenzt, das gilt auch für die Politiker und ihre Kritiker, es gilt sogar für diejenigen, die über die modernsten und umfassendsten Informationsinstrumente verfügen. Und dann ist es – ich spreche aus eigener Lebenserfahrung – leichter, das Richtige zu fordern, als das Richtige zu tun. Denn der es fordert, sieht nur seine Erkenntnis, und der es tun muß, sieht sich anderen Menschen gegenüber, die auch das tun wollen, was ihnen als richtig, nötig, verzichtbar erscheint.

Martin Niemöller lebt in der Gnade des Glaubens, in der unbedingten Sicherheit dessen, was er die Nachfolge nennt. Insofern ähnlich der Haltung eines anderen unbequemen Christen, Heinrich Albertz, der sich auch in seinem Herrn Jesus sicher fühlt. Die nicht in dieser Gnade leben, müssen ihrem Gewissen folgen und den Mut haben zu sprechen, wie es ihnen das Gewissen aufträgt. Natürlich verbunden mit dem Bekenntnis, daß auch tiefste Überzeugung Irrtum nicht ausschließt.

In diesem Geist ist mein Beitrag zur Ehrung Martin Niemöllers der nachfolgende Versuch, eine Haltung zu formulieren, die den Nichtpazifisten und den Pazifisten, die Ost und West, Demokraten und Nicht-Demokraten verbinden könnte.

Wir leben in einer Zeit, in der zwei Supermächte, zwei Bündnisse, NATO und Warschauer Vertrag, gegeneinander gerichtet sind und die Fähigkeit haben, sich gegenseitig zu vernichten. Wir erleben, daß die Entwicklung neuer Waffensysteme schneller ist als die Fähigkeit, vorhandene zu begrenzen und zu beherrschen. Neue Systeme schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern destabilisieren sogar, zumal sie auf beiden Seiten asymmetrisch erfolgen, wie es die elementar unveränderbare Gegebenheit der Geographie nun einmal bedingt: Mit dem Übergewicht see- und luftgestützter Systeme auf der einen und landgestützter Systeme auf der anderen Seite.

Verschärft werden die Gegensätze durch ideologische Unterschiede zwischen beiden Lagern. Sie wurzeln in Weltanschauungen und Überzeugungen, die nicht auf einen Nenner zu bringen sind und für die keine Konvergenz zu erwarten ist. Dies muß gesagt werden, auch in Tagen, in denen wir mit tiefer Anteilnahme verfolgen, was in Polen geschieht. Daß diese ideologischen Unterschiede auch weiter bestehen bleiben, ist eine realistische Erwartung. Es ist meine tiefe Überzeugung, daß es keinen verantwortbaren Grund gibt, diese Gegensätze mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt auszutragen. Es darf keine Glaubenskriege mehr geben. In der Geschichte der Menschheit sind viele Glaubenskriege geführt worden, die mit Sieg oder Arrangement geendet haben. Im Zeitalter der Atomwaffen verbietet sich dieser Weg; er wäre tödlich für alle. Das bedeutet: Die Erhaltung des Weltfriedens hat höhere Priorität als die Durchsetzung der jeweiligen Ideologie. Das bedeutet: Das gemeinsame Überleben ist nicht nur wichtiger als das Ri-

siko oder die Gewißheit des gemeinsamen Untergangs, sondern das gemeinsame Überleben ist auch der oberste politisch-moralische Imperativ. Das bedeutet: Selbst die gegeneinander gerichteten Ideologien und Bedürfnisse teilen das übergeordnete Interesse und die übergeordnete Pflicht, gemeinsam zu überleben.

Gemeinsames Überleben verlangt die Einsicht, daß es nur gemeinsam Sicherheit gibt.

In Sicherheit zu leben, ist ein elementarer Wunsch der Menschheit. Um Sicherheit zu erreichen, wurde gerüstet, wurden Verbündete geworben. Man glaubte sicher zu sein, wenn man stärker war. Man glaubte am sichersten zu sein, wenn man den Gegner besiegte. Der Gegner glaubte das auch. Das Ergebnis war die Geschichte der Kriege. Das Zeitalter der gesicherten gegenseitigen Vernichtung hat den Sieg und die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht. Abstrakt weiß man das; das wirkliche Verhalten entspricht aber immer noch dem traditionellen Verhalten: Diskussion über einen ersten Schlag, einen Überraschungsangriff, den Vorteil des ersten Gebrauchs von Atomwaffen; die Begrenzbarkeit oder die Führbarkeit von Kriegen haben den Hintersinn, einen Krieg auch gewinnen zu können. Die Hoffnung, Krieg zu verhindern, sucht zu ihrer Rückversicherung seine Vorbereitung und die Fähigkeit, ihn führen und gewinnen zu können. Dieser verhängnisvolle Kreislauf muß durchbrochen werden.

In dem Prozeß zur Begrenzung strategischer interkontinentaler Waffen haben die beiden Supermächte einen Ansatz gefunden, diese für sie tödlichen Mittel zu neutralisieren, indem man sie ins Gleichgewicht bringt und Sicherheit durch Abschreckung gewinnt. Für Europa gibt es solche Absprachen nicht oder noch nicht. Es ist im Gegenteil festzustellen, daß gleichzeitig und parallel zu interkontinentalen Absprachen in Europa neue, verbesserte und zielgenauere Systeme begrenzter Wirksamkeit und unterschiedlicher Reichweite produziert oder eingeführt werden sollen, die nicht nur die Zerstörungskraft der großen strategischen Waffen, sondern auch den Schrecken vor ihnen verkleinern. Die Miniaturisierung von nuklearen Waffen birgt die Gefahr der Miniaturisierung der Abschreckung. Die Senkung der Atomschwelle könnte technisch und politisch die Neigung verstärken, auf ihre Benutzbarkeit zu hoffen, ohne die große Katastrophe befürchten zu müssen.

Abschreckung enthält beide Elemente: solche der gemeinsamen Sicherheit und solche der herkömmlichen Versuche, Vorteile gegenüber dem möglichen Gegner zu erringen. Die Idee der Abschreckung ist eine Übergangstheorie. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch der Abschreckung liegt auch die Gefahr, man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschrekkung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden.

Im Zeitalter der gegenseitigen gesicherten Zerstörung muß die Abschreckung ersetzt werden durch die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit. In unserem Zeitalter ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Dies ist das oberste Gesetz des nuklearen Zeitalters.

Gemeinsame Sicherheit verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren, weil er durch Gewaltanwendung nicht mehr zu besiegen ist. Fast alle bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen und -vereinbarungen haben darunter gelitten, daß beide Seiten sich dabei Vorteile zu verschaffen suchten, indem sie sich Lücken ließen, um ihre Stärken weiter zu entwickeln oder ihre Schwächen auszugleichen. Aber da es keine Vorteile mehr gibt, die das Risiko eines Krieges tragbar machen, wird die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit zum natürlichen Vorteil beider Seiten.

Wenn Ost und West darangehen, gemeinsam ihre Sicherheit zu organisieren, dann wird sich das gemeinsame Interesse ergeben, keine neuen Waffensysteme einzuführen, also die explosive Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis nicht mehr militärisch anzuwenden, also die Hoffnung auf einen qualitativen technischen Durchbruch gemeinsam aufzugeben, der doch nur zeitlich begrenzt denkbar ist und einen gefährlichen Rückfall in die Vorstellung bedeuten würde, zuletzt vielleicht doch noch siegen zu können. Die erste Stufe gemeinsamer Sicherheit gestattet qualitativ und quantitativ Rüstungsstopp.

Wer die gemeinsame Sicherheit organisiert, wird finden, daß sie billiger ist als der heutige Zustand, der Sicherheit voreinander aufzubauen sucht. Gemeinsame Sicherheit eröffnet in der zweiten Stufe die Perspektive echter Abrüstung.

Gemeinsame Sicherheit gestattet Absprache, gemeinsames Verhalten in anderen Weltregionen, damit die weiter bestehenden unterschiedlichen Ideologien und ihre Auswirkungen nicht den Weltfrieden gefährden.

Gemeinsame Sicherheit ist geeignet, finanziell und materiell die Mittel zu schaffen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken, Hunger und Unterentwicklung und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraums, der Erde.

Daß der Bundeskanzler in seinen Gesprächen mit Breschnew und Honecker davon sprach, daß wir Partner der Sicherheit sind, hat ihm Mißtrauen eingetragen bei unseren Freunden. Dieses Mißtrauen zeigt nur, wie weit wir noch entfernt sind von der Erkenntnis, daß wir die Gemeinsamkeit der Sicherheit auch mit denen zu organisieren haben, von denen uns ideologisch oder in unserer Überzeugung von der Organisation der Gesellschaft Grundsätzliches trennt. Trotz aller bestehenden Unterschiede gibt es nur gemeinsam Sicherheit. Oder anders gesagt, erst wenn wir gemeinsam sicher sind, können wir in friedlichem Wettbewerb unsere ideologischen Unterschiede austragen, ohne die Gefahr, auf dem atomaren Friedhof vereint zu werden. Das gilt für die Bundesrepublik und die DDR ebenso wie für Frankreich und Polen, die USA und die Sowjetunion. Ich kenne grundlegende Unterschiede zwischen Washington und Moskau in der Vorstellung ihrer Werte, die da und dort vertreten werden. Ich kenne keine grundlegenden Unterschiede in dem Mangel in Washington und Moskau, die Gesetze der gemeinsamen Sicherheit zu akzeptieren. Ich sehe die Unterschiede als ein Demokrat, für den individuelle Freiheit und das Recht, seine Meinung öffentlich zu sagen, lebensnotwendig erscheint. Ich erkenne keine Unterschiede zwischen Ost und West in der Wirksamkeit einer Megatonne. Es gibt keine.

Und deshalb ist gemeinsame Sicherheit die Grundlage der Grundlagen, in meinen Augen, die Abschreckung ersetzen sollte und eine Perspektive für alles andere erst eröffnet.

Ich wünsche Ihnen, Martin Niemöller, noch lange die Fähigkeit zur Neugier, die das Geheimnis geistiger Jugend ist, und die Kraft, in der geistigen Sicherheit der Gnade unbequem zu sein.

Resolution 36/155 der Generalversammlung der Vereinten Nationen betreffend die Situation in bezug auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador vom 16. Dezember 1981

(Wortlaut)

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloß auf ihrer 101. Sitzung am 16. Dezember 1981 die folgende Resolution mit 69 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 53 Enthaltungen. D. Red.

Die Generalversammlung,

Anerkennend die permanente Gültigkeit der in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Prinzipien[131],

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Förderung und Bewahrung dieser Prinzipien und zur Leistung eines Beitrages zur Sicherung der Respektierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für jedermann,

131) Resolution 217 A (III) der Generalversammlung.

Erneut bekräftigend, daß alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen und in dieser Hinsicht die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie in den verschiedenen völkerrechtlichen Dokumenten auf diesem Gebiet eingegangen sind,

Erinnernd an ihre Resolution 35/192 vom 15. Dezember 1980, wo sie unter anderem die tiefe Besorgnis über Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten in El Salvador besonders angesichts des Todes von Tausenden Menschen und des Klimas der Repressalien und der Unsicherheit, das in diesem Land weiter besteht, ausgedrückt hat und die Meuchelmorde, Verschleppungen und anderen ernsten Verletzungen der Menschenrechte in El Salvador bedauerte,

Erneuernd den in dieser Resolution enthaltenen Appell der Vollversammlung zur Beendigung der Gewalt und der Wiederherstellung der vollständigen Achtung der Menschenrechte in El Salvador und den Aufruf an die Regierungen aller Länder, unter den gegenwärtigen Umständen von der Lieferung von Waffen und der Gewährung anderer militärischer Unterstützung Abstand zu nehmen,

Unter Berücksichtigung von Resolution 32 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 11. März 1981, die vom Wirtschafts- und Sozialrat im Mai 1981 gebilligt wurde und die ein Weiterbestehen des Klimas der Gewalt und der Unsicherheit in El Salvador feststellt,

Unterstützend den in Resolution 32 (XXXVII) ergangenen Aufruf der Menschenrechtskommission an die beteiligten salvadorianischen Parteien, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen und der Gewalt ein Ende zu setzen, damit weitere Verluste an Menschenleben verhindert und die Leiden des Volkes von El Salvador gemindert werden,

Zur Kenntnis nehmend die von der Unterkommission über die Bekämpfung von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten angenommene Resolution 10 (XXXIV), in der festgestellt wird, daß nur die Respektierung des Artikels 25 der Internationalen Konvention über Zivile und Politische Rechte[132]) der salvadoreanischen Nation bei Beteiligung all ihrer politischen Kräfte die volle Ausübung ihrer fundamentalen Rechte in Form der Errichtung einer demokratisch gewählten Regierung sichern wird, stellt jedoch ebenfalls fest, daß gegenwärtig solche Bedingungen in El Salvador nicht existieren,

Nach Prüfung des Zwischenberichts über die Situation bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador, der durch den von der Menschenrechtskommission ernannten Sondervertreter vorgelegt wurde[133]) und in dem bestätigt wird, daß die in El Salvador herrschende Lage ernst ist, und der unter anderem Beweise erbringt für die allgemeine Haltung der Passivität und Inaktivität der gegenwärtigen Behörden El Salvadors in bezug auf die permanenten Menschenrechtsverletzungen in diesem Land,

Feststellend, daß die Situation in El Salvador, wie es auch klar im Zwischenbericht des Sonderbeauftragten zum Ausdruck kommt, ihre Wurzeln in inneren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren hat,

1. *Bekräftigt* ihre tiefe Beunruhigung über die in El Salvador herrschende Situation und das Leid des salvadoreanischen Volkes;

2. *Ersucht erneut* die beteiligten salvadoreanischen Parteien, zu einer politischen Lösung auf dem Verhandlungswege zu gelangen, um in einer Atmosphäre frei von Einschüchterungen und Terror eine demokratisch gewählte Regierung zu bilden;

3. *Bedauert tief* alle Akte der Gewalt und alle schwerwiegenden Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten und bedauert insbesondere das Fortbestehen einer Situation, wo paramilitärische Organisationen der Regierung und andere bewaffnete Gruppen weiterhin das Leben, die Sicherheit und die Ruhe der Zivilbevölkerung mißachten;

4. *Lenkt die Aufmerksamkeit* aller beteiligten Seiten auf die Tatsache, daß die Bestimmungen des Völkerrechts gemäß Artikel 3 der Genfer Konventionen vom 12. August 1949 anwendbar sind

132) Resolution 2200 A (XXI), Annex, der Generalversammlung.
133) A/36/608, Annex.

auf bewaffnete Konflikte, die nicht einen internationalen Charakter besitzen, und ersucht die beteiligten Parteien, der betroffenen Bevölkerung ein Mindestmaß an Schutz zu gewähren;

5. *Wiederholt* ihren Appell an alle Staaten, sich nicht in die inneren Verhältnisse in El Salvador einzumischen und alle Waffenlieferungen sowie jedwede Art von militärischer Unterstützung zu suspendieren, um den politischen Kräften in diesem Land die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit zu erlauben;

6. *Bekräftigt erneut,* daß es nur dem salvadoreanischen Volk obliegt, sein Recht auf freie Bestimmung seines politischen Status auszuüben und frei für seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu arbeiten sowie ohne jedwede äußere Einmischung als ein Volk und als eine Nation die seinen Bestrebungen am besten entsprechenden Bedingungen zu schaffen und die entsprechenden Veränderungen vorzunehmen;

7. *Ersucht nachdrücklich* die Regierung El Salvadors, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die volle Achtung der Menschenrechte in all ihren Formen der Bevölkerung in erster Linie durch die Schaffung solcher Bedingungen zu sichern, die durch die volle Beteiligung aller repräsentativen politischen Kräfte in diesem Land zu einer politischen Lösung der gegenwärtigen Krise führen könnten;

8. *Ersucht nachdrücklich* die beteiligten Parteien, kooperativ zu sein und nicht die auf die Erleichterung der Leiden der Zivilbevölkerung El Salvadors gerichteten Aktivitäten humanitärer Organisationen zu behindern;

9. *Ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer 38. Tagung die Situation in El Salvador auf der Grundlage des abschließenden Berichtes des Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission sorgfältig zu untersuchen;

10. *Beschließt,* auf ihrer 37. Tagung die Situation bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador weiter zu verfolgen, um diese Situation erneut im Lichte zusätzlicher von der Menschenrechtskommission und dem Wirtschafts- und Sozialrat beigebrachter Elemente zu untersuchen.

Rede von Christian Götz, geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, über „Gewerkschaftspolitik in der Krise"

(Auszüge)

Nach der Stuttgarter Demonstration vom 7. November 1981 „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage" (vgl. Dokumentation in „Blätter" 12/1981, S. 1517 ff.), den Sparbeschlüssen der „Haushaltsoperation '82" und angesichts der laufenden Tarifrunde und der Debatte um ein Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung ist in den Gewerkschaften die Diskussion um den „demokratischen Konsens" zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung aufgebrochen. Die im folgenden dokumentierte Rede von Christian Götz beschäftigt sich mit den Herausforderungen, mit denen die Gewerkschaftsbewegung in den kommenden Jahren konfrontiert sein wird. Die Rede wurde, in erweiterter Fassung, auf Funktionärskonferenzen der HBV Anfang Februar 1982 gehalten. D. Red.

Durch die Verschärfung der ökonomischen Krise sind elementare Arbeitnehmerinteressen in vielfacher Weise gefährdet. Das zeigen u. a. die Bonner Sparbeschlüsse sowie vielfache Versuche der Arbeitgeber, auch im Betrieb Sozialabbau zu praktizieren.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Gewerkschaften insgesamt 1982 folgende *Schwerpunktaufgaben:*

1. Die Arbeitslosigkeit muß endlich entschlossen bekämpft werden

Arbeitslosigkeit widerspricht eindeutig dem in unserer Verfassung verankerten Prinzip der Sozialstaatlichkeit. Als Ursache kann nicht angeführt werden, es gebe in unserem Lande zu wenig Arbeit. Wenn man diese Frage nicht mit der Elle privatkapitalistischer Verwertbarkeit mißt, wird vielmehr deutlich, daß ein enormes Potential ungelöster gesellschaftlicher Aufgaben vorhanden ist. Der DGB hat seit 1974 (!) zahlreiche Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreitet. Im Juli 1977 veröffentlichte er ein alle Vorschläge zusammenfassendes Programm zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Dieses Programm wurde im vergangenen Jahr noch einmal aktualisiert und mit Schreiben vom 7. 7. 1981 von Heinz Oskar Vetter an den Bundeskanzler geschickt, verbunden mit der eindringlichen Aufforderung, endlich entsprechende Initiativen einzuleiten. Bei den DGB-Vorschlägen handelt es sich übrigens um realistische Konzeptionen *mit* Finanzierungsteil. Hinsichtlich des dringend notwendigen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit besteht also nachweislich kein Defizit an realistischen, finanziell machbaren Lösungs-Konzeptionen; was dagegen seit Jahren fehlt, ist der entschlossene Wille der politisch Verantwortlichen zu ihrer Umsetzung. Und das, obwohl die Zahl der Arbeitslosen Monat für Monat unaufhaltsam steigt und nach Berechnungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit 1982 die Grenze von 2 Millionen erreichen oder gar überschreiten wird.

Angesichts der tatsächlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist es für die Gewerkschaften einfach nicht mehr nachvollziehbar, wenn (z. B.) die Bundesregierung noch im Dezember 1981 ankündigte, sie wolle zunächst den kommenden Jahreswirtschaftsbericht abwarten, um dann erneut zu „prüfen", ob eine „zusätzliche Beschäftigungsoffensive" notwendig ist und in Gang gesetzt werden kann. Was muß denn hier noch „geprüft" werden?! Wann wachen die politisch Verantwortlichen in Bonn endlich auf und erinnern sich an geschichtliche Erfahrungen, z. B. an den Niedergang der Weimarer Republik bzw. an den Zusammenhang von wachsender Arbeitslosigkeit und Gefahren für die demokratische Ordnung?! Die Regierung und die Parteien in Bonn müssen auf diesem über die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidenden Feld ihre bisher *prinzipiell falsche Politik* revidieren. Sonst kündigen sie den heute schon stark strapazierten *demokratischen Konsens* mit den Gewerkschaften endgültig auf.

2. Allparteien-Koalition für Sozialabbau stoppen

Seit Mitte des vergangenen Jahres sind auf die Arbeitnehmer und sozial Schwachen unseres Landes gleich serienweise „Sparbeschlüsse" heruntergeprasselt. In Bonn agiert seit Monaten de facto ein „Allparteien-Bündnis für Sozialabbau". Die Bundestagsparteien stimmen über die „Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen im sozialen Bereich" grundsätzlich überein; diskutiert wird lediglich über Umfang und Tempo. Die IG Metall veröffentlichte am 17. 11. 1981 in ihrer Mitgliederzeitung eine (wörtlich) „Traurige Bilanz". Zusammenfassend wurde festgestellt: „In schwindelnde Höhen reichen die Belastungen der Arbeitnehmer, während die Unternehmer sogar entlastet werden. Die Verteilungswirkungen der Bonner Sparbeschlüsse sind alles andere als ausgewogen." In einem Schaubild wurden die jeweiligen Belastungen für Unternehmer und Arbeitnehmer einander gegenübergestellt. Danach werden durch die Bonner Sparbeschlüsse 1982 die Unternehmer mit 0,6 Mrd. DM belastet, die Arbeitnehmer dagegen mit 10,7 Mrd. DM. In den Jahren 1982–1985 erfahren die Unternehmer eine *Entlastung* von 2,9 Mrd. DM, während man gleichzeitig den Arbeitnehmern 48,5 Mrd. DM (!) aufbürdet. Durch die Ende Dezember 1981 vom Vermittlungsausschuß und dem Bundesrat weitgehend abgesegneten und vom Bundestag mehrheitlich endgültig bestätigten Sparbeschlüsse haben sich die ungerechten Verteilungsrelationen sogar noch verschärft.

Entscheidender kritischer Maßstab für uns ist: Mit ihren Beschlüssen hat sich die Bundesregierung auch über so gut wie alle gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen hinweggesetzt. Innerhalb der Regierungskoalition bewies die *FDP* die besseren Nerven; mit zum Teil erpresserischen Methoden drückte sie ihre Maximalpositionen durch und hat damit – im Gegensatz zu einer früheren Einschätzung von Willy Brandt – auch nicht „symbolisch", sondern ganz prak-

tisch und tatsächlich gesiegt. Die „Liberalen" haben damit erneut und endgültig demonstriert, daß ihre Politik zutiefst unsozial und ausschließlich auf die ökonomischen Interessen der kleinen Minderheit von Reichen und Privilegierten in unserem Lande verpflichtet ist. In diesem Sinne kann die FDP bis auf weiteres von den Gewerkschaften nur noch als „gegnerische Partei" eingestuft werden.

Trotzdem wäre es verkürzt und unzulässig, bei Kritik an den Sparbeschlüssen die *S P D* auszunehmen. Sie stellt innerhalb der Regierung wenn nicht den stärksten, so doch den weitaus größeren Partner. Zumindest wenn man das „Godesberger Programm" und jene Reform- und Demokratisierungspostulate zum Maßstab nimmt, mit denen die sozialliberale Koalition begründet wurde, muß die SPD aufpassen, daß sie nicht letztlich ganz und gar ihr Gesicht verliert. Ein „Sanierungskonzept" zu realisieren, das – neben der Milliarden-Bürde für die Arbeitnehmer – einseitig zu Lasten der Arbeitslosen, der Jugend, der Behinderten, der kinderreichen Familien, der Kranken und jetzt sogar auch noch der Sozialhilfeempfänger geht; ein Konzept, das gleichzeitig Reiche und Privilegierte schont und eine Umschichtung von Rüstungskosten zugunsten sozialer Notwendigkeiten ausschließt, verstößt gegen in der SPD selbst gewachsene Grundüberzeugungen, die viele Bürger bisher veranlaßt haben, diese Partei zu wählen bzw. ihr beizutreten.

Herbert Wehner hat am 10. 12. 1981 im Kölner „Express" zu den Sparbeschlüssen Stellung genommen. Nachdem er zunächst „manche Blessuren, einige für uns bittere Eingriffe und etliche schmerzhafte Einzelheiten" bestätigte, kam er zu folgender Gesamteinschätzung: „Das Gesamtergebnis des Vermittlungsausschusses ist aber auch kein Grund zum Wehklagen. Im Gegenteil. Jene, die auszogen, die deutschen Arbeitnehmer und die sozial Schwachen das Gruseln zu lehren, sind zurückgewiesen, sind gescheitert. Die ‚Trendwende' oder der ‚neue Anfang' haben nicht stattgefunden. Arbeitnehmer und all' die, die auf den besonderen Schutz des Staates und auf die Solidarität aller angewiesen sind, können aufatmen."
Ich kann mich nur wundern, woher der „große alte Mann der SPD" den Mut zu solchen Äußerungen nimmt, wie sehr ihn in diesem Fall sein politisches Gespür für die – erkennbaren und noch mehr für die nicht artikulierten – Ängste und Sorgen der Arbeitnehmer und sozial Schwachen unseres Landes verlassen hat. Er und die weiteren Genossen in der Führungsspitze der SPD sollten und dürfen nicht länger ignorieren: *Das traditionelle Bündnis zwischen SPD und Gewerkschaften ist nicht über alle Maßen strapazierbar, auch wenn es oft so aussieht.*

Kolleginnen und Kollegen, die so deutliche Kritik üben, lassen sich trotzdem nicht vor unzumutbare Alternativen stellen oder in falsche Ecken drücken. Wir wollen die sozialliberale Koalition nicht „kippen". (Das müssen sich insbesondere diejenigen unter uns nicht vorwerfen lassen, die im letzten Bundestagswahlkampf, oft genug gegen erhebliche Widerstände innerhalb der SPD und im eigenen Lager, klar Front gegen Franz Josef Strauß gemacht haben.) Der Beitrag der Bonner Opposition zur „Lösung" der schwierigen Probleme beschränkte sich bis in die jüngste Zeit auf die vollmundige Erklärung von Helmut Kohl: „Wir sind bereit, jederzeit die Regierungsverantwortung in der Pflicht fürs Vaterland zu übernehmen." „Pflicht" in diesem Sinne bedeutet für die CDU/CSU: Sie will alles in allem noch schärferen Sozialabbau. Das beweist ihr sogenanntes „Alternativ"-Konzept. Es bestätigt unsere Einschätzung, daß bei einer CDU/CSU/FDP-Koalition für die Arbeitnehmer alles noch schlimmer würde.

Und deshalb sage ich noch einmal: Wir streben nicht den Sturz der Regierung an. Wir wollen – und nicht zuletzt deshalb mobilisieren wir Widerstand und Druck in und aus den Gewerkschaften –, daß *diese* Regierung eine *andere,* Arbeitnehmerinteressen wesentlich stärker berücksichtigende Politik betreibt.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben über zu lange Zeit zu große Zurückhaltung gegenüber der Regierung geübt. Die Opposition wurde viel zuwenig in die Pflicht genommen, Alternativen aufzuzeigen. Erst in den letzten Wochen hat sich die Gangart der Gewerkschaften verschärft. Das unsoziale Sparkonzept, das 1982 alle Arbeitnehmer und sozial Schwachen spürbar ärmer machen wird, konnte damit allerdings nicht mehr verhindert werden.

Umso mehr kommt es 1982 darauf an, der Allparteien-Koalition für Sozialabbau ein deutliches Haltesignal zu setzen. Wir müssen gemeinsam gegen den weiteren Sozialabbau in allen gesellschaftlichen Bereichen kämpfen; d. h., die falsche Sanierungspolitik und die wachsende Unternehmermacht in der Krise durch wirksame „Gegenmacht" stoppen. *Ein Stuttgart genügt nicht.*

. . .

Autoren dieses Heftes

Dr. Gerhard Stuby, geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen, 1. Vizepräsident der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen (IVdJ); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Eugen Kogon*, geb. 1903 in München, Publizist und Politikwissenschaftler, wurde 1938 inhaftiert (1939–1945 KZ Buchenwald); seit 1946 Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte"; 1951–1968 Prof. in Darmstadt, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans-Peter Kremer*, geb. 1953 in Mülheim/Ruhr, Diplom-Ökonom, Mitarbeiter einer Volkshochschule, Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Werner Maßeling*, geb. 1957 in Mülheim/Ruhr, Studium der Sozialwissenschaften. *** *Johannes M. Becker*, geb. 1952 in Marienheide, Diplompolitologe; Studium der Politikwissenschaften, Soziologie, Geographie, Sportwissenschaft und Pädagogik in Marburg und Paris, z. Zt. Promotion über Militärprobleme und Frankreich; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Armin Bechmann*, geb. 1943, Studium der Mathematik und Physik in Göttingen, Aufbaustudium für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin, Institut für Landschaftsökonomie der TU Berlin, Vorstandssprecher des ÖKO-Instituts Freiburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Adalbert Krims*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, früher führender Funktionär der Katholischen Jugend und Religionslehrer. Vorsitzender der Aktion Kritisches Christentum und Österreich-Korrespondent der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „Inter Press Service"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

In dem Beitrag „Das Polen-Lied der Krokodile" von Helmut Ridder, „Blätter", 1/1982, S. 7 ff., fehlen infolge eines Umbruchfehlers auf Seite 8 in der 11. Zeile der linken Spalte mehrere Worte. Der Inhalt der Klammer lautet vollständig: . . . (mit „Herz, Gedanken und Gebeten" beim polnischen Volk, obwohl die Verteidiger der westlichen Werte am chinesischen Ende der bayerischen Freiheitsachse diesmal kaum mitmachen) . . . – Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 3/1982 der „Blätter" wird am 15. 3. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 2/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-317316-01-01 501
WELLER
THOMAS

BURGSTR. 54

5560 WITTLICH

Es geht ums Überleben:
Frieden ist machbar

Karl D. Bredthauer
Klaus Mannhardt (Hrsg.)
Es geht ums Überleben
Warum wir die Atomraketen ablehnen
Stellungnahmen u.a. von Heinrich Albertz, Gert Bastian, Karl Bechert, Gerhard Kade, Alfred Mechtersheimer, Martin Niemöller, Nino Pasti, Helmut Ridder
Vierte, unveränderte Auflage
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 224
220 Seiten, DM 9,—

Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hrsg.)
Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?
Amerikanische Atomkriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
Kleine Bibliothek Band 202
229 Seiten, DM 14,80

Bernd Greiner
Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute
Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
Kleine Bibliothek Band 177
235 Seiten, DM 14,80

Gerhard Kade
Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"
Mit umfangreichem Dokumentarmaterial
2. Auflage, Kleine Bibliothek Band 147
294 Seiten DM 12,80

Jörg Huffschmid (Hrsg.)
Für den Frieden produzieren
Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik
Mit Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 230
163 Seiten, DM 12,80

Gerhard Kade
Wer bedroht uns?
SS 20 · Pershing II/Cruise Missiles
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 243
140 Seiten, DM 9,—

Manfred Bosch
Nie wieder!
Texte gegen den Krieg
Mit zahlreichen dokumentarischen Abbildungen und Illustrationen
Zweite, durchgesehene Auflage
Kleine Bibliothek Band 215
208 Seiten, DM 12,80

Harold Rasch
Nato-Bündnis oder Neutralität?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207
138 Seiten, DM 12,80

Renate Janßen
Frauen ans Gewehr?
Im Gleichschritt marsch...
Mit einem ausführlichen Dokumentenanhang
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 184
140 Seiten, DM 7,—

Lorenz Knorr
Kleines Lexikon Rüstung, Abrüstung, Frieden
250 Stichworte
Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage
Kleine Bibliothek Band 235
220 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. Gerhard Stuby, geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen, 1. Vizepräsident der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen (IVdJ); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Eugen Kogon*, geb. 1903 in München, Publizist und Politikwissenschaftler, wurde 1938 inhaftiert (1939–1945 KZ Buchenwald); seit 1946 Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte"; 1951–1968 Prof. in Darmstadt, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Hans-Peter Kremer*, geb. 1953 in Mülheim/Ruhr, Diplom-Ökonom, Mitarbeiter einer Volkshochschule, Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Werner Maßeling*, geb. 1957 in Mülheim/Ruhr, Studium der Sozialwissenschaften. *** *Johannes M. Becker*, geb. 1952 in Marienheide, Diplompolitologe; Studium der Politikwissenschaften, Soziologie, Geographie, Sportwissenschaft und Pädagogik in Marburg und Paris, z. Zt. Promotion über Militärprobleme und Frankreich; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Prof. Dr. Armin Bechmann*, geb. 1943, Studium der Mathematik und Physik in Göttingen, Aufbaustudium für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin, Institut für Landschaftsökonomie der TU Berlin, Vorstandssprecher des ÖKO-Instituts Freiburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Adalbert Krims*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, früher führender Funktionär der Katholischen Jugend und Religionslehrer. Vorsitzender der Aktion Kritisches Christentum und Österreich-Korrespondent der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „Inter Press Service"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

In dem Beitrag „Das Polen-Lied der Krokodile" von Helmut Ridder, „Blätter", 1/1982, S. 7 ff., fehlen infolge eines Umbruchfehlers auf Seite 8 in der 11. Zeile der linken Spalte mehrere Worte. Der Inhalt der Klammer lautet vollständig: . . . (mit „Herz, Gedanken und Gebeten" beim polnischen Volk, obwohl die Verteidiger der westlichen Werte am chinesischen Ende der bayerischen Freiheitsachse diesmal kaum mitmachen) . . . – Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36 000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 3/1982 der „Blätter" wird am 15. 3. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416